

Aufbruch in eine solidarische und gerechte Zukunft

Dokumentation
der Berliner Konsultation
über ein gemeinsames Wort der Kirchen
zur wirtschaftlichen und sozialen Lage
in Deutschland

9. bis 10. Februar 1996 im Abgeordnetenhaus von Berlin

Aufbruch in eine solidarische und gerechte Zukunft

Dokumentation
der Berliner Konsultation
über ein gemeinsames Wort der Kirchen
zur wirtschaftlichen und sozialen Lage
in Deutschland

9. bis 10. Februar 1996 im Abgeordnetenhaus von Berlin

Herausgegeben vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover, und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 53113 Bonn

Verantwortlich:

Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland,
Bochum

Inhaltsverzeichnis

<i>Vizepräsident Dr. Hermann Barth und Bischof Dr. Josef Homeyer</i> Vorwort	5
<i>Dr. Rolf Hanusch</i> (Leiter der Ev. Akademie Berlin) Einführung	7
<i>Dr. Beate Hübner</i> (Senatorin für Gesundheit und Soziales, Berlin) Grüßwort	10
<i>Landesbischof Dr. Klaus Engelhardt</i> (Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland) Der Konsultationsprozeß – aufeinander hören, miteinander beraten, Lösungen gemeinsam suchen	12
<i>Bischof Prof. Dr. Dr. Karl Lehmann</i> (Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz) Der Konsultationsprozeß – Ein Suchinstrument für die wirtschaftlich-soziale Realität im Lichte des Evangeliums	18
<i>Joachim Sikora und Tilman Winkler</i> Vorstellung von Verlauf, Ergebnissen und Tendenzen des Konsultationsprozesses	24
Die Werkstätten:	
– „Arbeit für alle – wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen der Arbeitslosigkeit“	51
– „Option für die Armen – Spaltungen überwinden“	65
– „Umwelt- und Sozialverträglichkeit des Wirtschaftens“	79
– „Solidarität und Gerechtigkeit weltweit“	87
– „Zukunft der Familien“	97
– „Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft“	108
– „Umbau des Sozialstaates im Prozeß der europäischen Einigung“	113
– „Anfragen an die Kirchen im Kontext des Konsultationsprozesses“	123
<i>Bundespräsident Roman Herzog</i> Ansprache beim Empfang im Schloß Bellevue	131

Generalsuperintendentin Ingrid Laudien

Predigt in der Französischen Friedrichstadtkirche

(Daniel 9, Vers 8) 134

Zusammenfassender Werkstattbericht und abschließende

Plenumsdiskussion 138

TeilnehmerInnenliste 194

Vorwort

Mit der Berliner Konsultation am 9. und 10. Februar 1996 im Abgeordnetenhaus von Berlin ist der Konsultationsprozeß der Kirchen über ein gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland zu Ende gegangen. Seit seinem Beginn am 22. November 1994, als die Diskussionsgrundlage öffentlich vorgestellt wurde, konnte innerhalb und außerhalb der Kirchen ein umfassender Dialog über die Grundlagen und Zukunftsperspektiven unserer Gesellschaft und ihres solidarischen Zusammenhalts in Gang gesetzt werden. Es haben sich in den kirchlichen Gemeinden, Gruppen, Verbänden und Einrichtungen auch viele Initiativen gebildet, die einen praktischen Beitrag der Solidarität und Hilfe für Arme, Schwache und Notleidende in unserem Lebensalltag leisten wollen.

Die Berliner Konsultation hat unter dem Leitwort „Aufbruch in eine solidarische und gerechte Zukunft“ über vierhundert Repräsentanten, Verantwortliche, Delegierte und Engagierte aus den kirchlichen Einrichtungen, Gruppen und Verbänden und darüber hinaus viele, die sich mit Stellungnahmen und Veranstaltungen am Konsultationsprozeß beteiligt haben, zusammengeführt, um eine Zwischenbilanz über Verlauf und Ergebnisse des Konsultationsprozesses zu ziehen. In gemeinsamen Beratungen und Diskussionen im Plenum wurde nach Wegen gesucht, wie den in seinem Verlauf geäußerten Anliegen, Erwartungen und Anregungen Rechnung getragen werden kann.

Die Berliner Konsultation hat die mit ihr verbundenen Hoffnungen und Erwartungen bei weitem übertroffen und ist insgesamt, wie auch das große öffentliche und publizistische Interesse bestätigt hat, überaus erfreulich und erfolgreich verlaufen. Es war beeindruckend, mit welchem Maß an Verantwortung, persönlichem Engagement, Sachverstand und Ideenreichtum nicht nur die zentralen Aufgaben einer verantwortungsvollen Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft erörtert, sondern auch viele konkrete Beispiele für ganz persönliche Beiträge und Verhaltensweisen gegeben wurden.

Im Hinblick auf ihre besondere Bedeutung für den Konsultationsprozeß werden die Beratungen der Berliner Konsultation mit der hier vorliegenden Dokumentation gesondert veröffentlicht. Eine weitere gesonderte Dokumentation liegt über das wissenschaftliche Forum zum Konsultationsprozeß vom 12. September 1995 im Wissenschaftszentrum in Bonn vor. Die Ge-

samtergebnisse des Konsultationsprozesses werden daneben in einer zusammenfassenden Aufbereitung und Dokumentation veröffentlicht.

Abschließend danken wir allen, die zum Gelingen und Erfolg der Berliner Konsultation beigetragen haben. Herzlichen Dank sagen wir an dieser Stelle auch noch einmal Bundespräsident Roman Herzog, der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung im Schloß Bellevue empfangen hat.

Hildesheim/ Hannover, 28. Juni 1996



Dr. Josef Homeyer
Bischof von Hildesheim



Dr. Hermann Barth
Vizepräsident des Kirchenamtes
der Evangelischen Kirche in Deutschland

Dr. Rolf Hanusch,

Leiter der Evangelischen Akademie Berlin:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Berliner Konsultation „*Aufbruch in eine solidarische und gerechte Zukunft*“ möchte ich Sie hier im Berliner Abgeordnetenhaus ganz herzlich begrüßen. Ich grüße Sie an diesem Morgen im besonderen mit dem Lehrtext aus den Losungen der Herrnhuter Brüdergemeinden für den heutigen Tag. Es ist ein Abschnitt aus dem zweiten Timotheusbrief, und Paulus gibt dort Hinweise, wie engagierte Christen in einer komplizierten Situation miteinander und auch im Blick auf die Menschen um sie umgehen können. Ich lese den Text aus dem vierten Kapitel: „*Seid nüchtern in allen Dingen, leidet willig, tut das Werk eines Predigers des Evangeliums, richtet euer Amt redlich aus.*“

Es ist ein Wort an engagierte Christinnen und Christen, Menschen, die es ernst nehmen mit dem Evangelium. Und es wird in diesem kurzen Satz, in dieser Anweisung, in dieser Hilfestellung einmal ganz im Zentrum darauf verwiesen, daß christliches Leben ein intensives Engagement ist, das das Leiden einschließt, und es werden an der Seite, am Beginn und am Ende, zwei Eigenschaften zu diesem Engagement dazu genommen, die offensichtlich das Werk der Predigt des Evangeliums fördern: nüchtern sein und redlich sein.

Gerade im Blick auf die Kontroversen, die hoffentlich vor uns liegen, und die auch notwendig sind, auch im Blick auf die Kontroversen, die in der Öffentlichkeit gerade auch in den letzten Tagen um diese Konsultation und um den Entwurf des gemeinsamen Wortes der beiden Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage entstanden sind, scheint mir diese Empfehlung des Apostels Paulus wichtig. Bei allem notwendigen Streit, bei aller notwendigen Positionierung – und die kommt für Christinnen und Christen vom Evangelium her – empfiehlt Paulus, dies mit Nüchternheit zu tun und mit Redlichkeit. Und bei Redlichkeit fällt ja vielen von uns das Diktum von Dietrich Bonhoeffer ein, daß die intellektuelle Redlichkeit es ist, die Christen in unserer Zeit ansteht. Ich hoffe sehr, daß dieser Lehrtext, der ja auch die Funktion einer Losung hat an diesem heutigen Tag, uns eine tragfähige Basis bildet, daß wir hier Engagement, Hitzigkeit, und Nüchternheit, Sachverstand, Nachdenklichkeit, Redlichkeit miteinander verbinden. Dies ist möglich. Und ich hoffe, daß wir nicht in die Unsitte verfallen, mit diesen guten Argumenten und diesen guten Ansätzen umzugehen, wie wenn sie Keulen wären, die wir uns gegenseitig um die Köpfe schlagen.

Die Veranstalter dieser Konsultation – die Deutsche Bischofskonferenz, der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die katholische und evangelische Akademie in Berlin – haben bewußt den Namen gewählt „Berliner Konsultation“. Wir sind froh und dankbar, daß wir hier in diesem Haus, dem alten Preußischen Landtag, tagen können. Und wahrscheinlich haben auch die Nicht-Berliner es trotz der Kälte beim Hereingehen gemerkt: dies ist ein Ort in Berlin, der in besonderer Weise von Geschichte geprägt ist. Zwischen dem gegenüberliegenden Martin-Gropius-Bau und diesem Gebäude des Preußischen Landtags verlief bis vor sechs Jahren die Mauer, Sie sehen die Markierungen im Pflaster und etwas weiter am Rande des Geländes der „Topographie des Terrors“ noch die realen Reste dieser Mauer.

Ich hoffe, daß diese Ortswahl auch eine Vorgabe ist für die Gespräche und Verhandlungen hier. Daß die Epochenwende von 1989 beim Argumentieren, beim Überlegen an keiner Stelle in Vergessenheit gerät, sondern daß sie eine Herausforderung für alles bleibt, was wir hier tun. Ich kann den Präsidenten des Abgeordnetenhauses noch nicht begrüßen, bin aber froh und dankbar, daß ich seine Vorgängerin hier begrüßen kann, die langjährige Präsidentin des Abgeordnetenhauses, Frau Hanna-Renate Laurien. Herzlich willkommen. Ich verrate kein Geheimnis, daß Sie bei der Suche nach einem geeigneten Tagungsort eine sehr gute Helferin waren. An diesem Punkt herzlichen Dank.

In Vertretung des Regierenden Bürgermeisters begrüße ich jetzt unter uns die Senatorin für Gesundheit und Soziales, Frau Dr. Beate Hübner. Herzlich willkommen. Ich grüße Sie als neue Senatorin hier in Berlin und sage dazu: daß in Ihnen nicht nur eine engagierte Medizinerin und Sozialpolitikerin aus der Ostregion der Stadt in den Senat gekommen ist, sondern auch eine Frau, die ihren christlichen Hintergrund, ihr christliches Engagement nicht verleugnet hat und auch jetzt nicht verleugnet.

Ich begrüße mit Ihnen – und das gilt jetzt sehr pauschal – all die anderen vielen engagierten Politikerinnen und Politiker aus den unterschiedlichsten Parlamenten, Institutionen, Ministerien. Es ist sehr gut, daß diese Konsultation in der Weise besucht ist, daß hier wirklich Engagement und Sachverstand zusammenkommen können.

Es spricht für die Bedeutung dieser Berliner Konsultation, daß die beiden derzeit höchsten Repräsentanten der katholischen und evangelischen Kirche unter uns sind. Ich begrüße Herrn Bischof Lehmann und Herrn Landesbischof und Ratsvorsitzenden Bischof Engelhardt. Herzlich willkommen.

Zugleich möchte ich darauf hinweisen, daß wir morgen den Tag um halb neun beginnen mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Französischen Friedrichstadtkirche – so heißt sie ja korrekt – im Volksmund Französischer Dom, am Gendarmenmarkt in der Mitte der Stadt. In Vertretung von Bischof Huber werden ihn die Generalsuperintendentin – sowas gibt es nur in einer ehemaligen preußischen Kirche – Frau Laudien und der Erzbischof dieser Stadt, Kardinal Sterzinsky, halten. Und hier kommt ein ganz besonderer Gruß und Glückwunsch zum heutigen Tag, Herr Kardinal feiert heute seinen 60. Geburtstag und ich bitte um einen Beifall.

Vor allem und wirklich nicht zuletzt möchte ich abschließend Sie hier im Saal begrüßen, Christinnen und Christen, Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Wir haben es bei den Anmeldungen gemerkt: es sind hier sehr viele Menschen da, die Gruppen, Gemeinden, Projekte, Institutionen vertreten. Viele von Ihnen haben schon Voten erarbeitet zu diesem Konsultationsprozeß und ich finde das eine große Chance, daß wir hier so zusammen sind und ich wünsche, daß diese Konsultation zu einem großen Ratschlag wird, an dem wir versuchen, mit den Intentionen, die ich zum Eingang von Paulus her Ihnen weitergegeben habe, mit den Intentionen eines glühenden Engagements für die Sache Jesu Christi und mit dieser Nüchternheit und dieser Redlichkeit weiter zu kommen.

Wenn das gelingt, und Sie brauchen ja heute nur in die Zeitung schauen, dann ist für mich zumindest die Möglichkeit sehr viel größer, daß auch wir als Kirchen, die wir ja Teil dieser Gesellschaft sind, hier zu Voten, vielleicht auch einem Votum kommen, das von den Menschen gehört wird, die im Augenblick sehr betroffen sind von der wirtschaftlichen und sozialen Lage in diesem Land. Noch einmal herzlich willkommen.

Nun bitte ich Sie, Frau Senatorin, um Ihr Grußwort.

Dr. Beate Hübner,

Senatorin für Gesundheit und Soziales, Berlin:

Exzellenzen, meine Damen und Herren. Bevor auch ich in die Konsultation eintrete, gestatten Sie mir zunächst, einen Glückwunsch auszusprechen. Im Namen des Senates und Abgeordnetenhauses von Berlin möchte auch ich dem Erzbischof von Berlin, Georg Kardinal Sterzinsky, zu seinem 60. Geburtstag ganz herzlich gratulieren und ihm Gottes Segen wünschen.

Im Verhältnis von Staat und Kirche ist es mittlerweile guter Brauch, daß man mehr miteinander als übereinander redet. Das war nicht immer so. Es ist ein guter Beweis dafür, daß das Verhältnis zwischen Kirche und Staat, das weder von strikter Trennung noch von wechselseitiger Vereinnahmung geprägt ist, funktioniert. Gerade der nun zu Ende gehende Konsultationsprozeß macht deutlich, daß wir zu einer wirklichen Form der Zusammenarbeit, zu einem wechselseitigen Geben und Nehmen gekommen sind. Das allein schon sehe ich als einen großen Erfolg.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist in der Diskussion. Vielleicht ist er sogar in Gefahr. Nach langen Diskussionen ist die Bundesregierung nun dabei, ein Bündnis für Arbeit zu schmieden, gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Arbeitgebern, die Landespolitik ist auch hier gefordert. Das ist erwartungs- und erfahrungsgemäß mit viel öffentlichen Kontroversen verbunden, denn ohne Abstriche vom bisher Üblichen wird es nicht weitergehen. Es geht um den Umbau, keineswegs um den Abbau des Sozialstaates. Das soziale Netz muß in seiner Substanz erhalten bleiben, und das sage ich hier an dieser Stelle auch aus vollem Herzen als Senatorin für Gesundheit und Soziales in dieser Stadt. Die Kirchen kommen mit ihrem Papier zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland also zur rechten Zeit. Sie gehören zum Bündnis für Arbeit, das auf regionaler Ebene an die örtlichen Gegebenheiten angepaßt werden soll. Im März soll in Berlin zu einem solchen Gespräch eingeladen werden. Es gehört zur Verwaltungsreform genauso wie zur Fusion Berlin-Brandenburg, es ist ein Paket. Ein gemeinsamer Pakt sozusagen.

Warum dies nun alles in Berlin? Ich sage, diese Veranstaltung hat ihren Sitz zu Recht in Berlin. Berlin ist die Werkstatt der Einheit. Hier sind die Chancen und Probleme bei der inneren Wiedervereinigung wie unter einem Brennglas verdichtet, hautnah zu erleben und zu gestalten. Hier treffen die Gegensätze der alten und der neuen Bundesländer aufeinander. Hier können

die Probleme am ehesten gelöst werden. Deswegen gehört auch die Hauptstadt nach Berlin, deswegen auch die Diskussion über die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland. Denn ohne Rücksicht auf die innere Wiedervereinigung kann man bei dieser Frage zu keiner vernünftigen Antwort kommen.

Ich möchte Sie also alle ganz herzlich hier in Berlin begrüßen. Ich hoffe, nein, ich bin sicher, daß diese Veranstaltung nicht der Abschluß der Gespräche, sondern lediglich eine wichtige Etappe auf dem Weg zu einem gemeinsamen Bündnis für Arbeit sein wird. Die Gespräche müssen fortgesetzt werden, nicht endlos, sondern ziel- und handlungsorientiert. Am Ende, und ich füge hinzu, am notwendigerweise absehbaren Ende, muß auf möglichst breiter Grundlage ein Ergebnis stehen, das den Sozialstaat und den Wirtschaftsstandort erhält. Das die Konkurrenzfähigkeit und den Lebensstandard Deutschlands sichert, genauso wie den sozialen Frieden und die innere Sicherheit. Und in diesem Sinne wünsche ich Ihnen gutes Gelingen, und ich wünsche Sie mir auch weiter als Partner für die politische Zusammenarbeit in dieser Stadt. Danke.

Der Konsultationsprozeß – aufeinander hören, miteinander beraten, Lösungen gemeinsam suchen

Landesbischof Dr. Klaus Engelhardt, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Bei dem Konsultationsprozeß der Kirchen geht es im Kern um die „*tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche*“ (Diskussionspapier, Ziff. 1), die wir gegenwärtig in unserem Land, in Europa und weltweit miterleben. Sie „*stellen uns und unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vor grundlegende Herausforderungen*“ (ebd.). In dieser Situation wollen die Kirchen Anwälte der Benachteiligten, der Armen und Schwachen sein. Das ist nicht möglich, ohne sich den Problemen von Wirtschaft und Sozialpolitik zu stellen. Es geht um eine gemeinsame (!) Aufgabe. Wir greifen sie auf dadurch, daß wir „*aufeinander hören, miteinander beraten und Lösungen gemeinsam suchen*.“

Der Weg, den wir gewählt haben, ist ein Konsultationsprozeß. Damit wird ein Signal gegeben für ein neues Verständnis davon, was in unseren Kirchen notwendig und möglich ist. Es werden Spielräume und Akzente neu entdeckt, und wir erfahren, wie sehr erwartet wird, daß unsere Kirchen sich als partizipative und die Mündigkeit der Christen ernst nehmende verstehen. Wir entdecken neu, wie wichtig es ist, der ganzen Breite der Christen in unseren Kirchen die Möglichkeit zur Mitsprache, zum Mitberaten und zur Mitarbeit einzuräumen.

Gemeinsames Gespräch und gemeinsame Arbeit

Ich will an diesen drei Aufgaben, die das Thema nennt, entlanggehen und einige Überlegungen darüber anstellen, welche Erfahrungen wir in diesen Monaten des Konsultationsprozesses mit ihnen gemacht haben und was sie für unseren Auftrag und für unseren Dienst an der Gesellschaft bedeuten. Zunächst zum ersten: „Aufeinander hören.“

Aufeinander hören

Das so ungewöhnlich starke Echo in Kirche und Öffentlichkeit auf das Diskussionspapier der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ war keineswegs Wahlkampfnachwirkung, sondern hatte mit

der Sache selbst zu tun, um die es ging. Die Bevölkerung reagierte deshalb in so breitem Maße, weil die Kirchen mit ihrem Diskussionspapier etwas angesprochen hatten, was vielen auf der Seele lag: die wirtschaftliche Rezession und die hohe Arbeitslosigkeit, die Zunahme von Zeichen der Armut in unserem Land und der Obdachlosen auf unseren Straßen, die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherung. Die Kirchen hatten sich zum Sprachrohr der Beunruhigten und Erschrockenen gemacht, sowie derer, die die Probleme und Belastungen in eigener Erfahrung kannten. Die unmittelbare Folge der Veröffentlichung war über Wochen hinweg eine schier unglaubliche Flut von Anrufen vor allem bei den beiden Clearingstellen. Anruferinnen und Anrufer schütteten wie bei einem kirchlichen „Sorgentelefon“ ihr Herz aus, schilderten ihre Probleme, erzählten von ihren Belastungen.

Im Grunde war es das, was den Konsultationsprozeß vor allem kennzeichnete und bestimmte: das Hören. Wie ein roter Faden durchzieht die schriftlichen Stellungnahmen die Bitte an die Kirchen: Hört uns, hört unsere Sorgen, hört das, was uns in dieser schwierigen Zeit so wichtig ist, nehmt unsere Erfahrungen und unsere Ratlosigkeiten ernst. Und es wandten sich nicht nur Menschen am Rande der Gesellschaft an die Kirchen, die keine Stimme haben, sondern auch Einflußreiche, von denen man ausgehen muß, daß sie sich schon Gehör verschaffen können. Ich habe in der ersten Phase viel dankbare Resonanz bei Kommunalpolitikern gefunden.

Hören und Zuhören ist ein Dienst, den die Kirchen wahrnehmen müssen. Gerade weil das gesellschaftliche Gespräch darunter leidet, daß so sehr selektiv gehört, überhört oder mißverstehend gehört wird, ist ein solcher Dienst wichtig. Bei all den guten Erfahrungen im Konsultationsprozeß in den letzten Monaten haben wir doch immer wieder auch erfahren, wie entscheidende Themen tabuisiert werden und drängende Anliegen nicht gehört und nicht verstanden werden und wie andere Themen, die nicht oder zu wenig vorkommen, zum Maßstab des Ganzen gemacht werden.

Wenn wir mit den Themen Arbeit und Arbeitslosigkeit, Armut, Standort Deutschland, Sozialstaat, Gleichberechtigung der Geschlechter, Bewahrung der Schöpfung u. ä. weiterkommen wollen, dann muß das gemeinsame Hören, das Hörenwollen und Hörenkönnen an erster Stelle stehen. Es muß ein Klima entstehen, in denen solche und andere Themen offen und dialogisch diskutiert werden können.

Im Konsultationsprozeß haben viele gelernt, immerhin ein wenig besser zu hören. Sie haben gelernt auf die Stimmen derer ein wenig mehr zu hören,

die in unternehmerischer Verantwortung stehen, Risiko auf sich nehmen, mit Sorgen in die Zukunft sehen, rote Zahlen schreiben und nicht wissen, wie es besser werden soll mit ihrem Betrieb. Viele haben ein wenig mehr gelernt zu hören auf diejenigen, die von ihren Erfahrungen in ihren Betrieben sprechen, von ihrer Arbeitswirklichkeit oder von ihrer Wirksamkeit in einer herausgehobenen gesellschaftlichen Position. Sie haben die Beschwerden und Sorgen von Betroffenen gehört, die ausgegrenzt sind, die erfahren haben, was es bedeutet, mit dem Rücken an der Wand zu stehen, jede Mark dreimal umdrehen zu müssen, sich immer nur das Notwendige und Aller-notwendigste leisten zu können.

Miteinander beraten

Wenn es im Konsultationsprozeß gelang, Hören und Zuhören möglich zu machen, dann war damit viel erreicht. Aber das genügt noch lange nicht. Miteinander beraten ist mehr. Miteinander beraten heißt, Argumente austauschen, Rat suchen, Rat geben und Rat annehmen können. Die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland suchen in diesem Prozeß den Rat für ein gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland.

Es ist kein Geheimnis, daß es bei der Vorbereitung des Diskussionspapiers in dem evangelisch-katholischen Ausschuß heftige Kontroversen gegeben hat, die mit den dort behandelten strittigen Sachproblemen zu tun hatten. Die Themen, die das Diskussionspapier anspricht, sind konflikthaft und sie werden in der Gesellschaft kontrovers diskutiert. Da ist es unumgänglich, daß wir in der Beratung dieser Probleme in die Kontroverse geraten und an den Konflikten arbeiten, von denen die gesellschaftliche Diskussion geprägt sind. Eben dies hat der vorbereitende Ausschuß erfahren und er hat sich dieser Aufgabe gestellt. Die aufmerksamen Leser der Schrift können die Konfliktlinien in vielen Formulierungen auch noch erkennen.

Eberhard Müller, der Begründer der Denkschriftenkultur in der evangelischen Kirche, hat solche Konfliktaustragung und Konfliktarbeit im Raum der Kirche einen „stellvertretenden Dienst für die Gesellschaft“ genannt. Die Einladung der Kirchen zum gemeinsamen Beraten meint in diesem Sinn das ernste, ringende, konflikthafte gemeinsame Gespräch. Das ist das, was wir in den gesellschaftlichen Dialog einbringen wollen.

Miteinander beraten, das ist eine wirkliche gemeinsame Arbeit (!) an schwierigen, konfliktbehafteten und verantwortungsvollen Sachfragen.

Es hat im Konsultationsprozeß immer wieder auch Veranstaltungen gegeben, die nicht mehr waren als ein bloßes Auftischen von alten Argumenten, ein Austausch von Zeitungslieserwahrheiten und Frontalbelehrung ohne das Hören, sich Austauschen und Beraten. Sind wir bereit, die „andere Seite“ zu hören, das andere Argument, die andere Erfahrung? Miteinander beraten heißt, nicht selbst schon alles wissen.

Die Kirchen haben auch die Aufgabe, Rat zu geben. Wird ihr Rat auch angenommen? Von verschiedener Seite wurde manchmal versucht, die Kirchen in die Schranken zu weisen, gleichsam als sei es ihre Aufgabe, sich der Sozialfälle betreuend anzunehmen und sich um „letzte Dinge“ zu kümmern und aus den konkreten Fragen der Gestaltung unserer Wirtschaftsordnung sich im übrigen herauszuhalten. Wenn unser Gemeinwesen und die Belange unserer Wirtschafts- und Arbeitswelt auf die Zuständigkeit bestimmter „Beraterklassen“ aufgeteilt werden soll und den Kirchen dabei die ausschließliche Kompetenz für Religion und Sozialfälle zufallen soll, dann ist Widerspruch angebracht.

Wir Christen haben auch zu raten, wenn es um das Gemeinwohl, um den Menschen und um Lebensordnungen geht. Wir haben zu raten, wenn es um eine ökologisch verpflichtete Soziale Marktwirtschaft und um die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaftsordnung geht, wenn es um Grundfragen einer gerechten und menschlichen Ordnung unseres Gemeinwesens geht und um Entscheidungsfragen und Orientierungen der sozialen Sicherung.

Nach Lösungen gemeinsam suchen

Die gegenwärtige Diskussion über die Kernprobleme unserer wirtschaftlichen und sozialen Situation sind deutlich davon gekennzeichnet, daß jede Gruppe, jede Partei, jede gesellschaftliche Größe ihren je eigenen Lösungsweg vertritt. Es gibt wenige Lösungswege, die auf die Gemeinsamkeit mit anderen ausgerichtet sind. Die Initiative des IG Metall-Vorsitzenden Zwickel halte ich da für eine bemerkenswerte Ausnahme. Sie setzt darauf, mit dem Tarifvertragspartner gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, wie im Rahmen der Tarifauseinandersetzungen die Belange der Arbeitslosen und derer, deren Stellen bedroht sind, wahrgenommen werden können.

Lösungen gemeinsam (!) suchen, das hat mit Grundorientierungen einer demokratischen, mündigen und verantwortlichen Gesellschaft zu tun. Mit dem Bild einer solchen Gesellschaft vertragen sich betont exklusive Entscheidungseliten nicht. Niemand kann für sich allein die richtige Lösung haben.

Eine solche Gesellschaft ist auf die breite Mitwirkung und Mitsprache ihrer Bürger und Bürgerinnen und der engagierten Gruppen konstitutiv angewiesen. Über die Zukunft der Sozialhilfe können nicht alleine die Experten der staatlichen Administration und der Wissenschaft befinden, weil sie nicht über die notwendige Kompetenz in humanitären und zwischenmenschlichen Fragen verfügen und über die Befindlichkeiten der Betroffenen und die besonderen Problemlagen zuweilen nur unzureichend Bescheid wissen. Hier müssen auch die Kundigen vor Ort, Gemeinden, Kirchen, Caritas und Diakonie beteiligt sein.

Verantwortbare und zukunftsweisende Lösungen haben es an sich, daß sie ein Umdenken, eine Veränderung in uns allen bedeuten, auch schmerzliche Zugeständnisse, die uns keineswegs leicht fallen. Die Veränderung und Zukunftsorientierung unseres sozialen Sicherungssystems wird auf dem Hintergrund dessen, was uns selbstverständlich geworden ist, eine schmerzhafteste Veränderung sein, ebenso schmerzhaft wie die Hinwendung zu ökologisch verträglicheren Wegen unseres Wirtschaftens. Lösungen gemeinsam suchen heißt deshalb, Wege zu wirklichen Entscheidungen und Veränderungen suchen.

Mit der Erarbeitung des Endtextes des Konsultationsprozesses haben wir uns eine schwere Aufgabe gesetzt. Wenn dieser Text vorliegt, werden wir weiter im Gespräch und an der Arbeit bleiben müssen.

Schlußbemerkung

Beim Hören, miteinander Beraten und gemeinsamen Suchen sind Deutungs- und Orientierungsleistungen zu erbringen. Den Kirchen muß es darum gehen, für den Willen Gottes einzutreten. Jesus Christus hat ihn zusammengefaßt im Doppelgebot der Liebe. Es fordert die Liebe zu dem gerechten und barmherzigen Gott und die Liebe zu den Mitmenschen. Beides hängt miteinander zusammen,

- die Liebe und das Vertrauen zu Gott und
- das Eintreten für gerechtere und barmherzigere Lebensordnungen und für den Schutz der Würde des Menschen, das Engagement für den Frieden, für soziale Gerechtigkeit, für den Schutz des Lebens, für Gerechtigkeit für die Armen und Schwachen.

Es ist ein wichtiger Dienst, den die Kirchen leisten, wenn sie das gemeinsame Gespräch in der Gesellschaft anstoßen und zu einem gemeinsamen Nachdenken auffordern. Da, wo Defizite sind, Defizite an Dialogbereit-

schaft und Wahrnehmungsfähigkeit, Defizite an Einsicht in die Probleme der Menschen und ihre Bedürfnisse, dort können die Kirchen den Dialog anstoßen und auch vorhandene Dialogbereitschaft in der Gesellschaft zu stärken versuchen. Diese gemeinsame Aufgabe bleibt auf das gemeinsame Bekenntnis und das gemeinsame Gebet angewiesen.

Wenn wir in dieser gemeinsamen ökumenischen Arbeit etwas so Grundsätzliches sehen müssen, wie ich das geschildert habe, dann kann dieser ganze Prozeß nicht ein Intermezzo gewesen sein. Ich spreche mich dafür aus, daß dieser Stil der Zusammenarbeit über den vorgesehenen Endpunkt des Prozesses hinaus weitergeht. Wir werden mit Sicherheit nicht Ende 1996 damit aufhören, uns gemeinsam für Friede, soziale Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung, für die Schwachen und für die Zukunftsaufgaben in der Einen Welt einzusetzen. Und wir werden nicht aufhören, dies weiter zu lernen und zu praktizieren: miteinander zu reden, aufeinander zu hören und Lösungen gemeinsam zu suchen.

Der Konsultationsprozeß – ein Suchinstrument für die wirtschaftlich-soziale Realität im Lichte des Evangeliums

Bischof Prof. Dr. Dr. Karl Lehmann, Mainz
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Verlautbarungen zu gesellschaftlichen und sozialen Fragen haben in den Kirchen unseres Landes Tradition. Dies ist gerade im Blick auf unsere europäischen Nachbarkirchen nicht selbstverständlich, zumal in der Gegenwart. Aufrufe und Stellungnahmen gab es auch in den letzten zwei Jahrzehnten immer wieder, wobei das Jahr 1989/90 eine besondere Herausforderung darstellte. Es läßt sich auch gut beobachten, daß wir dabei immer mehr zu gemeinsamen ökumenischen Stellungnahmen kamen.

Allmählich wurde uns bewußt, daß es einige Zeit nach der Einigung Deutschlands eines eigenen, neuen Schrittes bedurfte. Die Freude über die Überwindung der Mauer und den Stacheldraht sowie die anfängliche Aufbruchstimmung haben eher über die Schwierigkeiten hinwegsehen lassen. Ernüchterung und Enttäuschung, aber auch Gleichgültigkeit und Kleinmut verlangten ein ermutigendes Wort. Zugleich war uns deutlich vor Augen, daß die wahre Situation vieler Menschen in den neuen Bundesländern besser war als die veröffentlichte Meinung in vielen Organen, zumal des Westens.

Es war aber nicht nur die deutsche Perspektive, die es allein ohnehin nicht mehr gab. Das Ende des globalen Ost-West-Konflikts machte plötzlich die Orientierung sehr viel schwieriger. Der wachsende europäische Einigungsprozeß verbot darüber hinaus, die Betrachtung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in einer Binnenschau auf uns selbst zu beschränken. Oft stellten wir im Blick auf unsere Verhältnisse fest, wie sehr wir gerade in ökonomischer Hinsicht in übernationale und weltweite Zusammenhänge eingeflochten sind. Schließlich war uns immer schon klar, daß wir zwar für einige Zeit viel, möglicherweise zu viel mit unseren deutschen und europäischen Problemen zu tun haben, daß wir aber gerade deshalb die Herausforderungen der Entwicklungsländer, ja des Nord-Süd-Gefälles und der Einen Welt wieder sehr viel mehr beachten müssen. Unsere Hilfe ist – Gott sei Dank – gerade in dieser Zeit ganz bewußt nicht verringert worden.

Die Globalisierung der Probleme führte jedoch nicht zu einer allgemeinen, abstrakten Betrachtungsweise, sondern erzeugte kräftige Rückstoßeffekte in unserem eigenen Land. Die Problemfelder lagen auf der Hand: Arbeit und Arbeitslosigkeit, Perspektiven ökonomischer Erneuerung, Reform und Konsolidierung des Sozialstaats, Ökologische Verantwortung, Mitverantwortung für die weltwirtschaftliche Entwicklung, Armut und Verarmung in der Wohlstandsgesellschaft, Stärkung von Ehe und Familie sowie Erneuerung des Bildungs- und Ausbildungsangebots. Dies waren die Stichworte eines ersten Thesenpapiers im Herbst 1993.

Diese Themen hatten m. E. eine doppelte schwierige Kontextlage mit sich gebracht. Auf der einen Seite kündigte sich mit diesen Stichworten eine Wende in der Betrachtungs- und Denkweise an. Die klassischen Rezepte der zuständigen Wissenschaften wollten nicht mehr ohne weiteres greifen. Auch die Sozialverkündigung der Kirche mußte ihre Verlegenheit bekennen. Die Überwindung der Arbeitslosigkeit und die Globalisierung der wirtschaftlichen Probleme waren besondere Schwerpunkte, die dies immer wieder offenbarten.

Die heutige Diskussion zum Thema „Bündnis für Arbeit“ zeigt, wie wichtig diese Überlegungen in der Zwischenzeit geworden sind. Wir hatten seit 1993 ja auch Gespräche mit den Vertretern der Einzelgewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, so daß unsere Initiative nicht unbekannt ist. Jetzt kommt es darauf an, daß es wirklich zu diesem immer mehr zum Thema Nr. 1 werdenden Problem einen „Runden Tisch“ oder so etwas wie ein „Bündnis“ gibt, daß jedenfalls alle am selben Strang ziehen. Der Konsultationsvorgang will die verschiedenen Partner, wenn es auch nacheinander geschieht, zu dieser Gemeinsamkeit bringen, die es in Ansätzen bei einzelnen Gewerkschaftsführern und einigen Repräsentanten der Arbeitgeberverbände durchaus gibt. Gerade in den letzten Tagen hat sich hier ja einiges bewegen lassen.

Damit bin ich auch schon bei der anderen Dimension der Sache. Auf der anderen Seite ging es nämlich nicht nur um wissenschaftliche Probleme und großflächige Strukturdebatten, sondern der wirtschaftliche und soziale Wandel schnitt tief ein in die persönliche Situation vieler Menschen. Dies gilt nicht nur für die neuen Bundesländer, sondern auch für die Lage im Westen. Die Grenzen der Finanzierbarkeit z. B. der sozialen Sicherungssysteme drängten sich auf. Die verschiedenen Armutsstudien, wie immer man ihren einzelnen methodischen und inhaltlichen Wert beurteilt, haben die Frage aufgeworfen, ob nicht sehr viel mehr soziale Schichten von der Knappheit

der Mittel und den Einschränkungen empfindlicher getroffen wurden, als man bisher dachte. In der Zwischenzeit ist diese Fragestellung, nicht zuletzt durch den Konsultationsprozeß und begleitende Bemühungen, sehr viel deutlicher geworden. Freilich bedarf es noch der Klärung, wie und mit welchen Kriterien hier ein normativer Begriff von Armut festgelegt werden kann.

Zugleich machte uns aber auch ein allgemeiner Mentalitätswandel schon seit einiger Zeit nachdenklich, der mit dem Stichwort „Gesellschaftlicher Wertewandel“ angezeigt werden kann. Ein solcher Wertewandel hat gewiß nicht nur negative Verhaltensweisen der Menschen gefördert, aber es gab erhebliche Verschiebungen, die gerade zur Bewältigung der beschriebenen wirtschaftlichen und sozialen Situation eher hinderlich waren und sich schädlich auswirken: Die Prozesse der Individualisierung steigerten sich, erhöhten das vorwiegend persönliche Interesse und auch das Anspruchsdenken, ließen aber die Sorge für das Gemeinwohl eher in den Hintergrund drängen. Eine gemeinsame Bekämpfung der Krise erschien in dieser Hinsicht sehr viel schwieriger, da die intellektuellen und emotionalen, psychischen und ethischen Energien geschwächt erschienen, um wirklich das so notwendige neue Denken aufzubauen. Vor allem das bloße Beharren auf den bisherigen Besitzständen lähmte die entscheidende Erkenntnis der neuen Notwendigkeiten und vor allem das eindeutige Handeln.

Es ist unverkennbar, daß diese Einsichten seither langsam und allmählich sich stärker herumsprachen. Ein mühsamer, aber wenigstens anfänglicher Prozeß ist in Gang gekommen. Insgesamt entstand also gerade in den Jahren 1992 und 1993 mehr und mehr der Eindruck einer stärker um sich greifenden Orientierungskrise, zumal auch Kenntnisse über wirtschaftliche und soziale Prozesse in der Bevölkerung unseres Landes außerordentlich schwach ausgeprägt sind. Es hatte keinen Sinn, „Papiere“ allein mit Experten anzufertigen, so wichtig auch diese Ebene ist.

Es war notwendig, daß sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger mit den entstandenen Fragen auseinandersetzten. Sie sollten nicht nur Objekte und Opfer der beschriebenen Prozesse sein, sondern sich zunächst einmal als Subjekte rational der Veränderung bewußt werden, sich mit der neuen Situation auseinandersetzen und damit selbst in den Veränderungsprozeß einbezogen werden.

Dies ist ein elementarer Unterschied zu den bisherigen Formen und Ausdrucksgestalten der kirchlichen Sozialverkündigung. Es schien notwendig zu sein, einen Dialogprozeß zu beginnen, der möglichst viele erfaßt und des-

halb auch am Ende mit einer erhöhten Aufmerksamkeit rechnen kann. Dafür war ein Dokument im Stil der bisherigen akademischen Problemanalyse, verbunden mit entsprechenden politischen Forderungen, nicht ausreichend. Es war deutlich, daß die Alltagserfahrung der Menschen sehr viel kräftiger zur Sprache kommen mußte. Dabei durfte man nicht erwarten, daß dies allein schon Anstöße für die Problemlösungen selbst ergibt, daß aber die Bereitschaft vergrößert wurde, neue Fragestellungen aufzugreifen und den Wandlungsprozessen nüchtern ins Auge zu sehen.

Dabei konnten wir auf Erfahrungen zurückgreifen. Die sozialen Hirtenbriefe der Bischofskonferenz in den USA „*Herausforderung des Friedens*“ (1983) und „*Wirtschaftliche Gerechtigkeit*“ (1986) sowie der Sozialhirtenbrief in Österreich (1990) warfen die Frage auf, ob wir nicht in unserem Land, weit über die Kirche hinaus, so etwas für Deutschland riskieren sollten. Es erschien notwendig, eine solche Konsultation an der Basis auch deshalb zu wagen, um die Verantwortlichkeit des Bürgers im freien, demokratischen Staat wieder neu zu wecken und bei den zahlreichen engagierten Christen eine Bewußtseinsbildung für politische Verantwortung aus dem Glauben einzuleiten. Der Einbezug der kirchlichen Basis in einen breiten Prozeß der Meinungsbildung geschah dabei nicht bedenkenlos. Wir wußten um die damit verbundenen Gefahren der Einwirkung von außen, d. h. mannigfacher Vernebelung und der politischen Instrumentalisierung. Es war auch von Anfang an klar, daß ein entsprechendes Dokument noch nicht eine Vorgestalt für eine endgültige Erklärung sein konnte, in die gleichsam nur noch Modi einzutragen wären, sondern daß diese „Diskussionsgrundlage“ zunächst nur den Konsultationsprozeß anstoßen und auslösen sollte. Es war jedem klar, daß die Erstellung einer abschließenden Erklärung ein eigener Schritt sein mußte. Die Diskussionsgrundlage kann nicht das vorgesehene gemeinsame Wort vorwegnehmen. Sonst wäre es kein wirklicher Konsultations-Prozeß.

Wir haben zu diesem neuen Modell der Intensivierung der kirchlichen Sozialverkündigung bewußt ja gesagt. Er ersetzt gewiß nicht die anderen Formen und Gestalten der Sozialverkündigung, im Gegenteil kann er dafür neues Interesse wecken, aber auch herkömmliche Fragestellungen neu beleben. Es scheint mir darum nicht zufällig zu sein, daß bisher bewährte methodische Schritte der Sozialarbeit, wie z. B. Sehen – Urteilen – Handeln, auch als Leitfaden für die Problembearbeitung der Ergebnisse vorgeschlagen worden sind.

Ich möchte jedoch auch keinen Zweifel daran lassen, daß hier eine schwierige Aufgabe gegeben ist, die mir auch methodisch noch nicht genügend ge-

klärt zu sein scheint. Wir brauchen mehr Beteiligung und Engagement, die auch nicht frei sind vom Pathos, von Affekten und von leidenschaftlichem Eifer. Energischer Einsatz für eine Sache, die immer wieder auch verwischt, zerredet und aufgeschoben wird, tut not. Hier ist eine „Parteilichkeit“ vonnöten, die etwas ganz anderes ist als parteipolitische Militanz und nach Effekten haschende Agitation. Ja, diese zerstören und gefährden geradezu den Konsultationsprozeß. Es gibt keine einfachen Lösungen mehr. Wenn sich nicht alle bewegen und damit auch zu Differenzierungen und schließlich zu Kompromissen bewegen lassen, gibt es kein weiterführendes Ergebnis.

Deshalb brauchen wir auch die strenge, ernüchternde, um möglichst hohe Objektivität bemühte wissenschaftliche Reflexion. Vorurteile müssen beim Namen genannt werden. Denkblockaden sind nicht erlaubt. Provokationen mögen eine Teilfunktion haben, um die Diskussion zu entfachen, aber sie sind kein in sich schon brauchbarer und fruchtbarer Ansatz. Ich fand es in den bisherigen Diskussionen, auch beim Wissenschaftlichen Forum in Bonn am 12. September 1995, manchmal bestürzend, wie wenig es z. B. zu einem wirklichen Gespräch zwischen den Sozialpolitikern und den Ökonomen, zwischen Volkswirtschaft und Sozialpolitik kam. Um so notwendiger ist der Konsultationsprozeß.

Schließlich will ich darauf hinweisen, daß diese neue Gestalt der kirchlichen Sozialverkündigung für die katholische Kirche eng verknüpft ist mit einer neuen Kirchengenerierung, wie sie vor allem durch das Zweite Vatikanische Konzil angestoßen worden ist. Das Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung als Volk Gottes mit dem Grundgedanken der „communio“ steht dabei in der Mitte. Ohne diesen Hintergrund läßt sich, wenigstens innerkirchlich, das Wagnis des Konsultationsprozesses kaum verstehen. Umgekehrt kann der Konsultationsprozeß auch wiederum Mittel und Weg sein, um dieses nicht selten auch enttäuschte und angeschlagene Kirchenbewußtsein erneut zu ermutigen. Dabei scheint es mir wichtig zu sein, daß dies auch eine Gelegenheit zur vertieften Verantwortung des Glaubens in der Welt darstellt und wir damit auch der Gefahr einer zu großen Binnenzuwendung zu innerkirchlichen Problemen entkommen können.

Dies scheint mir überhaupt eine große Gefahr im deutschen Katholizismus zu sein, auf die ich übrigens schon seit Mitte der siebziger Jahre und in den achtziger Jahren stets aufmerksam gemacht habe. Je mehr wir uns mit uns selbst herumtreiben, um so schwieriger wird jede Erneuerung. Es ist keine Frage, daß der Konsultationsprozeß bisher sehr viel mehr Echo bei den

großen gesellschaftlichen Gruppen und Einrichtungen, Verbänden und in den Medien gefunden hat als in den Gemeinden und in den kirchlichen Verbänden. Dies scheint mir ein alarmierendes Ergebnis des bisherigen Konsultationsprozesses zu sein. Man kommt leichter mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, Parteien und Bundestagsfraktionen, übrigens aller Richtungen, – sogar relativ leicht auf höchster Ebene – ins Gespräch als mit einem großen Teil der innerkirchlichen Verbände, den meisten Hauptamtlichen und auch einem Teil der Räte, mindestens auf Gemeinde- und Dekanatssebene. Auf der Bistumsebene und beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken ist dies – Gott sei Dank – besser. Jedenfalls ist das Konsultationsverfahren zur wirtschaftlichen und sozialen Lage ein wirksames Gegenmittel gegen diese manchmal geradezu narzißtische Verliebtheit in die hausgemachten Probleme des deutschen Katholizismus. Wenn wir uns nicht mehr von den Wunden der Zeit und den gesellschaftlichen Hauptherausforderungen beanspruchen lassen, verschlafen wir eine der wenigen günstigen Stunden in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und im öffentlichen Gespräch.

Das sogenannte KirchenVolksBegehren hat diese Dimension in ziemlich vereinfachter Form für eine größere Öffentlichkeit wieder zum Bewußtsein bringen wollen, der Konsultationsprozeß hat jedoch längst vorher diese neue gemeinsame Erfahrung, ein neues „Wir“ in der gesellschaftlichen Verantwortung der Glaubensgemeinschaft, zur Geltung gebracht, sicher mit weniger öffentlicher Resonanz, aber ungleich genauer und herausfordernder in der formulierten Sache.

Daß wir dabei nach einiger Zeit relativ rasch auch ein gemeinsames ökumenisches Vorgehen gefunden haben, ist eine besondere Chance, die wir – wie eingangs betont – voll nützen müssen. Vor wenigen Tagen, am 5. Februar 1996, haben wir gemeinsam das Gespräch mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn über die Konsultation abgehalten. Bei dieser Berliner Konsultation, zu der ich Sie herzlich begrüße, wollen wir über den Verlauf und die bisherigen Ergebnisse eine Zwischenbilanz ziehen und gemeinsam beraten und nach Wegen suchen, wie den Erwartungen, Anliegen und Meinungen der Gemeinden, Verbände und Initiativen an das künftige Wort Rechnung getragen werden kann. Wir danken dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und ganz besonders dem Herrn Bundespräsidenten für die Unterstützung dieser Tagung. Ich darf Sie herzlich zu diesem gemeinsamen Gespräch einladen.

Vorstellung von Verlauf, Ergebnissen und Tendenzen des Konsultationsprozesses

Joachim Sikora und Tilman Winkler

Vorbemerkungen

(1) *Erste Vorbemerkung:* Es ist nicht nur nicht einfach, mit der großen Fülle der Stellungnahmen zum Konsultationsprozeß umzugehen, sondern vor allem auch mit den Erwartungen. Diese Erwartungen an den Bericht über die Ergebnisse des Konsultationsprozesses sind hoch. Die Kernfragen, die in den letzten Wochen immer wieder zu hören waren, lauten: Was steht auf den 17.000 Seiten? Welche Trends zeichnen sich ab? Welche Ergebnisse des Konsultationsprozesses werden deutlich? Welches sind die bemerkenswerteren, originellen und weiterführenden Beiträge des Konsultationsprozesses? Diese Fragen sind nicht unproblematisch, weil sie eine gewisse Eindeutigkeit der Ergebnisse des Konsultationsprozesses unterstellen, die so nicht gegeben ist. Ein Bericht über die Ergebnisse kann also nicht nur ein Bericht über Inhalte (!) von Stellungnahmen und Voten sein, es muß auch ein Bericht über Problemstrukturen (!) einer solchen Konsultation sein.

(2) *Zweite Vorbemerkung:* Von den Ergebnissen des Konsultationsprozesses zu berichten, ist nicht nur für die Berichterstatter schwierig, sondern auch für deren Zuhörer. Wenn die Ergebnisse aus einem so umfangreichen Diskurs einfach nur berichtend, konstatierend und aufzählend wiedergegeben werden, dann kann bei den Zuhörern ungewollt ein problematischer Effekt eintreten. Es kann sich der falsche (!) Eindruck einstellen, dieser Konsultationsprozeß sei nichts anderes gewesen als eine Ansammlung von Gemeinplätzen, eine Spiegelung unserer hinlänglich bekannten gesellschaftlichen Diskussion über Wirtschaft, Sozialstaat und Gesellschaft.

(3) *Dritte Vorbemerkung:* Man kann deshalb nur vergleichsweise *subjektiv berichten*.

a) Subjektiv – das heißt auch: Man kann über diese Stellungnahmen *nur engagiert berichten*, entweder als engagierte Anwälte, als engagierte Vermittler, oder als engagierte Kritiker. Man muß mit ihnen in den Dialog eintreten. Diesen Dialog führen heißt, sich *auf diese Voten einlassen*, sich ihnen stellen, sie hören wollen, ihre Provokation aushalten, sich mit ihnen auseinandersetzen, auf Signale antworten. Die Einsendungen sind keine Schulaufsätze, die zu konstatieren oder zu benoten wären. Sie be-

ziehen Position und sie sind Bekenntnis zu bestimmten Positionen, viele auch Bekenntnis im religiösen Sinn.

- b) Subjektiv, das heißt sicherlich auch: zwischen Wesentlichem und Unwesentlichem zu unterscheiden. Was den einen originell erscheint, kommt den anderen längst bekannt vor, was die einen nachdenklich stimmt, ist für die anderen ein Gemeinplatz, was den einen aus dem Herzen spricht, entsetzt die anderen. Gleichwohl reklamieren die Berichterstatter Erfahrung und ein gewisses „Gespür für das Wesentliche“.
- c) Subjektiv – das heißt auch, daß schwerlich objektive Beurteilungen abgegeben werden können. Allein schon zu beurteilen, welche Stellungnahme „bemerkenswert“ sei und welche vernachlässigenswert sei, erscheint uns als problematisch.
- d) Subjektiv – das bezieht sich auch auf die Hörer des Berichts über die Ergebnisse. Auch sie müssen sich als Subjekte zu diesen Ergebnissen verhalten.

(4) *Vierte Vorbemerkung:* Die Berichterstatter stehen vor einer *vierfachen Aufgabe:*

- Sie müssen versuchen, die vorliegenden Ergebnisse transparent zu machen und einen gewissen Einblick und Überblick vermitteln.
- Sie müssen sich vor allem aber auch einlassen, hören wollen, guten Willen erkennen oder (wo er jedenfalls nicht erkennbar ist, diesen) unterstellen, Signale verstehen, Sorgen vernehmen und aufnehmen, Beunruhigung ernstnehmen, sich von Vorschlägen nachdenklich stimmen lassen.
- Sie müssen werben und einladen zu einer dialogischen Auseinandersetzung mit diesen Ergebnissen.
- Und sie müssen versuchen, zum Sammeln zu blasen und zur gemeinsamen Initiative. Das Ergebnis des Konsultationsprozesses muß die gemeinsame Parteinahme für die Benachteiligten und Schwachen sein, das engagierte und sich in der Pflicht wissende Nachdenken über unsere wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Ordnungen und nicht das gemeinsame Geplauder über sie. Man kann die Ergebnisse dieser Konsultation *nicht einfach konstatieren*. Nicht nur, weil es um Dialogpartner geht, die ernstgenommen werden wollen, sondern auch deshalb, weil es hier um Entscheidungsfragen geht. Immerhin fand die Konsultation deshalb statt, weil es gilt, eine gemeinsame (!) Stellungnahme zu verfassen.

(5) *Fünfte Vorbemerkung*: Wir wollen Ihnen die Ergebnisse des Konsultationsprozesses gemeinsam vortragen. Es geht dabei vor allem um die schriftlich vorliegenden Ergebnisse, d. h. also um Stellungnahmen zum Diskussionspapier der Kirchen. Erfahrungen aus den zahlreichen Veranstaltungen sind jedoch ebenfalls berücksichtigt. Der Bericht nimmt Bezug auf die Ihnen in der Tagungsmappe vorliegenden schriftlichen Informationen über Ergebnisse zu den wichtigsten Themen des Konsultationsprozesses („Arbeitsmaterialien zur Berliner Konsultation“). An verschiedener Stelle werden wir immer wieder auf dies Materialheft verweisen. Unser Bericht ist wie folgt aufgebaut: Nach diesen

- Vorbemerkungen – folgen:
- Informationen zum Verlauf und zur Auswertung
- Erfahrungen und Beobachtungen
- Trends? Ergebnisse?
- Erwartungen an den Endtext
- Schlußbemerkung

Der Text dieses Berichts liegt schriftlich vor. Er wird nach dem Vortrag an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgegeben.

Verlauf und Auswertung

(6) Für viele galt das Motto „Der Weg ist das Ziel“: Schon das engagierte Gespräch, das ernsthafte gemeinsame Nachdenken, die vielen Versuche, Lösungen zu finden, machen diesen Konsultationsprozeß wertvoll und geben ihm eine eigenständige Bedeutung neben dem endgültigen Ergebnis.

Der Prozeß begann früher, unsere Berichterstattung beginnt am 22. November 1994. An diesem Tage wurde die Diskussionsvorlage in Bonn vorgestellt; wenige Tage später – am 30. November 1994 – wandten sich die beiden Kirchen an alle führenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte mit einem Schreiben, in welchem sie „zu einer breiten öffentlichen Diskussion über die Grundlagen und Perspektiven einer wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Erneuerung in Deutschland“ einluden. Als Ziel der Initiative wurde genannt: „... *ein grundsätzliches Wort zu den brennenden Fragen unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens sowie des gesellschaftlichen Miteinanders vorzubereiten*“.

Der Konsultationsprozeß war auf die Dauer eines Jahres angelegt – tatsächlich sind es nunmehr fast 15 Monate.

(7) Lassen sie uns in einigen „Blitzlichtern“ den Verlauf des Prozesses skizzieren:

– *Diskussionsgrundlage* (Impulstext)

Von der Diskussionsgrundlage sind gegenwärtig (Ende Januar 1996) über 400.000 Exemplare gedruckt und verteilt worden. Der Text ist in vielen Institutionen jedoch vervielfältigt und in weiteren Publikationen erneut vollständig abgedruckt worden, so beispielsweise in dem rororo-Band Nr. 13.690 „Markt und Menschlichkeit“, mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren.

– *Übersetzungen*

Die Übersetzungen der Diskussionsgrundlage ins Englische, Französische und Spanische (mit je 1.500 Exemplaren) sind weitgehend vergriffen, zwischenzeitlich liegt auch eine Übersetzung ins Italienische vor.

– *Begleitmaterialien*

Zur Diskussionsgrundlage sind in der Zwischenzeit annähernd 30 Begleitmaterialien erschienen, beispielsweise die Arbeitshilfe zum Konsultationsprozeß, die im Erzbistum Paderborn erarbeitet und mit über 20.000 Exemplaren kostenlos weitergegeben wurde. Oder die Texte zur Information und Diskussion des Bundesverbandes der KAB Deutschlands, welche zur Zeit in der dritten Auflage angeboten werden. (Verzeichnis auf den Seiten 89/90 der „Arbeitsmaterialien“)

– *Materialienhefte*

Die beiden „Clearingstellen“ haben – einschließlich des Materialienheftes zur „Berliner Konsultation“ – insgesamt sechs Hefte zusammengestellt, die mit 1000 und später mit 2000 Exemplaren aufgelegt wurden. Zwei Hefte widmeten sich den Themenschwerpunkten „Ökologie“ und „Familie“, die anderen dienten der allgemeinen Information zum Konsultationsprozeß.

– *Veranstaltungen*

Die Anzahl der zum Konsultationsprozeß durchgeführten Veranstaltungen kann nur sehr schwer zentral erfaßt und dokumentiert werden. Aufgrund der uns in den „Clearingstellen“ vorliegenden Informationen und einer Umfrage in den Landeskirchen, Diözesen und Verbänden veranschlagten wir die Zahl der Veranstaltungen, die bereits durchgeführt wurden oder noch geplant sind, mit etwa 4.000, viele davon in ökumenischer Zusammenarbeit.

– *Aufsätze und Veröffentlichungen* (Presse, Medien)

Wir haben über 100 Aufsätze und längere Artikel in Fachzeitschriften, Magazinen sowie in Wochen- und Tageszeitungen gesammelt und in einer Dokumentation zusammengestellt. Hinzuzuzählen sind Beiträge in Kirchen- und Verbandszeitungen, Stellungnahmen in anderen Medien wie dem Rundfunk und im Fernsehen. (Erfasste Literatur, „Arbeitsmaterialien“ S. 83 bis 114)

– *Mailbox*

In diesem Konsultationsprozeß wurde für viele zum ersten Mal mit einem noch weitgehend ungewöhnlichen Medium gearbeitet: einer „Mailbox“. Wenn Sie sich in die Mailbox einwählten und unter dem Stichwort „Konsultationsprozeß“ nachschauten, so stießen Sie auf die folgenden „Bretter“.

- Grundschrift
- Stellungnahmen
- Anschriften der Einsender
- Ziele des KP
- Gremien, die mit dem KP befaßt sind
- Referentenverzeichnis
- Institutionenverzeichnis (diözesane Ansprechpartner, Netzwerke)
- Arbeitshilfen
- Sachregister: Einsendungen
- Veranstaltungsverzeichnis
- Stichwortverzeichnis zum Impulstext

Wer sind die *Nutzer* der „Mailbox“?

Es sind gegenwärtig 212 Institutionen und Personen. Das klingt nicht nach sehr viel. Man muß sich jedoch anschauen, wer das ist: Es sind Nachrichtenagenturen, die Kirchenzeitungen, politische Stiftungen und Parteien, Gewerkschaften und Sozial- bzw. Wohlfahrtsverbände, Akademien und Bildungseinrichtungen, Großunternehmen und Forschungsinstitute sowie Einzelpersonlichkeiten. Mit anderen Worten: die Nutzer sind überwiegend „Multiplikatoren“, die bis zum 20. Januar 1996 insgesamt 4.012mal die Mailbox angewählt hatten.

(8) Zunächst *der aktuelle Stand* (25. Januar 1996) *der Eingaben*: Es sind etwas mehr als 1.750. An ihrer Ausarbeitung waren mehr als 8.500 Personen beteiligt. In der Mailbox sind 1.250 und in der Datenbank 1.210 Stellungnahmen erfaßt. Wenn wir die 1.750 Texte ausdrucken lassen wür-

den, so wären dies gegenwärtig etwa 17.000 Seiten. Daran können Sie ersehen, daß die Eingaben einen durchschnittlichen Umfang von über 10 Seiten haben.

Ein Teil der Eingaben fanden seitens der Initiatoren weitere Verbreitung, so zum Beispiel die Studie der Kammer für soziale Ordnung der EKD, die als Text Nr. 54 unter der Überschrift „Gemeinsame Initiative – Arbeit für alle“ veröffentlicht wurde.

Die „Eingänge“ der Eingaben haben wir in einer monatlichen Statistik zusammengestellt (Auswertungsraster Nr. 111). Sie finden diese Übersicht auf der Seite 52 des vorliegenden Arbeitsheftes.

– Liste der Einsender nach Mailbox-Nummern

Alle Eingaben haben zwei Bezifferungen, dies ist einerseits die Mailbox-Nummer sowie eine Zuordnungsnummer in der Datenbank. Sie finden in diesem Arbeitsheft eine Zusammenstellung der Einsender nach Mailbox-Nummern auf den Seiten 115 – 140 (Auswertungsraster Nr. 112)

– Regionalangaben

Wenn Sie an Regionalangaben interessiert sind, so haben wir eine Zuordnung nach Bundesländern (Seite 76) (Auswertungsraster Nr. 730) bzw. nach Landeskirchen (Seite 78) und Diözesen (Seite 77) vorgenommen. Hier gilt immer der Stand: 25. Januar 1996 und zwar die bis zu diesem Zeitpunkt „bearbeiteten“ Eingaben.

– Urheberklassifikation

Auf der Seite 53 finden sie eine Klassifikation nach den Bereichen: Einsender aus dem evangelischen Bereich, Einsender aus dem katholischen Bereich sowie sonstige Einsender; auch hierzu eine tabellarische Übersicht. (Auswertungsraster Nr. 211)

– Anfragen

Es kamen täglich in der Anfangsphase drei bis fünf, in den letzten Wochen jedoch 15 bis 30 Anfragen, die zu bestimmten Themenbereichen eine Übersicht über die jeweiligen Eingaben haben wollten. Wenn der Anfrager es uns leicht machte, dann konnten wir die Ergebnisse der Datenbankrecherche auf Diskette übertragen; in vielen Fällen mußten die Texte jedoch ausgedruckt werden, was mit anwachsender Zahl der Eingaben fast nicht mehr möglich war.

– Auswertungsverfahren

Um die Eingaben auswerten zu können, mußten wir zunächst ein *Auswertungsraster* erarbeiten (immer in Zusammenarbeit der beiden „Clearingstellen“), ebenso ein „alphabetisch-systematisches Schlagwortregister“ mit den entsprechenden Auswertungsbögen. Sodann mußte eine angemessene Anzahl wissenschaftlich qualifizierter „Aufbereiter/innen“ gefunden werden (es sind zur Zeit 10 Damen und Herren, deren Namen Sie auf der 3. Umschlagseite der Dokumentation finden, mit den Abschlüssen: Theologie, Geschichte, Politikwissenschaft, Volkswirtschaft, Jura, Soziologie), die in drei Schulungen mit dem Instrumentarium vertraut gemacht wurden. Das Instrumentarium selbst wurde im Verlauf des Konsultationsprozesses überarbeitet und aktualisiert.

(9) Wir haben eine am Comenius-Institut (Münster) entwickelte und seit 15 Jahren erprobte *Datenbank* „CICADE“ übernommen, in der Hoffnung, daß diese erprobte Datenbank problemlos einsetzbar ist. Dies ist leider so nicht der Fall gewesen; es mußten zwischenzeitlich eine Vielzahl von Modifikationen vorgenommen werden.

Wenn die „Aufbereiter/innen“ die Texte gelesen, bearbeitet und „verschlagwortet“ haben (hierzu verweisen wir auch auf den Beitrag von Herrn Matthias Sellmann in den „Arbeitsmaterialien“, Seite 46 – 51) und die entsprechende Einarbeitung in die Datenbank und Mailbox vollzogen ist, dann erfolgt die weitere *wissenschaftliche Auswertung*.

Das *Kernproblem*: Wie können so unterschiedliche Informationen wie wissenschaftliche Aufsätze und Vorträge, verbandliche Resolutionen und persönliche Statements, Interviews und Tagungsberichte sowie Rundfunk- und Fernsehbeiträge auf einen Nenner gebracht und dergestalt aufbereitet werden, daß sie *aggregiert* und *konzentriert* werden können. Dies stellte uns vor komplexe inhaltsanalytische und grundsätzliche methodologische Probleme. Die Eingaben müssen objektiv und systematisch erfaßt und identifiziert werden, wobei es jedoch keine leitenden Hypothesen gab. Außerdem wollten wir eine deduktive und induktive Betrachtungsweise ermöglichen.

SWI und KSI einigten sich auf ein Verfahren der Textbearbeitung in Form von Strukturerzerten bzw. nach dem „Mind-Mapping-System“ und auf die Erarbeitung eines Kategorienschemas. Ein Team von neun wissenschaftlichen Mitarbeitern/innen des KSI und SWI (die Namen finden sie auf der 3. Umschlagseite) erarbeitete zu jeder Eingabe zunächst ein Strukturerzert, welches sich an den oben genannten Kriterien orientierte.

Technisch wurden die einzelnen Elemente eines Struktorexzerptes auf Kärtchen geschrieben und auf Metaplantafeln übertragen. So entstanden zu den einzelnen Themenbereichen neue Aggregationen, die ihrerseits strukturiert und damit konzentriert werden konnten. Mit Hilfe dieser Methodologie konnten wir die unterschiedlichen Eingaben miteinander aufbereiten und zugleich eine Transparenz gewinnen.

Dieses Auswertungsverfahren bleibt am Prozeß orientiert und offen, und es vermeidet Vor-Fixierungen. Als Beispiel haben wir den Bereich „Ökologie“ in Form eines „Atlas der Gesellschaft“ aufbereitet. An diesem Beispiel kann exemplarisch die Verfahrensweise verdeutlicht werden. (Seite 79–82)

Erfahrungen und Beobachtungen

(10) Zu welchen *Themenbereichen* (hier erfaßt am Beispiel von Schlagworten) liegen viele oder wenige Eingaben vor?

Sie finden in dem Arbeitsheft eine Übersicht über die Häufigkeit der Schlagwortbenennungen (Seite 62–64); ein Verzeichnis der am häufigsten benannten Schlagworte (Seite 65) sowie eine Übersicht über die Häufigkeit der Erwähnung einzelner Kapitel der Diskussionsvorlage (Seite 66–67).

(11) Insgesamt haben wir 16 thematische Schwerpunkte herausgefiltert. Es handelt sich um die folgenden Bereiche:

- | | |
|------------------|-----------------------------|
| – Arbeit | - Familie |
| – Sozialstaat | - Ökologie |
| – Innere Einheit | - Europa |
| – Bildung | - Jugend |
| – Wirtschaft | - Gesellschaft |
| – Eine Welt | - Frauen |
| – Armut | - Optionen / Theologie |
| – Kirche | - Diskussionsvorlage selbst |

Die meisten Eingaben konzentrieren sich auf die Problemfelder: Arbeit und Arbeitslosigkeit, Armut, Familie und Sozialstaat. Relativ wenige Eingaben gibt es zu den Themen: Europa, Ökologie, Deutsche Einheit und Eine Welt.

(12) Es gibt kaum Eingaben, in denen nicht auch auf die Diskussionsgrundlage selbst kommentierend eingegangen wird. *Es werden fehlende Themenbereiche eingefordert:*

- Unternehmertum, Rolle des Unternehmers (207/389)

- Jugend und insb. Jugendarbeitslosigkeit (298/880/348)
- Intergenerative Gerechtigkeit (430)
- Zins- und Geldprobleme (885)
- Kirchliche Selbstkritik (888/389)
- ländlicher Raum (912)
- Erziehung und Bildung (089)
- Behinderte (750)
- Massenmedien (880)

Beispiel: Thema „innere Einheit“

(13) Über die meisten der genannten Themenbereiche wird heute nachmittag in den „Werkstätten“ ausführlich berichtet. Ein Bereich kommt jedoch nicht ausdrücklich vor, obgleich er sich wie ein roter Faden durch fast alle Themen zieht, dies ist die „*Innere Einheit*“. Deshalb möchten wir ihn an dieser Stelle exemplarisch skizzieren. Wenn wir die Eingaben richtig interpretieren, so lassen sie sich in den folgenden Aussagen zusammenfassen:

Die Einheit Deutschlands wurde auf der Ebene der politischen Institutionen innerhalb eines Jahres hergestellt, auf der Ebene der Gleichheit der wirtschaftlichen Lebensbedingungen wird sie innerhalb eines Jahrzehnts weitgehend verwirklicht sein, aber in der Tiefenschicht der Überzeugungen, Einstellungen und Zukunftserwartungen haben wir eine Aufgabe vor uns, die mehr als eine Generation in Anspruch nehmen wird.(480) Sie wird zusätzlich durch den falschen Eindruck erschwert, nur die Ostdeutschen müßten hinzulernen, die Westdeutschen wüßten schon alles.(504)

(14) Nichts hat solche Schwierigkeiten dramatischer verschärft als die Art und Weise, in der die Marktwirtschaft im Osten Deutschlands eingeführt wurde.(585) Für die negativen psychologischen Auswirkungen, die mit dieser Einführung der Marktwirtschaft verbunden waren (497), werden folgenden Faktoren als ausschlaggebend in den Eingaben genannt:

- Die Einführung der Marktwirtschaft wurde an vielen Orten als De-Industrialisierung erfahren. Marktwirtschaft hieß für viele Menschen: Übergang in die Arbeitslosigkeit oder in den Vorruhestand, Entwertung der in Ausbildung und Berufsleben erworbenen Qualifikationen. Viele Einsender fragen: Sind wir noch brauchbar – und werden wir noch gebraucht? (585)
- Die Marktwirtschaft wurde vorwiegend als Machtwirtschaft erfahren. (480/907) Die Übermacht lag nun nicht mehr auf seiten des Staates,

sondern auf der Seite der Wirtschaft.(575) Deshalb wird gefragt: Verhindern nicht die Eigeninteressen der Wirtschaft die Verwirklichung elementarer Gemeinwohlaufgaben? Vollzieht sich wirtschaftlicher Aufschwung zwangsläufig auf Kosten der Sozialstruktur unseres Landes? Ein Bild der Wirtschaft scheint sich in vielen Köpfen zu verfestigen, welches der Weiterentwicklung demokratischen Bewußtseins im Wege steht.

- Im Schatten des Übergangs zur Marktwirtschaft tummelten sich vielerlei Raubritter, die aus der Unübersichtlichkeit des Augenblicks Kapital schlugen und die Bereitschaft vieler Ostdeutscher, sich auf Neues einzulassen, hemmungslos mißbrauchten.(53) Dadurch wurde ein Vertrauen zerstört, welches nur schwer wiederhergestellt werden kann. Zwischen dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und der erlebten freien Marktwirtschaft wurde eine tiefe Dissonanz erlebt. Die in das Konzept der sozialen Marktwirtschaft eingebauten Korrekturmechanismen – staatliche Rahmensetzung und Arbeitnehmer-Mitbestimmung – erwiesen sich demgegenüber als stumpfe Instrumente.
- Aus den Eingaben wird deutlich, daß die ersten fünf Jahre nach der Vereinigung Deutschlands für viele Menschen im Osten des Landes durch eine Verschärfung der sozialen Unterschiede gekennzeichnet waren.(420) Arbeitslosigkeit, Mietpreissteigerungen und Armut haben maßgeblich zu dieser Verschärfung beigetragen. Der wirtschaftliche Umbau wird zwar von vielen als ein Zugewinn an Wohlstand, aber zugleich als Verlust an sozialer Gerechtigkeit empfunden. Das hat Auswirkungen, die tief in das persönliche Leben hineinreichen.
- Die Rede vom Sieg der Marktwirtschaft über die Kommandowirtschaft hat die Frage nach der Reformbedürftigkeit und der Reformfähigkeit der Marktwirtschaft selbst verdrängt oder doch überdeckt. Über viele Jahre wurden die notwendigen Pläne zu einem ökologischen Umbau der postindustriellen Gesellschaft stillgelegt oder doch an den Rand gedrängt. Unter den Nachdenklichen gerade auch im Osten Deutschlands hatte sich die Einsicht aber schon vor 1989 verbreitet, daß ein solcher Umbau notwendig ist. Um so begreiflicher war die Enttäuschung. Die Frage lautet: Wie lange dauert es noch, bis ernsthaft an der Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftens gearbeitet wird?

Grundauffassungen

(15) *Zwei Grundauffassungen* lassen sich ausmachen:

- Die einen (wohl die überwiegende Zahl der Einsender) gehen davon aus, daß es sich bei der gegenwärtigen Situation um eine Steuerungskrise handelt. Die Gesamtrichtung der Entwicklung stimme weiterhin, sie weise gegenwärtig einige mehr oder minder gravierende Probleme auf, die in menschlichen und/oder technischen, in organisatorischen und/oder wissenschaftlichen Unzulänglichkeiten begründet sind. Deshalb kommt es gegenwärtig wesentlich darauf an, sie durch größere Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit, durch mehr Effektivität und Effizienz des menschlichen Potentials auf der einen und durch die möglichst perfekte Ausnutzung der verfügbaren bzw. wissenschaftlich-technologisch noch zu gewinnenden Mittel auf der anderen Seite zu beheben.
- Nach Meinung der anderen (aber quantitativ kleineren) Gruppe von Einsendern haben wir es mit einer tiefgreifenden *Ziel-, Sinn- und Systemkrise* zu tun. Das hat zur Konsequenz, daß es mit einer – wenn auch technisch-wissenschaftlich perfektionierten – Fortschreibung der herkömmlichen Lösungsstrategien nicht getan ist, sondern daß es einer grundlegenden Neuorientierung (Neuvergewisserung) aller Beteiligten hinsichtlich der Ziele gesellschaftlicher Entwicklung bedarf, sollen die vom Menschen in Gang gesetzten Mechanismen, die er immer weniger zu steuern vermag, nicht selbstvernichtend wirken.

Dissens und Konsens

(16) Die eingegangenen Stellungnahmen zeigen den *Dissens und den Konsens* in gleicher Weise:

In den Stellungnahmen wird der ganze *Pluralismus einer heterogenen und von Spannungen und Gegensätzen gekennzeichneten Gesellschaft* deutlich. Es gibt nur sehr wenige Punkte, zu denen übereinstimmend und mit großer Klarheit immer wieder die gleiche Forderung zu hören ist. Was von den einen vehement gefordert wird, wird von den anderen vehement verworfen. So klagen die einen über die „Vergötzung“ der Sozialen Marktwirtschaft, die anderen von einem „Schlechtreden“ eben derselben. So begrüßen die einen das „Eintreten für Ehe und Familie“, während die anderen im Blick auf eben diese Aussagen hanebüchene Realitätsferne reklamieren. Das geht hin bis zu grotesken Szenen, etwa wenn ein und derselbe Passus des Papiers von dem einen als wachstumsfeindlich und von einem anderen als „wachstumseuphorisch“ bezeichnet wird. Es wird hier durchaus deutlich, wie sehr die Gemeinschaft der Christen die Grundkonflikte der Gesellschaft einschließlich der Argumentationsweisen, der Interessen, ja sogar der Mehrheitsver-

hältnisse widerspiegelt. Die Gegensätze beginnen bereits bei der Problemanalyse. Bereits hier gehen die Meinungen weit auseinander. Hier zeigt sich, wie sehr Problemsicht zugleich Weltsicht (um nicht zu sagen Weltanschauung) ist. Eines der markantesten Beispiele dafür ist etwa das Thema Armut. Von den einen wird bemängelt, daß die Diskussionsgrundlage das Thema völlig unzureichend beschrieben hätte, andere hingegen machen deutlich, daß sie es nicht gerne sahen, daß dieses Stichwort überhaupt thematisiert wurde.

Es hat sich bei allen Gegensätzen gleichwohl auch ein gewisser *Konsens* im Blick auf das Diskussionspapier der Kirchen herausgebildet. Dieser *Konsens aber ist diffus*. Er kann als „grundsätzliches gemeinsames Wollen und Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln“ beschrieben werden. Er läßt sich nicht einfach an Formulierungen festmachen. Ansätze von Konsens besagen auch nicht, daß Gegensätzen überwunden seien oder die Dinge ausdiskutiert wären. Dieser Konsens ist freilich mehr als eine bloße Übereinstimmung im allgemeinen Empfindung darin, daß das Problem der Arbeitslosigkeit bedrängend ist, daß Armutsprobleme in der Bundesrepublik mit Besorgnis gesehen werden und ökologische Belastungen beunruhigen. Es geht um einen Konsens darin, daß gemeinsam nach Lösungswegen zu suchen ist und daß man Lösungsansätze finden kann. Auch die betont kritischen Voten zur Diskussionsgrundlage stimmen damit überein. (Wir kommen später unter der Überschrift „Trends? Ergebnisse?“ auf diesen Punkt noch einmal zurück.)

(17) In diesem Zusammenhang sei eine wichtige Beobachtung genannt: Man müßte eigentlich davon ausgehen, daß die verschiedenen positionellen Lager, etwa das Arbeitgeberlager, das Gewerkschaftslager, der Bereich der politischen Linken und der Bereich der bürgerlich-konservativen Rechten in sich einigermaßen homogen argumentieren. Daß dies aber gerade nicht der Fall ist, gehört zu den bemerkenswerten Ergebnissen des Konsultationsprozesses. Es ist eben gerade nicht durchgängig so gewesen, daß alle Arbeitgeber sich strikt an ihre Interessen gehalten hätten und nicht auch kritische Systemfragen gestellt hätten, die sozialen Vorschläge des Papiers rundweg abgelehnt hätten, sondern es kam zu bemerkenswerten Signalen und Äußerungen der Selbsttranszendierung des eigenen Standpunkts. Es ist auch keineswegs so gewesen, daß die Gewerkschaften besonders große Mühe mit der Diskussionsgrundlage gehabt hätten, sondern es kam bei aller Kritik an vielen Aussagen des Papiers und seinen Defiziten zu viel Zustimmung und ganz erstaunlichen konstruktiven und weiterführenden Aussagen. CDU-Leute entdeckten das Armutsthema, SPD-Leute warnten vor einer weiteren

Staatsverschuldung, FDP-Leute bewiesen soziale Sensibilität, PDS-Leute reklamierten die gemeinsame Verantwortung.

Typen

(18) Die Teilnehmer am Konsultationsprozeß haben sich sehr unterschiedlich mit der Diskussionsgrundlage auseinandergesetzt. Grundsätzlich lassen sich *drei Typen* unterscheiden:

- *Typ 1:* Die Mehrzahl der Einsender nahm die Diskussionsvorlage zur Grundlage und *orientierten sich konsequent an diesem Text*, d. h. sie kommentierten die einzelnen Abschnitte (von Nr. 1 bis Nr. 128). Viele Stellungnahmen erwecken dabei den Eindruck, als ginge es fast ausschließlich darum, zu überprüfen, ob die Autoren des Diskussionspapiers ihre Sache richtig gemacht haben. Manche verzichteten fast völlig darauf zu benennen, was sie selbst (!) für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland für erforderlich ansehen.

Wir haben eine Liste mit den Kapitelnummern (Auswertungsraster Nr. 725) und den Eingaben zusammengestellt (Seiten 69 – 74), aus der Sie ersehen können, zu welchem Abschnitt der Diskussionsvorlage Stellungnahmen in welchen Eingaben gekommen sind. Da wir aber keine Abschnitte „verschlagworten“ können, mußten wir die Umkehrung wählen, d. h. eine Zuordnung des Schlagwortkataloges (in der Fassung vom 6.7.1995) zu den Ziffern der Diskussionsvorlage vornehmen.

- *Typ 2:* Andere Eingaben haben sich von der Diskussionsvorlage „gelöst“. Es sind diejenigen Stellungnahmen, die ähnlich wie die Autoren des Textes selbst *eher eigenständig die dort angesprochenen Themen diskutieren* und im Sinne einer Fortschreibung, Ergänzung oder Alternative zum Diskussionspapier ihre Überlegungen darlegen. Sie entfalten die Überlegungen so, als ginge es darum, das Diskussionspapier noch einmal neu zu schreiben bzw. so ganz in die Verantwortung derer einzutreten, die sich Gedanken über solche Gegenwartsfragen machen.

Diese Texte wurden dann direkt „verschlagwortet“. Zur Information haben wir eine Liste der „Treffer“ (wie häufig ein Schlagwort in den Eingaben vorkam) mit den dazugehörigen Mailbox-Nummern zusammengestellt, (Auswertungsraster Nr. 720) – aber zur Vereinfachung haben wir auch einige Schlagworte in Sinngruppen zusammengefaßt. Eine Übersicht unter diesen Oberbegriffen ist ebenfalls in diesen Arbeitsmaterialien (Seiten 56–61) zu finden.

- Vom *Typ 3* sind die Stellungnahmen derjenigen, die beides miteinander verbunden haben und konstruktiv versucht haben, den Text zu verbessern mit eigenen Vorschlägen.

Beteiligte

(19) Auf den Kreis derer, die sich am Konsultationsprozeß beteiligt haben, wird im Materialienheft (Seite 53) verwiesen. An dieser Stelle seien nur einige ergänzende Anmerkungen genannt:

Betroffene haben sich (jedenfalls schriftlich) auffallend wenig beteiligt. In den ersten Wochen aber brach eine solche Flut von Telefonaten von Menschen mit Sorgen und Problemen vornehmlich über die beiden Institute herein, daß diese Stellen lange die Rolle eines kirchlichen Sorgentelefon übernehmen mußten. Immer wieder war in dieser Zeit die Frage zu hören: „An wen kann man sich in diesem Land denn überhaupt noch wenden, damit etwas verändert werden kann?“

Auffallend ist, welche Bereiche sich an dem Konsultationsprozeß *weniger beteiligt* haben. Die Wirtschaftswissenschaften und die Sozialwissenschaften etwa sind auf das Diskussionsangebot kaum eingegangen. Bei der Diskussion über den Wirtschaftshirtenbrief in den USA war dies anders. Auch die Sozialethiker in Deutschland und der Klerus beider Konfessionen haben (jedenfalls was schriftliche Stellungnahmen anlangt) eher verhalten reagiert.

Besonders hervorzuheben ist das *internationale Interesse* an diesem Konsultationsprozeß, was sich nicht nur in den vier Übersetzungen, sondern vor allem in den Zuschriften äußert, darunter die Zuschriften von afrikanischen Bischöfen, von der „Kommission für soziale Fragen der Französischen Bischofskonferenz“ und von den meisten lateinamerikanischen Bischofskonferenzen.

Zustimmung und Kritik

(20) Im folgenden soll ausführlich über die Kritik an der Diskussionsgrundlage gesprochen werden. Damit soll nicht der Eindruck entstehen, es hätte nicht auch viel *Zustimmung* gegeben. Die größte Zustimmung zur Diskussionsgrundlage und zum Konsultationsprozeß ist die hohe Zahl der Veranstaltungen, die hohe Zahl der schriftlichen Stellungnahmen und ihre beachtenswerte Qualität, die hohe Zahl der Anrufer und die hohe Auflage. Die

vielen zustimmenden Beteuerungen und das Lob, die in den Beiträgen zu lesen sind, sind sicherlich mehr als einfach nur freundliche Floskeln. Sie wiegen um so mehr dann, wenn sich mit der Zustimmung zu den einen Aussagen die Kritik an anderen verbindet. Positiv vermerkt wird in den Stellungnahmen vor allem: die ökumenische Zusammenarbeit (750), die Parteinahme für die Schwachen (871/880), der Prozeß als solcher (291) und die Zustandsbeschreibung (557). Zustimmung ist immer wieder auch in persönlichen Gesprächen zu vernehmen. Immer wieder verband sich damit der Dank an die Kirchen für diesen Vorstoß mit der Hoffnung auf das Nutzen der Möglichkeit, gesellschaftliche, kulturelle und politische Veränderungen anzustoßen.

(21) Einen breiten Raum freilich nimmt demgegenüber die *Kritik* ein. Die Einsender kritisieren das Fehlen von: Visionen (901/151), Zukunftsentwürfen (433/871), konkreten Zielen (770), einer ausreichenden biblischen und theologischen Grundlegung (189/426/888). Das Papier wird als: zu systemkonform (906), zu resignativ (871), zu defensiv (871), zu nationalstaatlich (864/928), zu harmonistisch (867) empfunden. Die Diskussionsgrundlage bleibe: hinter dem Konziliaren Prozeß (871) und der Wirtschaftsdenkschrift der EKD „Gemeinwohl und Eigennutz“ zurück.

(22) Zu bestimmten Punkten wird eine recht *einhellige Kritik* geäußert. Einhellig ist die Kritik mit den bereits genannten Ausnahmen zumeist im Rahmen einheitlicher politischer Lager, wie man sich vorstellen kann. Das bedeutet, die Stimmen derer, die einem bestimmten Lager zugeordnet werden, sind vielfach bis zu einem gewissen Grad „homogen“.

(23) So kritisieren die Stellungnahmen aus dem *eher konservativen und wirtschaftsnahen Bereich* immer wieder die gleichen Punkte: kritische Vorbehalte gegen die soziale Marktwirtschaft, Vorbehalte gegen das Wirtschaftswachstum und das Leistungsprinzip, das Verantwortlichmachen der Gesellschaft für die Armut und das Übertreiben der Armutsproblematik, die Behauptung eines Rechts auf Arbeit, eine Unterbetonung der Rolle der Wirtschaft im Blick auf die Erarbeitung dessen, was dann verteilt werden kann. Dankbar hingegen wird die positive Bewertung von Ehe und Familie zur Kenntnis genommen.

(24) Die Stellungnahmen, die *eher dem politisch linken Lager* zugeordnet werden können, kritisieren immer wieder: eine unkritische Haltung gegenüber der Marktwirtschaft und dem Wirtschaftswachstum, ein unrealistisches Bild von Familien- und Lebensformen, das völlig Fehlen einer Reichtumskritik und das Fehlen einer Analyse der Ursachen der weltweiten

Armut und Arbeitslosigkeit, das Fehlen eines Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital, die Unterbewertung der Gerechtigkeit, das Fehlen eines Eintretens für eine bedarfsorientierte Grundsicherung und für die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen.

(25) Man könnte noch ein *drittes Lager* ausmachen, das vergleichsweise geringe Mühe mit der Diskussionsgrundlage und ihren Standpunkten hat. In bestimmten Stellungnahmen wird dem Papier auffallend wenig widersprochen. Dies freilich sollte nicht den Schluß nahelegen, das Positionspapier habe seinen Ort in der politisch linken Mitte gefunden oder es habe sich aus Gründen der „Ausgewogenheit“ im Bereich der linken Mitte zwischen die Stühle gesetzt.

(26) Auffallend häufig werden *ganz bestimmte thematische Schwerpunkte* der Diskussionsgrundlage kritisiert. Die Kritik zu diesen Punkten wird hier so ausführlich dargelegt, weil sie einige typische Schwerpunkte der Weiterarbeit markiert:

(27) – Ziemlich einhellig muß man die Kritik im Blick auf die konsequente Durchführung der drei *Optionen* ansehen. Einhellig ist die Kritik nicht so sehr im Blick auf die drei Optionen selbst, obwohl da viele Fragen gestellt werden. Aber ein auffallend häufiger Vorwurf ist doch, daß die drei Optionen mit ihrem Plädoyer für die Schwachen, für eine soziale Friedensordnung und für eine soziale Gestaltung der Zukunft in der einen Welt in der Schrift nicht bis zum Schluß durchgehalten wird. „Die Optionen und die wirtschafts- und sozialpolitischen Reflexionen sind nahezu zweigeteilte Abschnitte“, heißt es in einer der Stellungnahmen. Sie „zerplatzen wie Luftblasen, sobald sie auf den Boden der Diagnose und Therapie fallen.“

(28) – Auffallend breit ist auch die Kritik der Frauen und der Frauenverbände am Bild der *Frau* in der Diskussionsgrundlage. „Frauen kommen in dem Papier nicht vor“, heißt es in einer der Stellungnahmen. „Wo sie vorkommen, werden sie entweder ‚mitgenannt‘ oder aber ihre Existenz wird defizitär beschrieben . . . Die Frauenfrage wird als Frauenproblem behandelt – als Problem der Männer bleibt sie auch weiterhin ausgeklammert.“ Auch beim Arbeitsverständnis werde ein männerzentriertes Bild deutlich. Es gibt eine Fülle von Stellungnahmen von Frauen, die so oder ähnlich Kritik üben. In gleicher Weise wird das *Familienbild* der Diskussionsgrundlage kritisiert, das „eher einem Wunsch entspricht als der Realität von Frauen. Das wertkonservative Bild der ‚heilen christlichen Familie‘ wird idealisiert, die Realität vieler Familien (Scheidungen, Situation Alleinerziehender etc.) wird ausgeblendet.“

(29) – Auffallend breit ist die Kritik der Christen in *Ostdeutschland* an der Sichtweise der Diskussionsgrundlage. Auf diesen Punkt waren wir bereits eingegangen.

(30) – Auffallend breit ist die Kritik an den Ausführungen der Diskussionsgrundlage zum Thema *Umwelt*. „Das Thema ‚Umweltschutz‘ ist in dieser Diskussionsgrundlage Nebensache,, schreibt einer der Einsender. „Es fehlt ein christlich fundiertes Konzept des notwendigen ökologischen Umbaus der sozialen Marktwirtschaft... Die Analyse der Umweltschutzprobleme greift zu kurz und bleibt weit hinter dem Erkenntnisstand bisheriger kirchlicher Dokumente sowie den Erkenntnissen heutiger Wissenschaften zurück“. Einen der interessantesten und substantiellsten Beiträge hat dazu eine Arbeitsgemeinschaft geliefert, die das Diskussionspapier mit einer Fülle von alternativen Formulierungen versehen hat.

(31) – Immer wieder taucht kritisch das Problem *Erwerbsarbeit* auf. In so vielen Voten wird kritisiert, das Papier orientiere sich einseitig am herkömmlichen Modell Erwerbsarbeit, Erwerbsarbeitsbiographie und soziale Sicherung über Erwerbsarbeit. „Wir fordern die Kirchen auf, den Begriff der Arbeit neu und umfassend zu definieren. Erwerbsarbeit, Familienarbeit und ehrenamtliche Arbeit sind gleichwertig und gleichgewichtig zu beschreiben.“ Es geht dabei nicht nur um die Dominanz der Erwerbsarbeit als Schlüssel und Maßstab aller sozialen Sicherung, sondern auch um Rollenverteilung und um Wege aus der Arbeitslosigkeit.

(32) – Und schließlich: Immer wieder wird reklamiert, daß sich die *Kirchen* nicht selbst in genügender Weise in der Pflicht sehen würden und ihre Rolle als Arbeitgeberinnen, Immobilienbesitzerinnen und Stellenbeschaffer nicht reflektierten. In einem Forderungenkatalog an die Kirche heißt es etwa: „Dem Teilen von Arbeit ist Vorrang vor Stellenabbau und Entlassungen zu geben; die unteren Gehalts- und Einkommensgruppen sind bei Teilzeitarbeitsverhältnissen mit einem Ausgleich zu bedenken. Der Abschied vom Normalarbeitsverhältnis wird auf mittlere Sicht nicht zu vermeiden sein. Die Kirchen sollten bemüht sein, ihn sozial verträglich zu gestalten und zu den von den Sozialparteien gestalteten Tarifbedingungen vorzunehmen.“

(33) – Nicht so häufig wie diese einhelligen kritischen Voten, aber doch immer wieder zu hören ist der kritische Vorwurf an die Kirche, sie *überschreite ihre Kompetenz*, wenn sie so detailliert in die Belange der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sich einmischte. Außerdem würden bei dem Versuch der Kompetenzüberschreitung die Grenzen der Kompetenz der Kirche deutlich. Es gibt zwar neben dem Verkündigungsauftrag der Kirche,

schreibt ein Einsender, auch den Öffentlichkeitsauftrag der Kirche. Die Kirche muß aber darauf achten, daß sie den Auftrag zur Verkündigung des Evangeliums „nicht in kleine, säkulare Politikmünze umsetzen darf“. Im politisch-pluralistischen Meinungs- und Interessenkampf muß sie vielmehr ein „besonderes Maß an kirchlicher Zurückhaltung“ an den Tag legen. In einem anderen Votum heißt es, das Papier stelle „das Proprium der Kirche zu wenig in den Mittelpunkt und sieht in der sozialen Verantwortung die wesentliche Konkretion des Evangeliums“.

(34) – Bemerkenswert ist vor allem auch die breite Kritik an den Ausführungen zur *Armut*. Immer wieder wird darauf verwiesen, daß Sozialhilfeempfänger nicht als Arme bezeichnet, der steigende Sozialhilfeempfang nicht als Indikator für steigende Armut angesehen werden kann. „Sozialhilfeempfänger können nicht generell als arm bezeichnet werden. Vielmehr ist es gerade Aufgabe der Sozialhilfe, Armut zu vermeiden ... Bezüglich des Leistungsniveaus (der Sozialhilfe) steht Deutschland im Vergleich zu den EU-Mitgliedstaaten ... an 2. Stelle.“ Wir sind hier „nicht in Bangladesch“, schreibt eine große deutsche Tageszeitung.

Verschiedene weitere Beobachtungen

(35) Bei den Einsendungen konnte man so etwas wie ein „*Sorgengefälle*“ beobachten: Während die großen Parteien und Institutionen sich bei aller Beunruhigung noch vergleichsweise zuversichtlich über die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland äußerten, nehmen Sorgen und Verdrossenheit je mehr zu, je kleiner die Gruppen und Institutionen sind. Am verdrossensten sind die einzelnen (!) Betroffenen, die authentisch und unmittelbar über ihre Ängste und ihre Resignation sprechen. Die Verdrossenheit dieser Menschen trifft dann oft auch die Kirchen, denen verschiedentlich der Vorwurf gemacht wird, auch sie würden die Armen und Schwachen ausgrenzen. Vor der Massivität der geäußerten Sorgen erschrecken wir Leserinnen und Leser der Eingaben immer wieder. Die Arbeitslosigkeit wird als entsetzliches Verhängnis, als ein „Krebsgeschwür“ und als ganz grundlegende Belastung für das Ganze empfunden. Es spricht eine tiefe Verzweiflung aus so vielen Voten und immer wieder ist die Frage zu lesen: „Warum kriegen wir das nicht gelöst?“

(36) Unter den Verärgerten werden auch *Polarisierungen* deutlich, etwa zwischen den Bürgerinnen und Bürgern mit Kindern und den Kinderlosen.

(37) Spürbar ist in so vielen Voten eine große *Ratlosigkeit und Unsicherheit* im Blick auf die Veränderbarkeit der Situation. Die Gesellschaft offenbar als ungemein komplex und undurchschaubar empfunden. Immer wieder wird erkennbar, wie man sich auf partikuläre Probleme konzentriert (bis hin zum „Baum an der Ecke“). Die Globalisierung und Internationalisierung der Entwicklung verstärkt diese Stimmung. Immer wieder wird über anonyme Marktmechanismen, Monopole, Bankenmacht, Ohnmacht der Politik, internationales Großkapital kritisch gesprochen.

(38) Dazu paßt eigentlich nicht (oder vielleicht gerade?) die Beobachtung, daß die große Mehrzahl der Voten auffallend *systemkonform* sind. Hier stößt die Soziale Marktwirtschaft jedenfalls auf große Akzeptanz. Wirklich systemsprengende Voten wie etwa die Forderung einer „zinsfreien Wirtschaft“ sind eher selten. Es fehlen aber auch nicht Forderungen nach *grundlegenden Veränderungen* wie die Forderung von einem Grundeinkommen für alle, nach Bürgergeld und negativer Einkommensteuer, Ökosteuer o. ä. In den schriftlichen Voten gibt es kaum Überlegungen über Visionen, Überlegungen zu einem neuen Lebensstil, zu einem neuen Gesellschaftsmodell und veränderten Wohlstandsmodell. Dies wurde eher in den freien Diskussionen der Veranstaltungen angesprochen.

(39) Spürbar wird immer wieder die auffallend *große Bereitschaft* (gerade von einzelnen), einen Beitrag zur Bewältigung der Probleme zu leisten, sei es durch Mehrarbeit, durch Abschläge am Einkommen oder etwas Neues zu machen.

(40) Es gibt viele *ungewöhnliche und auch originelle Stellungnahmen*. Zu den ungewöhnlichen zählen die Stellungnahmen von Schülerinnen und Schülern in Schulaufsätzen, die Reihe der „Lebensbilder“ aus dem Bistum Aachen, eine mehrseitige Stellungnahme in Gedichtform, aber auch solche Beiträge, die sich durch Sprache und Ideen von anderen abhoben. So werden etwa in einem Beitrag „absurdistanische Verhältnisse der Polaritätsvermantschung“ beklagt und eine Anwendung der Gesetze der Mathematik auf die Gesellschaft gefordert.

(41) Es gibt auch zahlreiche Voten, die die Kirchen schwerlich aufnehmen können. Es sind Ratschläge die m. E. auf den *Widerspruch* der Kirche stoßen werden.

- So wird die Abschaffung der Tarifautonomie gefordert,
- die Forderung auf „Sanktionen zur Durchsetzung unseres Anreizsystems“ erwogen,

- die Forderung nach Erschwerung für Ausländer und rigider Beschränkung der Zuwanderung,
- die Forderung nach Sanktionen gegen vermeintlich arbeitsunwillige Sozialhilfeempfänger und was derlei Dinge mehr sind.

Trends? Ergebnisse?

(42) Der Konsens, der sich aus der Diskussion des Konsultationsprozesses ergeben hat, ist, wie betont wurde, diffus. Wenn uns Lesern gleichwohl das subjektive Urteil, der persönliche Lesereindruck, der sicherlich auch in manchem irren mag, zugestanden werden kann, dann können wir auch versuchen und wagen, nach diesem Eindruck Trends zu formulieren. Wenn Sie also fragen, wie ein Leser all dieser Voten für sich den *positiven Ertrag* zusammenfassen würde, und wenn wir es wagen, darauf eine Antwort zu versuchen, dann kämen wohl Thesen zustande, die denen des Berliner Bischofs Wolfgang Huber ähneln, die er am 9. November 1995 aus Anlaß der Verleihung des Hans-Böckler-Preises an den Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt in Düsseldorf vorgetragen hat. Bischof Huber hat hier charismatisch Schwerpunkte formuliert, die auch nach unserem Lesereindruck eine Linie treffen, die sich wie ein Ergebnis oder eine „mittlere Linie“ aus der Lektüre der Stellungnahmen formulieren lassen:

- Gegenüber der Massenarbeitslosigkeit darf es keine Resignation geben. Massenarbeitslosigkeit ist kein unabwendbares Verhängnis. Es gibt Möglichkeiten, sie abzubauen und es gibt Grundlagen für gemeinsame Entscheidungen. Dabei haben auch die ergänzenden Instrumente ihre Bedeutung.
- Wir müssen intensiver über die Lebenssituation der Familie, der Kinder, der Jugendlichen, der Frauen und Männer nachdenken und uns intensiver für die Belange von Menschen in Familien und Lebensformen einsetzen.
- Die Systeme der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik sind in der Lage, einer veränderten Lage gerecht zu werden und ihr ohne tiefgreifende Veränderungen ähnlich angepaßt zu werden, wie dies auch in der Vergangenheit in vergleichbarer Situation möglich war. Völlig neue Ansätze wie etwa die Privatisierung der Risikoabsicherung ist nicht das Gebot der Stunde. Eine besondere Aufgabe haben im Blick auf wichtige Teile der sozialen Sicherung vor allem die Tarifvertragsparteien, in gemeinsamer Verantwortung und in Verantwortung für das Gemeinwohl erlassen und entscheiden müssen, was jetzt verantwortlich geregelt werden kann. Vom

gemeinsamen (!) Wahrnehmen der Verantwortung können zu Recht die zukunftsweisenderen und wirklich hilfreichen Weichenstellungen erwartet werden.

- Das Projekt einer wirklich sozialen und ökologischen Marktwirtschaft muß gefördert werden. Die sozialen und die ökologischen Belange sind kein Additivum zu den wirtschaftlichen Belangen, sondern sie sind Bestandteil des Ganzen. Zu den Elementen einer nachhaltigen Wirtschaftsweise müssen folgende Elemente zählen: humane Arbeitsbedingungen, soziale Gerechtigkeit, ethisch verantwortbares Wirtschaften, Gleichberechtigung und Verantwortung für die Eine Welt.
- Neu überdacht werden muß unser Wohlstandsmodell, und dies nicht nur im Blick auf die Funktionalität von Wirtschaft und Sozialordnung, sondern auch im Blick auf Gerechtigkeit und Solidarität in Deutschland und im Blick auf unsere Verantwortung gegenüber der Umwelt und gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Unsere Standards des Wohlstands und Verbrauchs bedürfen dringend einer Korrektur.
- Notwendig ist eine Diskussion über die internationalen Zusammenhänge und die internationale Verantwortung. Entscheidende Zukunftsfragen können nur im internationalen Kontext gemeinsam mit den europäischen und außereuropäischen Partnerländern gelöst werden.
- Nur was die Lage der Schwächeren bessert, hat Bestand. Wir müssen grundlegende Entscheidungen vermehrt im Blick auf die Folgen für die Rechte der Schwächeren bedenken. Die Schwächeren haben ein Anrecht auf ein selbstbestimmtes Leben, auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und den gesellschaftlichen Chancen sowie auf Lebensbedingungen, die ihre Würde nicht antasten.
- Die innere Einheit in Deutschland ist mehr als einfach nur eine Angleichung der Lebensverhältnisse des Ostens an den Westen. Beide Teile müssen sich im Prozeß des Zusammenwachsens deutlich umorientieren.
- Notwendig sind entschlossen gestaltende und nicht nur defensive Schritte auch der Kirchen, um der veränderten Situation gerecht zu werden. Sie stehen in der jetzigen Situation der geringeren Einnahmen nicht nur unter Druck, sondern sie haben auch Chancen, ihren Dienst neu, besser und zukunftsweisender zu ordnen.

Erwartungen an den Endtext

(43) Der Konsultationsprozeß, die zu erwartenden Ergebnisse und vor allem das schließlich in der Verantwortung der beiden Kirchen zu veröffentliche gemeinsame Wort ist viel zu wichtig, als daß es im Sinne der üblichen Resolutionen zu Detailfragen Stellung nehmen sollte. Es geht vielmehr um *Orientierung*, um die Perspektiven für das Ganze, um die Neugestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft in der Einen Welt in sozialer Gerechtigkeit und Freiheit auf der Grundlage der Sozialverkündigung der Kirchen.

(44) Das neu zu schreibende Wort ist an den *Erwartungen* zu messen, die von den Verantwortlichen vorgegeben, vor allem aber von den Beteiligten und Einsendern als Hoffnung formuliert wurden:

- konkrete und ungeschminkte Analyse der Probleme;
- konsequente Formulierung aus der Sicht (Option) der Armen und Benachteiligten, wobei die Alltagserfahrung der Menschen viel deutlicher zur Sprache kommen sollte;
- klare und mutige Forderungen und Darstellung alternativer gesellschaftlicher Lösungsansätze und Leitbilder;
- die Kirchen werden aufgefordert, die dringend notwendige Grundsatzdebatte innerhalb und außerhalb der Kirche zu forcieren;
- die Kirchen sollen gesellschaftspolitisch die Funktion sozialer „Meinungsführerschaft“ übernehmen und dabei eine Bewußtseinsbildung für politische Verantwortung aus dem Glauben fördern;
- die Kirchen sollen dazu beitragen, die politischen Handlungsräume zu erweitern, indem sie einen Beitrag zur Veränderung der Einstellungen und Verhaltensweisen der Mitbürger leisten;
- die Kirchen sollen die Reflexion darüber, was wir in unserem Lande tun müssen, damit Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Zukunftsfähigkeit und Verantwortlichkeit die Oberhand behalten, intensivieren;
- die Kirchen sollen sich als Anwalt der Zukunft und der Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft verstehen;
- die Kirchen sollen die zentrale Grundsatzfrage mit klären helfen: In welcher Gesellschaft wollen wir leben; wie wollen wir unser gemeinsames Leben gestalten;

- die Kirchen sollen ein „ermutigendes“ Wort insbesondere zum Wertewandel sagen – gelegen oder ungelegen, gefragt oder ungefragt sollen sich Kirchen mit Mut, Maß und Klugheit für Gerechtigkeit in der Gesellschaft einsetzen;
- wie Kettler und Kolping, wie Wichern und Bodelschwingh werden mutige Frauen und Männer gefordert, die gegen den Zeitgeist das Notwendige sagen;
- notwendig ist ein Perspektivenwechsel, der die weiteren Dimensionen einbezieht: von der Einen Welt über Europa zu Deutschland;
- die Kirchen sollen Zukunftsentwürfe skizzieren und in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen;
- es wird kein „harmloses“, sondern ein „prophetisches“ Wort erwartet;
- die Kirchen sollen etwas „anstößen“ – auch wenn man daran Anstoß nimmt;
- die Kirchen sollen die Rolle eines Mediators in der gesellschaftlichen Formulierung von Zukunftsentwürfen übernehmen;
- die Kirchen müssen in ihrem eigenen Umfeld konkrete Beispiele, Werke, Modelle als Vorbilder und als Anregung demonstrieren (Kirche als Arbeitgeber, Frauen in den Kirchen);
- die Kirchen sollen die Konsequenzen ihrer Vorschläge verdeutlichen;

(45) *Negativ* formuliert:

- keine politischen Leerformeln, unverbindliche Floskeln, ethische Unverbindlichkeiten;
- für die profunden Probleme keine populistischen Lösungen;
- wegen der Komplexität der Probleme keine partikularen Detaillösungen;
- die Kirchen sollen gegen herrschende Ansichten und dominante Theorien eigene Positionen behaupten;
- die Kirchen sollen sich von der Arroganz der Meinungsmacher lösen;
- Stopp des politischen Ausverkaufes der Werte;
- die Kirchen sollen in ihrem unmittelbaren Umfeld vorbildliche Beispiele geben, insbesondere in der Personalpolitik, Mitbestimmung und in der Form des Managements;

- es wird gefragt, ob sich die Verantwortlichen in der Kirche dem Dialog ausreichend gestellt und die Erfahrungen und Meinungen der Menschen zu den aufgeworfenen Fragen gehört haben.

Schlußbetrachtung

(46) Die *Diskussionsgrundlage* ist im großen und ganzen ihrer Aufgabe, ein ernst zu nehmender Anstoß für ein Gespräch über grundlegende aktuelle Herausforderungen und Gestaltungsaufgaben zu sein, gerecht geworden. Die Diskussion hat nicht nur die Schwächen dieses Papiers deutlich gemacht, sondern durchaus auch die Defizite unseres gesellschaftspolitischen Gesprächs und unserer Arbeit. Es sind die Grenzen der Konsensfähigkeit innerhalb der Kirche und innerhalb der Gesellschaft deutlich geworden, aber auch die Chancen für einen weiterführenden gesellschaftlichen Diskurs.

(47) Man kann deutlich sagen: Nach dieser Diskussion, nach diesem Konsultationsprozeß, ist es leichter, das Problem Armut und das Problem Reichtum in Deutschland zu diskutieren. *Nach dieser Diskussion ist es leichter,*

- über Themen wie öffentlich geförderte Arbeit und Mindestsicherung, Gerechtigkeit und Armut zu diskutieren und an diesen Themen weiter zu arbeiten;
- mit gesellschaftlichen Gruppen, mit wichtigen Vereinigungen, mit Gewerkschaften, mit Initiativen vor Ort, mit bestimmten Einzelpersonen in Politik und öffentlichem Leben in Kontakt zu treten und weiterzuwirken;
- sich geschlossener in der Kirche gegen den Zugriff des Staates auf kirchliche Feiertage zu wehren.

Die gesellschaftspolitische Arbeit der Kirchen ist ein wenig profilierter geworden, vielleicht nicht sehr viel profilierter, aber ein wenig eben doch. Nach diesem Konsultationsprozeß haben viele in der Kirche gelernt, besser mit Kritik und mit gegensätzlichen Voten umzugehen, besser die Verdrossenheit von bestimmten Personen, von Gruppen und Kreisen zu verstehen und den Dialog mit ihnen zu führen.

(48) Der Konsultationsprozeß war weit mehr als eine große Erwachsenenbildungsveranstaltung. Er hat durchaus *Wirkungen* zu verzeichnen:

- Die Auseinandersetzung mit dem Diskussionspapier hat kleine und oft auch große *Veränderungen* bewirkt, der Konsultationsprozeß hat Kontak-

te entstehen lassen, ja sogar Freundschaften. Der Konsultationsprozeß hat Formen der Zusammenarbeit innerhalb der Kirchen und der Kirchen untereinander entstehen lassen, er hat viele mobilisiert und engagiert. Es sind Initiativen entstanden, es haben sich Gruppen und Gesprächskreise gebildet, die auch weiterarbeiten wollen und vieles andere mehr.

- Bemerkenswert sind die Beispiele, bei denen *Lerneffekte* zu beobachten waren. Menschen, die bisher sozialen Fragen fern standen, diskutierten die Themen der Diskussionsgrundlage an konkreten Erlebnissen mit Menschen in Not.
- Es ist unsere Erfahrung im Konsultationsprozeß gewesen, daß sich die *Fronten bewegt* haben, wie man dann eben doch ganz differenziert über die Armut sprechen konnte in Kreisen, wo dies vor Jahren noch undenkbar war. Obwohl die Verwirrung im Blick auf die Beurteilung unserer Situation weiterhin anhält, behaupten wir, daß der Konsultationsprozeß wichtige Fortschritte gebracht hat, Sensibilitäten geschaffen hat, Nachhilfeunterricht war (auch für Leute von uns).

(49) Der Konsultationsprozeß hat, wie wir behaupten möchten, gewisse *politische Nebenwirkungen* bereits ausgelöst. Ob er eine katalysatorisch befördernde und erleichternde Nebenwirkung auf das Zustandekommen des Bündnisses für Arbeit des IG-Metall-Vorsitzenden Zwickel hatte oder ob er mit einer Grundstimmung in der Gesellschaft schaffen half, der vorläufig die Abschaffung eines weiteren Feiertages unmöglich machte, ob er dies alles und anderes mehr so mitbewirkte, mögen andere beurteilen. Wir jedenfalls halten gewisse Wirkungen und Mitwirkungen dieser Art für denkbar.

(50) Das Material, das jetzt vorliegt, stattet uns für *die zukünftige Arbeit an diesen Themen* gut aus. Es sind zum Teil so hervorragende Formulierungen vorgelegt worden, so ausgezeichnete und geistvolle Ausarbeitungen, daß es sich lohnt, sich von dem einen oder anderen etwas abzugucken, etwas davon zu lernen oder vielleicht sogar abzuschreiben. Wir werden Jahre brauchen, um die große Fülle der eingegangenen Stellungnahmen wirklich aufzuarbeiten. Damit ist eine Grundfrage angesprochen, wie wir redlich mit dieser Überfülle der Ergebnisse des Konsultationsprozesses umgehen können. Wir werden die *kommenden Jahre aus diesem Thesaurus schöpfen und mit diesen Vorschlägen arbeiten*.

Die Werkstätten

**„Arbeit für alle –
Wirtschaftliche und gesellschaftliche
Herausforderungen der Arbeitslosigkeit“**

Ergebnisse: Dr. Jürgen P. Rinderspacher
Moderation: Eduard Wörmann
Protokoll: Matthias Gehlhar

Zusammenfassung vorläufiger Ergebnisse aus Stellungnahmen zum Konsultationsprozeß¹

Der thematische Bereich „Arbeit“ gehört neben Familie, Sozialpolitik und Gesellschaft zu denen, die in den Eingaben die größte Beachtung gefunden haben. Einhellig wird die anhaltende Massenarbeitslosigkeit als das vorrangigste Problem unserer Gesellschaft angesehen. Deren mittelbare und unmittelbare Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft werden des öfteren mit einem Krebsgeschwür verglichen, das metastasenartig viele andere zentrale gesellschaftliche Bereiche befällt. Hier werden vor allem immer wieder die Auswirkungen auf die Familien, auf das Selbstwertgefühl der Menschen und auf die politische Stabilität genannt. Anders als noch in den 70er und 80er Jahren wird die „Schuld an diesem Skandal“ jedoch selten den Betroffenen persönlich gegeben. Bei der Analyse der Ursachen der Arbeitslosigkeit als Strukturproblem gehen die Meinungen hingegen weit auseinander. Die einen sehen die Krise am Arbeitsmarkt primär durch zu hohe Arbeitskosten verursacht, die anderen durch ein Versagen der Unternehmenseite, die nicht innovativ und kreativ genug gewesen sei, um im verschärften internationalen Wettbewerb zu bestehen. Erschwerend kommt der vereinigungsbedingte Massenabbau von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland hinzu. Viele Einsenderinnen und Einsender aus den neuen Bundesländern fühlen sich in dieser Situation mehrfach im Stich gelassen. Neben der materiellen Unsicherheit wird häufig der Verlust einer gesellschaftlichen Mitte beklagt, von Instanzen, an die man sich halten und denen man sich anvertrauen kann, wenn schon der Verlust von Arbeitsplätzen unvermeidlich ist. Der Abbau von verschiedenartigen Unterstützungsleistungen und Hilfen zur Neuorientierung ruft zum Teil großes Unverständnis hervor und fügt sich in das Bild, daß der Westen keine rechte Vorstellung davon habe, was der Osten brauche.

Die Arbeit als Lebensmitte – diese Sicht scheint gerade auch durch die Erfahrung, ohne Arbeit zu sein, im Prinzip ungebrochen. Zugleich kündigt sich in den Zuschriften jedoch eine steigende Tendenz zur Aufwertung der Nicht-Erwerbsarbeit an, gewissermaßen als komplementäre Erweiterung des Erwerbsarbeitsbereichs, nicht als dessen Substitut.

¹ Die vorläufige Einschätzung beruht auf der Auswertung etwa der Hälfte der Stellungnahmen.

Zum einen wird die Erwartung damit verbunden, es würden weniger Menschen eine Arbeit aufnehmen wollen, wenn die Anerkennung in der Gesellschaft weniger von der Teilhabe an der Erwerbsarbeit abhinge. Von anderen Gruppen wird die Aufwertung von Haus- und Erziehungsarbeit ebenso wie des Ehrenamtes aus gesellschafts- und frauenpolitischen Gründen gefordert. Die einseitige Bezugnahme des Papiers auf Erwerbsarbeit als der eigentlichen Arbeit wird zum Teil scharf angegriffen; eine solche Sichtweise grenzt die Realität der Hälfte der Gesellschaft aus.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gibt es viele, zum Teil sehr detailliert ausgearbeitete Vorschläge von großen Organisationen, Gruppen und Gesprächskreisen aus Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Wirtschaftsverbänden, von Arbeitsloseninitiativen und Wissenschaftlern sowie von Einzelpersonen. Die Zeit der großen ideologischen Schlachten ist, mit wenigen Ausnahmen, auf beiden Seiten vorbei. Die Visionen für Übermorgen erscheinen nicht mehr als angemessener Argumentationshintergrund; Pragmatismus ist angesagt. Die Kreativität der Einsenderinnen und Einsender richtet sich auf mittelfristig Umsetzbares und auf Details.

Dennoch können selbst die kleinteiligen Vorschläge die dahinter stehenden unterschiedlichen Weltbilder oft nicht verleugnen: Die einen halten Eingriffe in den Arbeitsmarkt wie ABM-Maßnahmen, Beschäftigungsgesellschaften und anderes für eigentlich systemwidrig und daher für nur temporär vertretbar, sie setzen ihre Hoffnung auf weiteres Wirtschaftswachstum. Die anderen halten die Hoffnung auf die selbstregulierenden Kräfte des Marktes für eine große ideologische Illusion und fordern, daß ohne Rücksicht auf ordnungspolitische Bauchschmerzen alles getan werde, was Menschen in Arbeit bringt.

Die Forderung nach aktiver Arbeitsmarktpolitik ist umstritten. Der von Betroffenen und Organisationen formulierte Ruf nach einem dauerhaft öffentlich geförderten Zweiten Arbeitsmarkt wird von Vertretern des radikalen marktwirtschaftlichen Ansatzes als völlig verfehlt abgelehnt. Gleiches gilt für Vorschläge sozialer Grundsicherungen.

Es fällt auf, daß – wie sollte es anders sein – die aus dem öffentlichen Diskurs bekannten Grundpositionen auch in den Eingaben aufeinanderstoßen; das gilt vor allem für die großen Institutionen beziehungsweise Organisationen. Die Eingaben der Personen und zahlreicher kleinerer Gruppierungen wirken dagegen viel plastischer, weil zumeist vom eigenen Erfahrungshorizont geprägt. Argumente, Ursachen und neue Modelle werden dort nach zum Teil sehr unkonventionellen Regeln aufeinander bezogen; hieraus er-

geben sich innovative, ungewohnte Perspektiven und Lösungsansätze (die im einzelnen hier nicht ausgeführt werden können).

Oft wird ein – auch juristisch einklagbares – Recht auf Arbeit gefordert; einige Stellungnahmen formulieren es auch als Menschenrecht. Dem wird entgegengehalten, nur in totalitären Systemen sei es möglich, Arbeitsplätze juristisch zu verordnen. Ein Recht auf Arbeit bedeute die Aushebelung der Marktwirtschaft.

Eine sehr große Zahl von Eingaben stellt fest, daß der Gesellschaft zwar nicht die Arbeit ausgegangen sei, daß die vorhandene Arbeit aber neu verteilt werden müsse. Aufgaben seien vor allem im Bereich Umwelt und Soziales mehr als genug vorhanden. Aus vielen Briefen von Einzelpersonen und kleineren Gruppen ist eine deutliche Bereitschaft auch zu unkonventionellen Maßnahmen und zum materiellen Verzicht herauszulesen. Allerdings will man dann auch Erfolge sehen. Die Aufforderung, bei sich selbst anzufangen, verbindet sich mit der Erwartung, daß alle Mitglieder der Gesellschaft dem nacheifern sollten. In nicht wenigen Fällen wird aber auch freimütig dafür votiert, daß die anderen schon mal in Vorleistung gehen sollen. Demgegenüber kritisieren wieder andere die ständige Verschiebung der aus der Arbeitslosigkeit resultierenden Sozialkosten von einer Instanz zur anderen.

Sehr häufig findet sich das Zitat, daß die Finanzierung von Arbeitslosigkeit teurer sei als die von Arbeit. Strukturelle und individuelle Maßnahmen widersprechen sich nicht. Viele Arbeitnehmer sind zum Teilen bereit. Zur Diskussion stehen der Verzicht auf Lohnanteile sowie auf Arbeitszeitanteile. Ersteres ist mehr umstritten als letzteres. Von einem pauschalen: „das bringt nichts...“ bis zur Selbstaufgabe spannt sich die Diskussion um Lohnverzicht. Deutlich drohen Eingaben der Arbeitgebervereinigungen mit dem wirtschaftlichen Ruin der bundesdeutschen Wirtschaft, falls die Kostenseite der Arbeit nicht unter Kontrolle gebracht werde. Einig ist man sich im Kreis der Einsender weitgehend, daß die Lohnnebenkosten gesenkt werden müßten. Auch die Entnahmen aus den Sozialversicherungen, die versicherungsfremden Leistungen, sollten gestoppt werden; trotz gleichklingender Formeln verstehen verschiedene Gruppierungen hierunter jedoch ganz Unterschiedliches.

Einige Einsenderinnen und Einsender fordern Ökosteuern und Maschinensteuern an Stelle einer arbeitsmarktpolitisch schädlichen Besteuerung des Einsatzes der Arbeitskraft. Dem wird von Arbeitgeber- und Regierungsseite der Abbau aller fiskalischen und bürokratischen Investitionshindernisse,

eine betriebs- und ertragsbezogene Lohnpolitik und mehr Flexibilität der Arbeitnehmer bezüglich Arbeitszeiten, Arbeitskosten, Arbeitsort und Qualifikation als Lösungsansatz entgegengehalten.

Lebenslanges Lernen gilt auch in den eher arbeitnehmerbezogenen Stellungnahmen als sinnvolle Anforderung. In der Qualifikationsfrage scheint trotz unterschiedlicher Auffassungen im Detail ein großes Konsenspotential zu liegen. Allerdings verbindet sich mit Qualifikationsmaßnahmen bei den Menschen im arbeitsfähigen Alter, besonders in den neuen Ländern, die Erwartung, das Wissen bei entsprechender Bezahlung irgendwann auch anwenden zu können.

Konsensfähiger als Lohnverzicht erscheint die Teilung der Arbeit, sofern die Beschäftigten den Eindruck haben, daß hierdurch tatsächlich neue Arbeitsplätze entstehen. In Einzelfällen wird beklagt, daß viele Maßnahmen nur die Verlagerung von Arbeitsplätzen an andere Standorte, aber keine wirklich neuen Arbeitsplätze nach sich ziehen. Die unmittelbar Betroffenen betonen die Problematik von Einkommensverlusten bei Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich, wie etwa im VW-Modell oder bei Sabbaticals, stärker als die Einsender und Einsenderinnen, die nach eigenem Bekunden nicht mehr im Arbeitsleben stehen. Ansonsten werden fast alle in der Diskussion der letzten Dekade angeregten, zum Teil auch praktizierten Arbeitszeit-Modelle genannt und diese zum Teil um eigene Detailvorschläge erweitert. Unausgesprochen wird unterstellt, Flexibilisierung führe immer zur Korrektur der Arbeitszeit nach unten. Die Praxis der Überstundenvergabe zeigt dagegen, daß sehr häufig auch ein Hang zu mehr, nicht nur zu weniger Arbeit besteht. Dennoch: Sehr viele Einsenderinnen und Einsender sehen im Abbau von Überstunden beziehungsweise in Zeitkonten eine praktikable Sofortmaßnahme, der sie sich, soweit man dies beurteilen kann, im konkreten Fall wohl auch anschließen würden.

Die Zauberformel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit war selbstredend nicht zu erwarten. Doch die zahlreichen, zum Teil über viele Seiten ausgearbeiteten Modellvorschläge können als Indiz einer hohen Erwartungshaltung gegenüber dem, was die Kirchen als Vermittlerinnen und/oder Anwältinnen in der Gesellschaft leisten können, gewertet werden. Sie werfen zugleich das Problem auf, diesen umfangreichen und vielgestaltigen Analysen, Konzepten und Detailausarbeitungen in einem kirchlichen Wort qualitativ und quantitativ zu entsprechen.

Die Diskussion:

Das Mitglied des Bundestages Herr Warnke weist darauf hin, daß die Bereitschaft aller Beteiligten, sich auf ein Bündnis für Arbeit einzulassen, die Wichtigkeit der Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit deutlich macht. Ein zweiter Arbeitsmarkt, also der öffentliche Arbeitsmarkt, wird in naher Zukunft nötig sein. Weitere Stichpunkte werden genannt: Recht und Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern können nur bei entsprechendem Volkseinkommen erfüllt werden; es ist Wachstum zu schaffen (beispielsweise in den Bereichen Gentechnologie, Verkehrstechnologien, Dienstleistungen); des weiteren sind die Sorgen der Arbeitnehmer und auch der Arbeitgeber beim Namen zu nennen. Er fordert die Kirchen auf, Anerkennung und Ermutigung auszudrücken, Anerkennung für das bereits Geleistete und Ermutigung, um die neuen Aufgaben in Angriff zu nehmen. Schließlich stellt er das Fehlen einer breiten mittelständischen Gründungswelle fest; er fordert mehr Selbstverantwortung.

Wilhelm Friedrich Windmann, Vorsitzender der evangelisch-lutherischen Arbeitsgemeinschaft Handwerk und Kirche in der EKD, pocht auf eine Unterscheidung zwischen Unternehmen der Industrie und Unternehmen des Handwerks und fordert eine höhere Beachtung des Handwerks durch die Kirchen.

Reinhard Meyer, Direktor der Männerarbeit der EKD in Kassel: Er weist darauf hin, daß die Zukunft der Arbeit wohl immer mehr zu Teilzeitarbeit hingehen wird; für männliche Arbeitnehmer ist es ausgesprochen schwierig, in Frührente zu gehen oder Teilzeitanträge durchzubekommen, weil bisher immer noch eine Begründung verlangt wird; er fordert deswegen ein generelles Umdenken.

Professor Dr. Gottfried Leder, Zentralkomitee der deutschen Katholiken: Er macht deutlich, daß die Berichtersteller der Zusammenfassung der vorläufigen Ergebnisse aus den Stellungnahmen zum Konsultationsprozeß das Problem hatten, ohne eigenes Interesse die Vorschläge zu werten. Er meint, daß die von Arbeitslosigkeit Betroffenen einen Anspruch auf Objektivität und objektive Sichtweise ihrer Situation haben. Vor allem sind die Grundlagen einer Sozialökonomie noch einmal genau zu durchdenken und daraus Forderungen zu formulieren.

Leo Jansen, Leiter des Oswald-von-Nell-Breuning-Hauses: Er fordert auf zu weiterem Streit über die Wege aus der Arbeitslosigkeit. Er stellt die von Herrn Warnke, MdB, erwähnte Risikoflucht in unserer Gesellschaft in Fra-

ge, wenn damit die Arbeitslosen gemeint seien. Er fordert, daß die Kirche anklagen muß, Visionen entwickeln muß. Es ginge um Sinnstiftung in der Gesellschaft, aber auch um Klärung von Arbeitsbegriffen. Solche Anklagen und Visionen sind eine Aufgabe der Kirche.

Prof. Dr. Werner Krämer, Universität Dortmund: Er weist auf die seiner Meinung und seinen Berechnungen nach, geringste Lohnquote seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland hin. Die Arbeitslosen erleben Angst und sind immer mehr isoliert in unserer Gesellschaft. Als Vision fordert er eine Beschäftigungsgesellschaft, sozusagen einen sozial unterstützten Arbeitsmarkt, und stellt die frohen Botschaften für die Arbeitslosen in Frage, die da auf das Wirtschaftswachstum warten.

Barbara Schröder, KAB: Sie weist darauf hin, daß Arbeitsteilung nur bei neuen Arbeitsplätzen eingesetzt werden sollte, denn viele eingeleitete Maßnahmen, die den Arbeitsmarkt entlasten sollten, waren anfangs positiv eingeschätzt worden, doch wirkten sich später negativ aus. Auch sie fordert eine höhere Risikobereitschaft der Arbeitnehmer ein.

Wolfgang Thierse, MdB, Zentralkomitee der Katholiken: Zum Thema Standortdebatte und der Kostendebatte macht er deutlich, daß Deutschland kein Niedriglohnland werden könne. Aus diesen Gründen sind unterschiedliche Strategien gefragt, um die Arbeitsmarktpolitik zu verändern. Drei Punkte bringt er zum Ausdruck. Es gehe um die Modernisierung der Wirtschaft, um ein Wachstum und zwar ein umweltverträgliches, und bei neuen Technologien, z. B. bei dem Transrapid, sind neue Arbeitsplätze gefragt und nicht ihre Vernichtung. Auch er hält den öffentlich finanzierten Arbeitsmarkt für unumgänglich in der nahen Zukunft. Arbeitslosigkeit kann nur abgebaut werden, wenn die Arbeit gerechter verteilt wird. Er fordert die Kirchen auf, parteiisch zu sein; er findet, daß das Bündnis für Arbeit, angestoßen von der IG Metall, ein mutiger Schritt sei und daß dort auch die Kirchen stehen müssen.

Pfarrer Klaus Heienbrok, Akademiedirektor der Evangelischen Sozialakademie Friedewald: Er weist darauf hin, daß die jetzt mehr als vier Millionen Arbeitslosen eine wirkliche Gefahr für die innere Stabilität unserer Gesellschaft sind. Ein solcher Hinweis sollte noch in das Papier. Zunehmend verzichten Arbeitnehmer auf ihre Rechte; Familien leiden unter der Arbeitslosigkeit mit. Aus der Resignation bei vielen Langzeitarbeitslosen entsteht Apathie und Gewalt. Er meint, daß es sich allgemein um eine Krise des Modells Arbeit handelt. Er möchte erwähnt sehen, daß Religion und wir als Vertreter der Kirche zur Anbetung Gottes ermahnen, und der kann nicht der

Gott Mammon sein. Ihm sind folgende Dinge wichtig: Verhinderung der Kapitalflucht – Beteiligungsmodell Investivlohn – Lastenausgleich für die öffentliche Hand – Konversion zur Friedensgesellschaft.

Ulrich Dressler, Diakonisches Werk Hamburg: Er stellt die Frage, was die Kirchen selbst tun; er stellt fest, daß es sich mittlerweile um die dritte Generation der Arbeitslosen und Arbeitslosenhilfeempfänger handelt; er fordert somit einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt zur Lösung des Problems. Er spricht an, daß die Kirchen um die Feiertage kämpfen; und wer hierum kämpft, muß auch um die Arbeitstage kämpfen. Die Kirchen dürfen diese Chance der Einflußnahme nicht verstreichen lassen.

Heiner Schulz, Sachsen-Anhalt, stellt fest: Kirche ist für alle da, aber nicht für alles; Ziel des Wortes sollte eine inhaltliche Fragestellung sein, nämlich welche Produkte und Prozeßinnovationen nötig sind. Die Rahmenbedingungen seien zweitrangig. Im Osten ist wichtig, die wirtschaftliche und soziale Herausforderung anzunehmen. In dem neuen Wort sollen sich die Kirchen, als größte Arbeitgeber im Land, von Selbstkritik nicht fernhalten. Ihm geht es um das Verhältnis des ersten und zweiten Arbeitsmarktes. Teilung und Teilzeitarbeitsplätze sind der Lösungsweg – aber auch mit Geldpolitik bzw. mit der ökologischen Steuerreform läßt sich in dieser Richtung einiges bewegen.

Dr. Jürgen Em; Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände: Es gibt keine Patentrezepte, um die Arbeitsmarktproblematik einfach zu lösen. Die Situation ist gemeinsam anzugehen, denn es sind ja alle guten Willens. Die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft ist sicherzustellen, dafür sind die Rahmenbedingungen zu schaffen. In vielen Wortbeiträgen sei zuviel von der Verteilungsethik die Rede, zuwenig von einer Leistungsethik. Er hält das von der IG Metall angeschobene Bündnis für Arbeit für eine gute Idee, wenn er auch einige der dort aufgeführten Voraussetzungen für ein solches Bündnis für unerfüllbar hält. Er weist auf die Globalisierung des Weltmarktes hin und damit darauf, daß die Arbeitgeber in Deutschland sich den internationalen Märkten stellen müssen und deshalb nicht mit nationalen Bedingungen beschnitten und eingeschränkt werden dürfen. Die Lohnkosten müssen gesenkt werden. Er betont die Verantwortung der Christen gegenüber den anderen Menschen der Welt und ihren Märkten; eine Politik des „leichten Geldes“ ist kontraproduktiv. Die Flexibilisierung der Arbeit und Arbeitszeit bietet viele Möglichkeiten, die noch zu wenig genutzt werden.

Werner Krämer, Universität Dortmund, Rückfrage: Er hält eine Kostensenkung auch im Personalkostenbereich für durchaus machbar, weist aber

darauf hin, daß der Gewinn in einigen Industriebetrieben enorm gestiegen ist. Rückfrage Dr. Em: Wo denn? Es könnte sich dabei höchstens um ein paar Branchen handeln.

Herr Seifert vom WSI in der Hans-Böckler-Stiftung: Die Kontroversen im Umgang mit dem bisherigen Bericht werden deutlich; über die Wirksamkeit des abschließenden Papiers der Kirchen wird ganz erheblich der Grad der Konsensfähigkeit entscheiden. Die Arbeitszeitverkürzungsmodelle sind ja nun schon auf dem Weg, Tabus sind gefallen, so z. B. die Forderung nach vollem Lohnausgleich der Arbeitnehmer. Auch die Arbeitgeber müssen nun beschäftigungswirksam operieren; am Beispiel Grundig zeigt er auf, daß die AZVK mit hohen Einbußen rechnen müssen, hier sollten die Kirchen unterstützen. Er berichtet, daß die Bereitschaft in der Gesellschaft, Lohn einbußen hinzunehmen, durchaus vorhanden ist. Er fordert von dem abschließenden Papier, die konsensfähigen Dinge zu erfassen, zu formulieren und dann auch in die Gesellschaftsdiskussion einzubringen.

Peter Kruse, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Nordelbische evangelisch-lutherische Landeskirche, erläutert, daß mit der steigenden Zahl der Arbeitslosen die Situation für diese Gesellschaft schwieriger werden wird. Die Langzeitarbeitslosigkeit hat eine dehumanisierende Wirkung. Arbeitslose empfinden sich zunehmend als Opfer, Arbeitslosigkeit wird als Schicksal aufgefaßt. Der Redner erwähnt das dänische Modell, in dem längere Phasen der Arbeitslosigkeit als Zeit für sich selbst deklariert werden. Solche neuen Denkmodelle sollten in das Abschlußpapier einfließen. Schließlich fordert er ein Bündnis für Arbeit auch in den Kirchen.

Reinhard Loos, Zentralkomitee der deutschen Katholiken, macht auf zwei Dimensionen des Problems aufmerksam: die Schwierigkeiten nach der europäischen Einigung und durch den zunehmenden internationalen Wettbewerb, in dem sich unsere Wirtschaft befindet. Er bringt die zunehmende Spaltung des Arbeitsmarktes – hier der öffentliche Dienst und dort die freie Wirtschaft – zur Sprache. Die Staatsquoten sind ihm viel zu hoch.

Dr. Wolfgang Nicht, DGB Landesbezirk Sachsen, fordert eine differenziertere Betrachtungsweise, denn die Entwicklung in den neuen Bundesländern unterscheidet sich doch ganz erheblich von den Entwicklungen in den Westbezirken. Auch Ideen der Arbeitszeitverkürzung seien nur bedingt im Osten anwendbar, denn die Kollegen dort möchten Vollzeitarbeit.

Reinhold Mayer, Vorsitzender der Männerarbeit der EKD: Er stellt fest, daß Teilzeitarbeit als Lösung doch fest ins Auge gefaßt werden sollte. Anklage

und Unruhe müssen Ziel des abschließenden Papiers des Konsultationsprozesses sein. Als positiv bewertet er die andere Art der Thematisierung des Problems und betont, daß das von Herrn Zwickel angeschobene „Bündnis für Arbeit“ zum ersten Mal eine Kooperation und keine Konfrontation vorgeschlagen hat. Er schlägt eine Kontrolle der von der Bundesregierung avisierten Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahre 2000 vor und fordert die Kirchen auf, die Arbeitslosigkeit bis dahin als öffentliches Thema unter Dampf zu halten.

Dr. Wolfgang Nicht, DGB Sachsen, ergänzt: Es geht bei der Thematik sehr wohl auch um die Familien und deren Zusammenhalt. Denn den Jugendlichen, die ohne Job ihr Leben starten, wird eine sichere Sozialisierungserfahrung vorenthalten. Die Gesellschaft muß sie jedoch gewährleisten.

Herr Rauscher geht noch einmal auf den Begriff der Dehumanisierung der arbeitslosen Menschen ein und fordert die Kirchen auf, Mut zu machen. Arbeit müsse anders verteilt werden, auch um die Zunahme von schwarzen und grauen Märkten einzudämmen, die offensichtlich ein Defizit der staatlichen Ordnungspolitik Deutschland deutlich machen. Auch in Deutschland müsse ein Sabbatjahr möglich sein. Die Kirchen werden aufgefordert, die Familienpolitiker dahin zu drängen, die Familienexistenz auch bei Arbeitslosigkeit des Ernährers sicherzustellen. Schließlich spricht er das Thema der Kapitalflucht an, mit der Frage, wie sie gebremst werden könne. Er schlägt vor, eine Quellensteuer von 10 bis 15 % für Europa umzusetzen. Er betont nochmals, daß es sich um einen gesamtgesellschaftlichen Umbruch handelt, der die Arbeitsmärkte wie die Lebenssituation der Mitbürger verändert.

Arthur Biesalski, KAB Trier: Er stellt fest, daß die Arbeitslosigkeit 12 % erreicht hätte, wenn man alle, die in AB-Maßnahmen etc. sitzen, hinzuzählt. Die bisher vorgeschlagenen Lösungswege aus der hohen Arbeitslosigkeit seien alle nicht neu, und er fragt an, ob die Kirche Gegenmacht sein kann. Frühere Ziele der Arbeitsmarktpolitik der Kirchen waren die Humanisierung, die Weiterbildung und Qualifikation der Arbeitnehmer. Ziele, die auch weiterhin verfolgt werden müssen, trotz der schwierigen Situation. Die Frage muß lauten: Hat Arbeit Vorrang vor Kapital, oder ist es umgekehrt?

Christian Führer, Pfarrer der Nikolai-Kirche in Leipzig: Er fragt an, wo die einfache Lösung bleibt. Würde das Problem von der Politik weiterhin nicht beachtet, dann könnten die Grundpfeiler unserer Gesellschaft ins Wanken geraten. Es bleibt ein Skandal, daß einige Überstunden produzieren und andere überhaupt nicht arbeiten dürfen. Das Recht auf Arbeit hält er für eine berechnete Forderung, und er fordert, daß es auch in den Abschlußbericht

des Konsultationsprozesses hinein gehört. Zu ergänzen sind: Humane Arbeitsbedingungen und das Verbot der Sonntagsarbeit, die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, eine wirklich durchgesetzte Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau und Kirchen, die wirklich die Verantwortung für die Schöpfung übernehmen.

Dr. Dietmar Wittig, ISDA e. V. Berlin: Seine Forderung geht an alle Beteiligten, eine Sozialanalyse zu erstellen. Berücksichtigt werden müsse das Phänomen der ungeschützten Arbeit, d. h. die Zeitverträge, die er als inhuman bezeichnet, die 590,- DM bzw. 500,- DM-Jobs, zudem das Problem der Leiharbeiter, der Teilarbeitsverträge und der Scheinselbständigen, alles Dinge, auf die sich beide Gesellschaften in West und Ost hinbewegen. Er weist darauf hin, daß viele Frauen von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, und zunehmend die schon erkämpfte Gleichberechtigung, im Osten z. B., gefährdet ist. Er hält es für wichtig, Kapitalflucht in unserem Land zu verhindern, was in den Abschlußbericht des Konsultationsprozesses hinein muß. Von den Kirchen fordert er, einen Sozialbericht zu erstellen und zusammen mit der Bundesregierung zu veröffentlichen.

Leo Jansen, Leiter des Oswald-von-Nell-Breuning-Hauses: Er unterscheidet im Wirtschaftsbereich zwischen Tätern und Opfern und fordert neben einer Täterberatung auch eine intensive Opferberatung. Er erwartet die Kirchen eindeutig an der Seite der Opfer und daß sie die Langzeitarbeitslosen und von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen ermutigt wie auch diejenigen, die neue Wege und neue Ideen und neue Modelle entwickeln. Zur Lösung des Problems sei eine radikale Arbeitszeitverkürzung, verbunden mit einem starken Sozialtransfer, notwendig, um Härten auszugleichen, verbunden mit der Forderung an die Kapitaleigner, ihre Verantwortung für die Gesellschaft wahrzunehmen. Jansen wirbt auch um die Akzeptanz von Selbstversorgung im kleineren Stil; er geht davon aus, daß wir für das neue Jahrtausend eine neue Arbeitsorganisation benötigen.

Peter Kraus aus Sachsen-Anhalt: Er betont, daß die Arbeitslosigkeit steigt und die Prognosen dahin zielen, daß diese Entwicklung in naher Zukunft nicht aufzuhalten ist. Der sich daraus ergebende Verdrängungswettbewerb um die Arbeitsplätze hat erheblich negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft; er weist darauf hin, daß die Produktivität ständig steigt, aber Arbeitsplätze dennoch verloren gehen. Er fordert, die Arbeit zu teilen, und hält dabei das Beispiel VW vor Augen und hofft, daß neue Lebensarbeitszeitmodelle endlich umgesetzt werden können.

Dr. Gerhard Kühlewind, Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer e.V.: Insgesamt fehlen in der Bundesrepublik sieben Millionen Arbeitsplätze. Seine Vorschläge zielen darauf, einerseits die Arbeitslosigkeit auf konventionellem Wege zu bekämpfen, andererseits sich auch um die Schaffung von Arbeitsplätzen intensiv zu bemühen; er erhofft sich eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch politische Maßnahmen. Dagegen warnt er vor einer sogenannten Brüning-Politik, was bedeutet, sich dabei langsam aber sicher totzusparen und dann keinerlei Möglichkeiten mehr zu haben, in den Arbeitsmarkt auch finanziell einzugreifen. Er deutet an, daß die Reform des Arbeitsförderungsgesetzes Möglichkeiten der politischen Einflußnahme auf dem Arbeitsmarkt aufzeigt. Er glaubt nicht, daß Kürzungen bei den Arbeitsförderungsmaßnahmen langfristige Sinn machen, denn der Staat könne sich als Ordnungsmacht bei einem so langfristigen Problem wie der Arbeitslosigkeit nicht mehr heraushalten.

Dr. Ernst-Rudolf Bauer, Stephanus-Gemeinschaft aus Thamm: Er weist darauf hin, daß die hohe Arbeitslosigkeit bei uns Arbeitsplätze im Ausland schafft. Entlassungen werden von Unternehmern jedoch nicht leichtfertig vorgenommen; die wirtschaftliche Situation läßt häufig andere Entscheidungen nicht zu. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müßten anstelle von Einzelmaßnahmen Gesamtkonzepte erstellt werden, um die Situation zu entspannen, wobei allerdings noch unklar ist, wer die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eigentlich entscheidet, wer die Möglichkeiten und Tätigkeiten überwacht und wer die Last von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen trägt?

Pastor Eduard Wörmann, EKD-Beauftragter für Fragen der Arbeitslosigkeit, erlaubt sich als Moderator einen Zwischenruf: Wer die Unterscheidung von Tätern und Opfern ablehnt und Ermutigung für Unternehmer und Manager fordert, muß sehen, daß die Arbeitslosen durch Gesetzesinitiativen (Arbeitslosenhilfegesetz; Arbeitsförderungsgesetz) im Augenblick geradezu entmutigt werden. Sie werden diszipliniert, unter Mißbrauchsverdacht gestellt und geradezu auf ihre Belastbarkeit getestet. Dieser Trend muß von den Kirchen gestoppt werden. Gesetzesinitiativen müssen den Arbeitslosen neue Perspektiven eröffnen und dadurch für sie Signale der Hoffnung und Solidarität sein.

Bernd Schnabel, Betriebsratsvorsitzender VEAG Kraftwerk Hagen-Werder aus Görlitz: Er berichtet aus seinem Betrieb. Im Jahr 1993 waren 3.300 Arbeitnehmer beschäftigt und jetzt 1996 sind es nur noch 800 Arbeitnehmer. Er behauptet, man hätte versucht bzw. es auch durchführen können, daß Arbeitsplätze sozialverträglich abgebaut wurden, wobei sozialverträglich

von ihm selbst auch in Frage gestellt wurde. Vieles wurde über den Vorruhestand geregelt; für ihn ist das Wichtigste, daß Arbeit erhalten werden muß. Teilen von Arbeit hat auch für ihn nur Sinn, wenn tatsächlich Arbeitsplätze entstehen. Er fordert zu einer Rückbesinnung auf alte Produktionstechniken auf, die arbeitsintensiver, aber vielleicht auch von den Produkten her günstiger sind und mittelfristig wahrscheinlich auch die Märkte zurück erobern werden.

Olaf Sund, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in Potsdam, betont, daß das Problem der Arbeitslosigkeit uns sehr unter den Nägeln brennt und wir keine große Zeit mehr für Diskussionen haben. Wir müssen handeln: Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu nutzen; er fordert Abbau von Überstunden. Die Roheit des Prozesses des Herausdrängens der Arbeitslosen aus der Gesellschaft muß klar erkannt und benannt werden, und dem muß man entgegensteuern. Zudem müssen Frauenforderungen konsequenter angesprochen und durchgesetzt werden. Des weiteren ist er überzeugt, daß Ökologie und die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht mehr auseinanderzuidividieren sind.

Herr Germann aus Sachsen, Arbeitsverwaltung: Er zeigt auf, welche Leistungen ein Arbeitsloser erhält: Arbeitslosengeld 1.000,- DM, Arbeitslosenhilfe 800,- DM, mit dem der Arbeitslose im Monat auskommen muß. Die Leistungsmißbrauchsdebatte und die Diskriminierung der Arbeitnehmer müssen aufhören. Er prangert die Lohnkürzung in AB-Maßnahmen auf nur noch 80 % statt bisher 90 %, als falschen Weg an. Mittel zur aktiven Arbeitsmarktpolitik dürften nicht gekürzt werden, denn dies hätte anderenfalls in den neuen Bundesländern fatale Auswirkungen. Er hält eine solche Mittelkürzung in der Arbeitsmarktpolitik für absurd. Dagegen müßten die ideellen Werte aktualisiert werden. Er hält eine Steuersenkung für den richtigen Weg und fordert einen schlanken Staat; die Kosten der Verwaltung müssen gesenkt werden.

Karl Nothof, Vizepräsident KAB, spricht das Problem der „geringfügig Beschäftigten“ (West 590,- DM, Ost 500,- DM) als nicht hinnehmbar an; es müßten wenigstens die Krankenversicherungsbeiträge übernommen werden. Zum andern macht er klar, daß die Frühverrentung, der Vorruhestand u. ä. Modelle der Lebensarbeitszeitverkürzung nur dann akzeptiert werden können, wenn die Arbeitgeber die freiwerdenden Arbeitsplätze wirklich an die Jugendlichen weitergeben.

Erwin Helmer aus Weilheim: Ihm fehlt bei der ganzen Diskussion das Herz; ihm fehlt die Aufforderung, den Nächsten zu lieben und daraus Politik entstehen zu lassen. Er bringt das Problem auf den Punkt, daß zwischen Erhaltung der Geldwertstabilität und Abbau von Arbeitslosigkeit zu entscheiden sei; eines von beidem ginge nur. Seine Forderungen sind: Ausbau der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Startschuß für ein Sieben-Jahres-Aktionsprogramm, um das Problem der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik zu lösen.

Peter Haupt, Senator für Frauen und Familie, hält die Kirchen durchaus für beachtenswerte Instanzen in unserer Gesellschaft und hält die Forderung nach einem gesellschaftlichen Umbau für keine gute Idee. Doch dürften die Diskutanten bei ihren Ideen und Visionen zur Lösung der Arbeitslosigkeit die Realität nicht aus den Augen verlieren. Er warnt davor, die Lohnkostenzuschüsse zu vermindern oder gar zu streichen. Ihm ist es wichtig, daß diese Veranstaltung Wege aufzeigt und auch Mut macht. Schließlich fordert er die Politiker auf, die Finanzströme, die in den Osten gehen oder die für die Arbeitsmarktpolitik verwendet werden, zu bündeln und gezielter einzusetzen.

Wolfgang Bürgstein, Katholische Akademie Rabanus-Maurus in Wiesbaden: Der Redner fordert eine ökologische Steuerreform zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit. Er macht auf die Bedeutung der Globalisierung der Märkte für die Unternehmer und den Arbeitsmarkt aufmerksam. Er macht noch einmal deutlich, daß bei allen Lösungsvorschlägen die monetäre Seite im Wirtschaftsprozeß nicht übersehen werden darf.

Herr Krämer unterstreicht, daß es um die Wertgrundlagen geht: Wachstum, Versorgung für alle Teilnehmer am Wirtschaftsprozeß in unserem Land. Neue Konzepten seien gefordert.

Herr Kluge, Dresden, lehnt die derzeitige Beschäftigungspolitik ab. Die Praxis der untertariflichen Entlohnung in den neuen Bundesländern dürfe nicht hingenommen werden. Seine kritischen Einwürfe: die Arbeitsmarktpolitik in unserem Land hat kaum strukturpolitischen Charakter, ist unternehmenslastig, und die Förderungswege sind zu verkürzen.

„Option für die Armen – Spaltungen überwinden“

Ergebnisse: Walter Boscheinen
Moderation: Prof. Dr. Teresa Bock
Protokoll: Mascha L. Join-Lambert

Zusammenfassung vorläufiger Ergebnisse aus Stellungnahmen zum Konsultationsprozeß²

Die eingegangenen Stellungnahmen verdeutlichen: In unserer Gesellschaft gibt es keinen Konsens über den *Armutsbegriff*. Das Meinungsspektrum reicht von Leugnung jeder Armut bis zur Feststellung einer tiefen Gesellschaftsspaltung bei uns. Darüber hinaus besteht weder gesellschaftlicher Konsens darüber, ob es überhaupt Armut bei uns gibt, noch darüber, welche Bedeutung Armut in unserer Gesellschaft hat bzw. künftig bekommt.

Armut ist eine Infragestellung für den Sozialstaat, der den Zweck hat, Armut zu verhindern, sagt eine Stellungnahme. Sozialhilfe allein kann Armut nicht bekämpfen: Sie interveniert bei auftretenden Symptomen, kann aber nicht die Wurzeln der Probleme erreichen.

Soziale Ausgrenzungsstrukturen, die neue Armut oder mehr Arme schaffen, sind zu erforschen und zu beseitigen, da sie Gefahren für Demokratie und politische Radikalisierung bergen. Neben der Armuts- soll eine Reichtumsdiskussion geführt werden, da ein wechselseitiger Zusammenhang zwischen Armut und Reichtum bestehe: Armut in reicher Gesellschaft ist ein Verteilungsproblem. Deshalb wird die Sozialpflichtigkeit des Eigentums als Mittel gegen Armut eingefordert.

Während einige Stellungnahmen die Sozialmißbrauchsdiskussion aufgreifen, fordern andere deren Beendigung, da sie eine Alibiveranstaltung sei. Viele fordern, Armut als Faktum zu sehen und zu bekämpfen, andere, nur unverschuldete Armut, wobei eine Verschuldensdefinition nicht vorliegt. Forderungen nach einer sozialen Grundsicherung für alle BürgerInnen wollen das Armutsproblem ohne Schuldzuweisungen und individuelle Bedürftigkeitsprüfungen lösen. Konsens besteht darüber, daß die Steuer- und Abgabenlast Armut vergrößere und produziere, doch die Begründungszusammenhänge und Konsequenzen sind unterschiedlich. Die Staatsziele Geldwertstabilität und Wachstum werden als staatlich bevorzugt gedeutet, wodurch Staatsziele wie Vollbeschäftigung und Armutsverhinderung auf der Strecke blieben.

² Die vorläufige Einschätzung beruht auf der Auswertung etwa der Hälfte der Stellungnahmen.

Viele Stellungnahmen sehen Armenfürsorge als besondere Aufgabe der Kirchen. Sie sollen ungeschminkte Analysen der Armutswirklichkeit und Lösungsvorschläge erarbeiten und innerhalb der Kirche selbst Armut beispielhaft bekämpfen. Die Formulierung „Option für die Schwachen“ wird als Aufweichung der biblischen „Option für die Armen“ kritisiert. Die Option für die Armen sei konsequent durchzuhalten und nicht nur caritativ, sondern auch politisch zu verstehen (Jes 58,6f.). Konsequent fordern Betroffeneninitiativen von der Kirche die öffentliche Skandalisierung der Armut und werten deren Verweigerung als Verweigerung christlichen Zeugnisses (Gott ist ein Gott der Armen!) und praktischen Atheismus.

Die Armutsfrage ist neben der Sozialstaatsfrage besonders verwoben mit den Problembereichen Arbeit/Arbeitslosigkeit, Vorhandensein und Bezahlbarkeit von Wohnungen sowie der hinreichenden finanziellen Anerkennung der Familienarbeitsleistung, geschlechtsspezifischer Armut, chronischer Krankheit, Behinderung und Alter.

Armut im Kontext von *Arbeitslosigkeit* trifft Behinderte, Jugendliche, Langzeitarbeitslose sowie Minderqualifizierte und Minderqualifizierbare jeden Alters und Frauen, besonders im Zusammenhang mit der sozial erwünschten, auf dem Arbeitsmarkt aber bestraften Fähigkeit, Kinder aufzuziehen.

Auch die Forderung nach aktiver Arbeitsmarktpolitik ist umstritten. Die Arbeitslosenversicherung wird als falsch eingerichtet und nicht armutsfest gesehen. Gefordert wird eine grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung mit Beteiligung aller, auch der Beamten, Selbständigen etc. oder die Einführung einer bedarfsgerechten Grundsicherung. Statt Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden Anregungen für Kombilohnmodelle gegeben, um die Kopplung von Sozialhilfe mit Zuverdienst aus gering bezahlten Beschäftigungen zu ermöglichen. Darüber hinaus werden eine Reihe Einzelmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt benannt, um Armut zu verhindern oder abzubauen.

Viele Stellungnahmen bestätigen die These von der tendenziellen *Unbezahlbarkeit des Wohnens* für Bezieher unterer und mittlerer Einkommen sowie für Familien mit mehreren Kindern und spezielle Problemgruppen. Zusammenhänge werden gesehen zwischen Wohnungsnot und Zunahme von Single-Haushalten und Wohnungsfehlbelegungen sowie zeitgleichem Zusammentreffen steigender Immobilienpreise mit sinkenden Reallöhnen und Unbezahlbarkeit des Baulandes. Daneben wird die Diskriminierung von Randgruppen bei der Wohnungsvergabe benannt: z. B. mehrere Kinder zu haben oder alleinerziehend zu sein, gilt als Grund für Wohnungsnot.

Einige Eingaben fordern Deregulierung der Bau- und Mieterschutzvorschriften, um durch mehr Rentabilität des freien Wohnungsmarkts das Angebot zu erhöhen. Andere dagegen fordern konkrete Maßnahmen im staatlichen Bereich wie z. B. ein gesetzliches Recht auf Wohnung für alle, da nur so der Teufelskreis von Wohnungs- und Arbeitslosigkeit zu durchbrechen sei. Von den Kirchen erwarten sie eine Konkretisierung der Option für die Armen durch kirchliche Priorität bei der Baulandvergabe zugunsten sozial Schwacher und Armer und Intensivierung der Tätigkeit kirchlicher Wohnungsbaugesellschaften.

Die Gesellschaftsspaltung in arm und reich ist nicht selten identisch mit den Grenzen zwischen Kinderreichtum und Kinderlosigkeit. Zur Minimierung des *familienbedingten Armutsriskos* werden entweder ein einkommensgebundener bedarfsgerechter Familienlasten- oder -leistungsausgleich oder die volle Gleichstellung und Bezahlung von Erwerbs- und Familienarbeit gefordert.

Frauen besetzen hauptsächlich schlechtbezahlte Arbeitsplätze, haben höheren Anteil an Arbeitslosigkeit und tragen wegen der Kinder ein höheres Armutsrisiko und leisten viel sozial nicht abgesicherte Privatarbeit. Frauen sind von Männereinkommen abhängig. Güter und Rechte in unserer Gesellschaft sind, wie diese und weitere mögliche Beispiele zeigen, geschlechtsspezifisch zu Lasten von Frauen verteilt. Das Schlagwort „Armut ist weiblich!“ gibt eine nachprüfbare Wirklichkeit wieder. Altersarmut ist überwiegend *Frauenarmut* aufgrund von Rentenversicherungslücken, die durch die Familienphase bedingt sind. Diese gelte es in einer angemessenen Reform des Familienlastenausgleichs zu schließen. Das Rentensystem muß Frauenbiographien stärker berücksichtigen. Käme dies zum Tragen, würde Altersarmut von Frauen minimiert.

Eine soziale Grundsicherung könnte *Altersarmut* beseitigen. Es besteht ein Konflikt zwischen den Wertmaßstäben der Leistungsgesellschaft und den Notwendigkeiten einer angemessenen Versorgung von *Behinderten* und *chronisch Kranken*. Ziel armutsverhindernder Seniorenarbeit ist die längstmögliche Erhaltung von Selbständigkeit. Dazu gehören z. B. der Ausbau teilstationärer Pflegeeinrichtungen.

Die Benachteiligung Behinderter am Arbeitsmarkt soll durch die drastische Erhöhung der Ausgleichsabgabe abgebaut werden; ein Benachteiligungsverbot für Behinderte und chronisch Kranke, begleitet von entsprechenden Gleichstellungsgesetzen, soll ins Grundgesetz. Betroffenenorganisationen fordern den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ ein. Jede weitere Privata-

tisierung von Gesundheitsrisiken wird abgelehnt. Wichtig ist aus der Sicht der Betroffenen eine interdisziplinäre Betreuung, um zu verhindern, daß Arme durch Reibungsverluste zwischen Hilfeanbietern schlechter versorgt werden als möglich. Für dringend halten die Organisationen öffentliche Förderung und juristische Absicherung von Behinderten-Selbsthilfegruppen, da diese besser als alle anderen die realen Probleme der Behinderten kennen.

Resümee: Es kann festgehalten werden, daß diejenigen, die das Armutproblem für gesellschaftlich bedeutsam halten, eine Fülle von Einzelmaßnahmen einfordern. Aus ihrer Sicht scheint dabei die Frage der Finanzierbarkeit nachrangig im Verhältnis zur gebotenen Solidarität einer reichen Gesellschaft gegenüber den Armen.

Die Diskussion:

Die Beiträge begannen mit den *Erwartungen an das zukünftige Wort der Kirchen*. „Wichtig ist, daß die Kirchen sich über eine Definition von Armut einig werden. Es geht um den Versuch, langfristig Gesellschaft so zu reformieren, daß niemand am Rande leben muß. Ihr muß Ausgrenzung schwerer gemacht werden.“ „Die Reich-Gottes-Perspektive muß benannt werden.“ „Das Wort der Kirchen muß prophetisch sein mit einer klar fundierten theologischen Sichtweise. Dem Blick von unten, vom Menschen in Armut als Subjekt her, als geschichtlich handelnd, muß Raum gegeben werden. Insofern geht es bei der Auseinandersetzung mit der Armut um mehr als um Caritas.“

„Es ist aber eine Selbstüberschätzung der Reichen, zu glauben, sie könnten Arme verstehen, wenn sie nicht selber Sicherheiten aufgeben. Wer bestimmte Dinge nicht erlebt hat, kann nicht darüber reden. Insofern bestimmt das Sein das Bewußtsein. Auf die Kirchen übertragen heißt das, daß sie während der Ausbildungsphasen ein Einüben in einfache Lebensverhältnisse, also ein praktisches (Er)leben von Armut, einfordern und ermöglichen sollten. Kirchliche Mitarbeiter müssen ebenfalls erleben, Objekte, Letzte zu sein. Wenn wir über Armut reden und auch den visionären Erwartungen an uns entsprechen wollen, müssen wir lernen, von den hohen Rossen herunterzukommen.“

Daran entspannt sich die Frage nach einem möglichen *Dritten Weg*: „Die Option für die Armen muß das Papier durchziehen.“ „Die Soziale Marktwirtschaft war nur solange sozial, als sie in Konkurrenz zum Sozialismus

stand. Jetzt hat sie das Soziale ‚nicht mehr nötig‘.“ „Der Osten soll gehört werden zu seinen Vorstellungen über die Bundesrepublik.“

„Die Wendechance ist verpaßt worden, um den ‚sozial temperierten Kapitalismus‘ (Nell-Breuning) auf evolutionäre Weise zu erneuern, unter Berufung auf das Fundament der christlichen Soziallehre. Das Wort der Kirchen sollte von solch neuer Position ausgehen.“

Gegen eine Möglichkeit des Dritten Weges sprechen jedoch die Realität der weltweiten Konkurrenz sowie die Erfahrung: „Es gibt keinen 3. Weg, sondern nur Kapitalismus oder Verwaltungswirtschaft. Soziale Marktwirtschaft als ‚semper reformanda‘ steht dazwischen.“

Es folgten verschiedene Überlegungen zu *Definitionen und Ursachen von Armut*.

Trotz mehrheitlicher Annahme der Sozialen Marktwirtschaft wurde betont, daß die Verteilungsproblematik wesentlich ist. Auch wenn diese nicht mehr über steigende Wachstumsraten zu bewerkstelligen ist, sind die Spielräume noch nicht ausgeschöpft: Die Reichen wurden in den letzten Jahrzehnten reicher, die Vermögensverteilung hat sich verschoben. Deshalb wurde empfohlen, Armut in den Kontexten gleichzeitigen Reichtums zu analysieren und letzteren auch statistisch zu erfassen.

Zur *Verzahnung zwischen Arbeit, Arbeitslosigkeit und Verarmung* wurde dargestellt:

„Verarmung ist heute auch eine Folge von Arbeitslosigkeit.“ Die Verknüpfung der Probleme zeigt sich daran, daß „im selben Augenblick, wo der Dow-Jones auf Höchstpunkte klettert, die Arbeitslosigkeit in Deutschland am höchsten ist. Das führt auch zu Spaltungen in den Betrieben. Deshalb ist im Wort der Kirchen darauf zu achten, daß Armut nicht als ‚Abfallproblem‘ erscheint, sondern als etwas, was mitten im Wirtschaften entsteht, und was nur durch nachhaltig gegensteuerndes Wirtschaften überwunden werden kann.“ In diesem Zusammenhang wurden Überlegungen als Mythos bezeichnet, die daraufhin zielen, über Lohnkostensenkungen neue Wachstumskräfte freizusetzen und damit Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. „Wir brauchen 2% Wachstum, um die Arbeitslosigkeit auf dem gegenwärtigen Stand zu halten. Außerdem ist die Nachfrage oben gesättigt und unten wegen Geldmangel nicht möglich. Das Kirchenpapier soll deshalb andere Möglichkeiten der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit als die Lohnnebenkostensenkung aufzeigen.“ Zusammenfassend wurde gesagt, daß „wir die Arbeitsplätze verteidigen müssen und alles, was wir an Sozialstaat haben“.

„Im analytischen Teil des Wortes müssen Durchsetzbarkeit und Machbarkeit von Forderungen bewertet werden.“ „Die Kirchen müssen sich dazu bekennen, was sie für unerträglich und was sie für vertretbar halten in unserem Land.“

Dann wandte sich die Diskussion den *Begriffen von Armut* zu. „Die Wertekonflikte sollten in den unterschiedlichen Armutsdefinitionen aufgezeigt werden. Die Kirchen haben dabei den Vorteil, die implizierten Werte jeweils unparteiisch beurteilen zu können.“ Dagegen wurde auch gefordert, die Kirchen mögen „ihren“ Begriff von Armut deutlich ausdrücken: „Kirche ist Partei und muß zeigen, daß Gott bei den Schwachen ist“. Hierzu wurde erläutert, daß nach der Armutsforschung 75 % der Bevölkerung nie Armut kennenlernen würden. Es gehe deshalb nicht nur um die Definition von Armut, sondern darum, der „Wegdefinition von Armut“ entgegenzutreten: „Die Mißbrauchsdebatte gibt den Reichen ein gutes Gewissen. Opfer werden dabei zu Tätern gemacht.“ Wenn wir schon in unserem Land nicht jedem Arbeit geben können, so können wir doch zumindest jedem ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. „Unternehmer müssen aufstehen gegen die Mißbrauchsdebatte.“

Die Notwendigkeit einer Definition, die die öffentliche Meinung beeindrucken kann, fand Beifall: „Armut muß so beschrieben werden, daß ihre Einbettung in andere Problemhorizonte deutlich wird. Die Verdrängung muß schwieriger, die Akzeptanz größer gemacht werden. Die Bereitschaft der Mehrheit unserer Gesellschaft, Armut zu dulden, ist groß. 10–20 % hat man nicht mehr nötig, solange man nicht selbst betroffen ist. Die Spaltung existiert und ist nicht zu überwinden.“

Zu *Frauen- und Familienarmut* wurde bemerkt, daß Armut weiblich sei, und daß die „Option für die Armen“ bedeute: Gleichberechtigte Mitarbeit von Frauen in allen Gremien (bedarfsfalls mit Quotenregelung). Umstritten war, ob jeder beliebige Interessent sich bei der Beseitigung von Frauen- und Familienarmut engagieren können solle, oder ob auch dies – im Sinne des Vorzugs für die unmittelbar Betroffenen – dann eher bevorzugte Aufgabe der Frauen selbst sei. Als Ursachen für weibliche Armutskarrieren wurden die nicht honorierte Familienarbeit, das dahinterstehende Frauenbild und der Familienbegriff erwähnt, welche auch in den Kirchen transportiert werden. Dagegen wurde argumentiert, von „weiblicher Armut zu sprechen“, treffe die heutige Problemlage nicht mehr. Vielmehr sei das Armutsproblem weniger zwischengeschlechtlich als vielmehr zwischen den Generationen anzusiedeln: Junge Menschen (bevorzugt Kinder und Jugendliche in zerbro-

chenen Elternbeziehungen sowie in kinderreichen Familien) seien heute die schwerpunktmäßig Armen.

Zu den *Armutskindern* wurde Verschiedenes, auch Widersprüchliches bemerkt. Einigkeit bestand darin, daß die Orientierung an der Einkommenshöhe allein nicht ausreicht, daß jedoch der Indikator „50 % der verfügbaren Durchschnittseinkommen im Lande“, wie in der EU üblich, gut zu gebrauchen ist. Daneben sind wichtig: Das Gesamtvermögen und die sonstigen Lebensumstände der Betroffenen. Das Papier soll Lebenswirklichkeiten und nicht Statistiken wiedergeben. Wir brauchen eine Definition der Armutskindern, die Handlungsstrategien aufweist und neue Gesetze ermöglicht.

Der Ausdruck „komplexes Verliererschicksal“ in der Armutsdiskussion und im Text der Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß wurde kontrovers bewertet: Wurde einerseits seine Beibehaltung gewünscht, so wurde er andererseits mehrfach abgelehnt: „Armut ist nur ausnahmsweise ein Verliererschicksal. Sie ist meistens das Ergebnis von Ausgrenzungen und Unmöglichkeiten der freien Selbstbestimmung, an denen wir alle persönlich und durch unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen mitwirken.“ Außerdem wurde auf die Multidimensionalität von Armut hingewiesen, wobei insbesondere die Aspekte ‚Zugang zu Bildung‘ und ‚Dauer von Armut‘ betont wurden.

Zur Einschätzung von Armut durch die Gesellschaft wurde bemerkt: „einhalb Prozent Arme machen aus der Armut ein Problem der Caritas, zehn Prozent ein gesellschaftliches Problem.“ Dagegen wurde betont, daß auch schon die „traditionellen Armen“ nicht nur individuelle Problemfälle gewesen wären, sondern die Mechanismen von Verarmung und Ausgrenzung aufgezeigt hätten. Wäre ihnen Gehör geliehen worden, wären vielleicht schon lange strukturell andere Antworten als Sozialhilfe gesucht worden. Dann stünde man heute der grassierenden Verarmung nicht so hilflos gegenüber. In diesem Zusammenhang wurde betont, daß die Problematik der Betroffenen durch keine theoretisch abstrahierende Ursachenanalyse überspielt werden dürfe. „Wir haben als Christen die Pflicht, die Perspektive der Betroffenen wahrzunehmen, ihre persönlichen Probleme zu erkennen. Es ist unverzichtbarer Bestandteil der christlichen Weltanschauung, die Stimmen der Betroffenen nicht untergehen zu lassen.“

In einer zweiten Runde wandte sich die Diskussion der *Armutsbekämpfung* zu. Bei oft konkreten Einzelvorschlägen galt die besondere Aufmerksamkeit der *Glaubwürdigkeit der Kirchen*, die durch ihre Nähe zu Menschen in

Armut neu zu gewinnen sei. Eindringlich wurde auch der Stellenwert des persönlichen Einsatzes einerseits bei gleich großer Notwendigkeit struktureller Veränderungen andererseits erörtert. Auch der Eigenanteil der Armen selbst (vom Betreuungsobjekt zum Handlungssubjekt!) an der Armutsbekämpfung wurde bedacht. Die Erörterungen zur Glaubwürdigkeit der Kirchen liefen auf die Erörterung der Frage nach dem Gehaltsverzicht für kirchliche Mitarbeiter hinaus. Weitere Diskussionsbeiträge betrafen die Sozialverpflichtung der kleineren strukturellen Einheiten unserer Gesellschaft, unserer Kirchen und der einzelnen Menschen bezüglich der Armen in unserer Gesellschaft: „Der Einzelne, die Kirche und die Stadt sind verpflichtet, die Ärmsten zu suchen. Ihnen muß prioritäre Hilfe gelten.“ Als Beispiel wurde eine Erfahrung mit psychisch kranken Obdachlosen in Berlin angeführt: „Das soziale Netz hält nur unter ganz massiver Drohung. Das Krankenhaus scheut sich vor den Kosten der Pflege. Die Kranken verkriechen sich. Keiner will diese Menschen haben. Kirchen und Gemeinden müssen flexibler werden.“

„Kirchen und Gemeinden sind wir. Was ändern wir? Wir alle haben Abwehrmechanismen. Wir müssen lernen, an der Armut teilzunehmen. Vor der Wende waren wir unterdrückt und arm und konnten für sie sprechen. Wir sind Leute, die immer nur Objekte waren, politisch-ideologischer und heute wirtschaftlicher Macht. Heute macht mir die Zukunft meiner eigenen Enkelkinder Angst. Wir haben bei den Armen zu stehen in Jesu Leiden. Welchen Platz hätten wir denn sonst in diesem Land? Wir müssen aus einem System, das ganze Bevölkerungsteile von der Teilhabe an der Zukunft ausgrenzt, ausscheiden inklusive unserer eigenen Gehälter. Dabei sind wir bisher gescheitert an den Juristen, den Interessenverbänden. Wir waren die Reichen, als wir die Ärmern waren.“

„Wir können aber keine Kirche werden, die die fachliche Qualifikation als sekundär betrachtet. Und wir sollten auch nicht die früheren Zeiten überbewerten: Armut ist z. B. auch Bildungs-Chancen-Ungleichheit. Und wenn wir unsere Schule nach den Werten etwa der 60er Jahre befragen, müssen wir feststellen, daß die Schule Margot Honeckers nicht auf den Erfolg der Person bedacht war. Das heißt, daß wir uns neu auf die Chancen der Erziehung durch Schule besinnen müssen.“ „Wenn wir der Kirche unterstellen, den Armen nicht nahe genug zu sein, unterstellen wir damit den kirchlichen Mitarbeitern einen Mangel. Das ist kontraproduktiv. Wir sollten vielmehr ihre Kompetenzen und Erfahrungen als Ausgangspunkt nehmen. Unsere Glaubwürdigkeit liegt in unserer Erfahrung, nicht in unserer Radikalität.“ „Eigener Verzicht löst nicht die Probleme, eine individualistische Antwort gilt nicht. Produziert

z.B. Verzicht Neueinstellungen? Wenn wir Einkommensenkungen bei kirchlichen Mitarbeitern zulassen, verschärfen wir das Nachfrageproblem.“ Besitzstandsverteidigung wurde als Teil der Solidarität erklärt.

„Kirche muß Strukturen schaffen, um das Leben zu teilen. Die Frage nach dem Niveau, das die Richtschnur gibt, ist schon eine Frage der Glaubwürdigkeit kirchlichen Redens. Es geht um gerechtes Teilen von Arbeit und Einkommen. Beim Teilen von Löhnen sind Modelle fast unmöglich.“ Als Beispiel für „Glaubwürdigkeit durch Handeln“ wurde die „Aktion 1+1“ des kirchlichen Amtes für Industrie in Nürnberg genannt. „Teilen von Geld ist Teilen von Macht. Früher wurde in der Kirche nur ein Dankeschön gezahlt. Es geht dabei um die Einstellung zu den Menschen.“ „Die Frage nach der Glaubwürdigkeit ist wichtig. ‚Wir und die Armen‘ erscheint dabei als paternalistisch. Ich bin reich in vielerlei Hinsicht und will dabei kein schlechtes Gewissen haben. Deshalb kämpfe ich für Gerechtigkeit.

Dabei ist wichtig, die Eigenverantwortlichkeit der Armen zu sehen, welche existiert. Auch wurden die auffälligen Armen immer gesehen: die unauffälligen Armen müssen wir sehen.“ „Vor Ort präsentiert sich eine Kirche, die nicht bei den Armen ist. Ich vermisse Menschen, die an der Spaltung leiden und in der Gesellschaft leiden. Dabei gibt es ‚Leiden von Spezialisten‘, das breite Kirchenvolk kommt nicht vor. Der Konsultationsprozeß lief weder an der Basis noch bei den Oberen, sondern war eine Diskussion unter Engagierten.“

Die Frage nach dem *Stellenwert des konkreten Einsatzes und der Arbeit an den Strukturen* wurde mit ‚Sowohl – Als auch‘ beantwortet: „Es gibt nicht nur Strukturprobleme. Die Menschen haben jetzt Hunger und keine Wohnung. Die Praxis braucht schnelle Hilfe.“ „Das Selbstverständnis der Kirchen muß neu bestimmt werden. Wir brauchen Diakonietheorien neben individuellem Handeln. Die strukturelle Einbindung der Kirche muß gezeigt werden. Der Barmherzige Samariter genügt nicht mehr. Es geht nicht nur um das Verhalten des Individuums in der Kirche, sondern um das Verhalten der Kirchen. In ihnen müssen die Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden.“ „Die Gegenwart der Kirchen bei den Betroffenen ist wichtig, und ihr Eingreifen in die Fachdiskussion auch.“

Bestimmte *dringende Bereiche* der Armutsbekämpfung wurden aufgezeigt: „Am Beispiel unserer Kindergärten können wir sehen, daß wir am falschen Platz sind, wenn wir die ‚Option für die Armen‘ ernst nehmen. In unseren Einrichtungen sind die Leute gut versorgt. Das heißt, daß unsere Strukturen zu verfestigt sind, um die Kinder zu erreichen, an deren Seite wir eine ‚Op-

tion für die Schwachen‘ und eine arme Kirche nach außen demonstrieren könnten.“ Auf die Armut von Kindern und Jugendlichen wurde aufmerksam gemacht. „Armut ist nicht nur als Risiko für Familien zu sehen. Es muß konkrete Chancen für Wohnung, Freizeit, Geld und Lernen für Jugendliche geben.“ Zur Bekämpfung von Familienarmut wurde eine sozialversicherungsähnlich aufgebaute Familienversicherung (analog der Pflegeversicherung) gefordert sowie ein weitergehendes Konzept der Verteilung: „Nicht nur Zuwachs verteilen, sondern alles, was da ist.“ Im nicht-monetären Bereich wurde im Rahmen der Subsidiarität eine Stärkung des persönlichen Miteinanders in Familie und Nachbarschaft gefordert.

Auch könnte Familie als Ort der Schaffung von Sozialvermögen neu begriffen werden: „Wenn ganze Industrien wegbrechen und damit viele Erwerbsarbeitsplätze im traditionellen Produktionsbereich, kann man dann nicht nach anderen Bereichen suchen, wo Sozialvermögen geschaffen wird (z. B. durch Familienarbeit), sie in einen neu zu formulierenden erweiterten Arbeitsbegriff einbeziehen und diese Leistungen im Kontext einer Änderung der Definition der gesamtwirtschaftlichen Leistung über eine leistungsorientierte Geldmengenerweiterung finanzierbar machen? Die heute krisenhafte Lage der Familie könnte so aus der Krisenanfälligkeit befreit und wieder zur Normalsituation menschlichen Lebens werden.“ Für den kirchlichen Bereich wurde neben Gehaltsverzicht vorgeschlagen, in einer Selbstverpflichtung besonders ausgegrenzte Menschen einzustellen und auch Vermögen zu teilen sowie z. B. auf ihren Immobilien Eigenheime für benachteiligte Familien zu bauen.

Die Rolle der Medien wurde unterstrichen: „Das Wort der Kirchen muß Menschen zur Sprache bringen und damit zu einem Wort der Verkündigung werden. Es muß Erfahrungen überbringen, damit die öffentliche Meinung sich entwickelt.“

Zusammenfassende Voten brachten die Diskussion zum Abschluß.

Zur Glaubwürdigkeit der Armutsbekämpfung sowohl durch persönlichen Einsatz wie durch Ausüben der Verantwortung als Gesellschaft wurde gesagt, sie habe sich nach der Wertevermittlung unter den Ärmsten selber auszurichten:

„Die Antwort auf Armut suchen zunächst Menschen in Armut selber mit der Kraft ihrer Köpfe und Herzen. Die positiven Werte, die der jungen Generation in Armut vermittelt werden, sind die der Achtung der Menschenwürde, die sie im eigenen Milieu finden. Sie wollen und können Verantwortung

übernehmen, aber nicht alleine. Sie haben ein Recht auf ‚individuelle Freundschaft‘ und auf ‚strukturelle Freundschaft‘. D. h. sie brauchen sowohl Personen, denen sie vertrauen können, als auch eine Gesellschaft, die ihnen vertraut und Ehrgeiz für sie hat. Die persönlichen Engagements an der Seite der Armen müssen Kreise ziehen und die Gesellschaft immer wieder auf den Weg der Menschenwürde bringen, zu dem sie sich verpflichtet hat. Gerade unser Volk, in dem zu Unzeiten das Wort „unwertes Leben“ sogar anderen Völkern praktisch aufgezwungen wurde, gewinnt, indem es die Würde der Ärmsten untrennbar mit seiner eigenen Würde fördert.“

Zur Diskussion über die Marktwirtschaft wurde Widersprüchliches genannt. „Uns verbindet das gemeinsame Ziel. Ein Prozent Armut ist zuviel. Bei ihrer Bekämpfung sind das Wirtschaftliche und das Soziale interdependent. Die Finanzierbarkeit ist nun einmal unsere Realität, und wir dürfen nicht nur von der Umverteilung des Kuchens reden. Der Ansatz von der Struktur muß sein, aber kann nicht zur Infragestellung der Marktwirtschaft führen, sondern ihr Flexibilität abfordern.“ „Nicht jeder Volkswirt ist ein Diener des Kapitalismus. Wir sollten nicht mit Feindbildern arbeiten. Für uns Kirchen gilt die Frage, wo wir uns verpflichtet fühlen, denn in unseren Dienstleistungen werden manche über- und andere unterversorgt. Bei unserer Option ist das Wichtigste, daß es eine ‚Option für Teilhabe‘ wird.“ „Der Konsenskapitalismus in der BRD zerbricht unter den Bedingungen der Globalisierung. Durch sie geht das Soziale der Marktwirtschaft kaputt.“ „Armut ist eine soziale und ökonomische Frage. Aus dem Papier der Kirchen darf keine Drohbotschaft gemacht werden. Sie müssen die Armen erreichen mit ihrem Papier und mit ihnen als Gotteskinder Lösungen suchen.“

Schließlich einigten sich die Teilnehmer auf die *Neuformulierung ihres Themas* mit folgenden Argumenten:

„‚Option für die Armen‘ kommt von der Befreiungstheologie und ist ein Signal. Wir brauchen dringend eine Befreiungstheologie für Europa.“ Es wurde gesagt, der Begriff sei eingeführt und zeige den Wechsel der Blickrichtung, aber auch, Befreiungstheologie sei für viele ein unbekannter Begriff, weshalb er um die Hinweise auf Gerechtigkeit und Teilhabe ergänzt werden müsse. Der Ausdruck ‚Option für die Armen‘ sei beizubehalten, weil er zeige, daß die Kirchen den Bedürftigen und Benachteiligten Vorrang geben, weil er sowohl die strukturellen Fragen als auch die Hoffnung für das Individuum aufzeige. Dies sei entscheidend, denn „Wir haben eine Option nicht wegen der Theologie, sondern wegen der Menschen.“

Die Teilnehmer einigten sich auf die Formulierung: ‚Option für die Armen: Gerechtigkeit und Teilhabe‘.

„Umwelt- und Sozialverträglichkeit des Wirtschaftens“

Ergebnisse: Matthias Sellmann
Moderation: Elisabeth Faber
Protokoll: Jörg Mayer

Zusammenfassung vorläufiger Ergebnisse aus Stellungnahmen zum Konsultationsprozeß³

Aus den Eingaben zum Konsultationsprozeß spricht eine *überwältigende Bejahung des bundesdeutschen Wirtschaftsmodells* „Soziale Marktwirtschaft“. Die Perspektive des Diskussionstextes im vierten Teil „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ wird allgemein akzeptiert und für notwendig gehalten. Wenn auch die wirtschaftliche Leistungskraft, was die Schaffung von Wohlstand und materiellem Freiraum betrifft, durchaus betont wird, so steht sie doch *nicht* im Zentrum des eigentlichen Interesses. Vielmehr liegt die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in der Erwartung, daß dieses Modell den sozialen und ökologischen Ausgleich der Marktergebnisse leisten kann. Diese Einschätzung wird allerdings auch nur als *Erwartung* formuliert; denn festgestellt wird allgemein, daß die gegenwärtige Wirtschaftspraxis erhebliche Schieflagen bezüglich ihrer „Sozial- und Umweltverträglichkeit“ aufweist. Die Theorie stimmt also – angemahnt wird die Praxis.

Die hohe Akzeptanz des Modells von Müller-Armack, Erhard und anderen Gründungsvätern wird von zwei weiteren Faktoren unterstrichen. Zum einen wird herausgestellt, daß es sich bei dieser Ordnungsentscheidung um den *Grundkonsens der Bundesrepublik überhaupt* handelt. Auf den sozialen Ausgleich des Wirtschaftens kann also schon von daher nicht verzichtet werden, als man damit partikulare Interessen höher bewerten würde als das, was das Gemeinwesen als ganzes zusammenhält. Zum anderen wird betont, daß die bundesdeutsche Wirtschaftskonzeption am besten mit dem *Anspruch des christlichen Menschenbildes* übereinstimme, was die Ausgestaltung individueller Freiheit in sozialer Verantwortung angeht.

Eher gering ist der Anteil an grundlegend systemkritischen Entwürfen, etwa in Form allgemeiner Kritik am Marktsystem schlechthin. In einzelnen Eingaben wird aber auch die „Soziale Marktwirtschaft“ als unzureichend kritisiert; dies etwa, wenn es um die Rolle Deutschlands in weltwirtschaftlichen Zusammenhängen geht oder hinsichtlich der Reflexion, welche geschlechtsspezifischen Rollenzuschreibungen das System hervorbringt. Allgemein muß aber hervorgehoben werden, daß konzeptionelle Überlegungen

³ Die vorläufige Einschätzung beruht auf der Auswertung etwa der Hälfte der Stellungnahmen.

sich nicht nach außen richten (als gesellschaftliche Utopie). Thematisiert werden Detailvariationen *innerhalb* des gegebenen Modells. Allerdings kann auch hier festgehalten werden: *Wenn* die Soziale Marktwirtschaft grundlegend angefragt wird, dann in der Perspektive sozial- und umweltverträglicher Zukunftsgestaltung.

Die Grundorientierungen für die Ausgestaltung eines zukunftsfähigen und nachhaltigen Wirtschaftsmodells werden vor allem von den Kirchen erwartet. Diese sollen eine Anwaltsfunktion für die bedrohten sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen der Gesellschaft übernehmen. Es wird die Ausarbeitung eines ethischen Entwurfes erwartet, der qualitative Gerechtigkeitsüberlegungen politisch zu realisieren erlaubt.

Eine hohe Sensibilität zeigt sich im Bereich der „sozialen Frage“. Auffällig ist zunächst, daß es nur wenige Voten gibt, die die Meinung vertreten, das soziale Klima in Deutschland sei günstig und die innergesellschaftlichen Beziehungen seien positiv ausgeprägt. Eher argumentieren die Einsender und Einsenderinnen vor dem Hintergrund der *Bedrohung*. Dabei erscheint die Vergangenheit oft im Licht ungetrübter Harmonie und die Gegenwart im Zeichen des Verfalls. Man sieht die Institutionen der sozialen Absicherung des Wirtschaftslebens im Stadium der Bewährung, etwa die Tarifpartnerschaft. Früher seien die Verteilungsleistungen unproblematischer zu verwirklichen gewesen, da es Wachstumspotentiale gab. Man diagnostiziert dagegen, daß die aktuelle Situation erst die eigentliche Nagelprobe des Gemeinnsinns sei. „Wird sich soziale Gerechtigkeit auch in Zeiten sinkender Konjunkturraten und knapperen Verteilungsspielräumen durchsetzen können?“, so lautet die vielfach formulierte Frage. Diese wird auch eher skeptisch beantwortet, und es werden die „sozialen Versagensfelder“ herausgearbeitet, so etwa das Auftreten des Phänomens „neuer Armut“, die Entsozialisierung des Arbeitslebens durch Formen wie Heimarbeit, Out-sourcing oder Frühverrentung oder die unkontrollierbaren Mechanismen der Geldwirtschaft mit weltweit floatendem Kapital und der Ausnutzung von Währungsinstabilitäten armer Länder.

Es zeigen sich zwei zentrale Wahrnehmungsmuster von gesellschaftlicher Realität: Den einen erscheint die gegenwärtige Umbruchsituation als *Sinn- und Wertekrise*. Der zentrale Zusammenhalt, der grundlegende gesellschaftliche Konsens sei verlorengegangen. Der alles ergreifende Individualisierungsschub zerstöre jede institutionelle Bindungskraft. Man beklagt die Unberechenbarkeit und den Verlust menschlicher Beziehungsqualität und die Unüberschaubarkeit der gesellschaftlichen Vorgänge. Daraus erwächst

der Wunsch nach klaren Wertevorgaben durch Staat, Kirche und Entscheidungsträger. Paradoxerweise richtet sich dieser Wunsch wiederum auf Individuen, die sich stärker auf ihre jeweilige gesellschaftliche Funktion besinnen sollen: *der* Staatsmann soll vorbildlich, *der* Arbeitnehmer fleißig, *der* Unternehmer mutig und verantwortlich, *der* Arbeitslose arbeitswillig, *der* Arme eigeninitiativ sein – dann würden die Probleme gelöst.

Genau gegenteilig beschreiben andere den Umbruch als *Steuerungskrise*, der durch externe Ursachen bewirkt werde: die deutsche Vereinigung etwa oder der Druck der weltweiten Billiglohnkonkurrenz. Da somit der grundlegende gesellschaftliche Rhythmus als gestört erscheint, müsse dieser neu bestimmt werden, indem man bestimmte Gesetzmäßigkeiten neu tariere. Vor allem der Marktmechanismus solle neu balanciert werden und jedes gesellschaftliche Feld in ein neues (Konkurrenz-)Gleichgewicht bringen. Eine veränderte Anreizordnung solle also staatlicherseits geschaffen werden, die einen individuellen Handlungsdruck auslöse, der als Folge gesellschaftlich erwünschte Zustände zeitige. Der individuelle Egoismus, der bei allen vorausgesetzt wird, müsse sozial kanalisiert werden. Mit dieser Wahrnehmung wird etwa argumentiert, daß Arbeitslose stärker unter ökonomischen Druck gesetzt werden müßten, damit sie mehr Arbeit nachfragten. Oder es sollten den Superreichen Luxusabgaben verordnet werden, damit diese volkswirtschaftlich sinnvollere Konsum- bzw. Investitionsstrategien einschlugen, oder ähnliches. Nicht die Individuen müßten sich verändern, sondern die Strukturen und Institutionen.

Die Sensibilität für ökologische Fragestellungen ist wesentlich geringer ausgeprägt als die für die sozialen Belange. Vielleicht zeigt sich hier auch ein Reflex auf die diesbezüglich eher dürftigen Passagen des Diskussions-textes. Alle in der öffentlichen Diskussion berührten Themenfelder werden angeschnitten, schwerpunktmäßig die Beziehungsverflechtung von Ökologie und Ökonomie und die Suche nach neuen Leitbildern. Vor dem Hintergrund millionenfacher Arbeitslosigkeit wird die *Umweltbranche immer wieder als Wachstumsfeld, Exportindustrie und Zukunftstechnologie* herausgestellt. „Innovation“ und „Strukturwandel“ gelten als Kernprinzipien einer nachhaltigen Umweltpolitik. Deren Verantwortbarkeit angesichts weltweiter wirtschaftlicher Verknüpfung ist angemahnt, wenn die Forderung nach einer „*ethischen Führerschaft*“ *der Industrienationen* erhoben wird.

Als wichtigstes umweltpolitisches Instrument stellt sich die *ökologische Steuerreform* dar, die von einer Vielzahl von Voten vorgeschlagen wird. Mit

diesem Instrument könne dem Anliegen des Umweltschutzes marktgerecht entsprochen werden. In eine ähnliche Richtung zielt die Etablierung „ehrlicher Preise“, also die Verteuerung energieintensiver Produktion von Gütern.

Der linearem Fortschritts- und Wachstumsdenken verschriebenen Marktökonomie wird ein anderes Denkmodell gegenübergestellt: die *Kreislaufwirtschaft mit zirkulären Produktionsabläufen und geringeren Stoffeinsätzen*. Auch diese Einschätzung ragt aus der Menge der Eingaben hervor: offensichtlich sieht „man“ immer deutlicher einen Widerspruch zwischen ökonomischem Wachstum und ökologischer Qualitätssicherung. Zum Teil wird sogar von einer bedrohlichen Spirale aus Einkommen, Konsum und Naturzerstörung gesprochen, die man vor allem durch eine *Lebenshaltung des „Gebens“ und „Teilens“* überwinden könne.

Hier ist man dann auf der *Verhaltensebene des Alltagshandelns* gelangt, und auch dazu äußern sich viele Statements. So votiert man etwa für eine umfassende Änderung der Ernährungsweisen, für eine Intensivierung ökologischer Erziehung an den Schulen, für ein bewußteres Kaufverhalten, für neue Gewohnheitsbildungen im öffentlichen Umgang oder für eine stärkere Akzeptanz ökologischer Landwirtschaft.

An die Kirchen richtet sich die große Erwartung, das gesellschaftliche Bewußtsein in die Richtung nachhaltigen Wirtschaftens beeinflussen zu können. Mit ihrem *Ansatz einer schöpfungstheologisch fundierten Öko-Ethik* sollen die Kirchen vor allem einen Beitrag zur denkerischen Bewältigung der Probleme leisten. Allerdings muß eine glaubwürdige Praxis diesen Beitrag fundieren: gerade der Raum der Kirchen soll zum „*Experimentierfeld*“ *ökologisch verantworteten Handelns* (. . . Bauens, Gestaltens, Feierns, Freizeiterlebens . . .) werden.

Als *wichtiges Fazit* ist festzuhalten: die *ökologische und soziale Frage* werden *größtenteils getrennt voneinander diskutiert*, oft sogar auf Kosten der jeweils anderen Dimension. Das heißt: Maßnahmen zum Schutz der ökologischen Ressourcen werden oft ohne reflektierte Rücksichtnahme auf die sozialen Folgekosten diskutiert und umgekehrt. Daß allgemein das Bewußtsein und das Selbstvertrauen in die eigenen strategischen Fähigkeiten bei sozialem „Brennstoff“ größer ist als bei ökologischem, kann aufgrund der Themenpriorität im Diskussionspapier (Arbeit, Familie, Soziale Sicherung) nicht verwundern. Hier ist für den künftigen Diskussionsprozeß eine stärkere Integration der ökologischen Thematik einzufordern.

Die Diskussion:

Rückfragen zur Auswertungsphase.

Nach dem einführenden Referat wurde zunächst das Auswertungsverfahren erörtert, anknüpfend an die zusammenfassende Feststellung des Referenten, daß die ökologische Dimension in den Eingaben deutlich gegenüber den sozialen Aspekten zurückfalle. Es zeigte sich in der Diskussion eine klare Übereinstimmung, daß

- die ökologische Dimension im Wort der Kirchen gegenüber sozialen Aspekten bereits stark an den Rand gedrängt war und sich hieraus das Ungleichgewicht des Rücklaufs zum Teil erklärt;
- durch die Einbeziehung der noch auszuwertenden Eingaben (Oktober 95 bis Januar 96) sich vermutlich das bisherige Bild noch verändern wird;
- die Verknüpfung ökologischer und sozialer Fragen in der Neufassung einzuarbeiten ist.

Inhaltliche Anregungen

Die Voten in der zweiten Diskussionsphase hoben immer wieder die Verantwortung des vorherrschenden Systems sozialer Marktwirtschaft für die globalen und nationalen ökologischen Krisen hervor und die noch nicht dagewesene Qualität der sozialen und ökologischen Herausforderungen am Ende des 20. Jahrhunderts. Hieraus folge die Notwendigkeit, das wirtschaftliche System sowohl an sozialen wie an ökologischen Gerechtigkeitsprinzipien auszurichten und dies heißt auch immer auf Gerechtigkeit in ihrer globalen Dimension. Eingefordert wurde durchgängig, die Wirtschaft an ihre natürlichen Grundlagen zurückzubinden (Retinitätsprinzip). Ausgehend von dieser grundlegenden Diskussionsebene der Systemkritik wurden u. a. folgende Leitgedanken gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Reformen benannt (in Stichworten):

- Veränderung der Eigentumsstruktur hin zu einer funktionalen Mischung von Privat- und Kollektiveigentum;
- Veränderung der nationalen und globalen Eigentumsverteilung;
- Rückführung der global immer dominanter werdenden unproduktiven Finanz- und Kapitalströme;
- Einführung eines ökologischen Steuersystems;

- Abkehr vom Paradigma des arbeitssparenden Fortschritts;
- demokratische Gestaltung sozial und ökologisch orientierter Technologien;
- Orientierung hin zu einer Dienstleistungswirtschaft und konsequente Abkehr von einer Ökonomie ständig erhöhter Stoffdurchsätze und quantitativen Wirtschaftswachstums;
- konsequente Orientierung der Kirchen an ökologischen Maßstäben bei allen Aktivitäten, um eine Vorbildfunktion zu erreichen.
- Stärkung der Rolle von Frauen im Wirtschaftsleben;
- Einführung einer ökologischen Raumordnungspolitik und Orientierung an regionalisierten Wirtschaftskreisläufen.

Konsequenzen für eine Textneufassung

Zahlreiche Voten enthielten konkrete Anregungen für eine Neufassung des Kirchenwortes. Der Charakter der Stellungnahme der Kirchen müsse sowohl in einer konkreten Analyse der Situation liegen, wie in einer zukunftsweisenden Perspektive für kirchliches, politisches und wirtschaftliches Handeln. Der analytische Teil müsse sehr viel stärker auf den Ernst der krisenhaften ökologischen Ausgangssituation eingehen. Die Umweltdimension ist dann im Gesamtaufbau des Wortes mit einem eigenen Schwerpunkt herauszuheben und in den einzelnen Kapiteln von Analyse und Perspektive zu integrieren. Hierzu ist es notwendig, von der Formulierung der „Verträglichkeit“ des Wirtschaftens tendenziell abzugehen und besser von einer sozialen und ökologischen Orientierung zu sprechen. Für die Integration der ökologischen Perspektive in den bestehenden Text liegt eine detaillierte Eingabe der Umweltbeauftragten als Vorschlag vor. Als Orientierung für die inhaltliche Ausformulierung der Analyse und der perspektivischen Vorschläge wurden in verschiedenen Voten die Agenda 21 mit ihrer Nähe zum konziliaren Prozeß und die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ (Wuppertal-Institut) mit ihren konkreten Leitbildern und umweltpolitischen Instrumenten genannt. Hieraus lassen sich konkrete Innovations- und Qualifikationsvorschläge ableiten, die im perspektivischen Teil der Neufassung ein starkes Gewicht haben sollten. Insgesamt ist der visionäre Charakter des Textes zu stärken.

„Solidarität und Gerechtigkeit weltweit“

Ergebnisse: Wolfgang Fischer
Moderation: Martin Kramer
Protokoll: Dr. Thomas Großmann

Zusammenfassung vorläufiger Ergebnisse aus Stellungnahmen zum Konsultationsprozeß⁴

Im Konsultationsprozeß soll die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland diskutiert werden; da wundert es nicht, daß sich die Mehrzahl der Eingaben auf nationale wirtschaftspolitische Aspekte, auf Arbeitslosigkeit sowie Strukturen und Probleme des Sozialstaates konzentriert, während Eingaben, die sich im weitesten Sinne mit dem Themenfeld Eine Welt befassen, quantitativ nicht so stark vertreten sind. Während immerhin noch ein größerer Teil der Eingaben zum Konsultationsprozeß in der einen oder anderen Weise Ausführungen über Solidarität und/oder Gerechtigkeit enthält, gibt es relativ wenige, die speziell auf „Eine Welt“ hin geschrieben wurden.

Mit Blick auf die Diskussionsgrundlage wird in den Eingaben nicht selten *grundsätzlich* bemängelt, daß das Thema „Eine Welt“ zu kurz behandelt werde; darüber hinaus wird moniert, daß die einschlägigen Ausführungen nicht das Niveau anderer Stellungnahmen erreichen (z. B. des Papiers „Gerechtigkeit für alle“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax). Es wird sogar gefordert, den Aufbau des Endtextes so zu gestalten, daß klar werde, daß dieses Thema höhere Priorität als nationale Belange habe.

Fast alle Einsendungen, die man zur Leitthematik heranziehen kann, sehen ihre Ausführungen, ihre Ansätze und Vorschläge vor dem Hintergrund einer grundsätzlichen Bipolarität von Industrieländern und „Entwicklungsländern“. Die Berücksichtigung *wechselseitiger Interdependenzen* zwischen Industrie- und „Entwicklungsländern“ ist aber gängig, das Bewußtsein für weltweite Verflechtungen und die zunehmend deutlicher werdende Komplexität der globalen Zusammenhänge ist oft spürbar. Probleme der Industrieländer wirken sich auf alle anderen Länder aus, und es wird durchaus kritisch angemerkt, daß die Industrieländer bisher zu wenig auf die negativen Auswirkungen ihrer Politik geachtet und zu wenig auf eine gerechte Ordnung der Weltwirtschaft hingewirkt hätten. Dem entspricht die Mahnung, das neue Papier müsse stärker die Verantwortung Europas für die Weltwirtschaft betonen.

In Ansätzen wird dabei auch das Bewußtsein deutlich, daß es nicht mehr nur um die durchaus unterschiedlich motivierte Hilfe für Probleme von „Ent-

⁴ Die vorläufige Einschätzung beruht auf der Auswertung etwa der Hälfte der Stellungnahmen.

wicklungsländern“ geht, sondern um neue, entgrenzte Interessen- und Problemlagen, die zu den klassischen Entwicklungsfragen hinzutreten. Dazu gehören insbesondere Hinweise auf die zunehmend deutlicher werdenden ökologischen Gefährdungen.

Der sich in der Diskussionsgrundlage zeigende zurückhaltende Optimismus hinsichtlich der Möglichkeit, globale Gerechtigkeitsprobleme zu bewältigen, wird nicht von allen Einsenderinnen und Einsendern geteilt: Da ist auch schon einmal zu hören, ein *solches* Ziel sei schlicht *utopisch*, obgleich man darauf hinarbeiten müsse. Als illusionär wird von einigen Eingaben die Vorstellung beurteilt, eine sowohl ökologisch als auch sozial ausgewogene Überwindung des Nord-Süd-Konfliktes sei möglich. Andererseits wird der *Zentralbegriff Armut* ebenfalls mit Blick auf die weltweite Solidarität und Gerechtigkeit fruchtbar gemacht. Dabei geht es nicht nur um theoretische Erörterungen, sondern auch um praktikable Strategien gegen Armut. Eine „Option für die Armen“ könnte eine Leitoption sowohl für den nationalen wie den internationalen Kontext werden.

Die Armut in Ländern der „Dritten Welt“ im Rahmen von Entwicklungshilfe zu bekämpfen, ist umstritten. Für einen Einsender ist die Sache klar: Die Armutsbekämpfung in Ländern der „Dritten Welt“ durch Entwicklungshilfe sei letztlich ein „langfristig eigennütziges Mittel“, um dortige Regierungen unter Druck zu setzen (mit dem Ziel, sie zu einem Fortschrittsimport zu veranlassen). Die Länder der „Dritten Welt“ bräuchten mehr Selbstversorgung, nicht aber die sog. „Hilfe“ der Industrienationen. Andere halten an der Verpflichtung und Richtigkeit von Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen fest, wobei die Suche nach Kriterien sich auch in praktischen Vorschlägen konkretisiert; so solle z. B. keine Entwicklungshilfe an autoritäre Regierungen geleistet werden. Es wird gelegentlich auch dafür plädiert, die Entwicklungs-Perspektive statt auf Organisationen und Politiker auf die konkret betroffenen Menschen zu richten. Nachdrücklich wird gefordert, die Dimension der „nachhaltigen Entwicklung“ in das neue Wort zu integrieren. Für einige Einsender stellt sich die Entwicklungshilfeproblematik einfacher dar, wenn z. B. geurteilt wird, die wirksamste Form bestehe darin, den wirtschaftlich schwachen Ländern zu erlauben, ihre Landesprodukte hierher zu verkaufen. In eine ähnliche Richtung geht die Forderung nach einem weltweiten Abbau der Handelsschranken und einem massiven Abbau von Exportsubventionen bei gleichzeitiger Beibehaltung der Zahlung direkter Entwicklungshilfemittel. Einige Stellungnahmen weisen außerdem darauf hin, daß neben der Konzentration auf externe auch interne Ursachen in den „Ent-

wicklungsländern“ selbst zu berücksichtigen seien, z. B. mangelnde strukturelle Voraussetzungen und Korruptionsprobleme.

Die *internationalen Wirtschaftskontexte*, bemängeln einige Eingaben, seien in der Diskussionsgrundlage zu kurz behandelt worden. Dazu gehört auch der internationale, insbesondere wirtschaftliche *Konkurrenzkampf*, bei dem es z. B. um die günstigsten Produktionsstandorte gehe. Die Förderung von „Entwicklungsländern“ und die Gewährung von Marktanteilen, so wird befürchtet, gehe nur „zu Lasten unserer Arbeitsmärkte“, die notwendige Hilfe für die „Dritte Welt“ kollidiere mit dem Interesse an der „Erhaltung einer gesunden Landwirtschaft“ bei uns. Neben einer solchen Sichtweise, die sich primär auf die Situation in der Bundesrepublik konzentriert, gibt es aber auch die entgegengesetzte, die darauf hinweist, daß die Schaffung neuer Arbeitsplätze bei uns wiederum zu Lasten derer in anderen Ländern gehen könnte. Dieses Dilemma wird in den Eingaben mehrfach angesprochen. Gerade der Interdependenzen wegen gebe es keine „neutralen“ Lösungen, die nicht auch die Situation in der Bundesrepublik betreffen. Hinter solchen Überlegungen stehen nicht nur Ängste, die die eigene gesellschaftliche Situation betreffen, sondern grundsätzliche Fragen nach klaren Prioritätensetzungen.

Dabei tauchen auch Überlegungen hinsichtlich der Umgestaltung einer *weltwirtschaftlichen Ordnung* auf, die allgemein von der Ablehnung einer neuen Weltwirtschaftsordnung über einen Katalog der Aufgaben einer solchen Ordnung bis zu grundsätzlichen Neugestaltungsforderungen reichen. Bemerkenswert ist das auch in diesen Zusammenhängen spürbare Interesse an einer weltweit konzipierten ökologisch-sozialen Marktwirtschaft. Ihr Institutionenrahmen sei geeignet als Modell für die Schaffung einer ökologisch-sozialen Weltwirtschaft. Bemängelt wird, daß die gegenwärtige internationale Wirtschaftspolitik wichtige Ziele Sozialer Marktwirtschaft gar nicht ins Auge fasse. Das herrschende globale Marktsystem biete keine Lösung für die Überlebens- und Entwicklungsprobleme von Mensch und Natur in Einer Welt. Zudem werden die politischen Einflußmöglichkeiten auf die Weltwirtschaft teilweise recht pessimistisch eingeschätzt: Man sehe sich mit einem „freien“ Weltmarkt konfrontiert, der sich kaum noch politisch regulieren lasse; nationalstaatliche Lösungsversuche würden scheitern; die derzeitige Weltsituation sei geradezu gekennzeichnet durch die „Allmacht der Wirtschafts- und die Ohnmacht der Politik“.

Ein weiterer wichtiger Trend zeichnet sich hinsichtlich der *ökologischen Fragen* ab. Gegen die globale Umweltgefährdung sei eine internationale

Kooperation anzustreben. Bisher nicht ausreichend erkannt sei der Zusammenhang zwischen ökologischer Krise und Nord-Süd-Konflikt. In diesem Kontext finden sich auf der Handlungsebene eine Reihe konkreter Einzelorderungen, wie die Verringerung des Energieverbrauches der entwickelten Länder, Verhinderung des Mülltourismus, und gelegentlich wird eine Brücke geschlagen zur ökologischen Steuerreform.

Darüber hinaus wird vereinzelt registriert, daß die Globalisierungsprozesse für viele Länder und Gruppen der „Dritten Welt“ *Verluste des kulturellen Erbes* zur Folge haben können. Ziel einer Kooperation mit den Industrieländern müsse sein, daß Völker und Kulturen „Subjekte ihrer Entwicklung“ bleiben bzw. wieder werden. Daß in der kulturellen Begegnung auch wertvolle Chancen lägen, wird hinsichtlich des Zusammenwachsens der Menschheit, des gesellschaftlichen Lernfeldes und sogar hinsichtlich einer Stärkung der Wirtschaft angenommen.

Neben anderen Problembereichen wird insbesondere der *Migrationsthema-tik* Aufmerksamkeit gewidmet, wobei auch die Asylfrage in den Blick genommen wird. Der Umgang mit Migranten wird dabei als Maßstab für die ethische und demokratische Qualität einer Gesellschaft angesprochen. Weitere Eingaben befassen sich u. a. mit der internationalen Schuldenkrise und der Rüstungsproblematik.

Die bisher ausgewerteten Eingaben und Stellungnahmen zum Konsultationsprozeß zeigen – bei aller erwartungsgemäßen Konzentration auf vorwiegend nationale Problemlagen – doch ein zunehmendes Bewußtsein für die Komplexität der sozio-ökonomischen Fragen im Blick auf die Eine Welt. Weiter gewachsen ist das Bewußtsein für die uns zukommende Verantwortung in weltweiten Verflechtungen. Es scheint keine Zeit für einfache Lösungen zu sein, es gibt in der Tat keine Patentrezepte für die verantwortliche Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft der Weltgemeinschaft, aber die Eingaben zeigen auch deutlich: Solidarität und Gerechtigkeit enden nicht an politischen Grenzen.

Die Diskussion:

Ausgehend von der Berichterstattung über erste Ergebnisse des Konsultationsprozesses zu Aspekten weltweiter Solidarität und Gerechtigkeit treten die Anwesenden zunächst in eine ausführliche Generaldebatte ein. Dabei steht am Beginn die Frage nach Qualität und Repräsentativität der bisher eingegangenen Stellungnahmen, die wiederum erst teilweise ausgewertet

und in den Bericht aufgenommen werden konnten. Im Blick auf den Fortgang der Auswertungen wird empfohlen, Mindeststandards zur Bewertung der einzelnen Diskussionsbeiträge zu entwickeln.

In der allgemeinen Aussprache treten sechs zentrale Aspekte hervor, die das weitere Gespräch strukturieren.

Stellenwert der Eine-Welt-Problematik im Gesamtkontext des gemeinsamen Wortes

Es wird einerseits begrüßt, daß ein kirchliches Wort, das nach seinem primären Anspruch auf die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland eingehen soll, die Notwendigkeit einer globalen Problemsicht nicht völlig außer acht läßt. Mehrheitlich wird allerdings bedauert, daß das Faktum globaler Interdependenzen und eine daraus abzuleitende Forderung nach weltweiter und intergenerativer Solidarität im ersten Entwurf unangemessen zurückhaltend formuliert worden sei. Gerade die Kirchen als weltweite Gemeinschaft der Christen verfügten über eine Vielzahl von Erfahrungen, in deren Folge die Erkenntnis der Unteilbarkeit von Solidarität stehe. Angesichts einer auch durch den Konsultationsprozeß bestätigten Zunahme des Interdependenzbewußtseins könne ein entsprechend verdeutlichter Schlußtext durchaus auf positive Resonanz hoffen. Es wird deshalb empfohlen, den Primäreinstieg des neuen Papiers über das Bild der Einen Welt zu leisten. Auch in der Abhandlung einzelner Themen sollte – zwar ausgehend von lebensweltlichen Erfahrungen der Menschen in Deutschland – eine weltweite Perspektive, wo immer möglich, mit in den Blick genommen werden. Gewarnt wird vor einer Verengung des Globalitätsbegriffs. Die Forderung nach weltweiter Gerechtigkeit und Solidarität müsse über die Länder des Südens hinaus auch die Länder Ost- und Südosteuropas sowie die GUS-Staaten einbeziehen.

Eine konkrete Anregung empfiehlt, das gemeinsame Wort zu nutzen, um auch den europäischen Einigungsprozeß kritisch und konstruktiv zu begleiten. So seien im Vertrag von Maastricht u. a. auch entwicklungspolitische Ansprüche an die Unterzeichnerstaaten formuliert worden. Die demnächst beginnende Regierungskonferenz zur Fortschreibung des Maastricht-Vertrages müsse durch die Kirchen zu weiteren Fortschritten auf diesem Gebiet gedrängt werden.

Postulat der Nachhaltigkeit und neuer Lebensstil

Es sei verwunderlich und bedauerlich, daß die andernorts intensiv geführte Debatte um einen angepaßten Lebensstil weder im Ausgangstext noch im Konsultationsprozeß einen adäquaten Stellenwert bekommen habe. Vielmehr – so der Eindruck mehrerer Diskussionsteilnehmer – sei eine über weite Strecken unkritische Haltung zu einer auf permanentem Wachstum basierenden Wirtschaftsordnung zu erkennen. Dies sei aber, in Anbetracht der Endlichkeit der Ressourcen, nicht mit dem Postulat weltweiter Solidarität und Gerechtigkeit vereinbar. Deshalb falle den Kirchen auch bei der Entwicklung und Akzeptanzförderung gewandelter Lebensstile eine besondere Verantwortung zu. Hier könnten die Kirchen selbst eine Vorreiterrolle übernehmen, etwa indem sie ihre Gehälter an einem mittleren Angestelltenniveau orientierten. Wiederholt wird auch hier auf den intergenerativen Aspekt hingewiesen. Die Empfehlungen der von Misereor in Auftrag gegebenen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ sollten deshalb bei der Abfassung des endgültigen Schreibens Berücksichtigung finden. Auch könne die Lebensstilfrage nicht mehr allein individuell beantwortet werden. Vielmehr seien ordnungspolitische Maßnahmen notwendig. Gefordert sei kohärentes Denken und Handeln im privaten wie im politischen Bereich. Da das Thema Lebensstilwandel für viele Menschen angstbesetzt sei, verbinde sich hiermit auch eine pädagogische Herausforderung an die Kirchen. Nachhaltigkeit und Zuwachs an Lebensqualität seien die Stichworte, mit denen für einen zukunftsfähigen Lebensstil geworben werden müsse. Allerdings wird im Verlauf der Diskussion auch mit Nachdruck auf die negativen Folgen einer Abkehr vom Wachstumsprinzip, insbesondere für den Arbeitsmarkt, hingewiesen.

Internationale Geldwirtschaft und Schuldenkrise

Auch hier verläuft die Debatte kontrovers. Ein Teil der Beiträge ist von grundsätzlicher Skepsis gegenüber marktwirtschaftlichen Prinzipien und Mechanismen gekennzeichnet. So wird bedauert, daß der Entwurf zum gemeinsamen Wort über weite Strecken eine Rechtfertigung der Marktwirtschaft darstelle, statt, wie etwa die Enzyklika „centesimus annus“, auch auf ihre Gefahren hinzuweisen. Durch die Unkontrollierbarkeit der internationalen Finanzmärkte sei den Banken eine mit demokratischen Mitteln weder legitimierte noch kontrollierbare Macht zugewachsen. Hier liege einer der Hauptursachen für die wachsende Armut in vielen Ländern.

Auf der anderen Seite wird vor einer Diabolisierung des internationalen Geldverkehrs gewarnt. Dieser sei zunächst sittlich neutral. Auch könne eine

Gläubiger-Schuldner-Beziehung nicht per se als schlecht bezeichnet werden, da sie nachweislich oft von großem Nutzen auch für die Länder des Südens sei. Ebenfalls kritisch kommentiert wird die Forderung nach einem Schuldenerlaß für die Länder des Südens. Ein allgemeiner Schuldenerlaß führe zwangsläufig sofort zum Ende jeglicher Kreditvergabe. Auch seien in erster Linie die Eliten eines Landes Nutznießer, nicht aber die breite Bevölkerung. Mehrheitlich ist man der Auffassung, daß die Gefahren derzeit primär im Fehlen weltweiter Strukturen zu suchen sind. Aus diesem Grund müßten internationale Ordnungsrahmen zur Regelung der Kapitalmärkte gefordert werden.

Menschenrechtspolitik und Außenhandel

Die vorrangige Option für die Armen mache die Kirchen zwangsläufig zu Verteidigerinnen der Menschenrechte, die als elementare Voraussetzung zur Entfaltung der Menschenwürde eingeklagt werden müssen. So könne die Universalität der Menschenrechte bei der Formulierung des gemeinsamen Wortes als Brücke zwischen der nationalen und der internationalen Problemstellung dienen. Im Mittelpunkt dieses Diskussionsteils steht die aktuelle China-Politik der Bundesregierung. Sie wird überwiegend, aber nicht einmütig, kritisiert. Während einerseits eine Menschenrechtspolitik gefordert wird, die ggf. auch zu einer Belastung der Wirtschaftsbeziehungen führen könne, wird andererseits auf die nationalökonomisch dringend notwendigen internationalen Wirtschaftsbeziehungen verwiesen. Den Autoren des gemeinsamen Wortes wird jedoch empfohlen, sich nicht in Einzelfragen zu verlieren, die Menschenrechte aber als Bewertungskategorie der deutschen Außen- und Außenwirtschaftspolitik zu fixieren. Mehrheitlich ist man der Ansicht, daß im Falle einer Interessenkonkurrenz selbst ein Verlust an Arbeitsplätzen als das kleinere Übel in Kauf genommen werden müsse.

In diesem thematischen Kontext wird ein zweiter Aspekt der Arbeitsmarktproblematik diskutiert. So sei eine Abwanderung von Arbeitsplätzen durchaus als ein Beitrag zu weltweiter Solidarität anzusehen, sofern dabei arbeitsrechtliche und ökologische Mindeststandards eingehalten werden.

Kriegsverhütung und Option auf Gewaltfreiheit

Der Arbeitskreis erwartet, daß sich das gemeinsame Wort für ein kompromißloses Verbot aller Rüstungsexporte ausspricht.

Vermißt wird eine eindeutige Option für gewaltfreie Konfliktlösung und Kriegsverhütung. Es entspreche dem besonderen Auftrag der Kirchen, zivile Friedensdienste zu initiieren und zu fördern. In dieser Hinsicht habe die 1988/89 in Dresden-Magdeburg-Dresden abgehaltene Ökumenische Versammlung richtungweisende Beschlüsse gefaßt. Das gemeinsame Wort sollte sich in diese Tradition stellen.

Weiteres Verfahren auf dem Weg zu einem gemeinsamen Wort

Nach den bisherigen Planungen soll dem Rat der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz bis September 1996 ein Entwurf für die Schlußfassung vorgelegt werden. Eine Veröffentlichung des Textes ist für Ende 1996 vorgesehen.

Es wird dringend empfohlen, vor einer abschließenden Formulierung die wissenschaftliche Auswertung aller Konsultationsbeiträge abzuwarten. Verschiedentlich wird auch der Wunsch nach einer zweiten zentralen Konsultationsversammlung zur Beratung der dann vorliegenden Ergebnisse geäußert. Man warnt vor der Illusion, angesichts der zutage getretenen unterschiedlichen Positionen einen in allen Punkten konsistenten Text zu erarbeiten. Es gehöre vielmehr zum zwangsläufigen Ergebnis eines in der Breite geführten Konsultationsprozesses, daß Kontroversen sichtbar werden. Diese sollten als solche benannt werden und im Schlußtext wiederzufinden sein.

Bedauert wird, daß der Konsultationsprozeß bisher zu wenig an der kirchlichen Basis selbst wahrgenommen und mitgestaltet wurde. Es gelte deshalb Instrumente zu entwickeln, mit denen gerade hier verstärkt eine politische Bewußtseinsentwicklung ausgelöst werden könne. So etwa sei die Verwendung einer verständlichen Sprache des Schlußtextes dringend geboten. Angeregt wird schließlich auch eine qualitative Auswertung aller Voten, die in Taschenbuchform einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnte.

„Zukunft der Familien“

Ergebnisse: Dr. Elisabeth Jünemann
Moderation: Brigitte Schmeja
Protokoll: Bernhard Jans

Zusammenfassung der vorläufigen Ergebnisse aus Stellungnahmen zum Konsultationsprozeß⁵

„Wo kommen die ganzen Kinder her, die die Heime füllen? Warum verfallen so viele Jugendliche den Drogen? Welche Summen müssen aufgebracht werden, um dieses Elend zu mildern? Eine ungeheure Belastung für die Gesellschaft, allein schon finanziell gesehen, die ihre Ursache vorwiegend oder sogar allein in den Familienverhältnissen hat.“

Die Zeiten sind unruhig. Das Interesse konzentriert sich auf die Familie – als Hort von Sehnsüchten und als Grund zu Sorgen. Die Krise in Staat und Gesellschaft ist im Kern eine Krise der Familie. Die Familie versagt dabei, Kinder und Jugendliche in die Gesellschaft zu integrieren. Nicht, daß die Familie wieder in Verruf geraten wäre, wie in den 70er Jahren, als die Familie als Ursache von fast allem galt, was dem einzelnen mißlang oder worunter er litt. Als man sich aus der Umklammerung der Familie zu lösen suchte. Eher im Gegenteil: Als primäre, soziale Gruppe, als Vermittlungsinstanz zwischen Individuum und Gesellschaft, die die biologische, soziale, kulturelle und ökonomische Reproduktion der Bevölkerung leiste und es gleichzeitig gestatte, relativ gefahrlos Individualität zu wagen, scheint sie unentbehrlich und unersetzbar. Das bestätigen die Eingaben zum Konsultationsprozeß.

Der entsprechende Absatz aus dem Impulstext (56), – der die Familie als den zentralen Ort beschreibt, an dem die personale Entfaltung von Kindern geschieht, soziale Verantwortung und Solidarität grundgelegt, gelehrt und gelernt wird, an dem Erfahrungen und Traditionen weitergegeben werden, wo der Wert der Gemeinschaft, Liebe und Vertrauen erfahren werden können – würde entsprechend nur Zustimmung erfahren, wäre er als Konditionalsatz formuliert. Das alles *kann* Familie leisten. Sie würde es leisten unter bestimmten Bedingungen. Nur: Die Verhältnisse, die sind nicht so.

Den nahezu ungebrochen hohen Erwartungen an die Familie, Garant für individuelles Glück und gesellschaftliche Zukunft zu sein, steht die Erfahrung einer gesellschaftlichen Praxis gegenüber, in der Familien hunderttausendfach am Alltag scheitern. Auf der einen Seite die wiederholte Beteuerung, wie wichtig es für eine Gesellschaft sei, daß Kinder in ihr aufwachsen, was

⁵ Die vorläufige Einschätzung beruht auf der Auswertung etwa der Hälfte der Stellungnahmen.

sich auch ohne Not aufweisen läßt: Innovationsfähigkeit in Wirtschaft, Politik und Kultur hänge schließlich maßgeblich ab von der nachfolgenden Generation. Sie sichere nicht nur die Zukunft, sie gestalte sie auch auf ihre Weise. Auf der anderen Seite wird eine Realität der Familien beschrieben und beklagt, die darauf schließen läßt, daß Familie als Lebensform zu einem Abenteuer geworden ist, das nur unter günstigeren gesellschaftlichen Bedingungen gutgehen kann. Die aber werden leider im Moment vermißt.

Die Spannung zwischen Anspruch und Wirklichkeit scheint das Dilemma zu sein, das Diskussion und Dialog herausfordert. Es liege am Zerfall der Werte, an der Auflösung kultureller Verbindlichkeiten, sagen die einen; die Individualisierung schreite voran. Es liege nicht am Menschen, sondern an den Lebensbedingungen, sagen die anderen, die in der Mehrheit sind. Nicht die Menschen, die Bedingungen seien ‚kinderfeindlich‘. Vor allem die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. Eltern seien um ihrer Kinder willen so massiv wirtschaftlich benachteiligt, daß man mit zunehmender Kinderzahl statt vom ‚Kindersegen‘ vom ‚Armutrisiko‘ sprechen müsse.

Es scheint sich in den Eingaben eine Polarisierung zwischen Kinderlosen und Eltern abzuzeichnen:

‚Unerträglich ungerecht‘ sei die soziale und ökonomische Benachteiligung von Familien im Vergleich zu Kinderlosen, es komme einer ‚modernen Sklavenhaltung‘ gleich, wenn der kindererziehende Teil der Bevölkerung zu Arbeitsleistungen für den kinderlosen Teil ohne die Aussicht auf irgendeinen Wertausgleich verpflichtet werde. Unter so ungünstigen Umständen sei es begreifbar, daß immer weniger Frauen und Männer wünschen und wagen, mit Kindern zu leben. Der hedonistische Erwartungshorizont vieler Kinderloser sei weiter, und er erfülle sich solange, wie die Gemeinschaft darauf verzichte, jedem Lebensentwurf die Kosten zuzuordnen, die sich aus seiner Verwirklichung ergäben.

Gegen die vereinzelt aufgestellte Behauptung, Kinder zu haben sei reine Privatsache und die Einkommensverwendung für diese Kinder ebenfalls, macht ein Großteil aller Eingaben, je nach Absender im kurzen Statement oder in einem detaillierten Maßnahmenkatalog, ganz konkrete Vorschläge, wie Bedeutung und Leistung der Familien anzuerkennen und wie Belastungen und Benachteiligungen abzubauen seien: Eine stärkere Anerkennung in der Rentenversicherung, eine Erhöhung des Kindergelds und des Erziehungsgelds, Ausweitung des Erziehungsurlaubs, stärkere steuerliche Entlastung von Familien, Schaffung familiengerechten Wohnraums – das sind

nach wie vor die familienpolitischen Maßnahmen, von denen sich Familien und Familienverbände eine Verbesserung ihrer Situation versprechen.

Dreh- und Angelpunkt der meisten Eingaben, wenn es um die soziale und wirtschaftliche Diskriminierung von Familien geht, ist die Konfliktsituation der Eltern, besonders der Mütter, die sich in der Spannung zwischen Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit befinden. Seit für Frauen auch als Mutter die Berufsbiographie zum normalen Element ihrer Lebensperspektive gehöre, sei die Beschränkung auf Küche und Kinder zum Relikt geworden. Diese Entwicklung wird mehrheitlich akzeptiert. So ist es für die am Prozeß beteiligten Fachverbände selbstverständlich, für die Frauen mehr Anteil am Erwerbsleben, für Männer mehr Anteil am Familienleben einzufordern und entsprechende Ideen zu entwickeln. Es wäre allerdings blauäugig zu behaupten, die individuelle und die gesellschaftliche Bedeutung einer befriedigend gelebten Vereinbarkeit beider zentralen Lebensthemen Familie und Beruf für Frauen und für Männer gehöre zum allgemeinen Gedankengut. Viele Eingaben weisen darauf hin, daß dem Ziel einer möglichst konfliktfreien und effektiven Verknüpfung beider Lebensbereiche strukturelle, gesellschaftliche und psychologische Hindernisse entgegenstehen, die zunächst beseitigt werden müssen. Und zwar für Männer und für Frauen. Allerdings trifft es die Mütter anders und auch stärker als die Väter.

Spätestens mit dem Problem der Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit wird auch die traditionelle Arbeitsteilung noch einmal diskutiert. Die Folgen elterlicher Doppelorientierung bzw. der von Frauen werden kaum unter gesamtgesellschaftlichem Aspekt, wohl aber im Hinblick auf das familiäre Leben beurteilt – dort werden sie, abgesehen vom finanziellen Nutzen, der z. Zt. nicht zu bestreiten ist, von den einsendenden Einzelpersonen oder kleinen Gruppen eher skeptisch gesehen; man vermutet negative Folgen für die personale Entfaltung der Kinder. Daß das Problem der Verbindung von Erwerbstätigkeit und Elternschaft, Beruf und Familie kein Frauenthema ist, sondern daß der Beteiligung von Frauen am Berufsleben das Engagement der Männer in den Familien entsprechen muß, wird an wenigen Stellen, dort aber um so deutlicher formuliert.

Es verwundert daher nicht, wenn im allgemeinen zunächst einmal jenen Vorschlägen und Modellen mehr Sympathie entgegengebracht wird, die eine Entlohnung der Erziehungs- und Pflegearbeit in der Familie vorschlagen, um eine angemessene materielle Absicherung derer zu erreichen, die Familienarbeit leisten, also in der Regel die der nicht erwerbstätigen Frauen. Bei gleichem Lohn und gleicher Anerkennung wären Frauen danach weder aus

finanziellen noch aus Prestige Gründen zur Erwerbsarbeit gezwungen. Familiäre Erwerbsarbeit würde zu einer Alternative zur außerfamilialen Erwerbsarbeit. Der Arbeitsmarkt würde entlastet. Erst recht, wenn, wie einige Einsenderinnen hoffen, eine finanzielle Anerkennung die Ablösung alter Rollenklischees, die Männer bisher an der verantwortlichen und kompetenten Übernahme von Haus- und Erziehungsarbeit hinderten, fördern könnte. Es scheint nicht nur eine Frage des Geschlechts, sondern auch eine Frage des Milieus, der Bildungs- und der Einkommensschicht zu sein, welchem Lebens- und Arbeitsmodell Vorzug gegeben wird.

So eindeutig sich die Stellungnahmen für die Unentbehrlichkeit familialer Gemeinschaften und damit auch für deren Schutz- und Förderungsbedarf aussprechen, bei dem, was denn als ‚Familie‘ zu schützen und zu fördern sei, scheiden sich die Geister: Die einen stellen sich hier strikt vor die auf der Ehe beruhende Familie und wehren sich gegen Abstriche und Kompromisse. Ihre Stellungnahmen sind von tiefer Sorge um das christliche Verständnis von Ehe und Familie geprägt. Sie befürchten Zersetzung und Zerfall und kündigen an, allen Tendenzen entgegenzutreten, die ‚der Familie im Zuge einer Gleichmacherei von Lebensgemeinschaften‘ den besonderen Rang streitig machen könnten. Den Begriff ‚Familie‘ wollen sie deshalb konsequent exklusiv auf die Familie miteinander verheirateter Partner angewendet wissen. Von den Kirchen hätte man sich in dieser Frage größere Eindeutigkeit, mehr unterstützendes Engagement erhofft.

Andere (die quantitativ stärkere Gruppe, darunter auch Verbände) fragen auf dem Hintergrund der Erfahrung zunehmender Pluralität familialer Lebensformen in der Gesellschaft, ob an der unbedingten Verknüpfung von Ehe und Familie denn so noch festgehalten werden könne. Ob nicht den anderen Formen des Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern mehr Raum gegeben werden müsse? Als einzigen Maßstab für die Unterstützung lassen sie als sensibelstes und gleichzeitig konstituierendes Element von Familie das Kind gelten. Auf dieser Seite wird das Diskussionspapier wegen der übernommenen engen Verbindung von Ehe und Familie heftig kritisiert. Da werde die ‚vollständige‘ Familie, zu deren Realität auch negative Erfahrungen wie Einengung, Ungleichheit, Gewalt und Scheidungen gehörten, verklärt. Man dürfe nicht versuchen, den Eindruck einer ‚heilen Familienwelt‘ zu vermitteln, ohne auch die negativen Erfahrungen zu nennen, die besonders Frauen und Kinder in Familien machen.

Aber weder hier noch an anderer Stelle wird Familie grundsätzlich in Frage gestellt. Die Realität der Familien entspricht zwar offenbar nie dem Ideal-

bild, das man sich von ihr macht. Die Institution Familie leistet auch nie all‘ das, was von ihr erwartet wird. Aber selbst unter denen, die von ‚Umbruch‘ reden, sind nur wenige, die der Familie keine Zukunft mehr geben. Veränderungen seien notwendig. Die hat es in der Geschichte immer gegeben. Daß die Familie nicht untergehe, sich aber gründlich verändere – darauf kann man sich einigen.

Die Diskussion:

Familien erbringen Leistungen für die gegenwärtigen wie für die künftigen Generationen. Ein Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Familie hat daher eine Situationsbeschreibung und eine Problemanzeige zu leisten, die von der Lebenssituation der Familien im gesellschaftlichen Kontext ausgeht. Dabei ist es unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten in erster Linie erforderlich, Rahmenbedingungen für Familien, damit also für diejenigen, die jeweils Unterhaltsverpflichtungen für andere tragen, zu beschreiben; eine Familiendefinition im engeren Sinne ist an dieser Stelle nicht erforderlich, da es bei einem Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage um politische Akzentsetzungen geht und keine pastoralen Aussagen zu treffen sind.

These 1:

Familienarbeit und Erwerbsarbeit sind gleichwertig. Es ist einzufordern, daß die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit an den Wünschen und Bedürfnissen von Müttern, Vätern und Kindern ausgerichtet wird.

Im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sind für Mütter, Väter und Kinder die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen: Es muß Eltern möglich werden, ihren Lebensentwurf mit Kindern frei entfalten und umsetzen zu können. Mütter müssen die Chance haben, Familienarbeit und Erwerbstätigkeit vereinbaren zu können. Väter müssen die Chance haben, ihre Aufgaben in der Familie wahrzunehmen. Mütter und Väter müssen die Möglichkeit haben, sowohl ihre Familienbiographie als auch ihre Erwerbsbiographie zu entwickeln.

Der Begriff der Vereinbarkeit verweist dabei auf die Wahlfreiheit der Eltern, den für ihre Familie erforderlichen Entwurf verwirklichen zu können. Es dürfen aus den verschiedenen denkbaren Modellen – sei es einerseits eine stärkere Orientierung an der Familienarbeit und damit ein Ausscheiden aus der Erwerbsarbeit oder nur ein teilweises Ausüben von Erwerbstätigkeit

oder andererseits auch die Gleichzeitigkeit von Familienarbeit und Erwerbsarbeit – keine Nachteile entstehen. Wahlfreiheit darf nicht abgeleitet in Beliebigkeit oder Orientierungslosigkeit, sondern hat sich auszurichten an dem, was dem Wohl der Familie und aller ihrer Mitglieder entspricht.

Eine solche Vereinbarkeit setzt voraus:

a) Arbeitszeitregelungen, die, am familiären Bedarf orientiert, flexibel sind; dies schließt auch ein, daß Eltern für bestimmte Zeiten durch gesetzliche Regelungen (Bundeserziehungsgeldgesetz) oder tarifliche Bestimmungen zeitbefristet bei der Erwerbsarbeit aussetzen können, ohne Nachteile zu haben;

b) eine Absicherung der wirtschaftlichen Situation der Familie; dies beinhaltet auch, daß Möglichkeiten entwickelt werden, das Familieneinkommen dadurch zu sichern, daß ein Ausgleich für entgangenes Einkommen geschaffen wird;

c) familienunterstützende Einrichtungen wie Kinderhorte, Kindergärten oder auch Familienzentren usw., die sowohl die Vereinbarkeit von Familien-erwerbsarbeit nach dem gewünschten Entwurf ermöglichen als auch in ihrer Eigenwertigkeit jeweils dienlich sind für die Entwicklung der Kinder oder auch für das Beziehungsgefüge der Familie.

These 2:

Die Wohnbedingungen bestimmen die Lebensqualität der Familien maßgeblich. Erforderlich ist eine Weiterentwicklung der Bedingungen für familienfreundliches Wohnen.

Die Wohnbedingungen für Familien sind weiter zu verbessern: Familienfreundliche Wohnbedingungen sind Voraussetzung dafür, daß Eltern und Kinder familiengemäße Entwicklungsbedingungen für das Alltagsleben, das Aufwachsen der Kinder und ebenso das Beziehungsgefüge der Familie vorfinden.

Familien wünschen vorwiegend selbstgenutztes Wohneigentum; diesem Bedarf ist Rechnung zu tragen. Es ist allerdings auch zu berücksichtigen, daß selbstgenutztes Wohneigentum nicht generell realisierbar ist, sei es in Ballungsgebieten oder sei es auch bedingt durch die jeweils finanzielle Lage der Familie selbst. Es ist daher nicht nur das bereits familienfreundliche Instrumentarium der Wohneigentumsförderung fortzuentwickeln, sondern

es sind auch die für Familien ebenso relevanten Bereiche des sozialen Wohnungsbaus und des Mietwohnungsbaus in das Blickfeld zu nehmen.

Genauso wichtig ist für das Wohnen von Familien der Bereich der qualitativen Merkmale des Wohnens. Dies betrifft sowohl die Anlage und Ausstattung des Hauses bzw. der Familienwohnung selbst als auch das Wohnumfeld, nicht zuletzt die familienorientierten Infrastruktureinrichtungen und -maßnahmen vor Ort.

These 3:

Familien benötigen ein familiengemäßes Einkommen. Die jetzigen Formen und Ausprägungen der Entlastung und der Förderung der Familien stellen dies nicht sicher.

Die Einkommenssituation der Familien stellt sich häufig so dar, daß Familien einen Lebensentwurf mit Kindern, orientiert an ihrem Bedarf, nicht verwirklichen können. Familien haben Anspruch auf eine Entlastung und Unterstützung, die einen Lebensentwurf mit Kindern fördert und die Familie nicht gegenüber denjenigen benachteiligt, die keine Unterhaltsverpflichtungen für Kinder oder für die ältere Generation tragen.

Orientiert an den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ist das Existenzminimum aller Familienmitglieder steuerfrei zu belassen. Diese Minimalverpflichtung, die sich weder an durchschnittlichen Lebenshaltungskosten oder Kinderkosten orientiert noch an den Unterhaltsverpflichtungen, die nach BGB Eltern an anderer Stelle auferlegt werden, ist als Mindeststandard einzulösen. Ergänzend hierzu müssen Familien eine Transferleistung, zum Beispiel ein Kindergeld erhalten, das bedarfsentsprechend ausgestaltet ist. Dies muß sowohl die Einkommenslage als auch die Zahl der Mitglieder der Familie berücksichtigen, damit im Ergebnis der Familie ein angemessenes, gerechtes Pro-Kopf-Einkommen zur Verfügung steht.

These 4:

Familien benötigen positive Rahmenbedingungen für das Zusammenleben; sie benötigen Unterstützung, mit der alle Familienmitglieder, insbesondere die Kinder in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung, gefördert und mit denen zugleich Benachteiligungen vermieden oder abgebaut werden.

Familien bedürfen der Unterstützung im alltäglichen Zusammenleben zur Entwicklung der Potentiale, die in der Familie liegen, ebenso aber auch für

spezielle Lebenssituationen oder Notlagen. Über eine materielle Förderung und Entlastung hinaus ist es daher erforderlich, durch Familienbildung, Familienberatung, Schwangerschaftskonfliktberatung, Familienerholung usw. Unterstützung und Begleitung zu gewährleisten. Hinzu kommen familienorientierte Leistungen, wie zum Beispiel Tageseinrichtungen, Tagespflege, Hilfen zur Erziehung, sozialpädagogische Familienhilfe usw., mit denen das Zusammenleben in der Familie gefördert wird.

These 5:

Die Kirche ist in der Pflicht. Die Anliegen der Familie müssen verstärkt berücksichtigt werden.

In der Familienarbeit in den Pfarrgemeinden und Verbänden wird von und mit Familien in den unterschiedlichsten Themenfeldern gearbeitet. Auf Kommunal-, Landes- und auf Bundesebene koordinieren Organisationen und Verbände – weitgehend mit ehrenamtlichem Engagement – die Arbeit und vertreten die Interessen der Familien im politischen Raum.

Ist die Familie Basis gemeindlichen Lebens, sind diese Initiativen von Familien und für Familien zu unterstützen, damit Kirche als Ort erlebt werden kann, in dem Familien beheimatet sind. Verbände und Organisationen bieten zudem die Chance, auch Familien erreichen zu können, die sonst nicht so sehr im kirchlichen Leben eingebunden sind. Über gesellschaftspolitisches Engagement greifen Verbände und Organisationen sogar soweit ein, daß sie Einfluß nehmen auf die Lebensbedingungen von Familien generell.

Die Kirche muß sich mehr als Anwalt der Familien verstehen. Die Interessen der Familien sind verstärkt aufzunehmen und zu vertreten. Es bedarf auch einer Selbstverpflichtung der Kirchen, die Förderung der Familien in ihrem eigenen Bereich, sei es als Arbeitgeber oder auch bei Dienstleistungen, ernstzunehmen. Bei dem Vorrang, den die Kirchen der Familie einräumen, ist dies eine Frage der Glaubwürdigkeit.

These 6:

Familie macht Freude. Die Rahmenbedingungen sind entsprechend zu gestalten.

Die Problemanalysen zur Lebenssituation von Familien sind vielfältig; von individuellen Notlagen bis hin zur „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ in unserer Gesellschaft reicht die Spanne der Problemanzeigen. Trotzdem ist

es eines der vorrangigsten Lebensziele junger Menschen, Familie zu gründen, Kinder zu haben. Familie macht nach wie vor Freude.

Leider sind Strukturen häufig so, daß Familien eher unter den Rahmenbedingungen leiden, daß Lebenswünsche nicht erfüllt werden können, und sei es nur betrachtet aus der jeweils individuellen Lebenssituation der jeweiligen Person heraus. Ändern wir dies. Hoffen wir, daß die Kirchen Vorreiter sind für eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien.

„Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft“

Ergebnisse: Sigrid Reihls
Moderation: Elisabeth Bußmann
Protokoll: Markus Roentgen

Zusammenfassung vorläufiger Ergebnisse aus Stellungnahmen zum Konsultationsprozeß⁶

Ein erstes Ergebnis des gegenwärtigen Diskussionsstandes im Konsultationsprozeß unter der Überschrift „Frauen“ besteht darin, daß dieser Themenkomplex im Vergleich zu „Arbeit“, „Familie“, „Gesellschaft“ oder „Sozialpolitik“ eher zu den weniger häufig vorkommenden gehört. Insofern spiegelt sich auch auf der Ebene der Reaktionen auf das „Gemeinsame Wort“ wider, was schon für das Konsultationspapier selbst gilt, daß nämlich die Perspektive von Frauen vernachlässigt wird und vergleichsweise selten zu Wort kommt.

In den bisher ausgewerteten Eingaben wird diese fehlende Perspektive häufig bedauert, denn nach mehr als zwanzig Jahren aktiver Frauenpolitik in Gewerkschaften, Parteien und Kirchen sowie Frauenforschung wäre doch zu erwarten gewesen, daß in einer Diskussion über die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland auch von vornherein deutlich wird, daß die Wirklichkeit der Männer nicht die Wirklichkeit der Frauen ist. Statt dessen benennen jedoch viele Stellungnahmen diesen Mangel als gravierendes Versäumnis und fordern ein, daß die Wirklichkeit von Frauen mit ihren Auswirkungen für das Erwerbsleben und die daran gebundenen Sozialleistungen, mit ihren Auswirkungen für die Situation in der Familie und die dort geltenden ideologischen Ansprüche, mit ihren Auswirkungen für ihre Präsenz bzw. Nichtpräsenz in der Öffentlichkeit berücksichtigt werden. Interessanterweise kommt dabei die aus der Anfangsphase der frauenpolitischen Diskussion bekannte Frontstellung von sog. Berufsfrauen gegen Haus- bzw. Familienfrauen so gut wie gar nicht mehr vor. An ihrer Stelle wird deutlich, daß eine Solidarisierung der Frauen in unterschiedlichen Lebenskontexten im Hintergrund steht. Das entscheidende Gegenüber ist die männerdominierte Gesellschaft, die sowohl die Bedingungen des Erwerbslebens als auch die der anderen Lebensbereiche bestimmt.

In welchem Lebensbereich sich jedoch diese „Männerdominanz“ so grundlegend präsentiert, daß sie sich auf die übrigen Bereiche auswirkt, darüber wird in den Stellungnahmen verschieden geurteilt. Viele Eingaben sehen innerhalb der Arbeitsmarktpolitik die Vorherrschaft einer traditionellen patri-

⁶ Die vorläufige Einschätzung beruht auf der Auswertung etwa der Hälfte der Stellungnahmen.

archalen Ideologie im Gegensatz zum bestehenden Gleichstellungsgebot. Um die ökonomische Überlegenheit der Männer auch für die Zukunft zu gewährleisten, werde an der Benachteiligung der Frauen festgehalten, was sich zum Beispiel in einer fehlenden garantierten Mindestsicherung für Frauen zeige oder darin, daß Frauen ihre Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt anders nachweisen müßten als Männer. Oder daß die gegenwärtige Vermögensverteilung in der Gesellschaft ein Hinweis auf die Diskriminierung von Frauen sei, die mit der geringen öffentlichen Wertschätzung von Haus- und Erziehungsarbeit zusammenhänge. So wird darauf hingewiesen, daß das geltende Steuerrecht immer noch von einem ehelichen Zusammenleben von Mann und Frau ausgehe, bei dem die Frau als Anhängsel ihres Mannes betrachtet werde. In diesem Zusammenhang wird eine Änderung der Steuer- und Sozialgesetzgebung gefordert. Für die konkrete Ausgestaltung gibt es dann einige interessante Vorschläge.

Eine Reihe anderer Stellungnahmen konzentriert sich bei ihrer Analyse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation der Frauen auf die, wie sie meinen, weiterhin gesellschaftlich und kirchlich propagierte Familienorientierung. Ihnen ist die Tatsache, daß auch im Diskussionspapier Frauen überwiegend unter der Überschrift „Familie“ thematisiert werden, ein sprechender Beleg dafür. Aus diesem Grunde wollen sie bei einer Veränderung auch bei diesem Bereich ansetzen. So betonen sie, daß eine Aufwertung der Familienarbeit, die ja überwiegend von Frauen geleistet wird, unbedingt notwendig ist. Dabei wird darunter von manchen eine direkte oder indirekte Bezahlung (Erwerb eines eigenen Rentenanspruchs) der Hausfrauenarbeit verstanden.

Es soll aber nicht übersehen werden, daß diejenigen, die sich auf diesen Gesichtspunkt konzentrieren, durchaus unterschiedliche Ziele damit verfolgen. So geht es den einen bei der Aufwertung der Haus- und Familienarbeit um einen Schritt zur Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, der nur durch finanzielle und rechtliche Anreize befördert werden kann.

Die gleiche Forderung nach einer gesellschaftlichen Aufwertung der Haus- und Familienarbeit wird aber auch von anderen erhoben, um damit die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zu sichern. Ihr Ziel besteht darin, die Arbeit von Müttern und Hausfrauen so aufzuwerten, daß diese dann nicht mehr auf den Arbeitsmarkt drängen müssen.

Widerstand gegenüber einer stärkeren Wahrnehmung von Fraueninteressen im gesellschaftlichen Diskurs wird von einigen Eingaben formuliert, die durchweg von Einzelpersonen stammen und zwar von Männern. In ihnen

wird entschieden vor der Veränderung der traditionellen Frauenrolle gewarnt, denn damit würde sich die Gesellschaft im Ganzen auflösen, was auf jeden Fall zu verhindern sei. Als deutliche Anzeichen für den drohenden Erosionsprozeß wird die gestiegene Zahl von Abtreibungen angeführt, die auf den Freiheitswahn der Frauen zurückzuführen sei. In denselben Kontext wird von den Einsendern auch die Tatsache gerückt, daß im Diskussionspapier selbst ein klares Wort zu § 218 fehlt.

An solchen Aussagen wird deutlich, daß es auch einzelne Positionen gibt, die jede Veränderung der Frauenrolle für systemwidrig halten und sie daher für unvertretbar erklären. Gerade sie setzen ihre Hoffnung auf die Kirchen als Hüterinnen der traditionellen Werte. Sie warnen massiv vor einer besonderen Thematisierung von Frauen im Diskussionspapier, denn das würde nur zur Gefährdung der Institution der christlichen Ehe beitragen, was dann zu negativen gesamtgesellschaftlichen Auswüchsen wie zum Beispiel Jugendkriminalität führt.

Die Stellungnahmen von Verbänden und Organisationen dagegen, die auch die Mehrheit der Einsendungen innerhalb dieses Themenkomplexes bilden, schlagen dagegen ein unterschiedlich großes Maßnahmenbündel zur besseren Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft und im Wirtschaftsleben vor. Hiermit wird signalisiert, daß sie der Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Struktur durchaus zutrauen, auch für Frauen besser zu funktionieren. Im Moment scheint es ihnen eher am politischen Willen zu mangeln. Von den Kirchen erwarten sie auf der einen Seite, die politischen Forderungen zur gesellschaftlichen und ökonomischen Gleichstellung von Frauen zu unterstützen und auf der anderen Seite in ihrem eigenen Bereich eine wirkliche Gleichstellung zu realisieren, zu der dann auch die Veränderung der Arbeitsbedingungen und Leitungsstrukturen sowie der Ordinationsbedingungen gehöre. Daß diese Veränderungen nicht ohne eine theologische Neubestimmung möglich sind, wird hier nicht in Frage gestellt, sondern als notwendige Konsequenz benannt.

Als erstes Zeichen auf diesem Weg wird von einigen Eingaben gefordert, in das zweite Wort auf jeden Fall ein Frauenkapitel einzufügen, während andere das gesamte Diskussionspapier so stark durch ein rein patriarchales Denken geprägt einschätzen, daß sie einen völlig neuen Denkansatz für das neue Wort fordern. Während die einen eine konstruktive und kompetente Beteiligung am Diskussionsprozeß von den Frauen fordern, sehen die anderen die einzige Konsequenz eigentlich in einem Boykott des Diskussionsprozesses.

Die Diskussion:

Grundsätzlich wird als unabdingbar eingefordert:

- Die vollständige Dokumentation aller Eingaben,
- eine sowohl qualitative wie quantitative Auswertung aller Eingaben,
- die paritätische Besetzung (kompetente Frauen und Männer) für alle Ausschüsse und Kommissionen, die an der Formulierung des anstehenden Zwischenberichtes arbeiten,
- die geschlechtsspezifische Perspektive von Frauen und Männern für alle Bereiche der Konsultation, bezogen auf die einzelnen Kapitel, die Auswirkungen und Konsequenzen.
- Die Vermeidung jeglichen Eindrucks von Abschluß des Konsultationsprozesses, d. h. die konsequente Vermeidung eines abschließenden Wortes.
- Das nochmalige Überdenken der Bewertungskriterien für Voten von Einzelpersonen, Kleingruppen und Großgruppen, Verbänden und Einrichtungen.

Die Geschlechterfrage ist die Schlüsselfrage für Gerechtigkeit.

Alle Spaltungen innerhalb unserer Gesellschaft, europaweit, weltweit, basieren auf der strukturellen Ungerechtigkeit, die sich im derzeitigen Geschlechterverhältnis dokumentiert. Dies ist aufgrund der Gottebenbildlichkeit von Frau und Mann (siehe zweiter Schöpfungsbericht) ein Skandal. Die Geschlechterfrage ist von daher die zentrale Kategorie, mit der das Maß an Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit in allen Bereichen von Politik, Wirtschaft, Friedensrealisierung, Ernährung, Partizipation an Entscheidungsprozessen und Entfaltungen des gesellschaftlichen Lebens gemessen werden muß.

Frauen sind in allen diesen Lebensbereichen die strukturell und damit personell Marginalisierten. Aus diesem Grunde sind alle gesellschaftsrelevanten Themenbereiche des Konsultationsprozesses aus der Geschlechterperspektive neu zu analysieren und entsprechend darzustellen, betreffend:

- Ein neues Verständnis von Arbeit,
- die gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit und nichtbezahlter Arbeit,
- die Familien-, Beziehungs-, Pflege- und Hausarbeit,
- Öffentlichkeit und
- Medien.

„Umbau des Sozialstaates im Prozeß der europäischen Einigung“

Ergebnisse: Joachim Sikora
Moderation: Heidrun Tempel
Protokoll: Thomas Geisel

Zusammenfassung vorläufiger Ergebnisse aus Stellungnahmen zum Konsultationsprozeß⁷

In einer Reihe von Eingaben wird zunächst im Rahmen einer *Begriffsbestimmung* danach gefragt, was überhaupt gemeint ist, wenn wir vom Sozialstaat sprechen. Es wird sehr deutlich die Abgrenzung zum „Wohlfahrtsstaat“ betont, mit dem sich die Assoziation eines übermächtigen Staatswesens verbinde, das gleichsam von der Wiege bis zur Bahre den Bürger betreue und begleite, womit immer auch eine zumindest verdeckte Bevormundung einhergehe. Demgegenüber werde im Sozialstaat die persönliche Freiheit des Bürgers stärker respektiert. Eine Besonderheit der Bundesrepublik Deutschland wird darin gesehen, daß die soziale Verpflichtung des Staates in der Verfassung verankert sei, nämlich in den Artikeln 20 und 28 des Grundgesetzes. Darin sehen eine Reihe von Einsender einen faktischen Bestandsschutz für das einmal aufgebaute System sozialer Leistungen. Es wird gefordert, den Gebrauch des Begriffes „Sozialstaat“ zu überdenken und nach Möglichkeit zu vermeiden.

Kritisch wird zur Diskussiongrundlage angemerkt, daß die konkreten Folgen der aufgezählten Prinzipien in Nr. 72 des Textes (Soziale Gerechtigkeit, sozialer Friede, soziale Sicherheit, menschenwürdiges Leben, Selbsthilfe, Selbstverantwortung, Solidarität, Subsidiarität) unklar blieben. „Dies sind acht große Worte in sechs Zeilen Text mit wenig Inhalt“, formuliert ein Eingabegeber. Grundsätzlich wird jedoch der Umbau des Sozialstaates als „unbestreitbar notwendig“ in fast allen Eingaben betont.

In einigen Eingaben wird auf die *finanziellen Größenordnungen* hingewiesen, weil nach Ansicht der Einsender das Einfrieren von Leistungen oder gar deren Kürzung auf erhebliche Widerstände stoßen dürfte. Folgende Zahlenangaben werden benannt: Im Jahre 1993 beliefen sich die direkten und indirekten Sozialleistungen in Deutschland auf insgesamt 1.063 Milliarden DM. Den mit Abstand größten Posten im deutschen Sozialbudget machten mit 39 % die Leistungen im Bereich „Alte und Hinterbliebene“ aus. Es folgen die Leistungen im Bereich „Krankheit, Invalidität und Unfall“, die einen Anteil von 33 % am Sozialbudget hatten. An dritter Stelle standen die Ausgaben im Bereich „Familie“ mit einem Anteil von gut 12 % und an vier-

⁷ Die vorläufige Einschätzung beruht auf der Auswertung etwa der Hälfte der Stellungnahmen.

ter Stelle die Ausgaben im Bereich „Arbeit und berufliche Bildung“ mit einem Anteil von knapp 12 %. Fast drei Viertel aller Sozialausgaben entfallen bei uns auf die Bereiche „Alter und Hinterbliebene“ sowie „Gesundheit“. Allein die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung waren 1994 höher als die Ausgaben der Verwaltungshaushalte aller deutscher Kommunen zusammen. Alter und Gesundheit sind Bereiche, die alle Bürger betreffen und in denen Änderungen politisch besonders sensibel sind.

Einige Einsender betonen, daß man bei allen Diskussionen um den Umbau des Sozialstaates im Auge behalten müsse, daß der *Sozialstaat in Deutschland eine über hundertjährige Tradition* habe und daß er im Bewußtsein der Bevölkerung tief verankert sei.

Allgemein wird der Konsultationsprozeß und das neu zu formulierende Wort der Kirchen als wichtiger Beitrag angesehen, einen *umfassenden gesellschaftlichen Dialog über den Umbau des Sozialstaates* in Gang zu bringen. Die große Chance der Kirchen wird darin gesehen, das Vertrauen in den freiheitlichen Sozialstaat zu stärken und gleichzeitig zur Überwindung von „Besitzstandsdenken“ und dem starren Festhalten an einzelnen „sozialen Errungenschaften“ in der Gesellschaft beizutragen. Den Kirchen wird die Rolle eines Mediators im Dialog zugewiesen.

Sehr lebhaft wird die sog. „*Überwucherung des Sozialstaates*“ diskutiert. Drei Indizien verdeutlichen die Kritikansätze:

1. das Problem der langfristigen Finanzierbarkeit des sozialen Sicherungssystems;
2. die latente Gefahr der gesellschaftlichen Entsolidarisierung aufgrund der demographischen Entwicklung in Deutschland;
3. die Verschärfung der Diskussion um den „ruinösen Sozialstaat“ in Zusammenhang mit der Sorge um den Wirtschaftsstandort Deutschland.

In einer Reihe von Stellungnahmen werden *grundsätzliche Anfragen* gestellt. Diese lassen sich wie folgt resümieren:

1. Wird die gegenseitige Abhängigkeit von Wirtschafts- und Sozialordnung, die Nr. 123 der Diskussionsvorlage herausstellt, hinlänglich beachtet?
2. Wird die Selbstverantwortung der Menschen und der gesellschaftlichen Gruppen im Sozialstaat genügend gesehen? In diesem Zusammenhang stellt man fest, heute werde zu schnell nach dem Staat gerufen und dabei die Fra-

ge übergangen, was die Kräfte der Gesellschaft in eigener Verantwortung leisten können und sollten.

3. Es müßte stärker thematisiert werden, wieviel Staat wir eigentlich wollen, wieviel Staat wir uns leisten können und welche Eigenleistungen die Bürger selbst erbringen wollen oder müssen.

4. Welches sind die Ursachen der Fehlentwicklungen, wie sie in unseren sozialen Sicherungssystemen zu beobachten sind?

5. Die Formulierung einer vierten Option wird angeregt: „Leistung der Leistungsfähigen“:

6. Wie sieht das Verhältnis von Individualmoral der Menschen und der gesellschaftlich politischen Ordnung aus? Hierzu betont man, die Kirchen seien zuständig für den „Wertehaushalt“ der Gesellschaft, aus den rechtlich-politischen Diskussionen sollten sie sich jedoch heraushalten.

7. Was erfordert das nationale sowie internationale Gemeinwohl heute und in der Zukunft?

8. Geht es vorrangig um eine „glaubwürdige Verteilung der Abgabenlasten“ (Nr. 65) oder vielmehr zunächst um die Sicherung der Quellen dieser Abgaben?

9. Genügen Änderungen im Verteilungssystem oder ist eine institutionelle Umgestaltung erforderlich?

10. Wie sieht der Sozialstaat der Zukunft aus, der Chancengleichheit, Gleichberechtigung und gesellschaftliche Integration sichert?

11. Wie können Reformen durchgesetzt werden, um Ungerechtigkeit, Benachteiligung und Armut zu überwinden sowie gleichzeitig wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Finanzierung des sozialen Ausgleichs zu gewährleisten?

Viele Voten halten eine *Reform der sozialen Sicherungssysteme* für unumgänglich. Ausgangspunkt müsse eine Reform sein, die rechtlich und institutionell die Selbstverantwortung der gesellschaftlichen Kräfte wiederherstellt. Zum Teil werden dazu Modellvorschläge eingebracht. Folgende Beobachtungen werden angeführt:

1. Das soziale Sicherungssystem sei undurchschaubar geworden. Die Selbstverwaltung seitens der Beitragszahler sei kaum noch erkennbar. Der Staat solle sich also auf die Rechtsaufsicht zurückziehen und den Selbstver-

waltungsorganen die Verantwortung sowohl für die Beiträge wie für deren Verwendung zurückgeben.

2. Die steuerfinanzierte Grundsicherung (Grundrente, Negativsteuer, Bürgergeld?) wird vorgeschlagen. Denn immer mehr Menschen verfehlten die Zugangsbedingungen zu den sozialen Sicherungssystemen und würden in die Sozialhilfe abgedrängt. Um diese Leistungsdefizite zu beheben, müsse das bislang für die Sicherungssysteme maßgebliche Leistungsprinzip zugunsten eines Bedarfsprinzips erweitert und die starre Fixierung sozialstaatlicher Instrumente auf die Erwerbsarbeit aufgegeben werden. In das bestehende „soziale Netz“ seien also Elemente einer Grundsicherung einzuweben, die jedem Menschen ein Einkommen gewähren, das ihm die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen könne.

3. Zu überlegen sei, ob und in welchem Umfang zuerst eine Reform des Mindestsicherungssystems erfolgen sollte, etwa in Form einer bedarfsorientierten Grundsicherung, welche einen einheitlichen Mindestsockel für alle großen Sicherungssysteme vorsieht, so daß diese „armuttsicher“ werden.

4. Die Zukunft unseres Sozialstaates muß nicht nur in der „strengen Unterscheidung zwischen arbeitsfinanzierten Sicherungssystemen und steuerfinanzierter Sozialhilfe“ gedacht werden, sondern auch in einer gezielten Zusammenführung beider Elemente, die bezogen ist auf die Förderung des einzelnen von Armut Betroffenen.

5. Grundsätzlich sei zu fragen, ob sich die Systeme der sozialen Sicherung am Ziel der Sicherung des erreichten Lebensstandards orientieren oder sich auf eine Grundsicherung beschränken sollten.

Für den Prozeß der europäischen Einigung werden folgende Aspekte benannt:

1. Vor allem der „Eurodirigismus“, womit eine Form der Politik gemeint ist, die zentralistisch-administrativ die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zu organisieren versucht, z. B. eine kostspielige Landwirtschaftspolitik oder eine marktwirtschaftswidrige Industriepolitik.

2. Wünschenswert sei eine sozialpolitische Deregulierung (als Um- und Abbau sozialer Leistungssysteme) im Bereich der EU.

3. Europaweite soziale Mindeststandards sind zu schaffen.

4. Es wird die Befürchtung geäußert, die europäische Integration diene nur als Mittel, den für Europa sehr hohen Standard in Deutschland nach unten zu nivellieren. Läßt sich das deutsche Modell der sozialen Sicherung und der Kooperation im Sozialbereich europaweit verallgemeinern?

Abschließend eine kleine Auswahl aus der Fülle der spezifischen Abschnitts-Kommentierungen des Diskussionstextes:

zu Abschnitt 64: Die Ursachen für die Krise des Sozialsystems liegen ... in einem veränderten Sozialverhalten der Bevölkerung.

zu Abschnitt 65: Wer was für steuerliche Gerechtigkeit tun will, der muß eine radikale Vereinfachung des Steuerrechts fordern.

zu Abschnitt 66: Kirchen müßten in Erinnerung rufen, daß nicht nur aus ökonomischer, sondern auch aus ethischer Sicht Obergrenzen für staatliche Fürsorge existieren.

zu Abschnitt 67: Es sei gefährlich, von „Überversorgung“ zu sprechen; der Text vertrete ein egalisierendes Versorgungsideal; es liege keine sozialstaatliche Fehlentwicklung vor.

zu Abschnitt 68: „Unsere Forderung lautet: der Sozialstaat selbst muß auf den Prüfstand ... nach den Kriterien: nützlich, sinnvoll, ökonomisch und gerecht.“

zu Abschnitt 69: Die Zukunft des Sozialstaates darf nicht vorrangig unter demographischen Gesichtspunkten diskutiert und problematisiert werden.

zu Abschnitt 71: Dem Abbau des „Ehegattensplitting“ muß energisch widersprochen werden.

zu Abschnitt 72: Der soziale Friede ist ein wesentlich umfassenderes Ziel.

zu Abschnitt 73: Subsidiarität bedeutet nicht, daß man Aufgaben immer den leistungsfähigeren Einheiten überträgt.

zu Abschnitt 74: Steuerliche Vergünstigungen für Ehrenamtliche werden begrüßt. Kostenerstattung ja – aber keine Vergütung; Bezahlung ehrenamtlicher Tätigkeit sei sekundär.

zu Abschnitt 77: Kritisiert wird die Forderung nach Beitragsentlastung für Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen.

Die Diskussion:

Unter den Teilnehmern der Werkstatt herrschte weitgehend Konsens darüber, daß die Verknüpfung des Themas „Umbau des Sozialstaates“ mit dem Prozeß der europäischen Einigung insofern nicht angemessen ist, als der Prozeß der europäischen Einigung zahlreiche Facetten umfaßt, von denen die Entwicklung des Sozialstaates bestenfalls eine ist. Aus diesem Grunde wurde angemahnt, daß im gemeinsamen Wort der Kirchen kenntnisreiche Worte zu Europa stehen sollten, wobei hierbei die bereits vorliegenden Erklärungen und Denkschriften beider Kirchen Berücksichtigung finden müssen.

Im Hinblick auf die Bestimmung des Begriffs „Sozialstaat“ wurde darauf hingewiesen, daß sich die Legitimation des Sozialstaates aus dem Begriff der Solidarität herleitet, der wiederum christlichem Selbstverständnis entspringt. Dabei sollte der Begriff „Solidarität“ nicht allein auf den nationalen Rahmen beschränkt bleiben, sondern europäisch und international ausgeweitet werden. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß bei der Begriffsbestimmung des Sozialen die Solidarität zwischen den Generationen, insbesondere gegenüber den zukünftigen Generationen berücksichtigt werden muß; in diesem Zusammenhang wurden Zweifel an der „Moralität der gegenwärtigen Schuldenmacherei“ geäußert.

Von einem erheblichen Teil der Teilnehmer an der Werkstatt wurden Zweifel geäußert, ob die gegenwärtige Diskussion um „Krise“, „Umbau“ oder „Abbau“ des Sozialstaates in angemessener Form geführt wird. Insbesondere im Zusammenhang mit der Behauptung, der Sozialstaat sei „zu teuer“ geworden, wurde darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik Deutschland über die Ressourcen zu seiner Finanzierung verfüge; problematisch sei allerdings, daß die Reichtümer von privaten Haushalten akkumuliert werden, während die öffentlichen Haushalte unter akuter Finanznot leiden. Ursache hierfür seien namentlich Steuer- und Kapitalflucht ins Ausland.

Gegen die Behauptung eines zu teuren Sozialstaates wurde außerdem das Argument vorgebracht, die Sozialquote in Deutschland sei innerhalb der letzten 20 Jahre praktisch unverändert geblieben. Allerdings habe sich die Verteilung der Beitragslast zur Finanzierung der Sozialausgaben zu Lasten der abhängig Beschäftigten innerhalb desselben Zeitraums erheblich verändert. Als Ursache hierfür wurden ordnungspolitische Fehlentscheidungen ausgemacht. Unter diese Fehlentscheidungen fällt insbesondere die immer stärkere Belastung der Sozialversicherungssysteme mit sog. versicherungsfremden Leistungen, für die von deren Empfängern keine Sozialversiche-

rungsbeiträge geleistet wurden. Darunter fallen namentlich die Auffüllbeiträge bei den Ostrenten, die Wiedergutmachungsleistungen für die Opfer des Nationalsozialismus und die Renten für Frührentner und Vorruheständler in den neuen Bundesländern. Durch die Belastung der Sozialversicherungssysteme mit versicherungsfremden Leistungen erhöhe sich die Beitragslast von Arbeitnehmern und Arbeitgebern; durch die hierdurch steigenden Lohnnebenkosten und die damit verbundene Schwächung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie geraten die Sozialversicherungssysteme insgesamt unter Druck.

Ebenfalls einer kritischen Überprüfung unterzogen wurde die in der gegenwärtigen Diskussion zum „Umbau“ des Sozialstaates immer wieder vorgebrachte Forderung nach mehr Eigenverantwortung. In diesem Zusammenhang wurde in Frage gestellt, ob und in welchem Umfang von den „typischen“ Beziehern sozialer Leistungen Eigenvorsorge überhaupt geübt werden kann.

Als Ursache für die gegenwärtige Diskussion um die Zukunft des Sozialstaates wurde von den Teilnehmern der Werkstatt der Umstand genannt, daß die traditionellen „Grundsäulen“ der Sozialversicherungssysteme gegenwärtig einem Erosionsprozeß ausgesetzt sind. Diese traditionellen Grundsäulen sind zum einen ein Zustand der Vollbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt, zum anderen die Familie als übliche Lebensform und schließlich eine ausgewogene demographische Struktur.

Das Vollbeschäftigungsziel unter den heutigen Umständen noch zu erreichen, wurde nahezu übereinstimmend als illusorisch bezeichnet. Die Ursachen hierfür sind vielfältig; zum einen wurde darauf hingewiesen, daß durch den Zusammenbruch des Kommunismus ca. 1,2 Mrd. zusätzliche Arbeitnehmer um Beschäftigung konkurrieren. Dies führt dazu, daß heute „keine Knappheit an Arbeitskräften und Gütern, sondern an Arbeit und Absatz“ besteht. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß angesichts der ökologischen Grenzen des Wachstums eine konsequente Wachstumspolitik, durch die unter Umständen Vollbeschäftigung wieder erreicht werden könnte, nicht wünschenswert ist. Von einzelnen Teilnehmern der Werkstatt wurde zudem darauf hingewiesen, daß bestehende Wachstumschancen aufgrund einer in der Bundesrepublik vorherrschenden „Technikfeindlichkeit“, „Sozialromantik“ und „Unternehmerfeindlichkeit“ nicht ausreichend genutzt würden. Schließlich wurde darauf hingewiesen, daß die Erosion der „Grundsäule“ Vollbeschäftigung für das Sozialversicherungssystem noch dadurch verstärkt würde, daß immer mehr Beschäftigung in Form von sozi-

alversicherungsfreien sog. „580 DM-Jobs“ und als „Scheinselbständigkeit“ organisiert werde. Im Hinblick auf die zunehmende Zahl alternativer Lebensformen zur Ehe als vorherrschende Lebensform und zur Erreichung einer ausgewogenen demographischen Struktur wurde bemängelt, daß staatlicherseits nicht die Voraussetzungen geschaffen würden, daß ein tatsächlich vorhandener Kinderwunsch realisiert werden kann.

Einige Teilnehmer der Werkstatt schlagen zur möglichen Reform des Sozialstaates vor, das Problem der Massenarbeitslosigkeit durch den Ausgleich zwischen einem zu schaffenden Grundrecht auf Arbeit und dem bestehenden Eigentumsgrundrecht zu lösen; dieser Weg wurde indessen von der Mehrheit der Teilnehmer als wenig sinnvoll angesehen, da die genannten Grundrechte ihrem Typus nach nicht vergleichbar sind und das Recht auf Arbeit im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung eine Staatszielsetzung darstellt, aber als individuelles Recht auf Arbeit nicht zu realisieren sein dürfte.

Ausgiebig diskutiert wurde die Frage, inwieweit die Anknüpfung der Sozialversicherungssysteme an entgeltliche Erwerbsarbeit revisionsbedürftig ist. Es wurde in Frage gestellt, ob der dem Sozialversicherungssystem zugrundeliegende Arbeitsbegriff noch tatsächlich zeitgemäß und angemessen ist. Es wurde vorgebracht, daß auch Familienarbeit, Pflegetätigkeit, Erziehungsarbeit und ehrenamtliche Tätigkeit unter den Arbeitsbegriff fallen müßten; allerdings wurde hervorgehoben, daß dies nicht durch die Hintertür zur Wiedereinführung der traditionellen Geschlechterrollen führen dürfe. Anstelle einer Anknüpfung der Sozialversicherungsleistungen an die Erwerbsarbeit wurde das Konzept einer beitragsunabhängigen Grundsicherung erwogen. Von mehreren Teilnehmern wurde darauf hingewiesen, daß die Umstellung auf ein steuerfinanziertes Modell weitgehende Fragen und Probleme aufwerfe und keine einfache Lösung darstelle.

Im Hinblick auf die europäische Dimension des Themas wurde zunächst darauf verwiesen, daß die Europäische Gemeinschaft beim derzeitigen Integrationsstand noch nicht über die Zuständigkeit für den Bereich der sozialen Sicherungssysteme (anders als etwa bei der Gestaltung des Arbeitsschutzes, der Arbeitsbedingungen und der Koordinierung der Leistungen der sozialen Sicherheit für Wanderarbeitnehmer) verfügt. Unter den Teilnehmern der Werkstatt wurde kontrovers diskutiert, ob eine einheitliche europaweite Regelung der sozialen Sicherung wünschenswert sei. Es wurde einerseits vorgebracht, daß die Festlegung von sozialen (Mindest-) Standards für den europäischen Wettbewerb innerhalb der EU erforderlich ist

und den jungen Demokratien in den assoziierten und beitrittswilligen mittel- und osteuropäischen Staaten eine klare Entwicklungsperspektive und Anreiz zur Entwicklung ihrer eigenen Sozialsysteme biete. Nur so ließe sich auf mittlere Sicht die Verlegung von Produktionsstandorten in „Billiglohnländer“ in Osteuropa verhindern. Gegen eine einheitliche europaweite Regelung der sozialen Sicherung wurde vorgetragen, daß dies erfahrungsgemäß zu einer Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner und unter Umständen sogar zu einer Aushöhlung der sozialstaatlichen Gewährleistungen des Grundgesetzes und der auf seiner Grundlage geschaffenen sozialpolitischen Errungenschaften (Sozialdumping) führen könnte. Aus diesem Grunde wurde gefordert, daß den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Möglichkeit der nationalen Gestaltung der sozialen Sicherung belassen und dieser Spielraum in der Bundesrepublik Deutschland konsequent ausgeschöpft werden sollte.

Im Hinblick auf die Schaffung gemeinsamer europäischer Regelungen wurde darauf hingewiesen, daß diesbezüglich einerseits die Gefahr einer Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, andererseits aber auch die Möglichkeit der europaweiten Übernahme besonders erfolgreicher Sozialsysteme bestünde. Um die letztgenannte Chance zu realisieren, wurde vorgeschlagen, einen gemeinsamen europäischen runden Tisch der Sozialpolitik einzurichten, der dem europaweiten Erfahrungsaustausch und der Optimierung der Sozialsysteme dienen sollte.

„Anfragen an die Kirchen im Kontext des Konsultationsprozesses“

Ergebnisse: Dr. Hartmut Przybylski
Moderation: Dr. Reinhard Marx
Protokoll: Dr. Michael Hartmann

Zusammenfassung vorläufiger Ergebnisse aus Stellungnahmen zum Konsultationsprozeß⁸

Zahlreiche Eingaben beklagen vor allem die Tatsache, daß im gemeinsamen Wort eine kritische Auseinandersetzung mit den vorfindlichen Strukturen und den gesellschaftlichen Funktionen und Leistungen beider Großkirchen so gut wie völlig fehlt. Eigentlich müßten die Kirchen, so wird argumentiert, die Analysemaßstäbe, die ethischen Urteilkriterien und Handlungsvorschläge, die sie auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Bundesrepublik in Anwendung bringen, auch auf sich selbst beziehen. Erst unter dieser Voraussetzung und im Blick auf die eigene christliche Programmatik ließe sich eine vorbildhafte kirchliche Praxis entwickeln, die in erheblichem Maße dazu beitragen könnte, die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit des Konsultationsprozesses wie auch die der Kirchen insgesamt zu erhöhen.

Ohne hier auf Details und Differenzierungen eingehen zu können, lassen sich die zu diesem Problem eingesandten Anfragen und Stellungnahmen in folgenden drei Punkten zusammenfassen:

1. Ein kleiner Teil der Voten möchte das kirchliche Reden und Handeln grundsätzlich und eindeutig orientiert sehen an den Erfahrungen und Einsichten der lateinamerikanischen Befreiungstheologie und des konziliaren Prozesses. Die unterschiedlich gewichteten, aber doch immer wiederkehrenden Begriffe dieses Argumentationsmusters sind Aufbruch, Auszug, Umkehr, Verheißung und Leben spendende Hoffnung. Gegen jeden Sach- und Systemzwang geht es um Gottes Gerechtigkeit als leidenschaftliche Parteinahme für die Armen, Unterdrückten, Verachteten und Verfolgten dieser Erde, um Haushalterschaft, Verzicht und Teilen, um Frieden und um die Humanität Jesu. Von hier aus ergibt sich eine radikale Absage an die kapitalistische Marktwirtschaft, das westliche Wohlstandsmodell und an das damit zusammenhängende sogenannte moderne Menschenbild, in dem nur noch Jugend, Leistung, Gesundheit, Fortschritt und Konsum von Bedeutung sind.

Die Kirchen sollen die zerstörerischen Folgen der weltmarktwirtschaftlichen Ordnung bekämpfen und sich für eine fundamentale Veränderung der Sy-

⁸ Die vorläufige Einschätzung beruht auf der Auswertung etwa der Hälfte der Stellungnahmen.

stemstrukturen einsetzen. Dazu müssen sie nach Möglichkeit selber arm werden, ihre Privilegien aufgeben und sich als Basiskirchen beziehungsweise als zivilgesellschaftliche Netzwerke organisieren. Dabei geht es nicht mehr um Transformation der vorfindlichen Kirchen, sondern um eine andere Sozialgestalt mit fundamentaldemokratischen Entscheidungsstrukturen, zeichenhaften Ansätzen eines neuen Umgangs mit Grundbesitz, Immobilien und Finanzvermögen (Tauschhandel, Genossenschaften, Hilfsfonds) und alternativen Beschäftigungsmodellen. Zu entwickeln ist eine Theologie, die nicht nur das schlechte oder das kritische Gewissen der Gesellschaft darstellt, sondern die das sozial-karitative und gesellschaftsdiakonische Handeln der Kirchen radikal zu überbieten und zugleich die Entwicklung einer Kultur der materiellen Einschränkung und des Genug in Gang zu setzen vermag.

2. Auf der anderen Seite des Erwartungsspektrums liegt eine ebenfalls nicht sehr große Gruppe von Stellungnahmen, die den Kirchen jede Kompetenz in Sachen Wirtschaft und Gesellschaft bestreitet und ihnen das Recht abspricht, sich hier mit konkreten Lösungsvorschlägen einzumischen. Der gesellschaftliche Einfluß der Kirchen sei bereits zu groß und das mit negativen sozialen Konsequenzen: Das Engagement der Kirchen für die Schwachen fördere das Anspruchsdenken, ihr Einsatz für Asylanten verstärke die Arbeitslosigkeit, ihre utopischen, weltverbessernden Attitüden verunsicherten Politiker und Tarifparteien und so weiter. Demgegenüber sollten die Kirchen sich darauf konzentrieren, als moralische Instanzen das Gewissen und das sittliche Bewußtsein des einzelnen in Richtung von mehr Opferbereitschaft und Selbstlosigkeit zu erneuern. Die Kirchen haben sich um Personalität und Menschenwürde zu kümmern und sich auf Verkündigung, Seelsorge und die Verwaltung der Sakramente zu beschränken. Als Ideal erscheint die Wiederherstellung eines bibelgemäßen Eigenlebens der Kirchen mit traditionaler Geborgenheit.

Hinsichtlich ihrer äußeren Gestalt erwartet man durchaus eine schlanke Kirche, die sich moderner Management- und Marketingmethoden bedient. Besonders gewünscht wird, daß sich die Kirchen erkennbar für folgende Werte und Ziele einsetzen: den Gewinn als Quelle von Investitionen und Arbeitsplätzen, Wirtschaftswachstum, Privatisierung, Eigenverantwortung und Realismus. Speziellen Zuspruchs und Trostes bedürfen auch die Leistungsträger der Wirtschaft und der Politik.

3. Zwischen den beiden genannten Extrempositionen erstreckt sich zahlenmäßig und inhaltlich ein weites Feld ethisch reformerischer Vorschläge und

Erwartungen. Kritisiert wird zum einen die Erscheinungsform beider Kirchen als bürokratisch organisierte Dienstleistungsunternehmen. Man fordert eine grundsätzliche Humanisierung und Demokratisierung der administrativen Verfahren, eine stärkere Ökologieverträglichkeit der Unterhaltung und Bewirtschaftung aller kirchlichen Einrichtungen, einen vorbildlichen Einsatz neuer Technologien und eine ehrlichere Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit. An die Adressen der Kirchen als Arbeitgeberinnen richten sich hinsichtlich eines zu verbessernden Arbeitsrechts die folgenden Erwartungen: Einführung von Tarifverträgen, mehr Mitbestimmung, Gleichstellung der Frauen, familienfreundlichere Arbeitszeiten, bessere Aufstiegsmöglichkeiten für Laien, gerechtere Lohn- und Gehaltsstrukturen, Abschaffung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, Einstellung von mehr Behinderten, flexiblere Ruhestandsregelungen, Teilen von Arbeit, größere Wertschätzung ehrenamtlicher Mitarbeit.

Zum anderen werden die Kirchen als Besitzerinnen und Verwalterinnen von Grundbesitz, Immobilien und Finanzvermögen kritisch thematisiert. Hier gibt es eindeutige Appelle, das gesamte Finanzgebaren der Kirchen transparenter zu gestalten, Anlagen und Investitionen nur noch nach ethischen Kriterien vorzunehmen, Kapitalgeschäfte ausschließlich über kirchliche Banken abzuwickeln und Zinsgewinne oberhalb des Inflationsausgleichs für soziale Projekte, vornehmlich in der Dritten Welt, zu verwenden. Außerdem wird angeregt, verstärkt über alternative Betriebs- und Wirtschaftsformen im Raum der Kirche nachzudenken, so zum Beispiel über Genossenschaften, Stiftungen mit neutralisiertem Stiftungskapital, GmbH's mit Mitbeteiligung, Fondssysteme und Anlagegesellschaften.

Eine ebenfalls kritische Würdigung erfährt darüber hinaus das religiöse Eigenleben der Kirchen. Hier habe man sich von der Lebenswirklichkeit der Menschen, von ihren tatsächlichen Alltagssorgen und Nöten viel zu weit entfernt. Dadurch sei die Mitgliederakzeptanz zum Dauerproblem geworden. Der Lebensstil der Gemeinden müsse sich deshalb in neuer Weise am Evangelium und am christlichen Menschenbild orientieren. Gefragt seien gegenseitige Achtung, Solidarität, Gerechtigkeit, Offenheit, Geduld, Respekt vor der Schöpfung, Mitleid und Friedfertigkeit, ohne Ausgrenzungen und Diskriminierungen. Vorrangig überprüft und verändert werden sollten in diesem Zusammenhang vor allem die herrschenden moraltheologischen Grundsätze zu Frau, Familie, Ehe, Scheidung und Sexualität.

Was schließlich das gesellschaftliche Reden und Handeln der Kirchen anbelangt, werden hier eine ganze Reihe sehr unterschiedlicher konkreter Vorschläge entwickelt.

Dahinter stehen die Erwartung und die Hoffnung, daß in unserer plural zerfaserten Gesellschaft wenigstens die Kirchen noch in der Lage sind, die vielfältigen partikularen Egoismen, Bedürfnisse und Interessen halbwegs plausibel zu bündeln und zu integrieren. Das wird auch an den verschiedenen, aber doch in eine Richtung weisenden Kirchenverständnissen deutlich, die den Eingaben und Stellungnahmen zu Grunde liegen: Kirche als unabhängiger politisch-gesellschaftlicher Macht- und Einflußfaktor – Kirche als Forum offener gesellschaftlicher Dialoge und Diskurse – Kirche als keinen Partikularinteressen verpflichtete Hüterin und Garantin des Gemeinwohls – Kirche als universal orientierende Werte- und Sinnagentur (auch Produzentin von Visionen und Zukunftsvorstellungen) – Kirche als verantwortliche Gestalterin einer exemplarisch zeichen- und vorbildhaften konkreten gesellschaftlichen Praxis.

Die Diskussion:

Die wirtschafts- und sozialpolitische Diskussion, in die sich die katholische und die evangelische Kirche mit dem Konsultationsvorhaben begeben haben, fordert beiden Kirchen zweierlei ab:

a) Der Konsultationsprozeß, sowohl das Verfahren der Diskussion als auch sein abschließendes Papier, stellen einen Arbeitsauftrag an die Kirchen dar. Sie haben sich in einen fachlichen Diskussionszusammenhang begeben, der von ihnen selbst und ihren Mitgliedern „Alphabetisierung“, d. h. den Kompetenzerwerb im Hinblick auf sozial- und wirtschaftspolitische Fragen verlangt. Die historische Chance, von der Bischof Lehmann auf der Berliner Veranstaltung sprach, besteht weniger in einem abschließenden Hirtenwort und dem Hoffen auf seine Anstoßwirkungen, sondern vielmehr in der Möglichkeit, an einem gesellschaftlichen Reformprozeß mitzuwirken. An diesem Prozeß haben sich die Laien in den beiden Kirchen in besonderer Weise zu beteiligen. Ihre Wirtschafts- und Sozialkompetenz muß auch in Zukunft abgerufen und genutzt werden können.

b) Die Kirchen können sich in diesen Diskussionszusammenhang nur glaubwürdig begeben, wenn sie sich nicht nur ihrer sozialetischen, sondern insbesondere auch ihrer ekklesiologischen Maßstäbe gewiß sind. Theologie und Theorie der Kirche sind in der Konsultation daher kein Rand-, sondern vielmehr ein Querschnittsthema.

Die Teilnehmer des Workshops äußerten im Zusammenhang mit einer Bewertung der Diskussionsvorlage die These, das Diskussionspapier habe kei-

ne substantielle Ekklesiologie, sondern eher ein funktionales Kirchenverständnis, das die Kirche als Wertelieferant für die Gesellschaft verstehe. Auch die Plenumsveranstaltung am Sonntag machte deutlich, daß gerade die Aspekte „Theologie“ und „Theorie der Kirche“ Ausgangspunkt für tiefgehende Anfragen an die Qualität der Diskussionsvorlage darstellen.

Ekklesiologie und Selbstverständnis der Kirchen im Konsultationsprozeß

Ein ökumenisches Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage kann erklärtermaßen die Frage der Ekklesiologie nicht abschließend und konsenshaft behandeln. Im Workshop der Berliner Konsultation bestand jedoch Übereinstimmung dahingehend, daß angesichts der drängenden sozialen Probleme in unserem Land ein Festhalten am Besitzstand der empirischen Kirche nicht zum Maßstab des Handelns in die Gesellschaft hinein werden kann. Eine Kirche, die sich als Mittler der Botschaft Jesu Christi versteht, kann nicht zugleich einem Kirchenpositivismus anhängen.

Dennoch kann nicht übersehen werden, daß rückläufige Kirchenzugehörigkeit und nachlassende kirchliche Bindung in einigen Regionen unseres Landes eher die innerkirchliche Selbstbespiegelung verstärken als ein tatkräftiges Handeln für die Gesellschaft zu fördern. Der Konsultationsprozeß hat insbesondere in diesem Zusammenhang die Zerrissenheit vieler Christen zwischen den unterschiedlichen denkbaren Rollen deutlich gemacht, die Kirche in unserer Gesellschaft einnehmen kann. Die unterschiedlichen Optionen zwischen einer Rolle als „Avantgarde“ oder „Speerspitze des Reiches Gottes“, als Negation innerweltlicher Verwicklungen und politischer Händel auf der einen Seite und einer Kirche innerhalb einer ausdifferenzierten und sich individualisierenden Gesellschaft, die auch mit der Pluralität von politischen Lösungen umgehen muß, auf der anderen Seite empfinden viele Christen als belastend und identitätsgefährdend. Die Konsultation hat diese Gespaltenheit bei vielen verstärkt, mindestens aber augenfällig werden lassen.

Unter den Teilnehmern des Workshops der Berliner Konsultation bestand daher Konsens dahingehend, daß sich die Kirche in einem neuen Wort auch als Kirche im Widerspruch und im inneren Dissens darzustellen habe.

Gesellschaftlicher Auftrag der Kirchen: Reichen die „Optionen“ der Textvorlage aus?

Die „Optionen“ scheinen die personale und die institutionelle Ebene zu vermischen, viele halten sie aus diesem Grunde für in sich nicht schlüssig.

Mehr noch als bei der kirchlichen Standortbestimmung fordern daher viele für die sozialetischen Orientierungen (für die „Optionen“) eine noch deutlichere biblische Ausrichtung. Diese sei nötig, um die Vorrangentscheidung für Gerechtigkeit, für das Leben, für Solidarität deutlicher herauszuarbeiten.

Aus dem Befund, nach dem seit dem Beginn des Prozesses im Jahre 1994 im Hinblick auf die beschriebenen Problemfelder der Diskussionsvorlage für die meisten Betroffenen eine Verschlechterung ihrer Lage eingetreten ist, folgerten viele Teilnehmer des Workshops, daß sich die aus den „Optionen“ resultierenden Handlungsorientierungen für den Raum Kirche in einzugehenden Selbstverpflichtungen konkretisieren müßten. Es reiche nicht aus, wenn die Kirchen seit 1994 mit vielen Betroffenen und gesellschaftlichen Akteuren ins Gespräch gekommen sei. Zur offensiven Begründung und Verteidigung des Auftrages der Kirchen an die Gesellschaft müsse die Selbstverpflichtung gemäß den Optionen hinzukommen. Zudem sei an diesem Punkt eine deutlichere Bezugnahme auf den konziliaren Prozeß einzufordern.

Selbstverpflichtung und zeichenhaftes Handeln der Kirche

Sowohl die materiellen Krisensymptome als auch die innerinstitutionellen Reaktionen auf die Krise lassen die Kirche als eine unter vielen gesellschaftlichen Großorganisationen erscheinen. Besitzstandswahrung, Strukturkonservatismus und das Aufkommen von Zukunftsängsten lassen in der Einschätzung vieler Diskutanten den spezifischen Niederschlag unserer christlichen Hoffnung vermissen. Eingefordert wird deutlich mehr Mut zum Risiko und zur Unvollkommenheit angegangener Lösungen.

Selbstverpflichtung im Zusammenhang mit Schlußfolgerungen aus der Konsultation bedeutet aber auch, daß die Kirche selbst als Ort ökonomischer Verantwortung verstanden wird. Die Handlungsfelder des gemeinsamen Wortes müssen zunächst in der Kirche selbst abgearbeitet werden, so das Votum vieler Teilnehmer des Workshops im Rahmen der Berliner Konsultation. Auch an dieser Stelle richtet sich das Votum deutlich gegen die Dominanz innerkirchlicher institutioneller Problemwahrnehmung.

Die Tragfähigkeit des Subsidiaritätsprinzips könnte sich gerade durch eine Stärkung dezentraler Kräfte innerhalb der Kirche erweisen. Mobilisiert werden könnten letztere durch Bundesbeschlüsse auf lokaler Ebene, die im kommunalen Bereich insbesondere auch durch die Kirchen mitinitiiert werden könnten. An lokalen „Bündnissen für Arbeit“ könnten kirchliche Ein-

richtungen und kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch eingegangene Selbstverpflichtungen gestalterisch mitwirken.

Wie geht es im Konsultationsprozeß weiter?

Die Kirchen haben mit dem Konsultationsprozeß erstmals und deutlich erkennbar ihre bisher gültige methodische Tradition, die Maßstab ihrer eigenen Sozialverkündigung war, zumindest teilweise verlassen: Auf die Betroffenen und Akteure zu hören, selbst fachliche Kompetenzen zu erwerben und auszutauschen und sich in politische Diskurse direkt einzumischen, bedeutet diesen „Traditionsbruch“. Deutlich geworden ist im Konsultationsprozeß auch, daß es nicht in erster Linie um das Impulspapier oder um das endgültige gemeinsame Wort zu gehen hatte, sondern daß die Gestaltungsperspektive im Hinblick auf unsere Wirtschafts- und Sozialordnung im Kern des Diskurses standen und stehen. Die intendierte breite Anlage des Verfahrens im Hinblick auf einzubeziehende Gruppen und Einzelakteure war Konsequenz aus der kirchlichen Bereitschaft, die Gemeinwohlorientierung sozialen und wirtschaftlichen Handelns in der Diskussion zwischen Theologie, ökonomischer Theorie und gesellschaftlicher Praxis gemeinsam zu suchen.

Am Ende der Diskussion im Workshop „Anfragen an die Kirchen im Kontext des Konsultationsprozesses“ stand schließlich die Forderung nach einer innerkirchlichen Erprobung der diskutierten Reformvorschläge: Arbeit zu teilen, Hierarchien abzubauen, Chancengleichheit der Geschlechter zu verwirklichen, sollte nicht den Sozialpartnern in der Wirtschaft angetragen werden, ohne den Mut zur Umsetzung beim eigenen Arbeitgeber Kirche und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einzufordern.

Bundespräsident Roman Herzog

Bundespräsident Roman Herzog begrüßte die Teilnehmer an der Berliner Konsultation über ein gemeinsames Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland bei einem Empfang im Schloß Bellevue in Berlin am 9. Februar 1996 mit folgenden Worten:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender der Bischofskonferenz, sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, meine Herren Bischöfe,

meine Damen und Herren,

ich freue mich sehr, daß Sie meiner Einladung in das Schloß Bellevue so zahlreich gefolgt sind und dazu Ihre Konsultations-, Dialog- und Konsensberatungen zum Gemeinsamen Wort der Kirchen unterbrochen haben. Seien Sie alle herzlich willkommen.

Soziale Marktwirtschaft verlangt ständigen Dialog und breiten Konsens über die Wertvorstellungen, die unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zugrunde liegen, aber auch über konkrete Maßnahmen, wenn praktische Probleme wie die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland wirksam bekämpft werden sollen.

Ein vertrauensvoller, kontinuierlicher, aber auch kritischer Diskurs zwischen Staat, gesellschaftlichen Gruppen, Wissenschaft und Kirchen, wie ihn der Entwurf für das gemeinsame Wort fortführt, erleichtert diesen Konsens, schafft aber auch Verständnis für andere Sichtweisen.

Ich begrüße es deshalb sehr, wenn die Kirchen nicht nur zu Fragen der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch zur Arbeitslosigkeit, zur Reform und Konsolidierung des Sozialstaates, zur Bewahrung der Schöpfung und generell zur Zukunftssicherung unseres Landes Denkanstöße geben: Wertvolle Anregungen in Richtung Politik, Wirtschaft und Tarifpartner, aber auch zur selbstkritischen Überprüfung eigener Positionen.

„Aus biblischer Tradition schöpfend“, wie es im ersten Entwurf Ihres gemeinsamen Papiers heißt, können die Kirchen „Mut machen zur Zukunft und Vertrauen in die Möglichkeit ihrer Gestaltung wecken“. Sie können in der Tat ihre Einsichten und Erfahrungen mit der diesseitigen Verwirklichung der biblischen Botschaft in den gesellschaftlichen Dialog zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen einbringen.

Das christliche Menschenbild umfaßt das Menschsein in all seinen Dimensionen. Von daher sollte es eigentlich selbstverständlich sein, daß sich die Kirchen konkret mit drängenden wirtschaftlichen und sozialen Fragestellungen als wesentlichen Grundbedingungen des menschlichen Lebens befassen. Denn die Kirchen können den Menschen im Alltag nur erreichen, wenn sie sich seinen täglichen Sorgen und Nöten und damit zugleich auch den großen Fragen unserer Zeit zuwenden.

Ich freue mich zusätzlich über die Tatsache eines Gemeinsamen Wortes der Kirchen, weil es sich hier um einen im kirchlichen Prozeß bisher fast einmaligen Vorstoß handelt, der besonderer Würdigung bedarf. Vielleicht eignen sich Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung wegen der weniger grundsätzlichen Auffassungsunterschiede besonders für den kirchlichen Brückenschlag. Katholische Soziallehre und evangelische Sozialethik stehen sich eben nicht als fundamentale Gegensätze im Weg. Im Gegenteil. Und ich gehe so weit, zu sagen, daß sie zu den geistigen Fundierungen unseres Sozialstaates gehören.

Ein gemeinsames Vorgehen der beiden großen Kirchen in diesen Fragen erscheint mir aber auch deshalb sinnvoll, weil beide Kirchen im Gesamtchor der pluralistischen Interessen vereint verstärktes Gehör finden. Ein vereintes Wort darf insofern auf ein größeres Echo hoffen. Auch das Verfahren des offenen Diskurses, den die beiden Kirchen für ihr gemeinsames Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland gewählt haben, gefällt mir gut.

Das Instrument des Konsultationsprozesses unter Einbeziehung aller Beteiligten und Betroffenen – seien sie Laien, Amtsträger oder Experten – könnte außerhalb, aber auch innerhalb der Kirchen Vorbild für den Prozeß des Suchens und Findens von Lösungen für brennende Fragen und Probleme sein. Ich möchte beide Kirchen also ermuntern, auf diesem Wege fortzuschreiten. Der „Weg ist das Ziel“, wie es im ersten Entwurf heißt.

Die Kirchen bekennen sich mit ihrer Diskussionsgrundlage eindeutig und unmißverständlich zu einer verantworteten Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft, das heißt zu Freiheit und Wettbewerb wie zur sozialen Gerechtigkeit.

Freiheit bedeutet in diesem Zusammenhang nicht Beliebigkeit oder Recht des Stärkeren. Christlich verstandene Freiheit umschließt Verantwortung, Subsidiarität und Solidarität.

Es ist deshalb kein Zufall, daß die Väter der Sozialen Marktwirtschaft in enger Verbindung zur evangelischen und katholischen Kirche standen. Viele ihrer Grundlagen stammen aus dem christlichen Wertesystem. Die Kirchen befinden sich hier also auf dem ureigensten Terrain ihrer Soziallehre und Sozialethik.

Konsens brauchen wir allerdings nicht nur bei den grundlegenden Wertorientierungen, sondern auch bei den konkreten Maßnahmen zur Lösung der Probleme, die die Kirchen ansprechen: Wie überwinden wir die gravierende Arbeitslosigkeit in Deutschland? Wie verbessern wir grundlegend und nachhaltig die Situation der Familien? Was müssen wir tun zur Bekämpfung von Armut und Marginalisierung in Deutschland? Wie können wir den Sozialstaat konsolidieren und zugleich reformieren? Was ist zu tun, um für unsere Kinder und alle nachfolgenden Generationen unsere Umwelt, die Schöpfung insgesamt lebenswert zu bewahren?

Lösungen brauchen wir ferner für andere, in der bisherigen Diskussionsgrundlage noch nicht konkret beantwortete Fragen wie den Folgen der umfassenden Globalisierung aller Wirtschafts- und Lebensbereiche, die Fragen der Informationsgesellschaft oder der demographischen Entwicklung in Deutschland, aber auch der übrigen Welt.

Wenn sich die Kirchen hier an der Diskussion beteiligen, stehen sie freilich im Wettbewerb mit der Fachwelt, den Interessengruppen und der Politik. Auf ihre moralische Autorität dürfen sie sich hier weniger verlassen als auf gute Argumente.

Aber auch bei den konkreten Fragen begrüße ich ihre Anregungen, weil die Kirchen hier nicht als Interessengruppen gelten wie die meisten anderen Akteure. So können sie als mentale Katalysatoren wirken und zum gesellschaftlichen Konsens auf der Maßnahmenebene beitragen.

Ich wünsche Ihrer Bilanzveranstaltung, ich wünsche vor allem dem künftigen „Gemeinsamen Wort“ einen *guten* Erfolg. Ich wünsche Ihnen aber auch, daß das Endergebnis ungeachtet des drängenden Gewichts vieler unserer heutigen Probleme vom Geist der frohen Botschaft des Evangeliums geprägt sein möge.

Der Engel von Betlehem hat den Hirten auf dem Felde nicht gesagt: „Siehe, ich verkündige Euch ein großes Problem.“ Er hat vielmehr gesagt: „Fürchtet Euch nicht, denn siehe, ich verkündige Euch eine große Freude!“

Predigt in der Französischen Friedrichstadtkirche

– gehalten von Generalsuperintendentin Ingrid Laudien –

Daniel 9, Vers 8

Sie nannten ihn Daniel, ihren Jungen, was heißt: *Gott ist mein Richter*. Von klein auf nahmen sie ihn mit in den Tempel und er erlebte, wie die Erwachsenen Gott ehren, beten, hören und wie sie Neuigkeiten austauschten, politische Ereignisse werteten und wie, wenn sie zu laut wurden, der Tempeldiener sie zur Ruhe mahnte. „Denn wie kann man nur so schwatzen, sich so erregen, wenn Juden das Wort an den Herrscher der Welt richten? Wie können die Völker und ihre Armeen sich für ein Fleckchen Erde oder ein paar Sätze gegenseitig umbringen, wenn Gott den Gläubigen sein Ohr leiht?“ (Eli Wiesel)

Sie zeigten dem Jungen, wie man den Sabbat begeht, wie man sich verhält, wenn der Schofar ertönt, das Widderhorn, um die sündigen Seelen am Neujahrstag zur Buße zu rufen. Sie erzählten ihm, daß beim besonderen Klang des Horns selbst die Fische im Wasser zittern.

Sie beteten mit ihm, am Abend und am Morgen und sie brachten ihm bei, daß es zur Konzentration gut ist, wenn man sich dabei in die Richtung wendet, wo Jerusalem liegt, wo der Tempel ist. Sie erzählten ihm die Geschichten seines Volkes, vor allem immer wieder die eine, wie sie aus Hunger nach Ägypten gewandert waren und auf wunderbare Weise wieder in ihre Heimat kamen. Sie sorgten dafür, daß der Junge tief im Glauben und in den Traditionen seines Volkes verwurzelt wurde, so wie sie selbst es waren. Er sollte, wie seine Eltern, erfahren, daß Verwurzelung im Glauben Halt im Leben gibt.

Plötzlich, wenn auch nicht unerwartet, brach die Kindheit ab. Die mächtigen Babylonier waren über das kleine Israel hergefallen und es wurde angeordnet, daß Daniel und drei andere Jungen in eine Eliteschule nach Babylon kamen, wo willfähige Staatsdiener ausgebildet wurden. Wie es den Jungen, den jungen Männern in Babylon ging, kann man nachlesen im Danielbuch. Was sie gehalten und erhalten hat, war so, daß es für uns im Wochenspruch für diese Woche erhalten ist, die Zeile eines Gebetes, das unser Gebet werden kann:

„Wir liegen vor dir mit unserm Gebet und vertrauen nicht auf unsere Gerechtigkeit, sondern auf deine große Barmherzigkeit.“ Daniel 9, 18.

Es betet ein Einzelner und trotzdem sagt er „Wir“, genauso, wie wir das „Vater unser“ nie in der Einzahl beten, selbst nicht: „mein tägliches Brot gib mir heute“. Wir Menschen rücken vor Gott zusammen und nehmen unsere kleinen und großen Unterschiede in das Gebet mit, die Unterschiede, die wir sonst gern so hervorkehren und für entscheidend halten: ob einer gebildet oder reich ist oder arm und erfolglos. Dieses „Wir“ ist ein Band, das alle umschließt. Selbst die Interessen, die der Einzelne hat, werden in dem „Wir“ überbrückt: das Interesse der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften, Parteien, die Interessen derer, die Arbeit haben und Überstunden machen und die Interessen der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, die Interessen der Frauen und Männer, auch der Kirchen. Es wird als klug angesehen, Interessengemeinschaften zu bilden: Wer keine Lobby hat, der ist verloren.

Es ist Aufgabe der Glaubenden, das „Wir“ zu finden. Das ist ein schwerer Dienst, der auch einsam macht. Daniel war ein einsamer Mann. Er betet ganz allein und sagt trotzdem „Wir“. Ganz allein steht er für sein Volk, das sein Unglück anschaut oder sein Glück und seine Leistungen. Ganz allein betet er „Wir“ und weiß, daß er in einem Volk von stolzen „Ichsagern“ lebt, die zutiefst davon überzeugt sind, daß ein Mensch, der „Ich“ sagt, sein Recht durchsetzen kann und „Einigkeit“ zwar noch singt, aber bei den Worten „Recht und Freiheit“ doch mehr an sich selbst denkt.

Von Daniel wird erzählt, daß er ein offenes Fenster nach Jerusalem hatte und jeden Tag dreimal auf die Knie fiel und Gott lobte und ihm dankte. Das offene Fenster hat es mir angetan, das Gebet zu Gott hin durch's offene Fenster: Luftaustausch, frische Luft, ungehinderte Bewegung hin und her. Ein Hauch des Lebens, des Friedens, der Ruhe und der Kraft zur Erneuerung mußte von Gebeten am offenen Fenster ausgehen.

„Das Kind betet, der Mann will“ – ist das ein Sprichwort? Eine Lebensweisheit ist es nicht, es ist zu kurz gedacht. Wer betet, der will auch: Der will, daß „Gottes Wille geschehe im Himmel wie auf Erden“. Der will sich in eine Bewegung hineinbeten, in ein Vertrauen, daß Gott Schalom: Glück, Heil, Frieden, Wohlergehen für alle Kreatur will.

Wir vertrauen nicht auf unsere Gerechtigkeit, sondern auf Gottes große Barmherzigkeit. Könnten Sie es sich vorstellen, daß Sie das auf die Wand des Plenarsaales im Preußischen Landtag schreiben?

In den letzten Tagen bekam ich einen kleinen Kalender geschenkt, so einen, wo für jeden Monat ein Naturfoto neben einem Spruch gedruckt ist. Für Februar steht da: „Vertrauen ist eine Oase im Herzen, die von der Karawane des Denkens nie erreicht wird“ (Khalie Gibran). Daneben kann ich den Sonnenuntergang oder den Sonnenaufgang am Meer bewundern, so genau ist das nicht auszumachen. Vertrauen ist eine Oase im Herzen, die von der Karawane des Denkens nie erreicht wird. Sie machen sich mit Ihrer Tagung auf den Weg und mit einer Karawane läßt sich Ihr Tun sicherlich auch vergleichen. Jede und jeder hat etwas mitgebracht, Analysen, Vorschläge, Gedanken, jeder trägt für sich, alle tragen gemeinsam, alle setzen sich der Mühe aus und alle hoffen und wollen ankommen, ankommen dort, wo Gerechtigkeit herrscht, wo nicht nur alle das Notwendige zum Leben haben, sondern da, wo das Können, die Erfahrung und die Mitverantwortung aller in Anspruch genommen wird. Es ist ein schwerer Weg, der Weg vom Denken zum Wagnis der Tat. Und ich träume davon, daß die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der evangelischen und katholischen Gemeinden ihn gehen. Es wäre gut, wenn wir ein Beispiel geben könnten. Wir können nicht mehr alle Stellen bezahlen, einige Mitarbeiter sehen hinter ihrer Tätigkeit im Sollstellenplan den Vermerk ‚kw‘ – künftig wegfallend. Wie wäre es, wenn wir, auf Gerechtigkeit vertrauend, uns entschlossen, auf 20 % des Gehalts zu verzichten, damit alle Mitarbeiter bei uns bleiben können und für die aus Altersgründen Ausscheidenden Junge eingestellt werden und die Arbeit weiter getan werden könnte? Wer die Barmherzigkeit Gottes erfahren hat, der kann wohl barmherzig sein . . . Wir schaffen es nicht. Die einen sagen: „Von der Güte eines anderen will ich nicht abhängig sein“, die anderen: „Ich habe ein Recht auf den vollen Lohn für meine Arbeit“, die einen sagen: „Ja, wenn das von oben angeordnet wird“, die anderen: „Dann gehen wir zum Gericht und klagen“. Vertrauen, die Oase in unserem Herzen. Ich weigere mich es hinzunehmen, daß wir sie mit unserem Denken und unserem Tun nicht erreichen können. Ich hoffe da sehr auf Sie, die sich beim endlich mal wieder richtigen Winterwetter nicht dem Vergnügen des Wintersports hingeben, sondern zusammengekommen sind, um miteinander den Weg von der Gerechtigkeit zur Barmherzigkeit zu finden. Und darauf liegt Gottes Segen. Daniel hatte sein Gebet gefunden, weil Gott ihm barmherzig gewesen war.

Der Mensch, der betet, will Gerechtigkeit und Barmherzigkeit. Ein paar Zeilen weiter im 9. Daniel (Dan. 9, 23) lesen wir „Da du, Daniel, anfingst zu beten, ging Gottes Befehl aus.“ Am Anfang der Veränderung stand das Gebet. Gebetet haben wir, beten werden wir, auch viele, die heute nicht hier sind.

Und nun: Gott segne Ihre Arbeit für eine Welt, unsere Welt und lasse uns alle erfahren: „Da Ihr anfangt zu beten und das Gerechte zu tun, ging Gottes Befehl aus.“

Amen

Erwartungen an das Kirchenwort - Werkstattbericht und abschließende Diskussion –

Dr. Werner Remmers

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie alle recht herzlich und eröffne unsere erneute Sitzung im Rahmen der Berliner Konsultation über ein Gemeinsames Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Meine Damen und Herren, wir sind heute morgen schon zusammen gewesen im Französischen Dom, haben Gottes Wort gehört und haben es uns auslegen lassen, gemeinsam gebetet. Ich möchte der Generalsuperintendentin, Frau Laudien, und auch Herrn Erzbischof Kardinal Sterzinsky und all den anderen, die an der Gestaltung des Gottesdienstes mitgewirkt haben, herzlich danken. Ich glaube, er gibt uns einen wichtigen weiteren Anstoß und Hilfe und auch Kraft für unsere Arbeit. Ich hoffe, daß es auch allen gestern abend gut getan hat, in gemütlicher Runde zusammen zu sein, so daß wir heute die Kraft haben, die Beratungen fortzusetzen.

Wir beginnen heute morgen mit einem zusammenfassenden Bericht aus den Werkstätten, und dazu ist gestern schon viel Vorarbeit geleistet worden. Und ich sage gleich schon Dank denjenigen, die, als die meisten anderen sich den angenehmeren Tätigkeiten gestern abend zuwenden konnten, sich noch ins Hotel hinsetzen mußten und Protokolle schreiben, Zusammenfassungen und so weiter. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie mühsam so etwas ist und wie neidisch man dann auf diejenigen ist, die sich schon zum Empfang oder zum Abendessen begeben dürfen. Herzlichen Dank also schon vorweg. Und nun trägt Herr Pfarrer Martin Kramer in einer ersten zusammenfassenden Darstellung den Bericht aus den Werkstätten vor. Dafür sind plus minus dreißig Minuten vorgesehen. Aber da wir ihn gebeten haben, wirklich auch alle Schwerpunkte zu berichten, werden wir da nicht so ganz knauserig sein. Danach werden wir eine Diskussion führen, wobei ich jetzt schon sage, daß diese Diskussion nach dem Bericht von Herrn Pfarrer Kramer dazu gedacht ist, daß Ergänzungen vorgenommen werden, überall da, wo die Teilnehmer an den Werkstattgesprächen den Eindruck haben, daß wichtige Punkte in diesem zusammenfassenden Bericht zu kurz gekommen sind, die aber im Arbeitskreis eine bedeutende Rolle gespielt haben. Ich hoffe, daß wir uns darauf verständigen können, daß wir dann so verfahren. Zu den technischen

Einzelheiten sage ich gleich noch etwas. Ich bitte jetzt Pfarrer Kramer, seinen Bericht vorzutragen.

Pfarrer Martin Kramer

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Verfahren gleicht einer mehrfachen Filtrierung: die Gespräche, die Protokollanten, die Redaktionsgruppe, nun dieser Bericht. Man kann sicher sehr unterschiedlich berichten. Uns gefiel es gut, das Ergebnis nicht in acht einzelnen Teilbeiträgen, sondern versuchsweise geordnet Ihnen hier vorzutragen. Dabei kann es nur darum gehen, Thesenforderungen und Anfragen laut werden zu lassen, damit die heutige Diskussion Impulse hat, damit die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein wenig über die anderen Werkstätten erfahren und damit etwas deutlich wird, wie aus dieser Konsultation heraus der Weitergang des Prozesses gedacht, erwartet, gewünscht oder erhofft wird.

Grundsätzliche Erwartungen an ein gemeinsames Wort schlagen vor allem vor, es möge eine verständliche Sprache gesprochen werden, bei der unterschiedliche Fachstudien zum Verständnis entbehrlich sind. Es möge ein prophetisches Wort sein, das sich auf die Seite der Armen und Benachteiligten stellt.

Es möge genau darüber nachgedacht werden, welchen Begriff von Arbeit haben wir.

Es muß ja angefragt werden, ob die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die wir herkömmlich vorfinden, auch in Zukunft richtig ist. Es muß diese Geschlechterfrage als die Schlüsselfrage für Gerechtigkeit angesehen werden. Die biblisch-theologische Fundamentierung muß stärker berücksichtigt bleiben, auch wenn es sich um ein Wort zur Lage in Deutschland handelt.

Die drei großen Herausforderungen der ökologischen Verantwortung, der Geschlechterdifferenz und der weltweiten Vernetzung müssen beherrschend bleiben und ihre bedeutende Stellung behalten, auch wenn die Erörterungen über Arbeit und Arbeitslosigkeit, über die Krise des Sozialstaates und über die Benachteiligung der Familien als Einzelthemen ihr Recht behalten. Die drei großen Herausforderungen sollen jeweils nicht nur ein eigenes Kapitel erhalten, sondern auch in den anderen Kapiteln durchgängig mit bedacht werden.

Eine ganze Reihe von Einzelvorschlägen werden gemacht. Dabei ist die Vorentscheidung für Gerechtigkeit, für Leben und Solidarität ganz bedeutsam. Auch die umweltethische Ergänzung der verschiedenen ethischen Grundlegungen soll eingearbeitet werden. Bei allen Handlungen muß beachtet werden, die Menschen sind mit der gesamten Natur vernetzt. Das Fachwort Retinität wurde von der Gruppe für so wichtig gehalten, daß es trotz der Grundforderung der Verständlichkeit in dieser Zusammenfassung auftauchen sollte.

Zur sozialen Marktwirtschaft werden unterschiedliche Positionen bezogen. Die einen sagen, es muß an dem System festgehalten werden, aber vor allen Dingen die Reformbedürftigkeit gesehen, angesichts der Reformfähigkeit auch durchgeführt werden. Das war die Mehrheit in einer unserer Gruppen. Eine der anderen Gruppen sagte mehrheitlich, nein, wir müssen nach einem alternativen Wirtschaftsmodell suchen, weil die Umweltzerstörung, die Armut, die Arbeitslosigkeit, die Verelendung anderer Weltregionen hier systembedingt sind.

Was verstehen wir unter Armut? Die herkömmliche Definition, weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens, zeigt ja, hier ist schon eine gewisse relative Armut auch im Reichtum deutlich. Die vielfältigen Gestalten der Armut müssen entdeckt werden. Es muß gesehen werden, Armut kann sich nicht nur materiell darstellen, auch in der Benachteiligung bei Bildung, auch in der Gestaltung des Lebensstils kann sie durchaus erkennbar werden. Wenn es denn darum geht, den Lebensstil zu verändern, ist man prinzipiell sehr schnell dazu bereit, aber wie das praktisch werden soll, wenn es nicht um Appelle an andere geht, sondern an das eigene Leben, wird das schon sehr viel komplizierter. Könnte man versuchen, nicht einfach Reduktion, Verzicht, Askese zu fordern, sondern eine Einladung zu einer neuen Lebensqualität, zu lockenderen Möglichkeiten als der gegenwärtigen Technik? Das wäre die Frage.

Eine Reihe von Hauptkrisenpunkten und Kernproblemen sind in den Arbeitsgruppen unterschiedlich stark geäußert worden. Die angespannte Situation am Arbeitsmarkt als gesellschaftlich-politisches Problem ist weit mehr als eine konjunkturelle Krisenerscheinung. Besonders wird auf die Veränderung der Sozialstruktur zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitssuchenden hingewiesen. Diese Überlegungen führen auch dazu, daß man die ungeschützte Beschäftigung immer stärker sieht. Die enorme Zunahme von Zeitverträgen, versicherungsfreien Arbeitsverhältnissen, Leiharbeit, Teilarbeit und Scheinselbständigkeit muß hier durchaus beachtet wer-

den. Das fortschreitende Wirtschaftswachstum als Ziel der modernen Wirtschaft hat zwangsläufig ein fortschreitendes Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen zur Folge. Freilich, die ungerechte Verteilung von Arbeit, die große Zahl von Überstunden bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit, unzureichende Weiterbildung und Qualifizierung bleiben problematisch. Die Arbeitsplätze werden auch gefährdet, obwohl man das auf den ersten Blick gar nicht zu sehen scheint, durch die zunehmende Macht des Kapitals in Form der Banken und des Spekulationsgeldes. Hier scheint weithin eine Kontrolle, nationaler Art schon gar, aber auch internationaler Art zu fehlen. Wenn dieses Problem angegangen werden soll, muß versucht werden, eine Lösung dafür zu finden.

Die Einkommenssituation der Familien ist zusätzlich noch einmal problematisch. In vielen Fällen ist es unmöglich, daß Familien ihren Lebensentwurf verwirklichen können. Auch die Neugestaltung des Familienlastenausgleichs bringt nach Meinung vieler nur ganz marginale Verbesserungen. Die jetzigen Bedingungen im Bereich Kindergeld und steuerfreies Existenzminimum werden den Familien offenbar nicht gerecht. Sehr schnell ist man sich einig, daß der Sozialstaat in einer Krise ist. Aber woher kommt das? Ganz sicher nicht durch ein vermeintliches Aufblähen, sondern durch ordnungspolitische Fehlentscheidungen, insbesondere auch im Bereich der Gesetzgebung. Die Sozialversicherung hat fremde Lasten aufgebürdet bekommen, und dadurch entsteht ein Druck zur Reduzierung der Sozialleistungen. Die traditionellen Grundsäulen der Sozialversicherungssysteme sind einer Erosion ausgesetzt. Denn diese Säulen sind einmal Vollbeschäftigung, zum anderen die Familie als übliche Lebensform und schließlich eine ausgewogene demographische Struktur. Alle drei Dinge sind nicht so, wie es bei der Einführung des Systems war.

Friedenssicherung wird häufig verkürzt als Einsatz von Militär verstanden. In Wahrheit aber kann Krieg keine Methode sein, kann auch militärischer Einsatz keine endgültige Methode sein, den Frieden zu sichern, sondern es kommt darauf an, zivile Konfliktbewältigungsstrategien zu entwickeln. Die Option der Gewaltfreiheit, wie sie in der ökumenischen Versammlung in Dresden 1989 beschrieben worden ist, muß an dieser Stelle wieder in die Diskussion hineingeholt werden. Manche Beobachter der kriegerischen Situation, etwa in Ostafrika, sagen, daß es zu solchen Exzessen gekommen ist, kann nur daher kommen, daß dorthin Waffen exportiert worden sind. Darum scheint es im Interesse der Friedenssicherung nötig, nicht nur Waffenexport zu kontrollieren, sondern jeglichen Waffenexport einzustellen, auch wenn dabei die Frage der Gestaltung von Arbeitsplätzen durchaus im

Blick bleibt. Wir können nicht für eine kurzfristige Beibehaltung von Arbeitsplätzen sagen, Waffenproduktion muß sein, um dann durch den Export von Waffen auf der Welt Zustände hervorzurufen, die noch sehr viel schwerer zu beheben sind als die zugegeben schwierige Aufgabe der Arbeitsplatzbeschaffung.

Forderungen, die ein gemeinsames Wort an die Politik richten soll, sind in der Beschreibung dieser Phänomene schon zu einem Teil deutlich geworden. Es muß noch einmal zusammengefaßt werden, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wird an mehr Teilzeitarbeit, Flexibilisierung der Arbeit, Teilrentenmodell, Abbau von Überstunden, Erhalt der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Bundesanstalt für Arbeit, Verbilligung des Faktors Arbeit durch Finanzierung versicherungsfremder Aufgaben durch Steuern gedacht. Die Arbeitszeiten wären auch daraufhin zu befragen, ob sie familiengerecht sind. Technisch geht es natürlich sehr schnell darauf hin, Freisetzungseffekte zu organisieren. Aber die soziale Orientierung in der Ausführung der Arbeit wäre genauso mit zu bedenken. Bei dem Bündnis für Arbeit, das zur Zeit ausführlich diskutiert wird, sollten auch die Gegenleistungen der jeweils anderen Seite durchsichtig und überprüfbar gemacht werden, speziell natürlich der Arbeitgeber. Es ist schon angeklungen, der zweite Arbeitsmarkt ist zwar grundsätzlich systemfern, aber gegenwärtig offenbar unverzichtbar. Wir haben Ausgaben für die Humanisierung der Arbeit, und wer an der Qualifizierung des Arbeitens sowie der Ausbildung von Lehrlingen spart, betreibt nicht nur eine sozial sehr problematische, sondern auch insgesamt sehr kurzfristige Sparpolitik. Den Arbeitsmarkt muß man durchaus kritisch betrachten, wenn wir an die Verhältnisse der ungeschützten Arbeit denken, von denen ich schon gesprochen habe. Die Debatten über Renten führten dazu, daß die soziale Sicherung nicht ausschließlich an das Arbeitseinkommen gebunden sein sollte, daß man hier prüfen muß, ob nicht andere arbeitsmarktabhängige Grundsicherungen möglich sind, und vor allen Dingen ist die Mißbrauchsdebatte nicht mit der Absicht zu führen, Einzelbeispiele zum Knüttel für alle zu machen. Die Ausnahme und die Regel sind ein ganz wichtiges Unterscheidungsmerkmal für die Beurteilung auch gesellschaftlicher Tatbestände.

Zum Thema Armut wird erwartet, daß die Politik einen jährlichen Sozialbericht gibt, daß ein sozial gerechterer Familienlastenausgleich erfunden wird, daß das steuerfreie Existenzminimum für alle Familienmitglieder gilt und daß mit einer Reichtumsstatistik begonnen wird. Im Hinblick auf die Familie wird zu erwägen gegeben, ob nicht ein Familienwahlrecht die Rolle der Familie stärken kann. In Bezug auf die Umweltpolitik wird ein öko-

logisches Steuersystem gefordert, weil damit die Ökologisierung der Wirtschaft beschleunigt werden kann, denn der Weg über Einsicht und gesellschaftlichen Druck ist ganz offensichtlich zu zeitraubend. Das Umdenken vom Stoff-Durchsetzen zum Kreislaufdenken ist zu beschleunigen, regionale Wirtschaftskreisläufe, die weniger transportintensiv sind, sollten bevorzugt gefördert werden. Bei der Technologiepolitik muß die Gesellschaft ein größeres Mitspracherecht erhalten. Der Begriff der Umweltverträglichkeit, der scheinbar so hilfreich ist, sollte ersatzlos aus unserem Sprachgebrauch gestrichen werden, weil in dem Moment, wo man Umweltverträglichkeitsgrenzen festsetzt, das natürliche Bestreben dahingeht, sich so weit wie möglich an die oberste Toleranz heranzuschleichen, und das dann doch keine Entlastung der Umwelt ist. Und die Kirchen selbst, sie haben sich beim Thema Arbeitslosigkeit parteiisch zu äußern. Das können sie aber nur, wenn sie selbst als Arbeitgeberinnen bereit sind, Vorbild zu werden, was Teilzeit, Flexibilisierung oder Teilrentenmodell angeht. Auch das Modell der innerkirchlichen Bezahlung sollte von einem Grundsatz der Verteilung der vorhandenen Mittel ausgehen und nicht an die Orientierung an außerkirchliche Strukturen gebunden sein. Bei der Beurteilung kirchlichen Vermögens sollten die Immobilien benutzt werden, um die Kapitalbildung von Armen zu fördern. Bei der Beschäftigung sollten Arme in kirchliche Einrichtungen integriert werden. In allem kirchlichen Handeln und Wirtschaften sind ökologische Maßstäbe und Orientierungen zu beachten. Auch in der Kirche ist die Interessenvertretung für die Familien durchaus noch zu verbessern. In allen Gremien, die kirchlich handeln und entscheiden, sollen Frauen und Männer in paritätischer Zahl Mitglieder sein. Bei dem eigenen Handeln, auch bei dem Geldanlegen der Kirchen sollen gesamteuropäische und globale Gesichtspunkte bedacht werden. Die Kirchen sind in der Gefahr, an ihrem eigenen Strukturerbe festzuhalten. Das sollten sie immer wieder kritisch überprüfen und sich sehr viel stärker zum Mittler der Botschaft machen, die sie zu vertreten haben. In einem neuen Wort könnten sie sich durchaus als in verschiedenen Fragen uneinig darstellen, ihren eigenen Dissens, sowohl innerhalb der einen wie der anderen als zwischen den beiden großen Kirchen, nicht durch zu große Kompromisse verschweigen, sondern dem Leser zumuten, daraus zu erkennen, was hier sinnvoller und richtiger ist. Mut zum Risiko und Mut zur Unvollkommenheit würden einem kirchlichen Wort sehr wohl anstehen.

Auf lokaler Ebene könnten Bundesschlüsse zur Verstärkung zentraler Kräfte erfolgen, und vor allen Dingen ist natürlich bei jedem kirchlichen Prozeß zu versuchen, mit den Betroffenen in Verbindung zu kommen. Die Betrof-

fenen nicht nur anzuhören, sondern die Betroffenen zu hören. Der kleine Unterschied dieser zwei Buchstaben wird ja in der Praxis sehr häufig vermieden.

Zum weiteren Verfahren: Die Stellungnahmen kommen von Einzelpersonen, Klein- und Großgruppen, Verbänden und Einrichtungen, sie haben natürlich ein unterschiedliches Gewicht und verschiedene Kompetenz. Das soll bei der Auswertung beachtet werden, so wie das ja auch verhältnismäßig zufällig ist, was durch das Filtersystem in diesem Bericht aus den Gruppen jetzt gekommen ist. Ich bitte für alle an der Herstellung dieses Berichtes Beteiligten jetzt schon um Entschuldigung, daß gewiß wichtige Punkte verlorengegangen sind. Es war in jedem Falle keine Zensurabsicht oder die Absicht, eine eigene Meinung durchzusetzen. In Zukunft, so meinen die Gruppen mehrfach, sollte die Weiterarbeit an dem neuen Wort in der Redaktion erst dann beginnen, wenn alle Stellungnahmen durch die Institute ausgewertet worden sind. Alle Stellungnahmen sollen dokumentiert werden. Als Nebenprodukt des Konsultationsprozesses sollte geprüft werden, ob nicht etwa ein kleines Taschenbuch von 200 Seiten mit einer Reihe charakteristischer Stellungnahmen veröffentlicht werden kann, damit über den Konsultationsprozeß nicht nur ein prozessualer Verlaufsbericht, sondern auch ein inhaltlicher Einblick für die kirchliche Öffentlichkeit möglich ist.

In den Gremien, die sich mit der Weiterarbeit befassen, das muß noch einmal ausdrücklich wiederholt werden, sollen auch hier Frauen und Männer gleich stark vertreten sein. Es gibt unterschiedliche Voten, ob der Weg zu einem neuen Text schnell oder langsamer geschehen soll. Es spricht dafür, daß man sagt, wir müssen nun auch mal zu einem Ende kommen, und es spricht dafür, daß man sagt, wir können nicht einfach sagen, das muß jetzt nach einem Zeitplan durchgezogen werden. Es soll überprüft werden, ob es nicht noch einmal möglich ist, nach der Feststellung eines neuen Textes in einer wahrscheinlich beschränkten kirchlichen Öffentlichkeit eine erneute Rückkoppelung zu ermöglichen. In jedem Fall ist klar, daß nach einem neuen Wort der Prozeß der Meinungsbildung und der Diskussion in den Kirchen über die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland nicht zu Ende sein kann, daß man sich nur damit beschäftigt hat und man sich dann neuen Themen zuwendet. Die Themen bleiben, und man wird unterschiedlich darüber diskutieren. Aber es könnte überlegt werden, ob nicht in drei bis fünf Jahren eine Bilanz gezogen wird, so wie die Ökumenischen Versammlungen 1989 auch gesagt haben, wir wollen in fünf Jahren einmal prüfen, was aus unseren Anregungen und Überlegungen geworden ist. Eine Spezialüberlegung, ob nicht die Leitungen vom Deutschen Katholikentag und Deutschen Evangelischen Kirchentag aufge-

fordert werden könnten, mittelfristig eine gemeinsame Veranstaltung zum Thema des Konsultationsprozesses durchzuführen.

In Bezug auf Inhalt und Gestalt des künftigen Wortes noch ein paar konkrete Erwartungen. Die Analyse des Sachverhalts soll jeweils so eingehend wie möglich erfolgen. Darüber hinaus aber sollen visionäre und prophetische Linien zum Zuge kommen. Alle, die versuchen, in den Kirchen neue Wege zu gehen, sollen ermutigt werden. Die Kirchen haben sich mit dem Konsultationsprozeß auf einen gesellschaftlichen Reformprozeß eingelassen, den sie nun weiter betreiben müssen. Deshalb sollte nicht nur über das vorliegende oder das künftige Papier gesprochen werden, sondern über die Gestaltungsprobleme unserer Wirtschaft und Sozialordnung. Das bedeutet unter anderem, auf die Betroffenen zu hören, Kompetenzen aller Gemeindeglieder abzurufen und auszutauschen und sich in politische Dispute einzumischen, um die Optionen für Gerechtigkeit, für die Armen, für Gewaltfreiheit, für sozialen Frieden, für den Frieden unter den Nationen in der einen Welt zur Sprache zu bringen, in der Welt, in der wir durch die Güte Gottes leben, die kein Ende hat und alle Morgen neu ist.

Dr. Werner Remmers

Herzlichen Dank, Pfarrer Kramer, für Ihren Bericht. Wir wollen jetzt so vorgehen, daß wir eine ganz kurze, knappe Anfrage von hier aus an das Plenum richten. Wer hat das dringende Bedürfnis, zu dem Bericht von Herrn Kramer aus der Erfahrung, dem Miterleben der Werkstatt eine Ergänzung machen zu müssen? Hat jemand den Eindruck, da hat er was ganz Wichtiges vergessen? Ich sehe keine Wortmeldung. Danke schön.

Ich rufe dann auf die beiden Einführungsstatements zur Diskussion, nämlich das Wort der Präsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Frau Waschbüsch, und im Anschluß daran das von Frau Rinke als Präsidentin der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. Und wir haben uns hier im Präsidium darauf verständigt, daß Herr Barth gleich noch etwas kurz sagt zu den Fragen, wie es denn terminlich und im Zeitplan weitergeht. Ich gebe das Wort zunächst an Frau Waschbüsch.

Rita Waschbüsch

Meine Damen und Herren, Frau Rinke und ich sollen ganz kurz noch einmal Erwartungen zum Konsultationsprozeß formulieren. Sicher wird das nichts sensationell Neues und subjektiv sein.

Wer sich einsetzt, setzt sich immer auch aus. Diese Erfahrung haben die Verantwortlichen für das gemeinsame Wort der Kirchen mit ihrem Impulspapier sehr deutlich bestätigt bekommen. Und das ist gut so. Heftige Kritik, Zustimmung, Anerkennung, Häme, wie auch immer sie sich zeigen mögen, sind ein belebendes Element in diesem Prozeß. Daß die Kirchenleitungen und mit ihnen viele Engagierte sich in der Situation zu Wort melden, in der ja bewährte Rezepte nicht mehr ausreichend und spürbare Unsicherheiten bezüglich neuer Problemlösungsansätze allenthalben erkennbar sind, entspricht ihrem Auftrag. Mir geht es darum, gerade diesen Auftrag noch einmal zu unterstreichen:

1. Kirche sein, dazu gehört konstitutiv, daß drei Elemente sich bewähren: *Liturgia*, in Gemeinschaft Gott zu loben, ihm zu danken, ihn zu feiern; *Martyria*, ihn und seine Frohbotschaft in Wort und Zeugnis zu verkünden und *Diakonia*, Dienst an der Welt und den Menschen zu leisten. Wer Kirche auf die beiden ersten Elemente reduzieren will, oder die Diakonia bestenfalls im Sinne einer christlichen Armen- und Randgruppenarbeit gelten läßt, übersieht den umfassenden Mitgestaltungsauftrag an der Welt, den Christen haben. Sauerteig, der das Gesamte durchdringen muß, wenn er Funktion haben soll, Licht auf dem Berge, das die Welt erhellt und Wege weist, Salz der Erde, das kräftig und durchdringend und manchmal durchaus auch beißend würzt, das ist der Weltauftrag, den alle Getauften haben. Katholischerseits, meine ich, ist das in *Gaudium et spes*, der pastoralen Konstitution über die Kirche in der Welt von heute des Zweiten Vatikanischen Konzils recht eindringlich gesagt. Es wird jeder Weltabgewandtheit, jedem sich Fernhalten von den Anliegen der Politik und der Gesellschaft widersprochen: „Freude und Hoffnung, Kummer und Leid der Menschen sind auch immer Freude und Hoffnung, Kummer und Leid der Jünger, der Jüngerinnen Christi.“ Mit Berufung auf das Evangelium kann, wie das ja auch in diesen Wochen und Monaten geschehen ist, sich niemand, vielleicht sogar noch naserümpfend, weil Politik ja angeblich den Charakter verdirbt, distanziert zurücklehnen, den Zuschauer oder die Zuschauerin mimen. Die Kirchen übten Verrat am Evangelium, wenn sie sich auf Binnenkirchliches zurückzögen, und ihre Leitungen wären auch geradezu mit Dummheit geschlagen, wenn sie die Sachkompetenz ihrer Verbände, ihrer Gruppierungen und ihrer Einzelmitglieder nicht nutzten bzw. auch mit einem ganz großen Vertrauensvorschuß begleiteten.

Und noch eines: In der Politik geht es nicht um die wenigen Fragen, die die Konfessionen noch trennen, sondern es geht um Gestaltung aus dem

Geist des Evangeliums. Und darum ist hier Ökumene keineswegs nur Kür, sondern Pflicht.

Die westlichen Demokratien mit ihrer auf Freiheit und Recht und sozialer Verantwortung gegründeten Ordnung bieten, trotz allen ständigen Reformbedarfs, trotz aller Mängel und beklagenswerter Mißstände, ihren Bürgern die beste Chance, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Unser Staat nimmt auf der Basis des Grundgesetzes, wie schon der Weimarer Verfassung, die Kirchen als Partner im Dienst an den Menschen und ihrer Zukunft ernst, ohne sie in Dienst nehmen zu können oder zu wollen. Das bedeutet Chance und Verantwortung und ist in der Gesellschaft auch immer noch mit ganz hohen Erwartungen an die Kirchen verbunden. Das breite Medienecho auf diesen Konsultationsprozeß spiegelt das ja auch wider. Die Fülle der Eingaben, von denen wir gehört haben, die Gegensätzlichkeit vieler Stellungnahmen, die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, die dabei erfolgten, lassen sich keineswegs in ein glattes Papier packen.

2. Der begonnene Weg darf und soll ja auch ohnehin nicht mit dem bevorstehenden Papier enden. Wichtig ist mir darum, daß es gelingt, viel breiter noch als bisher, in die Gemeinden, die Gruppen hinein und an die einzelnen das Signal zu geben, ihr seid, du bist aufgerufen, ja verpflichtet, dich einzumischen, in das, was hier um uns herum vorgeht, deine guten Gaben und Fähigkeiten, deine persönlichen Möglichkeiten fruchtbar zu machen für die anderen und für die Gesellschaft.
3. Das Signal von seiten der Bischöfe muß kundtun, der Wille Gottes ist, – Herr Bischof Engelhardt sprach ja gestern davon, daß es Aufgabe der Kirche ist, den Willen Gottes sichtbar zu machen – daß wir uns als Menschen verstehen, die ihre Individualität als Geschenk leben dürfen, aber ebenso ihre Sozialität, ihre Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsangewiesenheit wieder deutlicher zu sehen und zu leben haben. Daß allzuviele anscheinend übermäßig bedacht sind, sich ein möglichst dickes Stück aus dem Kuchen der gegebenen Möglichkeiten herauszuschneiden, deutet darauf hin, daß etwas aus der Balance ist, daß Einzel- oder auch Gruppenegoismen das Allgemeinwohl häufig zu kurz kommen lassen. Wenn es den Kirchen gelingt, dafür Bewußtsein zu bilden, den Grundkonsens über die Werte Solidarität und Verantwortung sowie auch Subsidiarität wieder zu verbreitern, leisten sie einen großen Dienst.
4. Das Problem übrigens der wechselseitigen Ost-West und West-Ost-Schmerzhaftigkeiten und Verdrießlichkeiten, von denen wir hörten, löste

sich dann wohl am schnellsten, und die Freude und die Dankbarkeit über das Geschenk der Einheit gewannen wieder den verdienten Raum. Um die Befähigung zur Zukunft, so will ich es nennen, muß es bei diesem Konsultationsprozeß den Kirchen gehen. Damit ist nicht nur die Frage verbunden, ob wir unseren Lebensstil so ändern können, daß wir nicht heute verbrauchen, was unsere Kinder und Enkel morgen erst verdienen müssen. Es ist auch und vor allem die Frage nach der Befriedigung der unverzichtbaren Grundbedürfnisse unserer Kinder nach Zuwendung, nach Geborgenheit, nach Sicherheit, ohne die sie nicht seelisch stabil zu frohen, zu glücklichen Menschen heranwachsen können. Wenn die ideellen und materiellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für Familien, für Ehe nicht stimmen, dann zahlen in der Regel Kinder als die Schwächsten die Zeche, oder viele junge Paare versagen sich das Glück und die Chance auf die Elternschaft mit allen in den Konturen ja schon deutlich erkennbaren Negativkonsequenzen auch jenseits der Jahrtausendwende für unser persönlich menschliches und unser soziales Miteinander. Frauen fragen in diesen Zusammenhängen auch zu Recht nach der gerechten Verteilung von Chancen und Bürden, Partizipations- und Entscheidungsrechten in allen Lebensbereichen unserer Gesellschaft.

Zukunftsbefähigung heißt auch, die irrationalen und diffusen Ängste, die überall zu spüren sind, in Gestalt von Innovationsabwehr, Technikfeindlichkeit, einmal unter dem Gesichtspunkt des Stehlens von Zukunft der Nachwachsenden zu kennzeichnen, ohne in eine längst als illusorisch entlarvte naive Technikgläubigkeit vergangener Jahrzehnte zu verfallen. Nüchterner Mut und ethisches Abwägen steht hier Christen gut an.

5. Unseren Kindern Zukunft zu geben, das verlangt allerdings ebenso, allen Kindern dieser Welt Zukunft geben zu wollen. Ein Bewußtsein für die weltweiten Zusammenhänge von ökologischen, von wirtschaftlichen und sozialen Fragestellungen zu wecken und zu vertiefen, das ist ganz gewiß unerlässlich. Mir scheint dies noch überhaupt nicht in mehr als Ansätzen erreicht. Wenn der Konsultationsprozeß der Kirchen es schafft, den politisch Handelnden, aber auch den Wählenden klar zu machen, daß öffentliche Nächstenliebe auf unserem kleinen Planeten ohne Ferneren- und Fernstenliebe auf längere Sicht zum Fiasko führt, ja dann hätte er im Sinn von Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung als Wichtigstem seinen Zweck erreicht und gewiß nicht nur meine Erwartungen, sondern die Erwartungen vieler erfüllt. Ich danke Ihnen.

Barbara Rinke

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will aus meiner Sicht noch einige mir wichtig erscheinende Punkte beitragen. Ich schicke voraus, daß ich hier in zweifacher Funktion stehe, zum einen für das Präsidium der Synode der EKD, zum anderen als schlichte Teilnehmerin des Konsultationsprozesses mit einigen Schwierigkeiten mit dem, was wir in der Diskussionsgrundlage lesen konnten. Ich bin Oberbürgermeisterin einer kleinen Stadt in Ostdeutschland. Und an dem, was mich in dieser Funktion beschäftigt, muß ich entsprechend auch das messen, was wir hier sagen und worum es hier geht. Und daran will (!) ich es auch messen.

Ich freue mich sehr darüber, daß sich die Kirche wieder mit den Menschen auf den Weg begibt. Ich habe in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung zu meinem Bedauern immer wieder feststellen müssen, daß die Kirche zu sehr mit sich selbst beschäftigt war. Diese Diskussionsgrundlage „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ und der Konsultationsprozeß aber sind genau der Aufbruch, den wir brauchen. Die Kirche nimmt sich damit der Nöte der Menschen an. Sie geht mit ihnen auf ihrem Weg. Und so erhoffe ich auch von diesem Papier, daß es Möglichkeiten eröffnet, sich gemeinsam auf einen Veränderungsweg zu machen.

Ich hoffe, es bleibt nicht folgenlos. Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland und zu den Fragen des Sozialstaates hat es so viele Papiere gegeben. Bei mir trafen in der Woche wahre Stöße ein von Papieren, die wahnsinnig interessant und gut sind. Aber 99% davon sind folgenlos. Ich wünsche mir deshalb, daß dieses Papier mit seinen vielen guten Anregungen nicht folgenlos bleibt. Ich wünsche mir auch, daß es in meiner Gemeinde am Ort hoffentlich ökumenisch besprochen und diskutiert wird, und daß sich die Christen in Nordhausen Gedanken darüber machen, was wir an unserem Ort mit diesem Papier tun können. Es soll sich auch hier auswirken und nicht folgenlos bleiben. Ich hoffe auch, daß das Papier für viele Christen ein Handlungsrahmen sein kann, ein Handlungsrahmen, um den Alltag zu bestehen, ein Handlungsrahmen für alle, die Arbeit haben, aber auch für die, die arbeitslos sind.

Auf einen wichtigen Punkt will ich besonders zu sprechen kommen. Die Diskussionsgrundlage geht auch auf den Vereinigungsprozeß ein. Zunächst einmal will ich vorausschicken: Wir haben in der alten DDR etwas Altes aufgegeben und ich denke, darüber sind alle froh. Aber wir haben mit der Vereinigung auch etwas Altes übernommen. Und das hat keiner von uns gehant, daß wir damit in alte Verhaltensmuster hineingekrochen sind, die sich

zwar bewährt hatten, aber die, wie wir jetzt alle gemeinsam feststellen, einfach total überholt sind.

Ich sage das keineswegs arrogant, sondern ich erlebe das im Alltag, daß wir es mit dem Neubeginn versäumt haben, günstigere Strukturen aufzubauen. Wir waren darauf nicht vorbereitet. So haben wir z. B. eine Verwaltung aufgebaut mit viel zu vielen Mitarbeitern, und ich stehe fast täglich vor der Frage: Wen kann ich noch bezahlen, wen brauchen wir. Aber ich denke, wir haben noch eine Chance. Ich will das auch ganz deutlich sagen: Nach einem solchen Prozeß von fünf oder sechs Jahren ist die Chance durchaus noch sehr groß, jetzt und sofort etwas zu regulieren. Für mich spielt es eine sehr große Rolle, daß wir die neue Freiheit bekommen haben und daß wir Maßstäbe bekommen haben, die nicht versanden sollen.

Mich beschäftigt z. Zt. das Thema kommunale Selbstverwaltung. Sie ist ein ganz wichtiger Bestandteil der Demokratie. Ich habe auch in der Diskussionsgrundlage „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ einige Anregungen dazu gefunden und möchte das hier noch einmal deutlich unterstreichen, daß die kommunale Selbstverwaltung aufhört zu bestehen, wenn die Kommunen dadurch handlungsunfähig werden, daß sie kein Geld mehr haben und dadurch, daß sie deshalb von anderswo gesteuert werden. Das ist im Moment mein tägliches Brot und ich muß die Erfahrung machen, daß ich nicht in der Lage bin, Entwürfe und Visionen, die wir Gott sei Dank noch haben, zu verwirklichen, weil kein Handlungsspielraum da ist.

Das kann eben nicht sein, daß der Staat von oben nach unten die Dinge, die er sich nicht mehr leisten kann, abschiebt und wegdelegiert. Es kann nicht sein, daß der einzelne am Schluß oder die ganze Kommune vor Probleme gestellt werden, die sie allein nicht lösen können. Ich wünsche mir also ganz konkret, daß wir aus dem Alten, das wir übernommen haben, gemeinsam etwas Neues machen. Gemeinsam! Ich denke auch, Ihnen in den alten Bundesländern und uns in den neuen ist dieses Schicksal gemeinsam, und für beide Teile ist eine Menge von Veränderungen notwendig. Und wenn die Politik die Kraft zur Veränderung nicht hat, dann wünsche ich es mir von so einem gemeinsamen Prozeß, daß uns dies gelingen könnte, nämlich einen wichtigen Anstoß dazu zu geben.

Ich möchte Ihnen im folgenden noch drei Beispiele nennen, die ich positiv, aber auch negativ in den letzten Wochen erlebt habe.

Ein positives Beispiel betrifft die Regelung des Bergrechtes durch den Deutschen Bundestag. Ich habe mich in der Vergangenheit intensiv mit dem un-

gleichen Recht nach der Wiedervereinigung beschäftigen müssen und mit den Dingen im Einigungsvertrag, die eben doch nicht für uns alle in gleicher Weise gelten. Besonders bedrückend war es etwa im Blick auf Fragen des Bergrechtes. Diese Regelung hat so lange gedauert, daß es für viele Kommunen im Osten wirklich eine Katastrophe war. Wenn keine Regelung vorgenommen worden wäre, hätte das bedeutet, daß 20% unseres Stadtgebietes abgetragen worden wären. Ich denke, das können Sie, wenn sie theoretisch über Nachhaltigkeit reden, nicht ernst genug nehmen. Nun weiß ich seit gestern aus der Zeitung, daß nun endlich im Bundestag eine Regelung getroffen wird, die gleiches Recht für alle vorsieht.

Damit bin ich bei dem Wort „nachhaltig“. Dieses Wort habe ich in dem Papier „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ gelesen, und ich bin dankbar dafür. Nachhaltigkeit freilich kann sich nicht nur auf das beziehen, was wir in ökologischer Hinsicht im Blick auf kommende Generationen beachten müssen. Nachhaltigkeit muß auch im Blick auf die Finanzen beachtet werden. Wenn Sie beispielsweise in ihrem privaten Haushalt ständig über ihre Möglichkeiten leben und sich verausgaben, dann sind sie in zehn oder zwanzig Jahren nicht mehr in der Lage, die Dinge zu lenken und zu steuern, die sie steuern möchten. Und eben dies geschieht mit unseren öffentlichen Haushalten. Das ist im Moment meine größte Angst. Ich entdeckte, daß dieser Staat für die nächsten Generationen total überschuldet ist. Und wenn wir hier nicht wirklich ganz klar sagen, an welcher Stelle Schluß sein muß, dann werden unsere Kinder nicht mehr zu entscheiden brauchen, ob sie einen Park anlegen oder ein Schwimmbad oder eventuell irgendwelche anderen Dinge, vielleicht sogar ein Theater. Durch die Schuldenlast ist ihnen dann aller Entscheidungsspielraum genommen. Wir dürfen unsere Finanzen nicht so kaputt machen, daß für die Zukunft nichts mehr möglich ist. Ich sage das ganz bewußt in alle Richtungen, auch an die Kirche. Ich denke, auch die Kirche muß darüber nachdenken, was sie sich noch leisten kann und sich noch leisten will. Wir müssen uns heute so verhalten, daß für das Prinzip Zukunftshoffnung ein guter Grund gelegt ist. Das war das Wichtigste, was ich noch sagen wollte.

Eine Sache noch zum Schluß. Ich beziehe mich dabei auf das, was vorhin gesagt wurde, als die Frage angesprochen wurde: Soziale Marktwirtschaft ja oder nein. Ich würde gerne mal von Ihnen wissen, was eigentlich Soziale Marktwirtschaft ist. Ich habe sie bis heute noch nicht kennengelernt. Ich möchte es gerne einmal wissen, was das eigentlich bedeuten soll. Aus meiner persönlichen Erfahrung sehe ich, wie sehr sich alles in einer unglaublichen Weise allein um die Wirtschaft dreht und wie sehr gerade ihr die

finanziellen Mittel zufließen und zufließen sollen. Wenn ich einen Betrieb in Nordhausen ansiedeln möchte, dann habe ich damit zu kämpfen, Subventionsmittel in unglaublicher Höhe aufbringen zu müssen. Ich werde dann gefragt: Wie viele Millionen können Sie aus der Kommunalkasse dazusteuern, wie viele Millionen bekommen Sie als Fördermittel vom Land und wie viele Millionen können aus EU-Mitteln noch irgendwo abgegriffen werden? Ich erlebe jedenfalls keine Soziale Marktwirtschaft, sondern eine unerträgliche Subventionspolitik, und eben dies wirft wiederum die Frage nach einem nachhaltigen Haushalten auf. Ich hoffe, daß wir auch an dieser Stelle noch mehr Ansätze und auch noch mehr Lösungsmodelle finden.

Dr. Werner Remmers

Herzlichen Dank, Frau Rinke, für Ihren Beitrag. Erlauben Sie mir eine kurze Zwischenbemerkung. Zwei Dinge sind mir durch den Kopf gegangen, bei dem was wir gerade wieder erlebt haben und was wir insgesamt erlebt haben, auch vor dem Hintergrund des heutigen ökumenischen Gottesdienstes. Ich glaube, dieser gemeinsame Prozeß, dieses gemeinsame Arbeiten wird auch die Ökumene befördern. Und das zweite, was ich gerne sagen möchte, gerade wo ich die Frau Oberbürgermeisterin, sage ich jetzt mal ganz betont, erlebt habe, wir müssen aufpassen, daß wir zwar klare und präzise Forderungen an die Politik stellen, aber daß wir als Christen vor allen Dingen auch Christen in die Politik schicken und daß wir in die Politik hineingehen. Also nicht nur fordern, sondern auch in die Politik hineingehen und sich einmischen. Das muß auch in diesem Kongreß bedacht werden. Entschuldigen Sie, dies wollte ich eben zwischendurch sagen.

So, jetzt sind wir bei dem Beginn der Diskussion und ich bitte, daß sich Bischof Homeyer und Vizepräsident Barth, Oberkirchenrat Winkler und Herr Remling bereithalten. Aber vorerst noch Herr Barth zu den Terminen und Zeitplänen.

Vizepräsident Dr. Hermann Barth

Im letzten Abschnitt der Diskussionsgrundlage, von der dieser ganze Prozeß ausgegangen ist, stehen folgende Sätze: „All dies stellt eine große Herausforderung dar an unsere Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung. Das mag manchen mit Sorge erfüllen, andere mit Ungeduld, andere mit Kleinmut. Als Christen sind wir diesen Auseinandersetzungen nicht entzogen. Wir können aber die Aufgabe annehmen. So unübersichtlich unsere

Zeit in mancher Hinsicht sein mag, wir dürfen mit Zuversicht leben.“ Ich nehme mir die Freiheit, diese Sätze auch auf die Aufgabe zu beziehen, die sich mit der Vorbereitung des Wortes zur wirtschaftlichen und sozialen Lage zu befassen hat. Wenn man sich heute morgen noch einmal die ganze Bandbreite an Anforderungen, an Wünschen, an dringlichen Bitten vergegenwärtigt, die sich auf dieses Wort richten, da kann man ja auch mit Sorge und mit Kleinmut erfüllt werden. Lassen wir es uns gesagt sein: Wir können die Aufgabe annehmen, wir dürfen mit Zuversicht herangehen.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die katholische Deutsche Bischofskonferenz haben diesen Konsultationsprozeß begonnen, weil sie sich davon Beratung, Hilfe zur Vorbereitung für ein Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage versprechen. Sie haben im Herbst vergangenen Jahres auf katholischer Seite Bischof Homeyer, auf evangelischer Seite mich damit beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß bis zum Herbst diesen Jahres, bis zu den Herbstsitzungen des Rates und der Bischofskonferenz ein Entwurf für ein solches Wort vorgelegt wird. Auf beiden Seiten sind uns eine Reihe von Personen an die Seite gestellt worden, die uns bei dieser Aufgabe unterstützen, die dafür nötige Arbeit verrichten. Es ist zunächst ein Kreis von Personen, der aus den Arbeitsausschüssen genommen ist, die den Konsultationsprozeß gesteuert, gefördert, begleitet haben: auf evangelischer Seite die Herren Winkler, Przybylski, Lefringhausen und Frau Woldt und auf katholischer Seite die Herren Emunds, Remling, Sikora und Frau Estor, wobei in der Person von Herrn Przybylski und Herrn Sikora die Möglichkeit gegeben ist, die beiden Institute, die den Konsultationsprozeß begleitet und als Clearingstellen fungiert haben, unmittelbar einzubeziehen, so daß jetzt schon und in den folgenden Wochen und Monaten alle Informationen, alle Auswertungsergebnisse und Erkenntnisse unmittelbar in diesen Prozeß hineingehen.

Hinzu kommt ein Kreis von Beraterinnen und Beratern, die an ein paar ausgewählten Terminen den Stand der Arbeit begleiten, ihren Rat, ihren fachlichen Rat dazu geben, um auch das, was an Texten im Entstehen ist, noch einmal aus fachlicher Perspektive zu prüfen, zu ergänzen, zu bereichern.

Nach dem Wunsch der beiden Leitungsorgane wird angestrebt, energisch angestrebt, daß wir das auch einhalten können, in der Tat bis zu den Herbstsitzungen in diesem Jahr einen Entwurf vorlegen zu können. Nach dem gegenwärtigen Stand der Überlegungen ist daran gedacht, sich im Umfang etwa an dem zu orientieren, was die Diskussionsgrundlage darstellte, also etwa 50 bis 60 Seiten. Es soll nicht ein ganz kurzer Text entstehen, der sich

nur auf einige Grundfragen, Grundpfeiler beziehen könnte, so daß bei vielen die Enttäuschung groß wäre, weil man die Konkretion schuldig bleibt. Aber es soll auch nicht der andere Weg gegangen werden, ein dickes Buch zu schreiben, einen anderen Jahreswirtschaftsbericht oder ein besseres Sachverständigengutachten, das dann so umfangreich ist, daß es nicht mehr rezipiert werden kann.

Rat und Bischofskonferenz werden in den Herbstsitzungen sicherlich gegenüber diesem Text noch manches einzuwenden haben, Wünsche äußern, Fragen stellen, so daß ein Überarbeitungsbedarf entsteht. Im Rahmen dieser Sitzungen wird auch sehr ernsthaft die Frage zu prüfen sein, die heute morgen hier vorgebracht und von Ihnen mit Beifall aufgenommen wurde, nämlich ob man im weiteren Fortgang der Arbeit dann noch einmal eine Rückkoppelung zu einem kleineren Forum herstellen kann. Bisher waren die Überlegungen allerdings darauf gerichtet, nun zügig zu einem abschließenden Wort zu kommen. Und dabei war folgende Überlegung und Argumentation ausschlaggebend. Der ganze Konsultationsprozeß, zielend auf dieses Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, wird nicht und kann nicht zu einem letzten Wort führen. Auch dieses Wort, was jetzt vorbereitet wird, ist ein Wort, das in einen bestimmten Kontext gehört, ist überholbar, durch Kritik überholbar, durch Veränderungen der Situation überholbar. Darum war bisher die Überzeugung, daß wir zügig noch in diesem Jahr zu einem Wort, zur Veröffentlichung eines Wortes kommen sollten. Nur wenn wir die Erkenntnis festhalten, daß das, was hier erreicht werden kann, nicht ein letztes Wort ist, nur wenn wir in dieser Bescheidenheit herangehen, werden wir auch in der Lage sein, den Mut zur Unvollkommenheit zu besitzen, den Herrn Kramer vorhin benannt hat, und ein Wort finden und sprechen, was sowohl den Sachverhalten gerecht wird als auch den Menschen, den Menschen in unserem Land und den Menschen in der Welt und den Mitgeschöpfen der Menschen.

Vielen Dank.

Dr. Werner Remmers

Danke schön, Herr Dr. Barth, für Ihre Information, die Sie uns noch vorgebracht haben. Wir können dann mit der Diskussion beginnen. Ich rufe zunächst den Themenkomplex Arbeit auf.

Dr. Jürgen Warnke

Ich komme aus einer Gegend, in der Tausende von Arbeitnehmern im letzten Jahr ihren Arbeitsplatz verloren haben, zu einem erheblichen Teil durch Niedrigpreiseinfuhren aus der benachbarten tschechischen Republik. Diese Arbeitnehmer streben nicht eine Teilzeitarbeit an, und sie streben nicht eine zeitlich begrenzte öffentlich geförderte Arbeit an, sondern sie wollen Vollzeitarbeitsplätze haben. Und ich glaube, sie haben recht, denn nur mit Vollzeitarbeitsplätzen können wir das Bruttosozialprodukt generieren, das wir brauchen, um unser soziales Netz, unsere Beistandsfähigkeit gegenüber den Ländern im Osten und den Entwicklungsländern und eben auch um Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten.

Und ich hoffe, daß wir für die Zukunft in unseren Aussagen nicht nur Kritik und Ängste ansprechen, sondern auch, wie es der frohen Botschaft entspricht, Mut machen und Zuversicht geben. Das was in Ziffer 4 angesprochen worden ist, daß wir konkret die Arbeitnehmer ermutigen, daß sie Beschäftigung wiedergewinnen können, wenn sie sich der Mühe unterziehen, die es bedeutet, daß man längere Wege zur Arbeit an neue Arbeitsstätten in Kauf nimmt, daß sie die Last einer Umschulung, einer Qualifikation auf sich nehmen, daß sie bereit sind, zu unbequemerer Arbeitszeiten zu arbeiten, denn das steckt ja hinter dem Wort Flexibilität. Und daß wir das anerkennen, diese Bereitschaft, die heute in unserer Arbeitnehmerschaft dafür vorhanden ist.

Und ich bitte um ein Wort der Ermutigung auch für die mittelständischen Unternehmer, die wir brauchen, wenn die Gründungswelle erfolgen soll, die nötig ist, wenn das nicht ein papierenes Wort bleiben soll, sondern in die Wirklichkeit umgesetzt wird, daß Beschäftigung geschaffen wird. Und ich bitte auch um einen Appell an die Selbstverantwortlichkeit. Es ist nicht eine Folge ungerechter Strukturen, sondern mangelnder Solidarität, wenn heute vermögende Mitbürger mit Steuerflucht ins Ausland gehen und dem Staat die Mittel entziehen, die er gerade, wie Frau Rinke es dargestellt hat, braucht. Und es ist sicher auch nicht eine Folge ungerechter Strukturen, sondern mangelnde Solidarität unserer Arbeitnehmer, wenn am Montag und am Freitag bei uns die Krankheitsquoten unangemessen hoch sind.

Pastor Eduard Wörmann

Ich denke, daß wir gerade heute uns, auch im Sinne Sprachrohr der Arbeitslosen zu sein, kurz daran erinnern müssen, daß gestern im Bundestag

das Arbeitslosenhilfegesetz verabschiedet worden ist. Das bedeutet, daß die Arbeitslosenhilfe pauschal jährlich gekürzt wird. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto mehr werden diejenigen, die von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, zu sparen gezwungen. Uns geht es hier um Wege aus der Arbeitslosigkeit. Und ich denke, das muß auch von dieser Veranstaltung sozusagen in Richtung der Arbeitslosen zum Ausdruck kommen, durch gesetzliche Regelung darf die Belastbarkeit, die Leidensfähigkeit der Arbeitslosen nicht weiterhin getestet werden. Ich glaube, daß es hier ganz entscheidend ist, wirklich Ermutigung auszusprechen. Denn Arbeitslose sind Menschen, die arbeiten wollen, die leistungsbereit sind. Und darum meine ich, daß es wichtig ist, an dieser Stelle zunächst einmal ihre Leistungsbereitschaft, ihre Eigenverantwortung zu sehen. Und nichts ist schlimmer, als daß Menschen von vornherein eigentlich nur im Mißbrauchsverdacht gesehen werden. Darum ein Signal der Ermutigung aus dieser Veranstaltung an die Arbeitslosen.

P. Prof. Dr. Anton Rauscher

Ich hoffe, daß wir hier nicht hinter das Bündnis für Arbeit zurückfallen. Ich glaube nämlich, daß das Bündnis für Arbeit eines erreicht hat, daß zum ersten Mal beide, Sozialpartner und die Regierung, an einem Strang ziehen. Und zweitens, daß das Bündnis für Arbeit bereit war, ganz konkret zu fragen, was müssen jetzt für Schritte getan werden, damit wir der Arbeitslosigkeit wirklich entgegenwirken. Ich meine, dieser Realismus und diese Gemeinsamkeit ist jetzt wirklich notwendig. Nicht etwa die Wiederauflegung der Debatte über systemverändernde Elemente. Ich halte das für falsch.

Ich halte es auch nicht für richtig, wenn gesagt wird, soziale Marktwirtschaft sei im Grunde auf reines Wirtschaftswachstum angelegt. Wenn wir uns zurückerinnern, die es erlebt haben, nach 45, dann war das erste eine gerechte Versorgung der ganzen Bevölkerung. Das war das eigentliche Ziel, das Wachstum kam dann in den 60er Jahren hinzu. Insofern meine ich schon, sollten wir trennen zwischen dem, was additiv hinzugekommen ist und was die eigentlichen Grundlagen betrifft.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich hinweisen auf systembedingte Fehlentwicklungen etwa im Umweltbereich und im Armutsbereich. Da kann man sehr unterschiedlicher Meinung sein. Ich erinnere daran, wo sind heute eigentlich die schlimmsten Belastungen der Umwelt? Wo? Ich brauche hier nicht weiter auszuholen. Und ich muß auch hinzufügen im Hinblick

auf die Armut, es ist sicher so, die Aufgabe ist immer größer, als was wir je erreicht haben werden. Auf der anderen Seite möchte ich doch bitten, mir zu sagen, wo denn Armut strukturell und personell, wo der besser begegnet werden kann. Diese Konkretheit auch aus den Erfahrungen, die scheint mir dringend notwendig, wenn die Kirche glaubwürdig die Menschen von heute erreichen will. Wenn ich darüber hinaus ein kurzes Wort zur Familie sagen darf.

Dr. Werner Remmers

Wollen wir es nicht lieber so machen, daß wir das zu dem Block Familie nehmen, weil wir sonst das zu sehr mengen. Danke schön. Herr Greitemann und dann Herr Jansen.

Dr. Günter Greitemann

Darf ich kurz zur Arbeit sagen, daß Arbeit mehr als Erwerbsarbeit ist. Und daß Erwerbsarbeit auch nicht nur abhängig beschäftigte Erwerbsarbeit ist, wie es in dem bisherigen Entwurf abgehandelt war. Zum erwerbswirtschaftlichen Bereich zählen ganz wesentlich die Freiberufler, die Gewerbetreibenden und auch die Landwirte. Was die Arbeit außerhalb der Erwerbsarbeit betrifft, ist zu denken an die private Hausarbeit und die ehrenamtliche Arbeit. Es wäre mit der Minderschätzung der öffentlichen Haushalte nie so weit gekommen, wenn dem nicht die Minderschätzung des privaten Haushalts vorhergegangen wäre. Und es wird beides sich nicht ohne einander wieder aus dieser Misere herausführen lassen.

Im Zusammenhang mit der Arbeit ist ganz wesentlich zu sehen das Wohnen. Im Entwurf ist nur von den Mietwohnungen die Rede. Es ist aber noch bedeutsamer das Wohnungseigentum, das ist eigentlich anzustreben, da hat die Kirche rühmliche Schrittmacher in ihren kirchlichen Siedlungswerken. Davon sollte in der gebotenen Ausführlichkeit und in zentraler Stellung die Rede sein.

Leo Jansen

Ich plädiere dafür, daß wir gerade als Kirchen einen visionären Beitrag zum Bündnis für Arbeit leisten müssen. Das Bündnis für Arbeit ist noch nicht da. Das 50-Punkte-Programm scheint mir noch keine Antwort auf das Angebot der Gewerkschaften zu sein. Die Gewerkschaften selbst – glaube ich –

könnten auch noch gute Hinweise aus den Kirchen gebrauchen, Arbeit ganz neu zu bedenken. Mein Vorredner hat das angesprochen. Arbeit im nächsten Jahrhundert wird anders sein und anders organisiert werden müssen, als Arbeit in den letzten 150 Jahren. Das heißt, wir müssen Arbeit selbst neu verstehen, und wir müssen sie anders organisieren. Das Lohnarbeitssystem in dieser Form geht seinem Ende entgegen, aber es darf nicht so zu Ende gehen, daß ein Großteil der Gesellschaft ausgeschlossen bleibt. Von daher ist sicherlich ein wichtiger Punkt, radikale Arbeitszeitverkürzung und Neudenken von Arbeit.

Deshalb brauchen wir auch mehr Zeit für diesen Prozeß. Die Kirchen haben die Chance, einen gesellschaftlichen Lernprozeß mit zu organisieren, der viele Jahre brauchen wird, und deshalb plädiere ich dafür, in eine zweite und dritte Lesung mit diesem Konsultationsprozeß zu gehen. Wir haben als Kirche die großen Erwartungen geweckt und Menschen ermutigt, mitzureden und mitzudenken. Das dürfen wir jetzt nicht frühzeitig abrechnen. Natürlich muß der Prozeß dann andere Formen bekommen. Wir müssen auch Zwischenformen finden. Da schlage ich vor, in der Phase von zweiter und dritter Lesung, neue religiöse Ausdrucksformen zu finden, wie wir ermutigen können, wie wir auch mitleiden können. Man könnte z. B. heute zwei Minuten schweigen, für die Arbeitslosen, die sich damit auseinandersetzen müssen, was gestern im Bundestag beschlossen worden ist.

Hans-Jürgen van Schewick

Eigentlich würde ich jetzt fast vorschlagen, die zwei Minuten einzulegen, aber dann kommen wir wahrscheinlich mit der Zeit nicht zurecht. Ich möchte zum einen ein Wort aufnehmen, was Bischof Lehmann gestern bei der Einführung gesagt hat, aus der Vorbereitung dieser Veranstaltung und der Konsultation, daß es nämlich sehr schwer ist, daß die Gruppen aufeinander hören. Ich habe gestern zumindest in der Arbeitsgruppe I den Eindruck gehabt und bei der ersten Wortmeldung der Diskussion hier auch wieder, daß das immer noch nicht gelingt. Die Bereitschaft etwa des Wirtschaftslagers zu akzeptieren, daß aus der spezifischen Verantwortung der Kirchen das Wort ‚Augen zu, der Markt wird es schon richten, und weiter so‘ nicht einfach durchgehalten werden kann. Diese Bereitschaft ist nach wie vor nicht da. Und ich meine, etwas mehr Nachdenklichkeit auf diesem Gebiet sei angesagt.

Zweiter Punkt. Vielleicht ist es ein Konstruktionsfehler, daß das Wort heißt, Nachdenken über die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland. Die

Probleme, mit denen wir uns hier rumschlagen, gibt es international in fast allen Industriegesellschaften, und zwar meistens sehr viel gravierender als bei uns. Und wenn es in der Diskussionsgrundlage heißt, Wachstum ist ein institutionalisiertes Ziel unserer Wirtschaftsordnung, dann kann ich nur sagen, dies ist extrem gefährlich. Das war, als 1945 alles am Boden lag, natürlich ein wunderbares Wort. Wachstum war die einzige Möglichkeit, mit der Katastrophe fertig zu werden. Wir haben heute ein sehr hohes Wohlstandsniveau und wenn wir jetzt alles daran setzen, nur bei uns die Dinge in Ordnung zu bringen, ohne darauf zu achten, wie das auf den anderen Märkten in unserer Umgebung sich auswirkt, dann können wir natürlich wachsen, wachsen, bis alles explodiert und in der Umgebung noch mehr Arbeitslosigkeit herrscht. Ob das unser Ziel als Kirche sein kann?

Dr. Werner Remmers

Danke, Herr Schewick. Ich habe jetzt hier einen Antrag zur Geschäftsordnung vorliegen, der folgendermaßen lautet: Bitte zunächst den weiteren Verlauf des Prozesses diskutieren. Wir haben dazu auch einen ganzen Stapel von Wortmeldungen vorliegen, aber ich neige dazu, da wir ja doch noch relativ viel Zeit haben, daß wir noch einen Augenblick an den Sachthemen uns entlangangeln und dann rechtzeitig, darauf können wir ja gemeinsam achten und auch von hier aus, uns die Zeit nehmen, die Frage des weiteren Verlaufs zu diskutieren. Wenn wir jetzt den Verlauf diskutieren, dann kommen wir nicht noch mal in die Sachthemen, das wäre jedenfalls meine Überlegung. Aber ich überlasse die Entscheidung gerne dem Plenum. Mein Vorschlag wäre, daß wir noch bei den Themen bleiben, etwa bis 12.15 Uhr, und daß wir dann den Geschäftsordnungsantrag noch mal aufgreifen und sagen gut, jetzt steigen wir um. Würde das Ihre Zustimmung finden? Ich denke, das ist die Mehrheit. Meine Damen und Herren, wir haben jetzt Wortmeldungen, die übergehen auf den Bereich Marktwirtschaft.

Pfarrer Hans-Gerhard Koch

Zwei Dinge möchte ich dazu gerne sagen. Das eine ist, es ist auch immer im Verlauf der Arbeitsgruppen darüber gesprochen worden, daß es natürlich keine Lösungen auf nationaler Ebene gibt, sondern daß die europäisch oder international nur gefunden werden können. Ich erlebe diese Aussage aber auch immer wieder als ein Stück Hilflosigkeit und Flucht vor der Verantwortung. Das geht ja sowieso nicht. Ich möchte dem zwei Dinge gern entgegenstellen.

Erstens, es gibt ja Äußerungen auch aus dem kirchlichen Bereich zu europäischen Standards. Und ich denke, es sollte in einem Wort, in einem deutlichen Wort auch auf diese Standards, die es bereits gibt, hingewiesen werden.

Und das zweite ist, es gibt ja international auch schon Standards, auch schon Übereinkünfte, z. B. der internationalen Arbeitsorganisation. Was denn international gesehen menschenwürdige Arbeit ist, auf so etwas sollten wir hinweisen und überlegen, ob wir nicht gerade von den Kirchen aus mit unserer internationalen Vernetzung Schritte gehen könnten, sowas mit einer Art weltweiten Sozialfriedensbewegung auszudrücken. Ich denke, was Greenpeace kann, könnten wir vielleicht ja auch.

Ein weiterer Punkt. Herr Warnke hat richtig gesagt, daß es auch auf die Situation der Menschen in den Betrieben ankommt, nicht nur auf die Situation der Menschen, die ihre Arbeit verloren haben. Das wäre mir auch wichtig, daß die sich in einer Endfassung des gemeinsamen Wortes wiedererkennen können, und nicht sagen, wir kommen da gar nicht vor. Da gibt es nicht nur Drückeberger, es gibt auch sehr viel Kreativität und Solidarität. Es gibt allerdings auch sehr viel Angst, Spaltung und Entsolidarisierung. Ich werde hier noch eine Stellungnahme des ökumenischen Betriebsrätebeirates aus Nürnberg übergeben, in der das die Betroffenen selber sagen. Ich denke, das sollte nicht untergehen.

Dr. Werner Remmers

Danke schön. Ich habe jetzt weitere Wortmeldungen zu diesem Komplex, der sich allerdings etwas ausweitet, wie wir schon merken, und zwar zunächst Herr Lochmann, und dann möge sich bitte schon bereithalten Herr Grünwald.

Pfarrer Dr. Ulrich Lochmann

Ich möchte auf einen speziellen Punkt hinweisen: Rüstungsproduktion. Ich erhoffe mir, und ich glaube, ich spreche für viele, daß das neue Papier eine Entwicklung unterstützt, weg von einer Friedenspolitik mit Waffen und Rüstung hin zu einer Friedenspolitik, die den Ausbau ziviler Friedensdienste fördert und davon lebt. Sie wissen vielleicht, daß im Laufe des Februars im Bundestag darüber entschieden werden soll, ob, soviel ich weiß, 20 Mio. DM bereitgestellt werden für die Aufstellung von Gruppen gewaltfreier Friedensarbeiter. Zunächst für einen Einsatz in Bosnien. Wir sollten dies in

unserem Papier und auch sonst begrüßen. Denn abgesehen von einer neuen Entwicklung in unseren Friedensaktivitäten beinhaltet es auch Möglichkeiten, neue zukunftssträchtige gute Arbeitsplätze zu schaffen, für eine große Zahl jüngerer und auch älterer Menschen, die sich seit Jahren in Friedensaktivitäten zum Teil mit erbärmlichen Zeitverträgen usw. engagieren und für die hier eine gute gesicherte Existenzgrundlage geschaffen werden könnte und zwar in großer Zahl.

Josef Grünwald

Ja, ich möchte die Frage aufgreifen, die Frau Rinke dargelegt hat. Die Frage, was ist soziale Marktwirtschaft. Diese Frage stellt sich nahezu jeder Bürger der neuen Bundesländer, weil sie dort eben ein ganz anderes System kennenlernen, nämlich das System, was ihnen vorher die Kommunisten, die Marxisten dargelegt haben. Sie erleben es sehr häufig, daß sich dort in den neuen Bundesländern ein Kapitalismus breit macht, wie er von den Kommunisten propagiert worden ist. Und das kann es und das darf es nicht sein. Das heißt also, wir haben selbstverständlich auch in den Werkstätten und in einer Werkstatt darüber diskutiert, daß die soziale Marktwirtschaft einer ständigen Reform bedarf. Und unsere Aufgabe ist es, mit aller Macht, mit allen Mitteln darauf zu drängen, daß diese soziale Marktwirtschaft neu definiert wird und daß sie einer Reform unterzogen wird. Darunter verstehe ich z. B. auch, daß wir Unternehmer fragen, wie halten Sie es in Ihrem Unternehmen mit der sozialen Verantwortung? Sind Sie bereit, auf Profit zu verzichten, um einige Arbeitnehmer in dem Unternehmen doch zu halten und nicht zu entlassen? Da müssen wir auch sehen, daß wir positive Beispiele, die es durchaus gibt von Unternehmern, herausstellen und solche Unternehmer ermutigen.

Das zweite, was ich herausstellen möchte: in der christlichen Soziallehre spielt das Genossenschaftswesen eine wesentliche Rolle, und wir sollten uns fragen, ob nicht die Wiederbelebung des Genossenschaftswesens auch dazu beitragen kann, daß das Problem der Arbeitslosigkeit zumindestens positiv angegangen werden kann, oder daß man nach Wegen sucht, die gibt es, aber sie müßten gefördert werden.

Reinhard Kuhlmann

Im Rahmen der Presseberichterstattung zu dieser Berliner Konsultation wurde Bischof Lehmann zitiert. Bischof Lehmann hat sinngemäß ausge-

führt: Dieser Konsultationsprozeß, den die Kirchen angestoßen haben, ist eine der gesellschaftlichen Grundlagen für das Bündnis für Arbeit. Ich arbeite bei der IG Metall in Frankfurt und möchte die Aussage von Bischof Lehmann ausdrücklich unterstützen. Das Bündnis für Arbeit wäre in einem gewissen Sinne undenkbar, wenn alle Beteiligten in ihren Schützengräben verharrten und bei der gesellschaftlichen Analyse der katastrophalen Situation der Massenarbeitslosigkeit mit dem Finger immer nur auf den jeweils anderen zeigen und ihren eigenen Beitrag vorenthalten. Und ich denke, daß die Kirchen gut daran tun, nicht nur um Orientierung zu ringen, sondern jeden, der einen Beitrag leistet, auch daran zu messen, was ist er denn selber bereit, einzubringen in diesen Dialog, und wie ist er bereit, sein eigenes Handeln zu überprüfen und sein eigenes Handeln zu verändern. Und ich denke, daß nur diejenigen legitime Beiträge leisten, die aus ihren eigenen Schützengräben hinaustreten und die Hand des Dialoges und die Hand des jeweils anderen in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung aufnehmen. Und ich denke, daran fehlt es in dieser Gesellschaft bis zum heutigen Tag. Ich möchte das gerne an einem Punkt deutlich machen, an der Frage nach der Marktwirtschaft und ihrem Verhältnis zum Bündnis für Arbeit.

In der Tat ist es aus unserer Sicht eine halbwegs akademische Frage, ob es ausreicht, die Marktwirtschaft zu reformieren, oder ob wir ein anderes System brauchen. Wenn wir in der Lage sind zu begreifen, daß die soziale Marktwirtschaft in der konkreten Verfassung, wie sie hier und heute ist, die Leistungen, die wir von ihr erwarten, nicht erbringt, dann sind wir schon ein kleines Stück weiter. Und dann steht die Frage nach der Reform der Marktwirtschaft als ernstes politisches Projekt auf der Tagesordnung. Und ein Stück Reform der Marktwirtschaft ist auch dieses Bündnis für Arbeit, in dem Sinne nämlich, daß die IG-Metall gesagt hat, wir können nicht alle Leistungen dieser Welt, insbesondere nicht die Leistung der sozialen Gerechtigkeit und der Beschäftigung alleine über den Markt erreichen. Wir brauchen jenseits des Marktes Verabredungen über soziale Gerechtigkeit. Und wir müssen uns darüber klar sein, daß es auch Verabredungen sind, die dem Markt Grenzen aufzeigen. Markt unregelt und verabsolutiert, zerstört seine eigenen Grundlagen, und er zerstört die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung. Unser Vorschlag einer gesellschaftlichen Verabredung setzt die Marktwirtschaft nicht außer Kraft. Aber für bestimmte Bereiche reicht der Markt nicht aus, z. B. für eine Verabredung über soziale Gerechtigkeit, für eine Verabredung über Lohnpändung und für zusätzliche Arbeitsplätze. Und, Brüder und Schwestern, die Antworten, die auf dieses Bündnis für Arbeit gekommen sind, sind außerordentlich vielschichtig. Da sind auch die,

die das Bündnis für Arbeit nur als Etikette, als äußere Beschreibung, als ein Marketinginstrument nutzen und ihre alte Politik unter dem Deckmantel eines Bündnisses für Arbeit fortsetzen. Und ich sage, dies ist mit der ausgestreckten Hand des Bündnisses für Arbeit völlig unvereinbar. Wir warten auf die Annahme der ausgestreckten Hand von der anderen Seite, d. h. von den Arbeitgebern, und wir warten auch auf die Annahme dieser Hand seitens der Bundesregierung.

Es ist eben darauf hingewiesen worden, in den beiden Tagen, in denen wir hier um das Wort ringen, wird anderswo entschieden, wird anderswo gehandelt. Der Kampf gegen die Arbeitslosen ist wieder eine Schraube weiter gedreht worden, gestern, mit der Veränderung des Arbeitslosengeldes. Dies ist mit dem Bündnis für Arbeit nur ganz schwer vereinbar. Und wenn wir einen Teilerfolg erzielt haben, daß aus der 5 %-Absenkungsquote nur noch 3 % geworden sind, aber meine Damen und Herren, dann ist das ein Schritt in die richtige Richtung, aber keine Einlösung eines Bündnisangebotes und auch kein eigener Beitrag.

Gerd-Jürgen Weber

Mein Name ist Gerd-Jürgen Weber. Ich grüße Sie aus Leipzig. Ich bin einer derjenigen, die seit dem 1. Januar betroffen sind von dem, worüber wir hier reden, diskutieren. Nebenbei bin ich engagiert im Sozialkammerausschuß der EKD für Arbeitslosigkeit, seit meiner Zeit als Betriebsratsvorsitzender eines medizintechnischen Betriebes, der eingegangen ist. Wir hatten uns dann eine Beschäftigungsgesellschaft ertrotzt, die nun auch schon seit einem Jahr eingegangen ist, wegen der Kürzungen und natürlich auch wegen der Konzentration der Mittel, die in diesem Bereich eingesetzt werden, und es sollte daraus ja auch etwas Vernünftiges werden. Es sind Arbeitslose geworden. Das ist sicher auch etwas Vernünftiges. Seit der Zeit bin ich dann noch in ein Projekt hineingeraten, was wir selbst andiskutiert hatten, in ein vereinigungswürdiges Projekt für alle Bundesländer zur Beratung von Arbeitnehmern. Ein Modellprojekt, das bis zum 31.12.1995 finanziert worden ist. Zur Selbsthilfefindung von Arbeitslosen. Wir wollten in den Beratungen modellhaft aufzeigen, wie sich Arbeitnehmer in Zielrichtung bewegen. In diesen Beratungen ist immer wieder als Ergebnis gekommen: Ja, wir wollen ja arbeiten. Wir wollen alles auf uns nehmen, aber, und das zeigt die Arbeitslosenquote von teilweise 25 % bis 30 % in strukturschwachen Regionen des Ostens, wir finden im näheren und fernen Umkreis keine Arbeit. Wir haben auch Projekte beraten, die sich selbst tragen. Vereine, die auch

mit den Kürzungen relativ oft zu tun haben. Und sie haben gesagt, wenn du dahin fährst nach Berlin, jetzt als Arbeitsloser, der das ja ganz gut versteht, der sich auch darum kümmert, daß sein Projekt für Sachsen neu initiiert wird, der also da dran bleibt, dann geh einfach rein und sage, daß Kirche in Wahrnehmung ihrer Verantwortung sich einmischen soll in diesen Kürzungsprozeß. Daß sie Ungerechtigkeiten anmahne, daß sie aber auch Ermutigungen weiterbringe, bring das rüber und grüße aus Leipzig und aus Sachsen.

Dr. Werner Remmers

Herzlichen Dank. Ich möchte jetzt gerne der Absprache entsprechend eine Wortmeldung annehmen vom Podium, nämlich von Herrn Vizepräsident Dr. Barth, der sich gemeldet hat. Bitte sehr!

Vizepräsident Dr. Hermann Barth

Die bisherige Schwerpunktsetzung in unserer Aussprache hat mich ein wenig nachdenklich gemacht. Ich kann mich nicht ganz dabei beruhigen, daß es einfach nur die Reihenfolge der Arbeitsgruppen ist. Ich habe mit großer Aufmerksamkeit in der Auswertung der Eingaben zur Kenntnis genommen, daß bei den 50 mal und öfter benannten Schlagworten und bei den besonders häufig angesprochenen Kapiteln die Themen Ökologie und internationale Gerechtigkeit ganz weit unten rangieren und daß auch bei den Anmeldungen für die Arbeitsgruppen die Arbeitsgruppe Arbeitslosigkeit mit Abstand die größte und die zur internationalen Gerechtigkeit die kleinste gewesen ist. Wenn mir jemand vor fünf oder zehn Jahren gesagt hätte, daß in einer solchen kirchlichen Forumsveranstaltung diese Gewichtung stattfinden würde, hätte ich es nicht geglaubt. Ich verstehe, daß uns das Hemd näher ist als der Rock. Aber ich habe die große Bitte, daß wir im Blick auf die Prioritäten, die wir setzen, die Fragen, die für die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftens nach meiner Überzeugung weiterhin fundamental sind, nicht so weit hinten anstellen. Und daß wir ein wenig mehr Intensität entfalten, um diese Fragen vor den gewiß bedrängenden Problemen von Arbeit, Arbeitslosigkeit und Sozialstaat nicht in den Hintergrund treten zu lassen.

Zweite Bemerkung zu den Fragen, die zur Marktwirtschaft oder zur sozialen Marktwirtschaft geäußert worden sind. Ich denke, ganz gleich wie man die Systemfrage im einzelnen beantwortet, der springende Punkt der Idee der sozialen Marktwirtschaft war immer, daß Solidarität, Gerechtigkeit und

Barmherzigkeit zum Systemelement werden, daß sie in Mechanismen, in Strukturen übersetzt werden. Und das ist in der Tat etwas, was wir hier einklagen, gestern sehr stark eingefordert haben. Ich möchte aber auf einen Punkt aufmerksam machen, der dabei nicht in Vergessenheit geraten darf. Über die Strukturen und Mechanismen hinaus braucht es eine moralische Kraft all derer, die in diesem System tatsächlich handeln. Ob als Arbeitnehmer, als Arbeitgeber, ganz egal wo. Ich denke, daß Gemeinsinn über das, was Strukturen leisten können hinaus, tagtäglich gefordert ist. Ich glaube, ohne daß ich mich als Kirche in diese Ecke von Wertsetzungen, Wertbegründung abdrängen lassen will, daß das eine bleibende und dringliche Aufgabe gerade der Kirchen und Christen ist, an diesem Punkt dafür zu sorgen, daß der Gemeinsinn in unserem Lande nicht stirbt, sondern stark bleibt und wächst.

Dr. Werner Remmers

Danke schön, Herr Dr. Barth. Meine Damen und Herren, sind Sie damit einverstanden, wenn ich jetzt noch eine Wortmeldung aufrufe speziell zu Arbeit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit? Und daß wir dann noch einen Schritt weitergehen, zumal sich zum Abschluß auch Bischof Homeyer noch mal zu dem Komplex Arbeit äußern möchte und ich ihn dann zwischendurch drannehme, denn sonst können wir die anderen Punkte, die hier noch aufgelaufen sind, also auch Ökologie, Armut, darauf ist ja gerade auch von Herrn Dr. Barth zu Recht hingewiesen worden, nicht mehr aufrufen. Sind Sie damit einverstanden? Also dann bitte ich noch Herrn Feiler, das Wort zu nehmen, und dann gebe ich Herrn Bischof Homeyer das Wort und dann gehen wir zu den weiteren Punkten.

Anton Feiler

Ich möchte die Feststellung machen, daß die Summe der betriebswirtschaftlichen Politik der deutschen Unternehmen nicht gleich der Summe der staatlichen Volkswirtschaftspolitik ist und damit eine Antwort versuchen auf die Frage, was ist denn soziale Marktwirtschaft. Ich zitiere Ludwig Erhardt: für Erhardt ist der Verbraucher, und das ist jeder vom Baby bis zum Greis, vom Obdachlosen bis zum Nobelpreisträger, vom Ärmsten bis zum Reichsten derjenige, dem die Volkswirtschaft zu dienen hat. Dadurch, daß sie wirklich allen zu dienen hat, auch den Nichtarbeitenden, ohne Rücksicht auf partikulare Interessen, verdient diese Marktwirtschaft die Bezeichnung sozial. Einen Satz dazu als Vergleich: wie es fast unangefochten einen

sozialen, einen zweiten Wohnungsmarkt gibt, also einen öffentlich gestützten Wohnungsmarkt, weil nicht jeder auf dem gewerblichen sogenannten ersten Wohnungsmarkt zu einer Wohnung kommt, so müßte es doch logischerweise bei der zunehmenden Arbeitslosigkeit auch einen öffentlich gestützten, sprich einen zweiten Arbeitsmarkt geben, solange der erste Arbeitsmarkt nicht möglichst vielen Menschen Arbeit und Beschäftigung gibt. Erst eine sinnvolle Beschäftigung ermöglicht neben der materiellen Sicherung auch und letztendlich die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. So gesehen ist es sehr wohl Aufgabe einer Volkswirtschaftspolitik und einer sie begleitenden Sozialpolitik, alles zu tun, daß sich unsere Gesellschaft nicht auf Dauer in einen 2/3 Arbeit habenden und in einen 1/3 keine Arbeit habenden Anteil aufspaltet. Somit hätten wir nämlich eine neue Klassengesellschaft. Und hier eine letzte Bemerkung dazu. Das verstärkt zunehmende Ungleichgewicht der beiden Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit gefährdet die bisherige Partnerschaft in der Tarifpolitik und somit den sozialen Frieden.

Bischof Dr. Josef Homeyer

Verehrte Schwestern und Brüder, vielen Dank für diesen ersten Teil, den ich hilfreich für alle finde, die sich mit der Vorbereitung des künftigen Wortes befassen müssen, auch wenn wir nicht alle angesprochenen Fragen allein dem künftigen Wort überlassen sollten, so zum Beispiel, was die Ermutigung für die Arbeitslosen angeht. Ich selbst habe mir immer eingebildet, über Arbeitslosigkeit etwas Bescheid zu wissen und sie auch genügend ernst zu nehmen, habe das aber erheblich revidieren müssen, als ich wiederholt Gelegenheit hatte, mit Arbeitslosen selbst ausführlich zu sprechen. Ich würde es für unerhört wichtig halten, daß unsere Gemeinden mehr solche unmittelbaren Erfahrungen machen mit Arbeitslosen selbst. Ich bin sicher, wenn uns dies gelingen würde, hätten wir alle die Möglichkeit, uns gemeinsam zu sensibilisieren und unmittelbar auf die Arbeitslosen zuzugehen. Das Wort kann diese Erfahrung nicht ersetzen. Gleichzeitig wäre dies ein Anstoß für die Verantwortlichen, die Lage der Arbeitslosen ernster zu nehmen.

Das zweite, was ich sagen möchte: Es ist richtig, wir müssen die Arbeit neu definieren, wir müssen sie vor allem neu organisieren. Auch darüber müssen wir alle zusammen auf allen Ebenen intensiver nachdenken. Ich weiß nicht, was bei Ihnen alles mitschwingt bei dem Wort „Arbeit neu definieren“. Wir müssen die Einschränkung von Arbeit auf gewerbliche Arbeit, auf

bezahlte Arbeit ganz sicher auflösen, aufbrechen. Aber es bedarf meines Erachtens noch eines gründlichen Prozesses der Meinungsbildung. Wie halten wir es denn mit der gesellschaftlichen Arbeit, mit der nichtgewerblichen Arbeit? Wie wollen wir dieser denn eine größere Akzeptanz vermitteln? Soll das allein durch Geld geschehen? Wie soll das geschehen? Ist der ehrenamtlichen Arbeit insgesamt, ohne die unsere Gesellschaft ja wohl nicht existieren kann, nicht ein größerer Stellenwert in unserem Denken, nicht nur hinsichtlich der Finanzierung einzuräumen? Hier weiterzudenken, möchte ich einfach dringend bitten, und es nicht allein dem künftigen Wort zu überlassen, das ohnehin keine Zauberformel finden kann.

Das letzte hat Bruder Barth schon gesagt, was mir die letzte Stunde ebenfalls durch den Sinn gegangen ist. Ich glaube, wir haben eindrucksvoll von Frau Rinke gehört, wie weit es mit der inneren Einheit bei uns steht. Aber ich bitte auch dringend, daran zu denken, daß es um drei Einigungsprozesse geht, nicht nur um den deutschen. Der deutsche ist ja nur möglich und verantwortbar, indem er eingegliedert ist in den europäischen Einigungsprozeß. Und dies bedeutet, daß die Einbindung der mittel- und osteuropäischen Länder bei uns mitbedacht werden muß. Und wer die Gelegenheit hat, Menschen in diesen Ländern kennenzulernen und plötzlich erfährt, was 40, 60, 80 Jahre real existierender Kommunismus bewirkt haben, daß nicht nur sämtliche Strukturen kaputt sind, sondern auch die Menschen selbst und daß man dort mit einer gewissen Bewunderung und Neid hinguckt auf Deutschland, auf Ostdeutschland ob der eigenen Möglichkeiten in diesen Ländern. Ich glaube, wir müssen bei unseren Lösungen die Lage der Menschen der Arbeitslosen in den mittel- und osteuropäischen Ländern und auch in den Ländern der dritten Welt mitbedenken. Darum möchte ich Sie herzlich bitten.

Dr. Werner Remmers

Herzlichen Dank, Herr Bischof. Ich möchte jetzt vorschlagen, daß wir uns noch dem Komplex Armut und in Verbindung damit auch dem Sozialstaat, weil dazu einige Wortmeldungen vorliegen, wenigstens in der uns noch zur Verfügung stehenden Zeit widmen und ich bitte hier der Wortmeldeliste entsprechend zunächst Frau Join-Lambert das Wort zu nehmen und dann Herrn Groß.

Mascha Join-Lambert

Ich habe mir als gute Protestantin einmal die Mühe gemacht, die Reden von Pastor Friedrich von Bodelschwingh, die er hier in diesem Hause, im Preußischen Landtag vor 100 Jahren gehalten hat, durchzulesen. Er klagt darin nicht nur in sehr eindringlichen Worten die Not der damals Ärmsten und ihrer Familien an, er macht auch Vorschläge, wie kapitalfördernd und damit zukunftsfördernd für diese Menschen gehandelt werden könnte, indem er z. B. auch die Eigenheime einforderte. Was mich aber nachdenklich gemacht hat beim Durchlesen dieser Reden, ist, daß heute, 100 Jahre später, nach 100 Jahren Arbeiterbewegung, christlicher Sozialethik, Sozialstaat und staatlicher Sozialpolitik wir eigentlich wieder soweit sind, daß die Ärmsten unter uns nicht selber mitsprechen und mitreden können, sondern daß sich immer nur ein paar Menschen finden und das sind sehr wenige, die für sie sprechen müssen und die sich mit ihnen auch in Form gemeinsamer Zukunftsfindung auseinandersetzen. Wenn wir wollten, könnten wir das viel weiter in die Geschichte zurückverfolgen, daß eben die Armen selber nie auch mitsprechen konnten, und daß wir Armutsbekämpfung auch nie so angegangen sind, daß wir den Armen in ihren eigenen Vorschlägen und Vorstellungen, in ihrem eigenen Denken gefolgt wären. Ich möchte einfach einladen, daß sich in diesem Prozeß, der jetzt zustande gekommen ist, ein paar Menschen finden, die in diesem Sinne, neben der Betreuung und Versorgung, auch mit den Armen Zukunft zu gestalten bereit sind.

Helmut Groß

Es wird im bisherigen Konsultationsprozeß deutlich, daß es ganz schwer ist, verschiedene Erfahrungen von Wirklichkeit einander anzunähern oder sich gegenseitig zu vermitteln, von einer sozialen Schicht zur anderen, von einer geographischen Region zur anderen. Es ist fast unmöglich, die gleiche Welt wahrzunehmen. Der erste Diskussionsbeitrag heute kam für mich aus einer anderen Welt, als ich sie erlebe. Ich erlebe nicht Arbeitslose, die das soziale Netz zur Hängematte mißbrauchen, sondern ich erlebe Arbeitslose, die jede nur sich bietende Gelegenheit ergreifen, um Arbeit zu bekommen. Und ich erlebe Arbeitende, die Sonntag früh 3.00 Uhr ihre Familie verlassen, in die Nähe von Nürnberg, Erlangen, München oder an den Bodensee fahren, am Donnerstag, Freitag oder Sonnabend zurückkommen, da zum erstenmal wieder ihre Kinder sehen und sich glücklich preisen, jemanden zu haben, der sich um diese Kinder kümmert, denn manchmal sind es beide Ehepartner, die das tun.

Die Wirklichkeit, die Herr Warnke wahrnimmt, nehme ich nicht wahr. Und deshalb muß der Versuch gemacht werden, die Spaltung unserer Gesellschaft, die bereits eingetreten ist, die auch eine Wahrnehmungsgrenze darstellt, zu überschreiten. Daraus folgen für mich zwei Erwartungen. Einmal an den Konsultationsprozeß selber. Ich bin verblüfft, daß ich vorhin höre, daß die Gemeinden die Arbeitslosen kennenlernen, mit ihnen reden sollen. Unsere Gemeinde in Thüringen sind die Arbeitslosen. Und wenn ich von der Bibelstunde, die ich vergangenen Montag gehalten habe, die Arbeitslosen abziehe, dann bleiben mir ein paar Rentner, ein paar Vorruehändler, also verdeckte Arbeitslose, eine Handvoll Jugendliche und drei, vier Überforderte, die sich gerade noch aufgemacht haben, um dabei zu sein, weil sie ohne das biblische Wort nicht leben können. Also auch hier eine Wahrnehmungsgrenze.

Wir sollen versuchen, das Zeugnis der Betroffenen auch in der Versammlung wie dieser – ich bin dankbar für die Grüße aus Sachsen, ich wünschte mir, es wären nicht die einzigen gewesen – in solche Versammlungen hineinzubekommen. Es ist offenbar unmöglich, die Wirklichkeit des anderen wahrzunehmen, wenn ich mit 4.000, 6.000 oder 8.000 Mark regelmäßig rechnen kann und weiß, daß Besitzstandswahrung das mir auch in Zukunft zusichert. Natürlich wird mir ein bißchen schwül, wenn ich sehe, wie die Wirtschaft sich entwickelt. Es ist scheinbar unmöglich, von einer Seite aus die andere wahrzunehmen. Ich denke, wir müssen im Fortgang des Konsultationsprozesses – Gott möge verhüten, daß er zu Ende ist – sehr viel stärker die Betroffenen einbeziehen. Denn einmal haben die Zeugnisse der Betroffenen die Wirklichkeit der DDR-Verbände verändert. Ich wünsche mir Zeugnisse der Betroffenen, die diese Bundesrepublik Deutschland verändern, weil sie endlich die Wahrnehmungsgrenze durchbrechen und es möglich machen, daß ich sehe, wo ich wirklich lebe.

Zweitens erwarte ich sehr viel mehr von den Medien, als bisher von den Medien auf diesem Felde erledigt werden konnte. Nicht Extremmeldungen, nicht Spitzenbeschreibung, Bonn und Umgebung ist nicht Deutschland, sondern Teilhabe an der Existenz derer, die längst auf der anderen Seite sind und die Hoffnung aufgegeben haben. In meinem Land lebt die Mehrzahl der Leute, die Jahrzehnte lang Objekt anonymer politisch-ideologischer Mächte gewesen sind. Sie erleben sich jetzt als Objekt anonymer wirtschaftlich-ideologischer Mächte. Und das kann nicht so bleiben. Und deshalb wünsche ich mir, daß die Medien hier anders verfahren als bisher. Ich wünsche mir Analysen aus eigener Erfahrung. Ich wünsche mir Korrespondenten und Journalisten, die Existenz teilen vor Ort. Nicht die Käuflichkeit, sondern die

Wirklichkeit soll das Ziel der Bemühungen sein. Ich wünsche mir Leute, die nicht nur, wie ehemals Wallraff – längst offenbar schon vergessen –, teilhaben an dem, was in Deutschland an Zerstörung der Lebensgrundlagen ökologisch, geographisch, aber auch psychologisch vorgeht und davon reden, wie einem dort zumute ist. Ich wünsche mir das nicht in einem Artikel oder zwei, sondern in Analysen, die auch die andere Seite erkennbar machen. Denn Armut versteckt sich, und Reichtum versteckt sich. Und daß die Reichtumsanalyse fehlt, ist kein Zufall. Hier sind Abwehrmechanismen im Gange. Sie sind zu zerstören, indem die Betroffenen zu Wort kommen und die Medien in die Wirklichkeit hinuntersteigen.

Karl Nothof

Ich kann da nahtlos anschließen an das Gesagte. Wer die letzten zwei Tage nicht nur mit dem Bus zum Tagungsort und zum Hotel gefahren ist, sondern die Möglichkeit genutzt hat, durch die Straßen zu gehen, konnte alle paar Meter genau der Personengruppe in concreto begegnen, die soeben genannt wurde. Und deswegen glaube ich und man sollte nicht so tun, als sei das nur ein Problem, das die neuen Bundesländer betrifft, sowohl die Armut als auch der Reichtum sind in den alten Bundesländern genauso ausgeprägt wie hier. Und da haben wir ein gemeinsames Ziel, und deswegen glaube ich, daß bei den genannten Optionen im Entwurf die Nagelprobe sein wird, wie wir die Option für die Schwachen definieren. Daß wir hier ganz konkret sagen, wen wir meinen und da müssen wir auch die Dinge beim Namen nennen. Und da müssen wir auch Dinge entlarven, neue Wortschöpfungen, die da heißen Freistellung und Deregulierung. Seit dieser Woche ist ein neues Wort dazugekommen, Restrukturieren. Das heißt doch für die Betroffenen Entlassungen und damit millionenfache Arbeitslosigkeit. Das heißt Abbau von Schutzrechten und Abbau von notwendigen sozialen Leistungen und nicht bei denen, die es verkraften könnten, sondern bei denen, die jetzt schon wenig haben. Es findet täglich eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben statt. Das ist unser Problem, und das müssen wir beim Namen nennen, wenn es um Armut und Sozialstaat geht.

Und das heißt dann auch, deutlich zu machen, daß die Betroffenen dann Kirche erfahren als jemand, der ihnen Zukunftsperspektiven vermittelt. Es ist ja schon erstaunlich, wenn sich auf katholische Veranstaltungen Arbeitslose verirren oder möglichst ein Armer oder eine Arme, dann sind wir ganz perplex, daß so Leute überhaupt noch Erwartungen an uns haben. Wer täglich mit ihnen redet, erfährt und macht das Erlebnis, daß sie außer von der Kir-

che sonst von niemandem mehr was erwarten. Und da denke ich, sind wir im Wort, und das heißt, da müssen wir deutlich sagen, daß soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit insbesondere weder kostenlos noch kostenneutral zu haben sind. Da müssen wir deutlich sagen, wenn das Ziel ist soziale Gerechtigkeit, dann müssen wir deutlich sagen, daß es da, rein finanziell gesehen, Verlierer und Gewinner geben muß. Und rein finanziell gesehen, werden die Verlierer die sein, die heute feste, gut bezahlte Arbeitsplätze haben, Einkommen aus Tantiemen oder sonstigen Leistungen, und die Gewinner müssen die Personengruppen sein, über die wir jetzt geredet haben. Und das sage ich ganz offen. Ich werde zu denen gehören, die finanziell bezahlen müssen. Und ich kann das auch. Ich bin nicht Rockefeller, aber wenn mein Bruder, der vier schulpflichtige Kinder hat und als Maurer mit einem guten Stundenlohn arbeitet, im Grunde genommen Anspruch auf Sozialhilfe hat, dann ist was faul in dieser Gesellschaft, dann ist der Reichtum, die Arbeit und das Einkommen falsch verteilt, und das müssen wir in dem Wort deutlich machen. Wir müssen uns zum Sprachrohr für die machen, die im Augenblick in der politischen Diskussion keine Lobby haben. Das ist eine vornehme Aufgabe, die wir als Kirche wahrnehmen müssen. Und dazu möchte ich wirklich ermuntern, daß wir das tun.

Dr. Werner Remmers

Ich habe jetzt hier noch eine Wortmeldung von Herrn Reuter.

Dr. Norbert Reuter

Meine Bemerkung paßt eigentlich ganz gut hier rein. Der Konsultationsprozeß und auch das, was wir heute morgen gehört haben, läuft ja eigentlich unter der Prämisse ab, daß die Finanzierungsspielräume in Deutschland kleiner werden und daß es deswegen eigentlich auch ganz notwendig und logisch ist, daß an vielen Ecken gespart werden muß. Die Frau Rinke hat das auf kommunaler Ebene sehr deutlich gemacht. Dort bestehen die Finanzierungszwänge und auch für die Kirche ist das sicherlich eine sehr erfahrbare Wahrheit. Nur, was mich auf der anderen Seite irritiert, ist, wenn man sich die volkswirtschaftlichen Daten ansieht, dann ist es einfach so, daß in Deutschland in der Vergangenheit noch nie ein so großes Sozialprodukt pro Kopf erwirtschaftet worden ist wie etwa 1995 gegenüber 1980, um das noch mal deutlich zu machen. Gegenüber 1980 ist das Sozialprodukt pro Kopf inklusive der neuen Bundesbürger in den neuen Bundesländern um 10% höher als noch 1980. Deswegen ist es mir nicht ganz einleuchtend, von die-

ser Prämisse auszugehen, die Finanzierungsspielräume werden kleiner, wir müssen an allen Ecken und Kanten sparen. Meines Erachtens macht diese Sache sehr schön deutlich, daß wir es bei abnehmenden Wachstumsraten zunehmend mit einem Verteilungsproblem zu tun haben.

Und lassen Sie mich auch noch den Bogen schlagen zur internationalen Welt, d. h. also, es müßte wesentlich mehr darauf geachtet werden, wie wir mit unserem jährlich produzierten Wohlstand auf sehr hohem Niveau, wie wir damit sozusagen haushalten und auskommen und sozusagen den Menschen in der Dritten Welt auch eine Entwicklungschance lassen. Und das heißt eigentlich, daß wir uns wesentlich mehr damit beschäftigen müßten, wie wir den vorhandenen sehr hohen Reichtum, den wir in Deutschland erreicht haben, wie wir das so verteilen, daß letztendlich alle daran partizipieren könnten und wenn Sie sich die makro-ökonomischen Daten ansehen, ist es so, daß eine vernünftige Verteilung für jeden ein extrem gutes Auskommen ermöglichen würde.

Dr. Werner Remmers

Ich würde jetzt vorschlagen, daß wir das Stichwort Familie kurz aufrufen, da liegen zwei Wortmeldungen vor. Wenn wir die knapp behandeln können, dann können wir die Fragen der Ökologie noch aufgreifen, wenn wir uns noch ein paar Minuten über 12.15 Uhr hinaus gestatten.

Bernhard Jans

Ich habe einige kurze Anmerkungen zum Thema Familie. Es gilt ja nachzufragen, inwieweit in unserer Gesellschaft ein Lebensentwurf mit Kindern noch zum normalen Programm gehört, noch getragen und unterstützt wird. Sechs kurze Anmerkungen, die auch Bezug nehmen auf die Diskussion gestern in unserer Arbeitsgruppe.

Punkt 1, Familienerwerbstätigkeit. Ich denke, für Familien ist nicht nur das Thema Arbeitslosigkeit ein Problem, sondern auch das Thema Arbeit. Die Frage lautet: Wie weit ist in unserer Arbeitswelt die Möglichkeit noch vorhanden, daß Mütter, Väter und Kinder, Beruf und Familie miteinander vereinbaren können? Die Bedingungen sind derzeit nicht so. Wir haben nicht ausreichend familienorientierte Modelle im Bereich Arbeitszeit, im Bereich Sicherung des Familieneinkommens und auch nicht im Bereich der familienunterstützenden Betreuung von Kindern.

Der Punkt zwei: Familie und Wohnen. Ich glaube, ich brauche die Problemlage nicht zu beschreiben. Hier geht es eigentlich darum, daß wir auch Vorreiter sind in der Schaffung bezahlbaren familiengerechten Wohnraums. Ob Eigentum, ob Mietwohnung oder ob sozialer Wohnungsbau, das mag dahingestellt sein. Aber hier müßten wir in eine Vorreiterrolle stärker eintreten.

Der Punkt drei: familiengerechtes Einkommen. Ich glaube, es ist nicht nur eine Behauptung, das läßt sich mit vielen Zahlen belegen, daß die derzeitigen Modelle der Familienunterstützung und der Familienförderung kein gerechtes Familieneinkommen sichern. Das Bundesverfassungsgericht hat selbst mehrfach darauf hingewiesen, und das, was wir jetzt haben, mag zwar kosmetisch schön aussehen, ist aber, wenn Sie selbst die Rechnung mal anlegen wollen, nur Kosmetik, nicht einmal das Minimum.

Der Punkt 4. Ich glaube es geht nicht nur um die finanzielle Seite, sondern wir müssen uns auch stark dagegen wehren, daß alle Bereiche familienunterstützender Begleitung abgebaut und vernachlässigt werden. Das betrifft Familienbildung, das betrifft Familienberatung, das betrifft Familienerholung und ich könnte noch vieles andere ergänzen. Hier müßten wir auch Zeichen setzen, daß Familien diese Form der Unterstützung dringend benötigen, um insgesamt in ihrem Leben zurechtkommen zu können.

Der Punkt 5: Ich denke, Kirche ist sehr stark in der Pflicht. Kirche müßte auf allen Ebenen mehr die Familie insgesamt in den Blick nehmen, das heißt: in der konkreten Arbeit in den Blick nehmen. Alle Lebenslagen von Familien, und dazu zählen dann auch Arbeiten mit Familien in besonderen Lebenslagen, sei es Arbeitslosigkeit, um die Seite zu nehmen, sei es aber auch das Thema alleinerziehende Familien oder Stieffamilien, wie immer auch.

Und mein letzter Punkt im Schnelltempo. Familie macht natürlich Freude, aber wir kennen ja alle das schöne Schlagwort von der strukturellen Rücksichtslosigkeit. Ich denke, hier sind wir in der Pflicht, da etwas dran zu ändern. Und ich hoffe, daß wir in den Kirchen genügend Vorreiter dafür finden.

P. Prof. Dr. Anton Rauscher

Ich hatte mich gemeldet, weil in dem Bericht die Ehe und Familie wesentlich zu kurz gekommen sind. Und ich bin dankbar für das, was die Frau Präsidentin Waschbüsch dazu gesagt hat. Ich persönlich glaube, daß Ehe und Familie in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft ein zentrales Anliegen

und Problem sein werden, ob wir die Kraft haben, diese Strukturen zu erneuern und auch öffentlich zu verlebendigen oder nicht. Und ich erinnere, um es ganz kurz zu machen, nur an das Wort, das die Frau Superintendentin heute früh gesprochen hat vom Kalender: „Vertrauen ist eine Oase im Herzen.“ Wenn wir das Vertrauen, und das hängt zusammen mit echter Bindungsfähigkeit von Mann und Frau in der Ehe, wenn wir das nicht zurückgewinnen und zwar bewußt auch in der Öffentlichkeit, dann wird diese Gesellschaft die Probleme, die sie damit kreierte, nicht wirklich bewältigen können.

Dr. Werner Remmers

Danke schön Herr Rauscher. Dann können wir den Punkt Familie damit abschließen. Ich rufe jetzt noch, bevor ich die Ökologie aufgreife, eine einzelne Wortmeldung auf. Zum Thema Frauen hatte sich Frau Henny Engels gemeldet.

Henny Engels

Wir haben gestern in der Arbeitsgruppe festgestellt, daß die Geschlechterfrage, das heißt die strukturell bedingt ungleichen Chancen für Frauen und Männer die Schlüsselfrage für das Maß an Gerechtigkeit einer Gesellschaft darstellt. Ich füge mal für mich hinzu, auch einer Kirche. Die Diskussion heute morgen macht mir das noch mal sehr viel deutlicher. Die ganze Frauenperspektive taucht in dem ursprünglichen Entwurf nicht auf. Das ist immerhin 250 mal insgesamt gemeldet, heute morgen hier aber überhaupt nicht erwähnt worden. Die Frage, haben Frauen ein Recht auf Erwerbsarbeit? Die Frage, haben Männer ein Recht auf Familienarbeit? Wie wird entsprechend der Erwerbsarbeitsmarkt gestaltet? Ich nehme an, daß Herr Barth und Herr Homeyer als Verantwortliche für dieses Wort noch etwas sagen werden zum Schluß. Ich würde es mir jedenfalls wünschen. Ich hätte gerne von Ihnen einen Hinweis darauf, ob sie sich vorstellen können, daß diese Perspektive der strukturell ungleichen Bedingungen für die Geschlechter eine prägende Rolle spielen wird in dem Schlußwort, oder hoffentlich nicht Schlußwort, sondern Zwischenwort der Bischöfe, ob die Fragen dieser 250 Meldungen von Großfrauenverbänden und einzelnen Frauen angekommen sind, oder ob ich den Eindruck von heute morgen mit zur katholischen Frauengemeinschaft nehmen darf, daß die Fragen nicht angekommen sind.

Dr. Werner Remmers

Danke schön. Ich rufe dann den nächsten Schwerpunkt auf, Ökologie, da hat sich Frau Gisela Herbstemann gemeldet, und danach Herr Glombitza.

Frau Herbstemann

In der Gruppenarbeit gestern wurde immer wieder das Wort Nachhaltigkeit und nachhaltiges Wirtschaften zum Gesprächsgegenstand genommen. Ich habe in der konziliaren Versammlung der DDR als ökologische Beraterin gearbeitet. Und ich war dann zwei Jahre zur Vorbereitung der Rio-Konferenz beschäftigt mit der Agenda 21. Die Agenda 21 ist von Frau Merkel als Abrechnungsmöglichkeit für 1997 vorgesehen, bei der UNO erneut sozusagen Resümee zu halten, was haben wir inzwischen weltweit zur Agenda 21 geschafft? Nachhaltiges Wirtschaften und Konsultation hier in Berlin. Was hat das miteinander zu tun? Ökologische, soziale und ökonomische Verträglichkeit, ich füge hinzu Generationsverträglichkeit.

Wenn wir es nicht schaffen, daß alles vernetzt wird, diese ernsthafte Veranstaltung heute, der konziliare Prozeß, sprich ökumenische Versammlung von unten in Erfurt im Juni dieses Jahres, aber auch die ökumenische Versammlung in Graz, organisiert von der ACK, wenn wir das nicht alles miteinander verbinden und die Vorstellung, weltweit die Agenda 21 in die Kommunen zu bringen, dann werden wir scheitern. Es ist die Anstrengung zu groß, als daß jeder für sich reden und denken kann. Aufgrund dieser Arbeiten, die wir zu DDR-Zeiten und jetzt weltweit mit mehreren gestaltet haben, habe ich persönlich, weil ich immer gern in die Konkretion gehe, in Nordhausen vor vier Jahren den ökologischen Landkreis konzipiert und dank der großzügigen Unterstützung der Bundesumweltstiftung ein Modellprojekt für Deutschland initiiert. Eine Region im Wandel. Nordhausen war eine industriell potente Stadt zu DDR-Zeiten. Wir sind heute geführt in Bonn als strukturschwache Region. Köpenick hat die lokale Agenda 21 initiiert in Gemeinschaft mit dem konziliaren Prozeß. Ich nenne Ihnen diese beiden Modelle. Es gibt inzwischen in Deutschland mehrere Städte, die die lokale Agenda 21 vorantreiben. Ich nenne Ihnen als Kirche diese beiden Modelle, Region Nordhausen und Köpenick als Kommune. Unterstützen Sie um Gottes willen diese Projekte.

Dr. Ferdinand Glombitza

Ich bin Umweltbeauftragter für das Erzbistum Berlin. Ich möchte an ein Wort von Bischof Homeyer anknüpfen, das er auf dem wissenschaftlichen Forum im September 1995 gesagt hat. Kirche ist Anwalt der Zukunft und der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Und wenn wir das ernst nehmen, dann muß die ökologische Frage, das ökologische Problem grundlegender Punkt, durchgehender Punkt eines Wortes an unsere Gesellschaft sein, wenn es zukunftsfähig sein will. Ökologie ist nicht die ökologische Frage, ist nicht ein Thema, das neben anderen abgehandelt werden kann. Und das habe ich in dem Bericht der Arbeitsgruppe eigentlich etwas vermißt.

In der Arbeitsgruppe wurde deutlich, diese Frage ist nicht ein Thema neben den anderen Themen, sondern es ist ein grundlegendes Thema. Und die ökologische Frage geht ja nicht nur um Umweltschutz. Es ist die Frage nach unserer Lebensweise und nach unserer Wirtschaftsweise. Unsere Lebensweise und Wirtschaftsweise ist nicht zukunftsfähig, weder auf alle Menschen übertragbar, weder zukunftsfähig für die nächste Generation, noch zukunftsfähig für uns selbst. Und das müssen wir uns auch deutlich machen. Der Mensch ist solidarisch in die Welt gestellt und er hat Verantwortung für die Welt. Verantwortliche Haushalterschaft, dieser theologische Begriff, der erläutert das, was in der Ökologie mit dem Wort dauerhafte, umweltgerechte Entwicklung gemeint ist. Und ein Wort der Kirchen sollte in den Optionen dieses beinhalten, Option für eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung. Es sollte in einem eigenen Punkt ein Plädoyer für eine dauerhafte umweltgerechte Entwicklung enthalten und in dem gesamten Text dieses als Fundament ausdrücken. Wir reden über viele Probleme, das ist wichtig und gut. Aber das ist die Erde, auf der wir stehen. Und wenn unsere Lebens- und Wirtschaftsweise so weitergeht, dann erträgt diese Erde das nicht länger.

Dr. Werner Remmers

Danke schön. Meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch drei Wortmeldungen. Wenn wir uns sehr beeilen, dann schaffen wir es bis halb, so daß wir dann die Frage des Prozesses noch erörtern können. Wir müssen uns aber kurz fassen. Ich habe also hier noch die Wortmeldung von Frau Eva Welskopp-Deffaa und von Frau Tempel, das ist dann aber schon Europa und noch von Herrn Fetsch.

Eva Welskopp-Deffaa

Also ich gehöre nicht zu den Vätern der sozialen Marktwirtschaft. Deshalb habe ich mich eben zu dem Punkt nicht gemeldet. Ich würde aber gerne, und ich fände es schön, wenn wir alle zu Müttern der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft werden könnten. Was ich darunter meine, kann ich in einer Minute nur skizzieren. Ich meine, die Zukunft der Arbeit hängt entscheidend von der Zukunft unserer Wirtschaft ab und unsere Wirtschaft kann nur zukunftsfähig sein, wenn sie das Netzwerk der sie tragenden Natur wirklich ernst nimmt und nicht zerstört. Für mein Verständnis relativ visionär ist aus dem kirchlichen Raum als Entwurf, wie eine solche zukunftsfähige Wirtschaft aussehen könnte, die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, in Auftrag gegeben von Misereor. Wir haben darüber in der Arbeitsgruppe gesprochen. Natürlich gibt es auch hier Kritik im Detail. Der schöne generelle Entwurf besteht aber darin, daß man sagt, der arbeitssparende technische Fortschritt der letzten 150 Jahre muß ersetzt werden durch einen ressourcensparenden technischen Fortschritt. Wir können nicht weiter Arbeitende freisetzen, wir müssen Natur freisetzen. Und ich glaube, daß da die Kirchen konkreter gefordert sind, als wir das meinen, wenn wir das so theoretisch hören. Deswegen habe ich eben auch geklatscht, als jemand über die Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens sprach. Ich könnte mir denken, daß das, was in der Studie genannt wird, gemeinsame Nutzung von Gütern, Rasenmäher, Hochdruckreiniger, Autos, durchaus von kirchlichen Ökogenossenschaften angeregt, vorangetrieben werden könnte. Wenn wir uns in diesem Sinne ganz konkret der Ökologiebewegung an die Spitze stellen würden, dann würden wir konkret und visionär zugleich, und das könnte mein kleiner Beitrag für das zukünftige Papier sein.

Oberkirchenrätin Heidrun Tempel

Ja, angesichts des Verlaufs der Veranstaltung und eigentlich auch der Eingaben seit dem Beginn des Prozesses ist deutlich, welches wirklich die Fragen sind, die die Gesellschaft bewegen, die diejenigen in den Kirchen bewegen, die daran arbeiten. Aber mein Votum an dieser Stelle kurz vor Ende dieser Veranstaltung wäre, uns auch vor den Realitäten auf diesem Kontinent nicht zu verschließen und es nicht als eine quantité négligeable oder als etwas zu begreifen, dem wir uns stellen können oder nicht. Wir müssen näher definieren, von welchem Europabegriff wir sprechen. Bischof Homeyer ist leider gerade außerhalb des Saales. Er hat eben mit großer Berechtigung die Fragen von Mittel- und Osteuropa angesprochen. Die ge-

samte europäische Union ist längst in einem Prozeß der Weitung begriffen. Sie wissen, die Regierungskonferenz soll die Voraussetzung erbringen für die erhebliche Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa. Das sind doch Fragen, denen die Kirchen sich hier längst gewidmet haben. Das Wort bleibt allerdings weit hinter dem zurück, was die beiden Kirchen bereits seit Jahrzehnten auf dem Bereich geleistet haben.

Es wurde eben die Ökumene angesprochen. Es kann aber nicht nur die innerdeutsche und dann gleich die weltweite im Blick sein. Europa ist doch ein wichtiger politischer Ordnungsfaktor in der Welt und das sollte nicht unterschlagen werden. Und beide Kirchen sind wichtige Mitglieder in europäischen wichtigen ökumenischen Organisationen, die inzwischen auch, was die europäische Politik anbelangt, versuchen, sich deutlicher zu artikulieren, zu positionieren, sich als Partner anzubieten.

Und ein letztes. Die Geschlechterfrage, die Gerechtigkeit und die Chancengleichheit der Geschlechter sähen heute in Deutschland wahrscheinlich anders aus, hätten nicht damals aus wirtschaftlichen Gründen bereits die Väter, ich glaube, es waren nur Väter, die den EWG-Vertrag geschrieben haben, das Lohnleichheitsgebot hineingeschrieben. Seine Entwicklung und die ergänzenden Richtlinien haben auch für Deutschland Erhebliches bewirkt im Umgang der Geschlechter. Auch das könnte vielleicht an einer geeigneten Stelle im Papier dokumentiert werden. Vielleicht sollte man davon abgehen, Europa als ein Thema unter vielen Themen zu behandeln, sondern immer dann, wenn es auf die wirtschaftlichen, die sozialen, die politischen Verknüpfungen und Vernetzungen ankommt, es in den einzelnen Optionen sozusagen als unser gemeinsames Fundament und auch als unsere Realitätsnähe zu dokumentieren.

Cornelius Fetsch

Bei den Ausführungen heute morgen von Herrn Pfarrer Kramer fehlte mir ganz eindeutig die Ausweitung der ganzen Berichte auf Europa und auf die Welt. Das war mir zu viel Festung Deutschland, um es mal deutlich und kurz zu sagen. Und wenn wir an den Aufbau von Europa denken und den bewußt mit einbeziehen, denn das steht ja in dem Papier schließlich als einer der drei Punkte drin, dann sollten wir auch sofort eines dazu sagen: Der Aufbau von Europa darf nur ohne Schuldenmachen gehen, damit nicht auf europäischer Ebene die kommenden Generationen noch weiter belastet werden. Das wäre eine ganz konkrete und ganz wichtige Forderung für die Zukunft. Ich wünsche mir, daß in Europa die soziale Marktwirtschaft die Chance be-

kommt, sich weiter in verschiedenen Formen zu entwickeln, wie wir das ja in der Nachkriegszeit auch hatten, z. B. in den Niederlanden, in der Schweiz. Ich plädiere nicht für eine Steinzeitwirtschaft und nicht für eine unregelte Wirtschaft. Und ich kann nur sagen, wenn man in den ehemals sozialistischen Ländern zu tun hat, beruflich und häufig da ist, dann weiß man, was das soziale Netz bei uns selbstverständlich und im Sinne des Gemeinwohls trägt. Und das ist auch meine Antwort an Sie, Frau Oberbürgermeisterin aus Nordhausen. Die Selbstverständlichkeit, mit der z. B. die Renten, die Infrastruktur, die ganzen Transfers bei uns geleistet werden, sind ein Ausdruck des Gemeinwohls und der Solidarität, und das sollten wir hier nicht verschweigen, wenn wir die Frage stellen, was ist eigentlich an der sozialen Marktwirtschaft sozial. Das heißt nicht, daß wir nicht über Mißstände zu sprechen hätten. Das sollte auch ganz selbstverständlich sein, denn soziale Marktwirtschaft ist für mich das flexibelste System, sich an die jeweiligen Anforderungen anzupassen. Und ich sage das, weil ich glaube, daß es sehr realistisch ist, daß es weltweit zur Zeit noch kein besseres System der Wirtschaft gibt. Wenn es das gäbe, sollten wir das diskutieren, aber wenn wir das nicht sehen, ist es unverantwortlich, die Abschaffung eines Systems zu fordern, bevor man nicht ein neues, funktionierendes und verantwortliches System vorlegen kann.

Wir sollten uns auch einmal fragen, wenn wir hier die Situation bei uns beklagen, warum es eigentlich in anderen Ländern wesentlich besser geht. Warum war es in den USA in den letzten fünf Jahren möglich, über 3 Mio. Arbeitsplätze zu schaffen, während wir hier jammern in Europa. Und ich sage sofort dazu, weil ich das Argument mir vorstellen kann, jetzt kommen die berühmten McDonalds-Arbeitsplätze, das sind ganz genau 8 % der neu geschaffenen 3,1 Mio. Arbeitsplätze. Die Ehrlichkeit gebietet es. Wenn wir hier Forderungen an Staat und alles mögliche stellen und über die Arbeitslosigkeit sprechen, daß wir uns auch Gedanken machen, warum andere Volkswirtschaften und Kontinente Arbeitsplätze aufbauen. Das heißt, mein Plädoyer geht dahin, über Deutschland als Festung hinauszuschauen und dies alles mit in die Verantwortung zu nehmen.

Dr. Werner Remmers

So, meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch, streng genommen, drei Wortmeldungen, die möchte ich aber nicht mehr aufrufen. Ich nenne die Themen: es ist einmal angemahnt worden das Thema Eigentum und dann Fragen zu Kirche und Kultur. Ich bitte damit einverstanden zu sein, daß wir

die jetzt wegen der Zeit nicht mehr aufrufen, sondern daß wir das wahrmachen, was wir vorhin gesagt haben, nämlich: wie geht es nun weiter, wie soll der Prozeß weitergeführt werden? Und ich denke, daß sich da das Podium stärker einschalten wird als bisher und einschalten muß.

Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach

Ich wollte fragen, wie gewährleistet werden kann, daß die Gewichte der Werkstätten anders an die Redaktionsgruppe weitergegeben werden, als das heute morgen der Fall war. Ich verstehe, und ich finde es auch richtig, daß wir auf dem Boden bleiben und das Thema der Arbeitslosigkeit nicht an den Rand drängen. Aber die anderen Themen, das Thema der Geschlechter, das ökologische Thema und das globale Thema, auch in der Ausdrucksform der europäischen Dimension, sind ja der Hintergrund und der Kontext, in dem dieses konkrete und brennende Problem der Arbeitslosigkeit angegangen werden soll. Insofern würde ich erwarten, und ich möchte fragen, ob das irgendwie zum Ausdruck kommt, daß die Diskussionen in den verschiedenen Werkstätten, auch wirklich an die Redaktionsgruppe weitergehen.

Zweite Anfrage: wir hatten sechs oder acht Werkstätten gebildet und auch heute morgen wurde immer über Einzelthemen, sehr kompetent über Einzelthemen gesprochen. Wie kann jetzt das in einzelnen Voten herauskommende grundlegende Leitmotiv des Kirchenpapiers, es ist ja ein Papier von Christen, verdeutlicht werden? Die Frage z. B. ist, wie die Option für die Armen, das sind die Armen in Europa, es sind die Armen in der Welt, es sind die Armen der zukünftigen Generation, also wie diese biblische Option für die Armen zum Leitmotiv des neuen Kirchenworts werden kann. Und wie dieses biblische Leitmotiv, das theologische Leitmotiv in ein sozialetisches Konzept, z. B. der Menschenrechte umgesetzt werden kann, als bürgerliche Freiheitsrechte, als soziale Grundrechte und als politische Beteiligungsrechte oder international als Rechte der Völker.

Und drittens eine technische Frage. Wie wird die Rückkoppelung des Konsultationsprozesses, der ja nun offensichtlich sehr starke Impulse gegenüber der ursprünglichen Diskussionsgrundlage gebracht hat, eingeschaltet zwischen die Arbeit der Redaktionsgruppe, der begleitenden Arbeit des Beirats und dann der Stellungnahme und der Rezeption durch die Kirchenleitungen, bevor das endgültige Zwischenwort der Kirchenleitungen erfolgt. Damit wir nicht am Ende wieder da stehen, wo die Diskussionsgrundlage war. Es soll ja was neues kommen.

Msgr. Dr. Reinhard Marx

Ja, ich hatte eigentlich vor, noch etwas zur grundsätzlichen Ausrichtung zu sagen. Ich laß das aber weg aus Zeitgründen. Aber ein Punkt ist wichtig, auch eben dann für das weitere Verfahren, nämlich der, der in unserer Arbeitsgruppe behandelt worden ist, daß es ein Wort der Kirchen nicht geben kann ohne Selbstverpflichtung, ohne daß die Kirche sich selbst als Adressat auch dieses Wortes sieht. Ich glaube, das müßte noch einmal deutlich hier rüberkommen. Und das wird eine wesentliche Veränderung des Entwurfes auch sein, in diese Richtung. Wie das genau auszusehen hat, das wäre natürlich eine sehr breite Debatte, wir haben das gestern sehr intensiv, glaube ich, in der Arbeitsgruppe gemacht. Und diese Selbstverpflichtung der Kirchen könnte eben zu einem Teil auch das sein, was Pater Hengsbach gerade angedeutet hat, daß wir uns neu, also nicht nur die Amtsträger der Kirche, sondern wir als Glieder der Kirche, Pfarreien wurden genannt von Bischof Homeyer, verpflichtet, diese soziale Botschaft des Evangeliums zum zentralen Leitfaden der Pastoral werden zu lassen. Das müßte für die nächsten Jahre ein Schwerpunkt sein und deutlich werden in unseren Pfarreien und Verbänden, daß das Evangelium nur verkündet wird, wenn gleichzeitig die soziale Botschaft mitgenannt wird, also daß das zwei Seiten einer Medaille sind. Das ist in vielen Pfarreien und Verbänden sicher der Fall, muß aber gerade in einer solchen gesellschaftlichen Umbruchsituation, in der wir sind, noch viel deutlicher werden. Das wäre so ein Punkt, der über den Prozeß hinausgeht.

Zum Verfahren noch. Ich sage das ganz kurz nur. Wir brauchen keine Eile, es muß jetzt nicht gepreßt werden. Es soll durchaus Zeit zur Diskussion sein. Deswegen halte ich es auch für wichtig, noch einmal eine Feed-Back-Phase da einzuklinken, wie auch immer man sie organisiert. Das war eigentlich im Arbeitsausschuß auf katholischer Seite Konsens, daß man noch einmal rückkoppelt und versucht, zu überlegen, wie geht es weiter. Es wird das Wort ja auch ein offenes Wort sein. Nicht mehr einfach nur ein Hirtenwort, wo man dann 20, 30 Jahre nur von diesem Wort zehrt, sondern vielleicht ein Anstoß zur Weiterentwicklung, zur weiteren Diskussion. Deswegen ist auch wichtig eine Dokumentation des gesamten Prozesses. Denn die vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmer müssen nachprüfen können, ob das, was sie eingebracht haben, auch berücksichtigt ist. Das würde ich hier noch einmal sehr unterstreichen.

Und als letzten Punkt. Der Prozeß muß weitergehen. Ich habe das eben schon bei der pastoralen Ausrichtung angedeutet. Aber auch die Selbstkri-

tik. Wir haben eine ungeheure Chance, dann noch mal nachzugucken, wie ist es eigentlich gelaufen, was ist positiv gelaufen, was bedeutet das für die ökumenische Zusammenarbeit in diesem Feld, für die kommenden Jahre, die Ebenen, die Strukturen, haben die gepaßt? Welche Erfahrung hat die evangelische Kirche gemacht, welche haben wir gemacht, welche haben wir miteinander gemacht, welche Defizite haben wir festgestellt? Ich halte das für sehr wichtig, daß man dann auch Bilanz zieht.

Dr. Werner Romberg

Zur Weiterarbeit am Konsultationsprozeß. Wir haben von Ihnen, Herr Dr. Remmers, als Moderator mehrere Hinweis bekommen, wie wichtig es ist, daß Christen bereitgemacht werden, sich politisch einzumischen. Ich möchte jetzt nicht die ganzen Probleme noch einmal anreißen, die wir behandelt haben seit gestern. Eine Frage aber doch. Um auf einen der Vorredner zurückzukommen, die USA-Gesellschaft, die Wirtschaftsentwicklung, die geringere Arbeitslosigkeit, womit ist sie erkaufte? Wollen wir die amerikanische Gesellschaft, die mehr und mehr einen Mittelstand verliert, wo die Differenzierung noch weitergeht, die Reicheren noch reicher, die Ärmeren noch ärmer werden? Dies ist genau eine der Fragen, die wir in der Zukunft unserer deutschen Politik zu entscheiden haben, welchen Weg wir gehen wollen. Dazu gehört politische Kompetenz der Christen, wenn sie sich einmischen wollen. Das bedeutet, wir müssen in den Gemeinden, in unseren Kirchen, für unsere Synoden einfach auch Kompetenzfähigkeit herstellen. Ich denke, dies ist eine wesentliche Aufgabe, wenn wir denn die Chance, die Herr Bischof Lehmann benannt hat, für unsere Kirchen in der heutigen Situation, wirklich aufnehmen und wahrnehmen wollen. Und ich finde es schade, daß wir jetzt so wenig Zeit haben, über das weitere Verfahren, den Umgang mit dem, was hier in Gang gesetzt worden ist, und wo neue Hoffnungen auch unter uns erweckt worden sind, zu beraten. Ich denke, wir müssen in den Gemeinden Hilfsdienst leisten, damit die Menschen kompetenter werden. Ich habe dies jedenfalls bei vielen Veranstaltungen, die ich in evangelischen Gemeinden gemacht habe, so erlebt. Und von daher möchte ich jetzt diese Versammlung doch ermutigen, Unterstützung zu geben für den Antrag, das Leitungsgremium des Konsultationsprozesses zu beauftragen, zu prüfen, im Zusammenhang mit der Abfassung des Schlußwortes, ob es eine Möglichkeit gibt, ein Rahmenkonzept für ein gemeinsames Bildungsprogramm zu machen. Ein Bildungsprogramm, was dann, von beiden Kirchen vorbereitet und veranstaltet, in den Gemeinden dazu führen könnte, daß die Kenntnisse über Finanzstrukturen, über Ökonomie, über mögliche

Sozialversicherungssysteme, über Steuerstrukturen, vermittelt werden. Und diese Vermittlung muß gleichzeitig passieren auch mit einer Diskussion der Betroffenen, wo alternative Experimente, Versuche, die gemacht worden sind, in lokaler Ökonomie, in Beschäftigungsgesellschaften, in kirchlichen Siedlungswerken usw. vorgeführt werden. Dies müßte entworfen werden. Dies kann man jetzt nur andeuten hier.

Ludwig Rieber

Zum Stichwort Zwischenbilanz möchte ich kurz drei Punkte ansprechen. Erstens, es wurde in Berlin hier bei unserer Zwischenbilanz vielfach Bezug genommen auf die verwandtschaftliche und geschwisterliche Nähe der beiden in unserer Gesellschaft angestoßenen Prozesse: des Konsultationsprozesses, von den Kirchen angestoßen und des Bündnisses für Arbeit, von der IG Metall angestoßen. Nun erleben wir gerade in diesen Tagen und hören es, dramatisch unterstrichen von den Fachleuten und Beteiligten, das Bündnis für Arbeit ist gefährdet. Es ist in Gefahr geraten. Und darum glaube ich, daß dieses Bündnis ein Anrecht hat auf geschwisterliche Unterstützung von uns, vom Konsultationsprozeß. Und darum, liebe Schwestern und Brüder, habe ich eine Bitte an Sie, an diese Versammlung und möchte sie in Form eines Antrags vortragen. Ich bitte Sie, daß Sie hier beschließen, diesen Prozeß des Bündnisses für Arbeit von unserer Konsultationsversammlung in Berlin nachdrücklich zu unterstützen und dies öffentlich deutlich zu machen. Das ist mein erster Punkt.

Der zweite Punkt. Ich möchte noch einmal unterstreichen, die Idee, die vorher genannt worden ist, ich halte es für dringend geboten im weiteren Verfahren, daß wir vor der Veröffentlichung des zweiten Wortes noch eine ökumenische, kritische Gegenlese des dann erarbeiteten Textentwurfes haben.

Und drittens, ein letzter Punkt, der gestern in der Werkstatt 8 mehrfach unterstrichen und bearbeitet und diskutiert worden ist: Wir sind ja nicht mehr am Anfang des Konsultationsprozesses, sondern haben schon gut ein Jahr, 1 1/2 Jahre, bis zur Veröffentlichung des zweiten Wortes eine zweijährige Erfahrung hinter uns. Und insofern hat auch das zweite Wort den Charakter und die Aufgabe einer Zwischenbilanz. Und wir haben gestern gesagt, in fast allen Handlungsfeldern, die in der Diskussionsgrundlage angesprochen sind und die wir inzwischen diskutiert haben, in fast allen Handlungsfeldern ist es in der Zwischenzeit trotz Konsultationsprozeß zu erheblichen, zum Teil zu dramatischen Verschlechterungen gekommen. Insofern muß dieser Punkt im zweiten Wort ausgesprochen werden. Und von daher ist eine wei-

tere Konsequenz, daß das zweite Wort noch stärker in die Nähe der Benachteiligten und Bedrängten in unserer Gesellschaft gerückt wird.

Dr. Werner Remmers

Wir müssen uns jetzt noch ein bißchen kürzer fassen. Ich habe Herrn Loos schon aufgerufen. Sie wollten eigentlich nur fragen, wenn ich das richtig sehe, ob es auch eine Dokumentation von dieser Tagung gibt.

Reinhard Loos

Das zum einen. Es sind viele interessante Beiträge geleistet worden, die sicherlich auch für viele von uns wichtig wären. Deswegen die Bitte an die Veranstalter, wie eben z. B. von Bischof Engelhardt oder von Frau Waschbüsch vorgetragen oder von den Menschen der Arbeitskreise als stellvertretend für viele andere, das noch vorzulegen, weil mir eine zügige Vorlage wichtiger wäre, als eine perfekte äußere Form. Zweiter Satz zum weiteren Verfahren. Mein Vorschlag, vielleicht vor der Beratung im Herbst in der Bischofskonferenz und entsprechend auf der evangelischen Seite noch mal eine Tagung zu machen. Aber ansonsten auch zu einem Ergebnis zu kommen. Ich denke, zwei Jahre sind genug. Und wir alle sollten dann auch davon ausgehen, daß so ein Papier natürlich weiterlebt, aber daß es gut für den Prozeß wäre, wenn er in diesem Jahr noch seinen Abschluß fände.

Arthur Biesalski

Ich bitte ab sofort nicht mehr vom Papier zu sprechen, nicht mehr von einem Schlußwort, sondern von einem Wort, das die Gesellschaft und die Welt nicht mehr überhören kann. Nur dann haben wir eine Chance, gehört zu werden und da muß es ein Wort werden, was anstößig ist.

Zweitens. Ich äußere das nicht aus Hoffnung, als kleines Senfkorn Hoffnung, sondern als Forderung, als Erwartung an die Kirchenleitungen, daß bei diesem Zwischenwort oder bei dem kommenden Wort die Beratungsergebnisse oder die Meinungen der Christen und der Gesellschaft sich wiederfinden. Auch dort, wo es schwer ist, zu Entscheidungen zu kommen im Sinne der Optionen. Wenn wir das nicht leisten, ist unser Salz verbraucht, dann wird uns vorgeworfen, wir hätten lediglich eine pastorale Beschäftigungstherapie geleistet. Das trägt weiterhin zur Unglaubwürdigkeit der Kirchen bei.

Das dritte. Dazu gehört, daß wir auch systemkritische Fragen stellen müssen. Der vorliegende Text ist sehr stark systemimmanent ausgerichtet und beschreibt dann Ursachen und Folgen dieser Krise unserer Gesellschaft. Mit der Arbeitslosigkeit hängen alle anderen Fragen zusammen, die von Wettbewerb, von Wirtschaft, von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, von ungerechter Verteilung, von Lebenschancen, von Arm und Reich, bis zu den globalen Fragen. Ich denke mal, daß wir so mutig sein sollten, was die Kirchen schon geäußert haben auf katholischer Seite, das Konzil *Gaudium et spes*, 30 Jahre alt dieser Konzilbeschuß, sagt deutlich, die Kirche und ich nehme an, die Kirchen, wir können das erweitern, sind grundsätzlich nicht an ein bestimmtes politisches und wirtschaftliches System gebunden. Und das zweite ist, Nell-Breuning, den man in diesem Hause bei dieser Gelegenheit ja auch mal erwähnen kann, hat schon gesagt, die Gefahr ist, daß das, was wir heute als sogenannte soziale Marktwirtschaft beschreiben, lediglich ein sozial temperierter Kapitalismus ist. Viele Menschen fragen, wird die Kirche was sagen zu den globalen Steuerungsprozessen? Wir haben das gestern diskutiert. Hat die Politik, auch die nationale Politik überhaupt noch Steuerungs- und Korrekturmöglichkeiten?

Und das letzte, Pater Rauscher, ich muß das sagen, auch wir müssen Gewissenserforschung betreiben. Wir müssen hier überlegen, wie gehen wir mit Aussagen um, die so in die Nähe dessen reichen, was die F.D.P. beschreiben würde mit Eigenverantwortung. Die Arbeitslosen sollten ermutigt werden, Arbeit zu suchen und anzunehmen, auch wenn sie nicht den beruflich erworbenen Standards entspricht und der Verdienst geringer ist. Was sagen dazu die 4,2 Mio. Arbeitslosen, nur die offiziell registrierten? Wir sollten vorsichtig sein mit solchen Aussagen.

Dr. Henning Schierholz

Eine kurze Frage an die Regierungsbank und eine Bitte. Ich habe die Frage, ob es bei dem Titel von Konsultationsprozeß und gemeinsamem Wort bleiben soll: „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“. Ich habe den Eindruck, daß es sich hier um ein Sozialwort, konzentriert auf Deutschland, gehandelt hat und meine Erwartung ist, daß wir als Kirchen insbesondere auch zu wirtschaftlichen Fragen, zu Grundsatzfragen unseres Wirtschaftssystems, die stehen hier zur Debatte, auch Stellung nehmen. Und die Bitte ist, daß der dialogische Charakter von Prozeß und Wort insbesondere mit Betroffenen und Verantwortungsträgern in Wirtschaft und Gewerkschaften stärker zum Ausdruck kommt.

Dr. Reinhard Voss

Den letzten beißen die Hunde. Ich fasse mich kurz. Ich habe zwei Punkte. Das eine betrifft die Selbstverpflichtung im Anschluß an Herrn Marx und das andere die Vernetzung des Prozesses mit anderen Bewegungen, die ja auch schon genannt worden sind. Die Selbstverpflichtung: im konziliaren Prozeß hatten wir in Basel ähnliche Selbstverpflichtungen am Ende von Analysen. Gehört für mich intensiv in ein Wort hinein, nämlich das Versprechen, eigene Taten folgen zu lassen. Dazu zählen für mich das Nachdenken über ein zukunftsweisendes kirchliches Arbeitsrecht mit Verdienstobergrenzen und Untergrenzen in den Kirchen. Ein neuer Arbeitsbegriff. Energieverbrauchsstandards, ökologische Baustandards, alternative Wirtschaftsansätze, die die Kirchen selber stützen, entwickeln, fördern, in Richtung Genossenschaftswesen. Risikokredite, statt immer nur auf mündelsichere Geldverwaltung zu setzen. All dies gehört für mich in der Tendenz dazu.

Zweiter Punkt. Kirchliche Präsenz im Bündnis für Arbeit würde ich sehr unterstützen, also politisch dabei sein in diesem mitangestoßenen Prozeß. Im konziliaren Prozeß in Erfurt, Graz, der ja unter dem Begriff Versöhnung steht, das einbringen, was hierzu zu sagen ist, neuer Gesellschaftsvertrag, neue christliche Kultur des Lebens, zivile Friedensdienste, manche Dinge sind hier genannt worden. Das ist sehr wichtig und muß verkoppelt werden, also zentraler Leitfaden der Pastoral kann nicht nur Gerechtigkeit, sondern muß Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung werden.

Frau ... [Name wird nicht genannt]

Eine Frage an das Podium. Zwei Wortmeldungen, die von Herrn Romberg und die von Herrn Rieber haben den Charakter von Anträgen. Wie geht die Veranstaltung mit diesen Anträgen um? Der Antrag von Herrn Rieber ist relativ eilbedürftig, ob wir nämlich das Bündnis für Arbeit unterstützen. Der andere mag vielleicht etwas mehr Zeit kosten und auch eingeräumt bekommen. Aber sollten wir jetzt abstimmen, oder ist eine andere Verfahrensweise dafür vorgesehen?

Dr. Werner Remmers

Also wir haben jetzt gleich die Wortmeldung von Bischof Homeyer und von Herrn Dr. Barth. Die werden sicher dazu Stellung nehmen und dann können wir ja überlegen und entscheiden. Jetzt habe ich hier noch eine Wortmeldung von Herrn Lietz.

Heiko Lietz

Ich habe einen Antrag einzubringen, der den Antrag zur Unterstützung von Bündnis für Arbeit erweitert und zwar die Einrichtung eines nationalen runden Tisches für soziale Verantwortung. Das ist ein Antrag, der Bezug nimmt auf einen Vorschlag einer EKD-Synode vor einigen Jahren und ich denke, das wäre ein Instrumentarium, mit dem die Kirchen in diesem Land die Initiative in die Hand nehmen und Strukturen bereitstellen könnten, in denen die unterschiedlichen Vertreter von Teilinteressen ihre Interessen einbringen. An diesen runden Tisch gehören unbedingt auch Obdachlose, Arbeitslose und Asylbewerber und zwar als Subjekte des Geschehens. Die Zielstellung wäre, anstatt eines Interessenkonfliktes durch Machtgerangel eine Interessenpartnerschaft zu strukturieren. Das wäre die praktische Umsetzung dieses Prozesses auf eine gesellschaftliche Ebene, und das ist ein Antrag, und da hätte ich ganz gerne, daß darüber entschieden wird.

Vizepräsident Dr. Hermann Barth

Einige Antworten auf sehr direkte, konkrete Fragen.

Erstens: Es wird ein ausführliches Protokoll der acht Gesprächsgruppen geben, so daß über das von Herrn Kramer heute vormittag mündlich Vorgetragene hinaus dieses ausführliche Protokoll in die Arbeit an dem Entwurf für ein Wort der Kirchen Eingang finden wird.

Zweitens: Die Rückkoppelung der Eingaben und der Veranstaltungen des 15 monatigen Konsultationsprozesses – ich versuchte das vorhin schon einmal anzusprechen – soll so gewährleistet sein, daß die beiden Institute, das Katholisch-soziale Institut der Erzdiözese Köln (KSI) und das Sozialwissenschaftliche Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland (SWI), mit ihren Vertretern in diese Arbeit direkt über Personen eingebunden sind, so daß im Maß des Möglichen gewährleistet ist, daß in den nächsten Wochen und Monaten all die Ergebnisse, Vorschläge, Anregungen auch mit am Tisch präsent sind und bedacht werden können. Ich möchte ein Klammeranmerkung dazu machen. Wir sollten uns allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, was gestern im Bericht von Herrn Sikora und Herrn Winkler ja sehr deutlich markiert wurde, daß die Eingaben des Konsultationsprozesses in einer gewissen Bandbreite die Pluralität der Auffassungen in unseren Kirchen widerspiegeln und man insofern in den meisten Sachfragen vor dem Tatbestand steht, daß die 1750 Eingaben in sich auch sehr uneinheitlich und widersprüchlich sind. Die Hauptschwierigkeit, auch die Hauptaufgabe

der Übersetzung in einen Entwurf stellt eine Bewertungsaufgabe dar, darüber sollten wir uns nicht hinwegtäuschen.

Drittens: Im Prozeß selbst und auch vorhin noch einmal in der mündlichen Anfrage ist, wie ich finde, mit Recht moniert worden, daß in der Diskussionsgrundlage biblische Leit motive oder das biblische Leitmotiv eine zu geringe, eine zu wenig ausdrückliche Rolle gespielt haben. In den jetzt angelaufenen Überlegungen ist daraus versuchsweise die Folgerung gezogen worden, zu versuchen, in einem Entwurf mit einem solchen biblischen Leitmotiv einzusteigen. Man wird probieren müssen, was dafür besonders geeignet ist. Auch da kann man sehr unterschiedliche Akzente setzen. Aber ich denke, dieses Interesse, dieser Wunsch, daß wenn wir als Kirchen, als Christen reden, wir uns identifizierbar machen, auf welchen Grundlagen und aus welchen Quellen wir trinken, das ist ein sehr berechtigter und auch sehr verfolgenswerter Vorschlag.

Viertens: Zum Titel. Herr Schierholz, der Titel der Diskussionsgrundlage ist sozusagen ein Non-Titel. Er beschreibt das Thema. Es wäre sehr schön, wenn wir einen griffigen, dann auch sprechenden Titel fänden. Vorschläge, Ideen, Anregungen dazu sind hochwillkommen.

Fünftens: Die Frage des Feedback. Man wird, ich sagte das vorhin schon, nun im weiteren Fortgang überlegen müssen: Wie kann man in dem zunächst einmal so von den Leitungsorganen gewünschten Zeitplan bleiben und zu einem Feedback kommen? Auch hier möchte ich in Klammer eine Anmerkung machen. Wir sollten uns nicht täuschen, daß das ein ganz dickes methodisches Problem darstellt. Denn Feedback setzt ja auch eine Klärung voraus: mit wem? Diese Versammlung hier ist eine Auswahl aus denen, die am Konsultationsprozeß mitgemacht haben. Die 1750 Eingaben sind eine Auswahl von denen, die mitgedacht haben, in Veranstaltungen mitgemacht haben. In unserer evangelischen Kirche haben wir z.B. eine Reihe von Fachkammern, Kommissionen, die dann natürlich auch sagen möchten, sagen würden: Feedback bitte auch mit uns. Also ich denke, man sollte dieses methodische Problem nicht vernachlässigen, sondern sich eines dick unterstreichen und grundsätzlich klarmachen: Es gibt kein abschließendes im Sinne von letztes Wort. Die Diskussion wird weitergehen, wir wollen, daß sie weitergeht. Die Konsultation ist nicht zu Ende. Es besteht Beratungsbedarf. Je länger wir warten, das ist meine persönliche Überzeugung, desto größer ist der Erwartungsdruck, als gäbe es ein solches abschließendes, letztes, gültiges, verbindliches Wort. Ich plädiere dafür, nach Wegen zu suchen, im Maße des Möglichen ein Feedback herzustellen, aber sich hier auch nicht

unter Anforderungen zu stellen, die ehrlich und gerecht gar nicht einlösbar wären.

Ich möchte schließen, was die Verfahrensdinge angeht, mit einer sehr persönlichen Äußerung im Blick auf Anträge. Ich sehe es nicht als meine Aufgabe und Kompetenz an, hier eine Entscheidung zu treffen, das liegt bei Ihnen als den Teilnehmern dieser Konsultation. Ich verhehle aber nicht meine große Zurückhaltung gegenüber Beschlüssen, die Veranstaltungen wie eine solche beschließen. Denn für die Öffentlichkeit ist es sehr schwierig, zu identifizieren, wer hier spricht. Es sprechen hier vielleicht jetzt 250 Personen, die im Raum sitzen. In der Öffentlichkeit wirkt das aber eher so: Es sprechen die beiden Kirchen. Gut, das kann man erklären, daß das ja anders gemeint ist. Ich will Ihnen nicht verhehlen, eine förmliche Beschlußfassung einer solchen Veranstaltung halte ich immer um der Wahrhaftigkeit der öffentlichen Kommunikation willen für schwierig. Ich hielte es für einen sinnvolleren Weg, in einem Pressecommuniqué, was über unsere Veranstaltung ja herausgegeben wird, diese Meinungsäußerung auch wiederzugeben, diese Positionsbestimmung zu vermitteln, aber nicht in der formalisierten Weise eines Beschlusses einer Versammlung.

Bischof Dr. Josef Homeyer

Ich möchte die Antworten auf diese konkreten Fragen meinerseits unterstützen, das von Herrn Barth Gesagte jetzt aber nicht erneut wiederholen. Ich möchte aber meinerseits, weil es das Schlußwort ist, in wenigen Sätzen sagen, was mich doch sehr beschäftigt hat, heute, gestern, aber auch eigentlich in den letzten Wochen und Monaten, als jemanden, der bei diesem ganzen Konsultationsprozeß vom ersten Tag an beteiligt war. Schwestern und Brüder, mir geht vor allem durch den Sinn, daß sich in unseren ganzen Auseinandersetzungen und Diskussionen auch ein ganz anderer Prozeß ereignet, nämlich, daß wir offensichtlich dabei sind, wichtige alte, aber ebenso wichtige neue Werte miteinander auszuhandeln, zu einem neuen Ensemble zusammenzubringen: Die Vereinbarkeit von Kindern *und* Beruf, von Familie *und* Arbeitswelt, von Wirtschaft *und* Sozialstaat sowie ökologischer Gerechtigkeit. Ich habe den Eindruck, daß es heute darum geht, diese alten und neuen Werte in Einklang miteinander zu bringen, die eigene Lebenswelt *und* soziales, ökologisches und globales Denken miteinander zu verbinden. Ich will vor allem daraus folgern, unsere Gesellschaft ist weder in Ordnung noch in Unordnung, sie ist in Bewegung, sie ist im Übergang. Und was so oft als moralische Krise der Gesellschaft betrachtet wird, erweist sich für

mein Begreifen als Ringen um die Kompatibilität alter und neuer Werte. Hierin sehe ich einfach die Chance einer neuen Kultur, wenn man so will auch etwas wie Vision.

Das zweite, was ich daraus folgern möchte, ist: viele Menschen leben immer mehr entsprechend diesen Wertvorstellungen, möchten es wenigstens. Die Menschen, zumindest viele Menschen sind anspruchsvoller geworden, lassen nicht mit sich alles geschehen, wollen mitgestalten. Das heißt für mich im Ergebnis, die Gesellschaft, die nicht einfach gleichzusetzen ist mit Wirtschaft und Staat, die Gesellschaft mit ihren intermediären vermittelnden Institutionen, wie zum Beispiel Familie, Kirchengemeinde, Sinngemeinschaft, Initiativen, die Gesellschaft als Gesellschaft gewinnt eine wachsende Bedeutung und dem müssen die Großsysteme Wirtschaft und Staat Rechnung tragen, ich glaube sogar, sich langfristig und in vielen kleinen Schritten neu reformieren lassen, eine neue Form, eine neue Gestalt annehmen. Es kann nicht angehen, daß Staat und Wirtschaft die einzigen Gegenpole sind, wenn das eine nicht funktioniert, funktioniert das andere. Es muß doch ergänzt, erweitert werden durch Gesellschaft.

Das hätte erhebliche Konsequenzen für den Staat und für die Wirtschaft selbst. Es ist hier jetzt leider nicht mehr Zeit, dies im einzelnen durchzudenken. Es hätte erhebliche Konsequenzen für den Staat. Der Familienpolitik gebührte ein völlig anderer Rang. Und es müßte auch eben zum Prinzip werden, nicht betreuen, sondern fördern, was Konsequenzen hätte bis in das Verständnis der sozialen Sicherungssysteme hinein, was auch bedeuten müßte, nicht rudern, sondern steuern, daß der Staat nicht alles selbst macht, sondern er sich wesentlich zurücknimmt in vielen Bereichen, steuert, das Ziel, die Rahmenbedingungen setzt, aber nicht alles selbst tut. Der Gesellschaft muß ein größerer Gestaltungsraum gegeben werden. Dies jetzt durchzudiskutieren, was das für den Staat heißt, was das für die Wirtschaft heißt, führt zu weit. Um nur ein Stichwort zu nennen: Ich glaube, daß auch von dorthier die Organisation der Arbeit, der Arbeitszeit einen völlig anderen Sinn bekommen muß, Wahlarbeitszeit für Frau, für Mann, daß die Zeitsouveränität den einzelnen zurückgegeben wird und sie die Möglichkeit haben, was arbeitsorganisatorisch durchaus möglich ist, ihre Arbeitszeit für den Tag, die Woche, das Jahr, das Leben zu komponieren, um den eigenen Werten gerecht zu werden.

Ein weiterer Aspekt ist die Investivlohnproblematik. Ich verweise auf unsere Modellvorschläge, bedauere aber sehr, sie aus Zeitgründen nicht im einzelnen durchgehen zu können. Ich möchte zum Schluß kommen und noch

einmal betonen: es geht meines Erachtens um eine neue Gestaltung von Gesellschaft, es geht um eine neue Kultur, in der der Mensch mehr als bisher im Mittelpunkt steht und die kleinen Lebenswelten wie zum Beispiel die Familie. Bei diesem Ringen, was sicherlich auch ein Gerangel sein wird, haben Kirchen viel einzubringen, aufgrund der langen biblischen Erfahrungen, die ihnen eben wichtige Gewißheiten vermittelt haben, die der Gesellschaft fehlen. So, daß die Welt nicht heillos ist, der Mensch nicht ohne Hoffnung ist, es Gerechtigkeit gibt und eine Kraft – die Christen nennen sie Gott – die sich durchsetzt, wie in der Predigt heute morgen vermittelt, daß wir aber auch von dort her Optionen haben, daß der Gott Gott aller Menschen ist.

Ich bin sehr dankbar, daß in der letzten Stunde das europaweite, weltweite Denken so nachdrücklich eingeklagt wurde, Gottes Nähe zu den Armen, die uns aufgegeben ist. Allerdings, das möchte ich auch hinzufügen: Die Wirksamkeit des gesellschaftlichen Beitrags der Christen hängt letztlich ab von seiner Verwurzelung in einem Glauben, der sich nicht im gesellschaftlichen Dienst erschöpft. Eine moralisierende oder politisierende Verengung und Verkürzung des christlichen Glaubens würde seine moralische und politische Kraft entscheidend schwächen und am Ende überflüssig machen. Der Glaube hat nur dort Auswirkungen, wo er Glaube bleibt, wo er erfahren und nicht versteckt wird. Ein Glaube zum Beispiel, der zu einer vielleicht unzeitgemäß erscheinenden Hoffnung auf das Wesentliche nicht mehr fähig wäre, würde auch für die zeitlichen Belange der Menschen schließlich ohne Gewicht bleiben. Der erste und grundlegende Beitrag der Kirchen für die Gesellschaft muß daher heißen: An Gott und die von ihm zugesagte Verheißung auf das ewige Leben glauben zu können. Ein solcher Glaube tut auch unserer Zeit not. Und auch das Glaubenkönnen geht dem Weltdienst voraus, so sehr dieser gleichzeitig notwendigerweise daraus folgt. Die Kirche kann den Dienst an der Gesellschaft nur glaubwürdig und überzeugend einbringen, wenn sie Kirche ist und bleibt.

Schwestern und Brüder, abschließend darf ich sagen, was mich persönlich so ein bißchen bewegt hat in den Jahren 92/93, als unsere Kommission für gesellschaftliche Aufgaben unserer Bischofskonferenz, der ich vorzustehen habe, mehrere Male in den neuen Bundesländern getagt hat, in Magdeburg, Erfurt, Dresden, um nachzudenken, welche Aufgaben kommen denn eigentlich von dieser ganzen Wende und den Folgen auf uns zu. Und da stand am Schluß die Überzeugung nach den Gesprächen, auch mit vielen Betroffenen, auch mit den Ressortministern der genannten Länder, was wir benötigen, ist vor allem ein Umdenken, was wir benötigen, ist eine Generaldebatte

te in unseren Kirchen und mit der ganzen Gesellschaft. Lassen Sie mich einfach Dank sagen, ich bin überglücklich, daß das zumindest gelungen ist. Das abschließende Wort möge von all dem beflügelt werden. Aber eines möchte ich auch hinzufügen, das abschließende Wort kann ja wohl nicht das letzte Wort sein. Es kann höchstens ein Zwischenschritt, eine Selbstvergewisserung sein. Der Konsultationsprozeß ist ganz gewiß zu Ende. Der Lernprozeß, so meine ich, muß weitergehen. Herzlichen Dank.

Dr. Werner Remmers

Herzlichen Dank, Herr Dr. Barth und Bischof Homeyer, für diese zusammenfassende und auch noch mal wegweisende Schlußbemerkung. Es bleibt für mich jetzt nur noch zu fragen, sind Sie damit einverstanden, daß wir so, wie Herr Dr. Barth es vorgeschlagen hat, verfahren, daß in das Kommunique über unsere Veranstaltung das als Meinung zum Ausdruck gebracht wird, was vorhin etwa gesagt worden ist zum Bündnis für Arbeit, daß wir da unterstützend Stellung nehmen und daß wir da auch positive Ergebnisse, ein Weiterkommen erwarten, daß wir aber jetzt nicht förmliche Beschlüsse fassen. Wir können sehr gerne darüber eine Abstimmung machen, das ist kein Problem. Wer ist dafür, daß wir förmlich einen Beschluß fassen, den bitte ich um ein Handzeichen. Enthaltungen? Das war also eindeutig die Mehrheit, daß wir keine förmlichen Beschlüsse fassen. Dann bleibt es bei dem, was Herr Barth vorgeschlagen hat.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer Beratungen, und ich möchte jetzt das Wort gleich abgeben, aber nicht ohne daß ich noch einmal herzlich Dank sage all denen, die in dem langen Verfahren des Konsultationsprozesses in den verschiedenen Stationen erhebliche Arbeit geleistet haben. Jetzt in der Schlußphase danke ich vor allen Dingen all denen, die hier jetzt mitgearbeitet haben, Ihnen meine Damen und Herren. Ein ganz besonderes Wort des Dankes möchte ich sagen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den beiden Akademien. Ich möchte aber auch Dankeschön sagen an die Damen und Herren, die uns hier im Abgeordnetenhaus das Arbeiten ermöglicht haben und die bis jetzt die technischen und räumlichen Voraussetzungen bereitgestellt haben und vieles mehr. Herzlichen Dank hier im ganzen Hause allen, die sich auch an diesem Samstag noch für uns eingesetzt haben. Wenn ich richtig informiert bin, kann ich dann damit schließen und meine Verantwortung abgeben. Herr Bischof Lehmann und Herr Bischof Engelhardt werden jetzt mit uns ein Gebet sprechen.

Bischof Dr. Karl Lehmann

Meine Damen und Herren, ich möchte ganz besonders noch Herrn Dr. Remmers danken für die Einladung in die Akademie und für die Moderation von heute morgen, und möchte mich sehr gerne hinter den Dank stellen, den er schon ausgesprochen hat. Herr Landesbischof Engelhardt wird ein Gebet sprechen, dann werden wir zusammen den Segen für eine gute Reise und einen guten Weg unseres Unternehmens erbitten.

Landesbischof Dr. Klaus Engelhardt

Das Volk Gottes in Israel war unterwegs. Berge standen vor ihm, es betete um Gottes Geleit. Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen. Woher kommt mir Hilfe? Meine Hilfe kommt von dem Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat. Er wird deinen Fuß nicht gleiten lassen, und der dich behütet, schläft nicht. Siehe, der Hüter Israels schläft und schlummert nicht. Der Herr behüte dich, daß dich des Tages die Sonne nicht steche noch der Mond des Nachts. Der Herr behüte dich vor allem Übel, er behüte deine Seele. Der Herr behüte deinen Ausgang und Eingang. Von nun an bis in Ewigkeit. Amen. So segne Euch der allmächtige Gott, der Vater und der Sohn und der Heilige Geist. Amen.

Dr. Werner Remmers

Meine Damen und Herren, ich schließe damit auch förmlich unsere Zusammenkunft anlässlich des Konsultationsprozesses.

Liste der angemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Gudrun Althausen	Dr. theol. Günter Brakelmann
Dr. Tobias Angert	Dr. Matthias Branahl
Dr. Fritz Erich Anhelm	Rechtsanwalt Emanuel Brandt
Roland Antkowiak	Dr. Henning Brekenfeld
Udo Apel	Hiltrud Broockmann
Bernhard Appel	Brust-Etzel
Dr. Detlef Aufderheide	Wolfgang Bürder
Ursula August	Wolfgang Bürgstein
Hans-Walter Aust	Elisabeth Bußmann
Günter Baadte	Eberhard Cherdon
Brigitte Bambynek	Rainer Cibollek
Dr. Hermann Barth	Ulrich Clausen
Dr. Ernst-Rudolf Bauer	Dietlinde Cunow
W. Becker-Freysang	Angelika Cyranka
Prof. Dr. Martin Bellermann	Dr. Hans Czarkowski
Manfred Berner	Dr. Martin Dabrowski
Dr. Luigi Betelli	Günter Däggelmann
Konrad Beyer	Reinhard Dalchow
Arthur Biesalski	Barbara Damhorst
Ulrike Billing	Gerd Damhorst
Michael Birkle	Ute Dampke
Dietrich Blätterlein	Dr. Hans Heiner Daut
Ralf Blumenthal	Reiner Degenhardt
Prof. Dr. Teresa Bock	Dr. jur. Astrid Deusch
Paul Bocklet	Norbert Diebold
Dr. Helmut Börsch-Suppan	Norbert Diehl
Böttcher	Dr. Paul Diesch
Frieder Böttger	Dr. Bernhard Dinkel
Dr. Dieter Bogai	Dr. Gert di Pol
Walter Boscheinen	Edith Dittrich

Friedrich Drechsler
Ulrich Dreßler
Dr. Karl-Heinz Ducke
Aloisia Duda
Klemens Duda
Dr. Siegfried Ecker
Dr. Rainer Eckert
Bernhard Eibeck
Ralf Eilers
Dipl. Soz. päd. Norbert Ellert
Heidrun Elliger
Dr. Jürgen Em
Bernhard Emunds
Dieter Engelhardt
Dr. Klaus Engelhardt
Henny Engels
Johannes Eschweiler
Dr. Marita Estor
Elisabeth Faber
Dipl.-Volksw. Barbara Faccani
Prof. Dr. Wilhelm Fahlbusch
Dr. Heino Falcke
Ullrich Falkenhagen
Arndt Farack
Prof. Dr. Elmar Fastenrath
Luciano Fazi
Anton Feiler
Clementine Ferdinand
Cornelius G. Fetsch
Wolfgang Fiege
Jörg Fingerle
Wolfgang Fischer

Franz-Heinrich Fischler
Dr. Matthias Flothow
Dr. Töns Föste
Dr. Helmut Fogt
Günter Franke
Erich Franz
Dr. Michael Franz
Gertrud Frasch
Prof. Dr. Heinrich
Freiherr von Lersner
Dr. Gerd Frenzel
Prof. Dr. Reinhard Frieling
Hartmut Fritz
Walter Fuchs
Christian Führer
Angelika Gabriel
Matthias Gelhar
Thomas Geisel
Dr. Heiner Geißler MdB
Robert Gelberg
Stephan M. Geller
Roland Gemming
Manfred Germann
Karl-Peter Giller
Dr. Ferdinand Glombitza
Josef Göbel
Dr. Reinhard Göhner
Helmut Goldmann
Dr. Horst Goldstein
Wendula Gorn
Victor Graf von Matuschka
Friederike Grafe

Dieter Grande
Franz Grave
Dr. Günter Greitemann
Prof. Dr. Peter Grottian
Dipl.-Ing. Helmut Groß
Ludwig Große
Elisabeth Großmann
Dr. Thomas Großmann
Dr. Hartwig Grubel
Josef Grünwald
Franz-Albert Grunwald
Wolfgang Güldenpfennig
Dipl.Soz. Günther Helmut Haase
Sigrid Häfner
Ester Haertel
Ulrich Haertel
Günter Haferland
Herbert Hahn
Heribert Hallermann
Dr. Rudolf Hammerschmidt
Christel Hanewinkel MdB
Michael Hannich
Helga Hansi
Dr. Rolf Hanusch
Dr. Friedrich Hartl
Gisela Hartmann
Mechthild Hartmann
Dr. Michael Hartmann
Peter Hauppert
Herr Haupt
Theo Heck
Dr. Gesine Hefft

Lic. Hartmut Heidenreich
Klaus Heienbrock
Dr. Marianne Heimbach-Steins
Toni Hein
Wolfgang Hein
Martha Heine
Erwin Helmer
Gabriela Heming
Wolfgang Hener
Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach
Herr Hengst
Herta Hennen
Heinrich Hennig
Reinhard Herbolte
Marline Hermann
Dr. Baldur Hermanns
Christeta Hess
Eugen Hillengass
Norbert Hocke
Renate Höppner
Petra Hoffmann
Dr. Josef Homeyer
Dr. Thomas Hoppe
Matthias Hugoth
Martin Huhn
Dr. Harry W. Jablonowski
Herbert Jagdhuber
Felicitas Janik
Bernhard Jans
Leo Jansen
Mechthild Jansen
Mascha Join-Lambert

Dr. Elisabeth Jünemann
Reinhard Jung
Herbert Karpinski
Theo Kastner
Irma Kauffmann
Prof. Dr. Franz-Xaver Kaufmann
Bernhard Kees
Dr. Bernhard Keller
Thomas Kemper
Marianne Kindler
Paul King
Kirchenpräsident Helge Klassohn
Thomas Klöter
Jürgen Kluge
Dr.-Ing. Kurt Kny
Hans-Gerhard Koch
Dr. Ruth Kölblin
Friedrich Körner BM
Karin Koessling
Waltraut Kontogianni
Alfred Krabiell
Werner Krämer
Peter Krah
Martin Kramer
Willi Kraning
Ludwig Krause
Gudrun Kreft
Hannes Kreller
Thomas Krüger
Peter Kruse
Dr. Gerhard Kühlewind
Reinhard Kuhlmann

Willibert Kurth
Dr. Karl-Heinz Kurze
Gerlind Lachenicht
Otto Lange
Dr. Hans Langendörfer SJ
Dr. Hanna-Renate Laurien
Dr. Bernhard Laux
Dr. troph. Thomas Lawo
Prof. Dr. Gottfried Leder
Maria Leder
Dr. Klaus Lefringhausen
Prof. Dr. Dr. Karl Lehmann
Gottfried Leich
Dr. Christa Lewek
Heiko Lietz
Oberstudienrat Norbert Lindemann
Marianne Lindenbergt-Kauffeld
Rotraud Lindenberger
Elisabeth Lingner
Andreas Lob
Dr. Ullrich Lochmann
Rolf Lodde
Mechthild E. Löhr
Reinhard Loos
Herbert Lucan
Hans Ludwig
Dr. Heiner Ludwig
Alexander Luft
Ulf Lunow
Andreas Luttmer-Bensmann
Dr. Elke Mack
Dr. Fred Mahlburt

Rainer Maischein
Dr. Hartmut Mangold
Dipl.-Theol. Rainer Manns
Hans-Joachim Martin, SJ
Dr. Reinhard Marx
Rainer B. Matschke
Jörg Mayer
Dr. Hanns-Ulrich Meisel
Harald Messlin
Reinhard Meyer
Prof. Dr. Dietmar Mieth
Ruth Misselwitz
Dr.-Ing. habil. Herbert Mohry
Prof. Dr. Dr. Waldemar Molinski
Stefan Moritz
Dipl.-Ing. Konrad Moser
Renate Müller
Prof. Dr. Urs Müller-Plantenberg
Rolf Münster
Dr. Engelbert Muth
Dipl.-Ing. Brigitte Muthwill
Dr. Sabine Nagel
Birgit Neumann
Frau Neumann
Kurt Neumann
Rainer Neumann
Dr. Wolfgang Nicht
Rainer Nickel
Karl-Heinz Nienhaus
Hans Nitsche
Karl Nothof
Volker Odenbach

Joachim Opahle
Dr. Martin Ott
Dr. Renate Oxenknecht
Conrad Paetz
Dr. Monika Pankoke-Schenk
Dr. Helmut Josef Patt
Pfarrer Cyrill Pech
Dipl.-Vw. Karl-Heinz Pfau
Dr. Hans-Wilhelm Pietz
Andrea Pingel
Petricia Pitzl
Götz Planer-Friedrich
Dr. Konrad Pölzl
Hans Pohle
Dr. Hartmut Przybylski
Hellmut Puschmann
Dieter Qualmann
Winfried Quecke
Sieglinde Rademacher
Matthias von Randow
Prof. Dr. Anton Rauscher
Anneline Rautenberg
Dieter Rehwinkel
Burkhard Reichert
Dr. Heinz Reichmann
Sigrid Reihs
Andreas Reiners
Elmar Remling
Hans-Peter Repnik
Anette Reuter
Dr. Norbert Reuter
Elke Richter

Ludwig Rieber	Karl Schiewerling
Joachim Riggert	Christine Schirmer
Dr. Jürgen P. Rinderspacher	Dr. Rolf Schmachtenberg
Ass. jur. Ch. Rink	Dipl.-Soz. Brigitte Schmeja
Barbara Rinke	Bernhard Schmitz
Christian Robbe	Bernd Schnabel
Professor Dr. Martin Rock	Dr. Angela Schneider
Markus Roentgen	Mathea Schneider
Herbert Rösener	Dipl.-Soz. Rita Schneider-Zuche
Günther Rom	Birgit Schnieber-Jastram, MdB
Dr. Eva Romanowski	Gerhard Schnieders
Dr. Walter Romberg	Eva-Maria Schober
Alfred Roos	Prof. Dr. theol. Dr. phil. T. Schober
Burkhard Roöß	Barbara Schröder
Johannes Roscher	Dr. Mechthild Schröder
Berthold Rose	Prof. Dr. h.c. Dr. theol. habil.
Traugott Roser	R. Schröder
Niko Roth	Ursula Schröter
Wilfried Roßmanith	Rolf Schumacher
Dipl.-Volksw. Johannes K. Rücker	Gabi Schupsky
Reiner Rühle	Thomas Seidel
Dr. Andreas Ruffing	Dr. Hartmut Seifert
Marie Ryzek	Matthias Sellmann
Friedhelm Sachse	Ruth Siebler
Dieter Salomon	Frau Sikora
Prof. Dr. Hanjo Sauer	Direktor Joachim Sikora
Dr. Otto Schäfer Guignier	Manfred Sollich
Michael Schäfers	Antoine Sondag
Thomas Schäfers	Dipl.-Soz. Johannes Spenn
Heinz Schawe	Prof. Dr. Manfred Spieker
Prof. Dr. Michael Schibilsky	Alfons Spors
Dr. Henning Schierholz	Hubertus Staudacher

Dr. Rudolf Steinke
Norbert Stennes
Dr. Thomas Sternberg
Kardinal Georg Sterzinsky
Manfred Stracke
Angelika Streich
Bernd Streich
Prof. Dr. Theodor Strohm
Thorsten Strulik
Michael Sturm
Olaf Sund
Dr. jur. Wilm Tegethoff
Heidrun Tempel
Felizitas Teske
Johannes Tessmer
Karl Thalmann
Heinz Dietrich Thiel
Wolfgang Thierse MdB
Dr. Johannes Tobei
Esther-Marie Ullmann-Goertz
Anneliese Ulrich
Guido Vagedes
Hans-Jürgen van Schewick
Dr. Stefan Vesper
Franz-Josef Volmert
Rainer Volz
Carola von Braun
Manfred von Holtum
Dr. Reinhard Voss
Dr. Otto Walterspiel
Rita Waschbüsch
Prof. Dr. Christian Watrin

Christina Weber
Gerd-Jürgen Weber
Michael Wedell
Dr. Paul Wehrle
Dr. Klaus Weiland
Winfried Weinrich
Eva-Maria Welskopp-Deffaa
Manfred Wendler
Ulrich Wendte
Ursula Weyrauch
Hiltrud Wickert
Manfred Wiegand
Heiner J. Willen
Dieter Windisch
Doris Windmann
Wilhem-Friedrich Windmann
Hans-Dieter Winkler
Tilman Winkler
Michael Winter
Hermann Wischmann
Dr. Peter Witterauf
Dr. Dietmar Wittich
Eduard Wörmann
Friederike Woldt
Christian Wolf
Hans-Werner Wolff
Hildegard Wustmans
Sabine Younglove
Duilio Zanibellato
Friedhelm Zauner
Dr. Helmut Zeddies
Josef Ziller

Jörg Zimmermann
Heribert Zingel
Urban Zinser

Vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz herausgegebene Gemeinsame Texte

- 1 Organtransplantationen (1990)
- 2 Berechtigte Ansprüche zu einem gerechten Ausgleich bringen (1991)
- 3 Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland (1994)
- 4 Zum Verhältnis von Staat und Kirche im Blick auf die Europäische Union (1995)
- 4a The Relationship of Church and State – A Perspective on the European Union (1995)
- 4b Les relations entre l'Etat et l'Eglise au regard de l'Union européenne (1995)
- 5 Bewahrung kirchlicher Baudenkmäler in den neuen Bundesländern (1995)
- 6 Im Sterben: Umfängen vom Leben (1996)
- 7 Wissenschaftliches Forum zum Konsultationsprozeß (1996)